



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„„Post-Konflikt“ in Kolumbien:  
Aufarbeitung des Konflikts und Herausforderungen beim Aufbau  
eines dauerhaften Friedens“

verfasst von / submitted by

Matthias KOUREK, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 855

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Geographie (Curriculum 2007)

Betreut von / Supervisor:

Dipl.-Kulturw. Univ. Dr. Gunnar Stange

## **Eigenständigkeitserklärung**

Hiermit gebe ich, Matthias Kourek, die Versicherung ab, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten und nicht veröffentlichten Publikationen entnommen sind, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form weder im In- noch im Ausland einer Beurteilerin bzw. einem Beurteiler zur Begutachtung oder in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt.

Wien, am 13.08.2023

# Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>3</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>7</b>
<b>1. Einleitung</b> .....	<b>8</b>
1.1 Forschungsinteresse und Forschungsfrage .....	8
1.2 Forschungsdesign und konzeptioneller Zugang.....	10
1.2.1 Über den Forschungszugang der konstruktivistischen Grounded Theory nach Charmaz .....	10
1.2.2 Der Friedensprozess als Untersuchungsgegenstand.....	11
1.2.3 Leitfragen .....	13
1.2.4 Konzeptionelle Einordnung .....	15
1.2.4.1 Einordnung grundlegender gesellschaftlicher Fragen .....	15
1.2.4.2 Einordnung des Abkommens .....	15
1.3 Struktur der Arbeit .....	17
<b>2. Methodik</b> .....	<b>19</b>
2.1 Literatursichtung und Zitationen.....	19
2.1.1 Zur Literaturrecherche .....	19
2.1.2 Zu den Zitationen .....	20
2.2 Interviews mit Experten.....	22
2.2.1 Vorbemerkung zur Verwendung geschlechtsneutraler Sprache im Kontext der Interviews .....	22
2.2.2 Warum Interviews? .....	22
2.2.3 Auswahl der Experten .....	24
2.2.3.1 Zur Methode des Experteninterviews.....	24
2.2.3.2 Befragte Personen .....	26
2.2.4 Planung der Interviews.....	27
2.2.4.1 Strukturierung und Objektivität.....	27
2.2.4.2 Das Spannungsfeld zwischen „neutraler Interviewtechnik“ und alltäglicher Gesprächssituation.....	28
2.2.4.3 Empirische Absicherung und konkrete Durchführung .....	29
2.2.4.4 Art des Interviews und Fragentypus.....	30
2.3 Verarbeitung der Interviews .....	31
2.3.1 Aufzeichnung der Interviews .....	32
2.3.2 Transkription der Interviews .....	34

2.3.3 Analyse und Kodierung der Interviewdaten.....	36
2.3.3.1 Einschätzung der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring.....	37
2.3.3.2 Kodierung gemäß konstruktivistischer Grounded Theory nach Charmaz.....	38
2.4 Persönliche Bemerkungen zur Feldforschung .....	40
<b>3. Kolumbien und seine Konflikte – eine Geschichte der Gewalt? .....</b>	<b>42</b>
3.1 Die „Burgeoisierung“ der Eliten als Fundament des Konflikts .....	42
3.2 Der Zweiparteienkonflikt, „La Violencia“ und die Frage nach der Macht.....	44
3.2.1 Die Zeit der Gewalt.....	44
3.2.2 Die Frage der Macht.....	46
3.2.3 Die „harte Hand“ des Militärs.....	49
3.3 Die „Nationale Front“ und die Entstehung der Guerilla .....	50
3.3.1 Die „Nationale Front“ als demokratiepolitisches Öl im gesellschaftlichen Feuer .....	50
3.3.2 Die Entstehung der FARC-EP .....	51
3.3.3 Der Fluch der Ländlichkeit – oder: Wie aus Unbetroffenheit Ignoranz wurde.....	54
3.4 Selbstfindung und Transformation – der Einstieg in Terrorismus und Drogenhandel.....	57
3.4.1 Die FARC und die Konstruktion einer eigenen Identität .....	57
3.4.2 Terrorismus und Drogenhandel als Notwendigkeiten für Zielstrebigkeit und Selbsterhaltung .	59
3.5 Wenn der Staat versagt, muss ich mich selber schützen – Die Entstehung der Paramilitärs .....	62
3.5.1 Die Auslagerung von Gewalt .....	62
3.5.2 Das Paradoxon des kolumbianischen Paramilitarismus.....	64
3.5.3 Der Konflikt als Dreieck der Gewalt .....	65
3.6 Die Friedensversuche von La Uribe und Caguán .....	67
3.6.1 Die Crux der Amnestie als Bedingung für die Annäherung .....	67
3.6.2 Das Fiasko der „Patriotischen Union“ .....	68
3.6.3 Präsident Pastrana und der Caguán (1998 – 2002) .....	70
3.7 Álvaro Uribe Vélez (2002 – 2010) und die Doktrin der „demokratischen Sicherheit“ .....	74
3.7.1 Der Konflikt wird zum Krieg.....	74
3.7.2 Exkurs: „Demokratische Sicherheit“ als Vorstufe zur „illiberalen Demokratie“?.....	76
3.7.3 Der Fisch stinkt vom Kopf weg – „Falsos positivos“ als grausamer Höhepunkt .....	78
<b>4. Auf dem Weg zum Frieden.....</b>	<b>82</b>
4.1 Juan Manuel Santos (2010 – 2018) und die Bedeutung einer friedlichen Lösung .....	82

4.1.1 Der Sinneswandel: Von der „harten Hand“ zum konstitutionellen Rahmen .....	82
4.1.2 Warum Verhandlungen? Von verletzenden Patts und längeren Ästen .....	84
4.2 „Ein komplexer Konflikt, der nicht endet, transformiert sich.“ – Die Verhandlungen von Havanna als Beitrag zur Konflikttransformation .....	88
4.2.1 Die Verhandlungen als Verkörperung des Transformationspotenzials eines Konflikts .....	88
4.2.2 Vom irreführenden Friedensprozess zu einem Friedensbildungsprozess .....	90
4.3 Das Abkommen von Havanna als historischer Wendepunkt.....	93
4.3.1 Verschiedene Sichtweisen auf dasselbe Produkt .....	93
4.3.2 Das Abkommen wurde mit den FARC geschlossen – nur mit den FARC .....	95
4.3.3 Die Entwaffnung in einem größeren Kontext – „D&D“ und „DDR“ .....	98
4.3.3.1 Disarmament - Entwaffnung .....	98
4.3.3.2 Demobilisation – Demobilisierung .....	100
4.3.4 Jenseits der Theorie – das Problem der Durchführung von DDR und Friedensbildung in Kolumbien.....	103
4.4 Abschließende Überlegungen: Politische Stabilität als Frage der strukturellen Schwäche des Staates.....	109

## **5. An die Arbeit – die Implementierung des Abkommens nach dem Ende des Konflikts mit den FARC..... 113**

5.1 Wie charakterisiert sich der kolumbianische Postkonflikt?.....	113
5.1.1 Kolumbien in einem bewaffneten Postkonflikt – definitorische Ansätze im Vergleich .....	113
5.1.2 Versuch einer Einbettung der Implementierungsphase – Phasen des Postkonflikts .....	116
5.1.2.1 Erste Phase des Postkonflikts – Beginn der Konfrontation (2017) .....	117
5.1.2.2 Zweite Phase des Postkonflikts – Auseinandersetzungen und territoriale Rekonfiguration (2018 – 2020) .....	118
5.1.2.3 Dritte Phase des Postkonflikts – Bewaffnete Stabilisierung (2021 – dato) .....	120
5.2 Iván Duque, der Zugang der konstitutionellen Gesetzmäßigkeit und die Mühlen des kolumbianischen Institutionengefüges (2018 – 2022).....	122
5.3 Schlaglichter auf die Umsetzung – drei beispielhaft ausgewählte inhaltliche Säulen.....	133
5.3.1 Die juristische Säule.....	133
5.3.1.1 Die Übergangsjustiz und das Problem der Straffreiheit .....	133
5.3.1.2 Die Generalprokuratur als Überwachungsorgan „sui generis“ .....	137
5.3.1.3 Die Rolle der Generalprokuratur bei den Friedensverhandlungen von Havanna .....	140
5.3.1.4 Der Kombattant als politisches Subjekt – die Generalprokuratur und die Sonderjustiz für den Frieden .....	143
5.3.2 Die Säule der Reinkorporation in ein ziviles Leben .....	147
5.3.2.1 Reintegration vs. Reinkorporation .....	148
5.3.2.2 Die monatliche Rente als Zankapfel .....	152

5.3.2.3 Die Reinkorporation als Beispiel für eine gescheiterte Institutionengeographie.....	160
5.3.3 Die Säule der politischen Partizipation .....	170
5.3.4 Die Gretchenfrage – worauf läuft das hinaus? .....	177
<b>6. Conclusio – oder: Wie kann es weitergehen? .....</b>	<b>181</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>187</b>
<b>Zusammenfassung / Abstract .....</b>	<b>197</b>

## Abkürzungsverzeichnis

<b>ARN</b>	Agencia para la Reincorporación y Normalización
<b>AUC</b>	Autodefensas Unidas de Colombia
<b>COMUNES</b>	Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común
<b>DDR</b>	Disarmament, Demobilisation, Reintegration
<b>ELN</b>	Ejército de Liberación Nacional
<b>ETCR</b>	Espacios Territoriales de Capacitación y Reincorporación
<b>FARC-EP</b>	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo
<b>IPRED</b>	Instituto de Proyección Regional y Educación a Distancia
<b>JEP</b>	Justicia Especial para la Paz
<b>M-19</b>	Movimiento 19 de Abril
<b>PARES</b>	Fundación Paz y Reconciliación
<b>RLM</b>	Resistance and Liberation Movement
<b>UARIV</b>	Unidad Administrativa Especial para la Atención y Reparación Integral de las Víctimas
<b>UIS</b>	Universidad Industrial de Santander
<b>ZVTN</b>	Zonas Veredales Transitorias de Normalización

# 1. Einleitung

Kolumbien ist ein Land voller Gegensätze – und wenige Aussagen bringen dies so scharfkantig und präzise auf den Punkt wie jene, die der ehemalige Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs von Den Haag, Luis Moreno Ocampo, getätigt hat:

**„Kolumbien ist ein komplexes Land, das viele Akteure hat, viele Visionen und in dem sehr differenzierte Debatten geführt werden. Das ist das Verrückte an diesem Land: Es hat die Intellektualität Deutschlands und die Gewalt des Kongos.“<sup>1</sup>** (Muñoz 2018, S. 201, Herv. d. Verf.).

Wenngleich man sich von einem möglichst objektiven wissenschaftlichen Standpunkt aus wohl von der Pauschalisierung dieser Aussage entschieden distanzieren sollte, ist sie doch sehr interessant. Denn sie lässt verschiedene Interpretationsmöglichkeiten zu, die den Fokus jeweils in völlig unterschiedliche Richtungen lenken. Worüber ist Ocampo denn eigentlich überrascht? Dass im entwickelten und intellektuellen Kolumbien so viel Gewalt herrscht wie im Kongo oder dass es im so gewalttätigen Kolumbien so viel Intellektualität gibt wie in Deutschland? Ist es also ein vernichtendes Urteil über ein an sich gut ausgestattetes Land, das aber nicht fähig zu sein scheint, die vorhandenen Ressourcen für eine friedliche Entwicklung zu nutzen? Oder ist es ein Ritter Schlag für ein eigentlich chaotisches und in der Gewalt versinkendes Entwicklungsland, das es trotz seiner miserablen Situation schafft, sich eine intellektuelle Elite im Land zu halten? Oder liegt die Herausforderung im Verständnis der kolumbianischen Gegensätze genau darin, dass beide Seiten ihre Berechtigung haben?

## 1.1 Forschungsinteresse und Forschungsfrage

Es sind Fragen wie die oben erwähnten, die den Verfasser dazu animiert haben, diese Arbeit nach mehreren „wissenschaftlichen Auseinandersetzungen“ mit den mannigfaltigen Problemstellungen Kolumbiens im Zuge verschiedener Lehrveranstaltungen als Kulmination eines umfangreichen und langwierigen Denk-, Lern- und Entwicklungsprozesses in Angriff zu nehmen.

---

<sup>1</sup> Span. Original: „Colombia es compleja, tiene muchos actores, muchas visiones, se adelantan debates muy sofisticados. Esa es la locura de este país: tiene la sofisticación de Alemania y la violencia de Congo.“



Der Verfasser, dessen Familie zu einem Großteil aus verschiedenen Teilen Kolumbiens stammt, hat die politischen Entwicklungen im Land in den letzten Jahren, wenn auch nicht immer mit der gleichen Intensität, aber immer regelmäßig verfolgt. Bei zahlreichen Reisen haben sich dabei auch unzählige Gelegenheiten ergeben, mit den unterschiedlichsten Verwandten und Freunden über das Land und seine Lage ausführlich zu diskutieren. Dabei kam es genauso zu Gesprächen mit Personen, die im Land wohnhaft sind, wie mit Personen, die die Situation wie der Verfasser vom Ausland aus und hauptsächlich über den Konsum diverser Medienberichte betrachten und einschätzen. „Beliebtes“ Diskussionsthema war oft der bewaffnete interne Konflikt zwischen Regierungstruppen, linksgerichteten Rebellen und rechtsgerichteten Paramilitärs, der das Land und die Menschen mehr als 50 Jahre lang geprägt hat und das womöglich nach wie vor tut. Auffällig dabei war, dass die Meinungen mitunter sehr differenziert und detailreich nuanciert vorgebracht wurden – vor allem, wenn es darum ging, wie sich die Situation im Setting eines „Post-Konflikts“ in Richtung eines dauerhaften Friedens entwickeln könnte. Die Standpunkte lagen dabei oft nicht nur weit auseinander, sondern schienen schier unvereinbar zu sein, sodass sich an den unterschiedlichen Sichtweisen zu so mancher politischen Position regelrechte intrafamiliäre Risse auftaten. Mit dem Friedensabkommen von 2016 zwischen der kolumbianischen Regierung und der größten Rebellengruppe FARC-EP (span. Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo; auf Deutsch also „Bewaffnete Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Armee des Volkes“) intensivierte sich diese Gegensätze noch weiter. Gingen manche Befriedungsbemühungen im Rahmen des Abkommens den einen viel zu weit, waren sie für die anderen im Interesse eines dauerhaften Friedens noch viel zu wenig. Diese Melange an Erfahrung und jahrelanger Beobachtung unterschiedlicher Sichtweisen auf ein für das ganze Land und seine Gesellschaft so wichtiges, aber gleichzeitig herausforderndes Thema, führten schlussendlich zur Ausformulierung einer übergeordneten Forschungsfrage mit zwei daraus abgeleiteten weiterführenden Unterfragen, die zur Grundlage dieser Arbeit wurden:

*Inwiefern hat der formale Friedensschluss zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla-Gruppe FARC im Jahr 2016 zu einer nachhaltigen Transformation der kolumbianischen Gesellschaft beigetragen?*

- Vor welchem historischen Hintergrund muss das Friedensabkommen gesehen werden?

- Welche Herausforderungen für den Aufbau eines dauerhaften Friedens stellen sich im Spannungsfeld zwischen der Wahrnehmung des Friedensabkommens als formellem Endpunkt eines bewaffneten Konflikts und der praktischen Umsetzung seiner Komponenten?

Diese Arbeit möchte sich bewusst nicht mit einem Aspekt, einer bestimmten Phase oder einem einzelnen Akteur des Konflikts auseinandersetzen. Es soll mit einem umfassenderen Zugang die „Unschärfe“ vermieden werden, die Analyse des Konflikts einzig auf einen Aspekt, auf eine entscheidende Phase oder auf einen handelnden Akteur zu reduzieren. Damit würden die verschiedenen Formen der Gewalt in Kolumbien gewissermaßen zu einem fundamentalen und der Gesellschaft inhärenten Phänomen erhoben, das sie gewiss nicht sind. Vielmehr soll unterstrichen werden, dass die Konflikte in Kolumbien eine Ausprägung tiefer gesellschaftlicher Ungleichheiten sind. Diese wurden politisch aber nie in dem nötigen Ausmaß bearbeitet, um Gewalt als Modus der Konfliktaustragung zu vermeiden.

## **1.2 Forschungsdesign und konzeptioneller Zugang**

### **1.2.1 Über den Forschungszugang der konstruktivistischen Grounded Theory nach Charmaz**

Klassischerweise wird in der Grounded Theory angenommen, dass Erkenntnisse und Theorien in den analysierten Daten durch einen sich laufend wiederholenden Prozess der Interaktion mit diesen Daten gleichsam „vorzufinden“ wären. Im Unterschied dazu stellt Kathy Charmaz (2014, S. 17) fest: „Unlike their position, I assume that neither data nor theories are discovered either as given in the data or the analysis. Rather, we are part of the world we study, the data we collect, and the analyses we produce. We construct our grounded theories through our past and present involvements and interactions with people, perspectives, and research practices.“ Dieser Zugang gibt dem Forscher eine große methodische Freiheit bzw. Flexibilität. Er geht über die klassische Annahme hinaus, indem er dem Vorwissen des Forschers und dessen eigener Interpretation von Realität und Daten eine größere Bedeutung bei der abschließenden Beurteilung der Analyseergebnisse einräumt. Dieser nur feine Unterschied unterstreicht, wie sehr Charmaz‘ konstruktivistische Grounded Theory dem „Symbolischen Interaktionismus“ als theoretischem Hintergrund verbunden ist. (vgl. Flick 2019, S. 400) Der Symbolische Interaktionismus ist eine theoretische Position,

bei der „der subjektive Sinn, den Individuen mit ihren Handlungen und ihrer Umgebung verbinden, zum empirischen Ansatzpunkt [wird]. (...) Daraus leitet sich die Konsequenz ab, dass zum zentralen Ansatzpunkt der Forschung die unterschiedlichen Weisen werden, in denen Subjekte Gegenstände, Ereignisse, Erfahrungen, etc. mit Bedeutung versehen. Die Rekonstruktion solcher subjektiven Sichtweisen wird zum Instrument der Analyse sozialer Welten.“ (Flick 2019, S. 82f.). Die Betonung der interpretativ durch den Forscher (re-)konstruierten Realität positioniert diesen Zugang als Antwort auf das von Flick ausführlich behandelte Repräsentationsproblem bei der Interpretation von Texten als Träger der untersuchten Realität im qualitativen Forschungsprozess. (vgl. Flick 2019, S. 106ff.) Darüber hinaus wird auch die Frage nach der unerreichbaren Objektivität – die als ideale „Maxime“ bei der Planung des methodischen Vorgehens eine erhebliche Rolle spielt – relativiert. Es wird anerkannt, dass die Subjektivität des Forschers bei der Bearbeitung der von ihm über die Realität erhobenen Daten nicht nur eine methodische Nebenerscheinung ist. Vielmehr jedoch ein essentieller Bestandteil des Analyseprozesses, der die Resultate gewollt entscheidend beeinflusst. Dies ist auch für diese Arbeit entscheidend. (vgl. Charmaz 2014, S. 17) Im Folgenden sollen einige der hier angeschnittenen Elemente im Detail erläutert werden.

### **1.2.2 Der Friedensprozess als Untersuchungsgegenstand**

Am Beginn der Durchführungsplanung der notwendigen Erhebungen stand die Frage nach dem konkreten Untersuchungsgegenstand. Die Umsetzung eines Friedensprozesses allein stellte keinen „fassbaren“ bzw. keinen ausreichend konkreten Untersuchungsgegenstand dar. Vielmehr musste die Umsetzung durch eingrenzende Fragestellungen problematisiert werden, um nicht in eine reine Deskription zu verfallen.

Ausgangspunkt der Überlegungen war das übergeordnete Ziel, die im Rahmen des Friedensprozesses vereinbarten Maßnahmen im Kontext der historisch-gesellschaftlichen Entwicklungen Kolumbiens darzustellen. Eine zeitliche Einschränkung auf eine bestimmte Phase der Umsetzung im Zeitraum seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Jahr 2016 oder auf das Wirken bestimmter politischer Akteure erschien daher nicht als ideale Grundlage für die Suche nach einem geeigneten Forschungsdesign. Auf einer semantischen Ebene kam die verwirrende Bedeutung des Wortes „Prozess“ erschwerend hinzu. Wenngleich das Wort an sich in jedem Fall die Vorstellung von Bewegung und Entwicklung vermittelt, so schwingt auch immer die Idee eines Prozesses im Sinne eines linearen Ablaufs verschiedener erwartbarer Entwicklungsschritte mit, deren Abfolge

vom Beobachtungszeitpunkt aus betrachtet rekonstruiert bzw. vorausgesagt werden soll. In diesem Bild besäße der Friedensprozess also jedenfalls einen klar definierten Ausgangspunkt und einen ebenso definierbaren Zielpunkt der Entwicklungen, der zu einem einigermaßen genau festgelegten Zeitpunkt erreicht werden soll. Im vorliegenden Fall könnte ein Ausgangspunkt in der endgültigen Unterzeichnung des Friedensabkommens 2016 (oder alternativ auch mit dem Beginn der Verhandlungen von Havanna 2012) festgemacht werden – ein Zielpunkt abgesehen von der Gültigkeit von Sonderregelungen und Übergangsbestimmungen allerdings nicht. In der Festlegung bzw. Eingrenzung des Friedensprozesses als Untersuchungsgegenstand ist es daher wichtig festzuhalten, dass keine retrospektive Analyse eines Prozessablaufes gemeint sein kann, sondern unter dem Begriff der Umsetzung des Friedensprozesses die Erfassung unterschiedlicher Sichtweisen aus verschiedenen Bereichen der kolumbianischen Gesellschaft auf die aktuellen Fortschritte und Herausforderungen der institutionellen Implementierung des Friedensabkommens zu verstehen sind.

Vor diesem Hintergrund orientierte sich die weitere Vorgangsweise bei der Auswahl eines geeigneten Forschungsdesigns an zwei Schlagworten aus der Literatur zur qualitativen empirischen Sozialforschung. Zum einen ist dies die Momentaufnahme im Sinne der Charakterisierung Flicks (vgl. 2019, S. 182f.). Flick führt dazu aus, dass sich die qualitative Forschung bei Momentaufnahmen auf „[verschiedene] Ausprägungen des Expertenwissens“ (Flick 2019, S. 182) stützt, die „in Interviews (...) erhoben und miteinander verglichen“ (Flick 2019, S. 182) werden. Warum diese Erhebung in diesem Forschungsdesign und im spezifischen Kontext dieser Arbeit fast schon zwingend mittels Interviews erforderlich ist und welche Art(en) von Interview(s) sich dazu am besten eignen, soll später in diesem Kapitel noch ausführlich erläutert werden. Für die Momentaufnahme als Forschungsdesign spricht jedenfalls auch, dass ihr Fokus, wie auch Flick notiert, „nicht primär auf die retrospektive Rekonstruktion eines Prozesses gerichtet“ (Flick 2019, S. 182) ist, „[vielmehr] wird eine Zustandsbeschreibung zum Zeitpunkt der Forschung gegeben.“ (Flick 2019, S. 182). Das passt nicht nur zu den Ausführungen des semantischen Problems des Prozessbegriffs. Es ergänzt das Verständnis des Prozessbegriffs auch in einer systemischen Perspektive. Die Daten und Schlussfolgerungen aus den Interviews werden zu Bausteinen bei der Konstruktion einer Gesamtschau der Sichtweisen involvierter Akteure. Nichtsdestotrotz müssen aber auch die verschiedenen Sichtweisen auf den Friedensprozess in einen größeren Kontext gesetzt werden. Ein Anspruch, den eine Momentaufnahme in „Reinform“ nicht erfüllen kann, wie auch Flick kritisch anmerkt. „Ein Problem ist hier der fehlende unmittelbare Prozess- bzw. Entwicklungsbezug, der sich nur mittelbar über retrospektive Fragen herstellen lässt.“ (Flick 2019, S. 182).

Das zweite Schlagwort ist daher jenes der „rekonstruierenden Untersuchung“, wie sie von Gläser und Laudel (vgl. 2010, S. 13) charakterisiert wird. „Es handelt sich um Untersuchungen, *in denen soziale* [und institutionelle, Anm.] *Situationen oder Prozesse rekonstruiert werden sollen*“ (Gläser und Laudel 2010, S. 13). Zu betonen ist, dass dies im vorliegenden Fall nicht der Haupt-Anspruch ist, ja gar nicht sein kann. Die prozessuale Rekonstruktion wird hier als Miteinbeziehung historisch-gesellschaftlicher Kontexte verstanden, die als notwendig erachtet wird, um die in den Interviews erhobenen Aussagen (also das Expertenwissen) gleichsam als Feld-Beiträge zur Verbindung von politischem Anspruch und tatsächlicher Umsetzung besser einordnen zu können.

### **1.2.3 Leitfragen**

Anhand der Forschungsfragen versucht der Forscher Zusammenhänge zu erkennen und abzubilden und diese anhand der Rekonstruktion gewisser Prozesse zu kontextualisieren. Allerdings ist das gewählte Forschungsdesign nicht dazu geeignet, aufgestellte Hypothesen zu bestimmten Zusammenhängen im Sinne einer wissenschaftlichen Überprüfung zu beforschen und gegebenenfalls zu bestätigen oder zu widerlegen. Vielmehr sind die Fragen bereits auf Basis von Vorannahmen und einem gewissen Vorwissen über mögliche Zusammenhänge gestellt worden. Gläser und Laudel (2010, S. 78) schreiben, „dass wir (...) für die Experteninterviews (...) eine genaue Vorstellung von den Informationen haben, die wir brauchen, um die Forschungsfrage[-n, Anm.] beantworten zu können.“ Der empirische Forschungsprozess hat daher weniger die Aufgabe, ein theoretisches Modell bzw. ein Set aus Annahmen oder Hypothesen auf seine Gültigkeit oder Richtigkeit hin zu überprüfen, sondern soll die Untersuchung des Forschers orientieren, „indem [er, Anm.] [seine, Anm.] Aufmerksamkeit auf empirische Sachverhalte lenkt, von denen [er, Anm.] (...) annehmen [kann, Anm.], dass sie für die Beantwortung der Untersuchungsfrage wichtig sind.“ (ibid., S. 78).

Hält man sich ausschließlich an die Forschungsfragen, besteht die Gefahr, dass man bei der Planung des empirischen Vorgehens die Orientierung verliert. Es ist davon auszugehen, dass der Hintergrund der Forschungsfragen aus Vorwissen, theoretischen Vorüberlegungen und Vorannahmen über Zusammenhänge zu komplex ist, als dass die Forschungsfragen allein als eine gute Handlungsanleitung für den empirischen Forschungsprozess angesehen werden könnten. Das gilt auch für diese Arbeit, weshalb gleichsam als Zwischenschritt die Entwicklung von Leitfragen eingeschoben wurde. „Leitfragen sind ein Bindeglied zwischen den theoretischen Vorüberlegungen und qualitativen Erhebungsmethoden. (...) Leitfragen sind keine theoretischen Fragen und auch nicht

an (...) vermuteten Kausalzusammenhängen orientiert. (...) [Sie, Anm.] charakterisieren das Wissen, das beschafft werden muss, um die Forschungsfrage[-n, Anm.] zu beantworten.“ (Gläser und Laudel 2010, S. 90f.). Gewissermaßen operationalisieren Leitfragen die Forschungsfragen und werden so zur „Grundlage für Handlungen des Forschers“ (Gläser und Laudel 2010, S. 91). Sie übernehmen dadurch im gewählten Forschungsdesign die Rolle von Hypothesen als konkrete Ausformulierungen eines Erkenntnisinteresses, das einer empirischen Überprüfung oder weiteren Erforschung bedarf. Erst durch die Entwicklung von Leitfragen kann der empirische Forschungsprozess seine oben besprochene orientierende Aufgabe wahrnehmen. Zum empirischen Forschungsprozess zählt der Verfasser hier im Übrigen nicht nur die konkrete Arbeit im „Feld“ (also die Interviews), sondern auch die Sichtung entsprechender Fachliteratur, deren wichtigste Eckpunkte im folgenden Abschnitt noch genauer behandelt werden sollen.

Folgende Leitfragen im Sinne der Ausführung Gläasers und Laudels wurden für diese Arbeit entwickelt:

- Wie wurde die Umsetzung von „Disarmament, Demobilisation and Reintegration“ (abgek. DDR; dt.: Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration), also eines sog. „DDR-Prozesses“ in Kolumbien – und dabei vor allem des „R-Teils“ – im Friedensabkommen verankert und welche zentralen Herausforderungen stellen sich dabei?
- Wie wird die politische Komponente des Friedensvertrages umgesetzt? Das heißt:
  - Welche Herausforderungen stellen sich bei der Umwandlung einer ehemaligen Guerilla-Bewegung in eine politische Partei?
  - Wie gestaltet sich die Integration der neuen Partei in das etablierte politische (Parteien-)System?
  - Inwieweit ist durch die im Friedensabkommen verankerten politischen Rechte eine Weiterentwicklung der kolumbianischen Demokratie erkennbar?
- Wie (und mit welchen Begründungen) beeinflussen verschiedene politische Akteure die Umsetzung des Friedensprozesses?
  - Wer hat etwaige Versäumnisse oder Verzögerungen bei der Umsetzung politisch zu verantworten?

- Wie können sich Veränderungen in der politischen Landschaft auf die Umsetzung des Friedensprozesses auswirken?

#### **1.2.4 Konzeptionelle Einordnung**

Bei der konzeptionellen Einordnung der in dieser Arbeit untersuchten Fragestellungen muss zwischen zwei inhaltlichen Blöcken unterschieden werden. Ein Block umfasst dabei die historischen und gesellschaftlichen Grundlagen des Konflikts, der andere Block beschäftigt sich mit dem Friedensabkommen und wie dieses zu bewerten ist.

##### **1.2.4.1 Einordnung grundlegender gesellschaftlicher Fragen**

Auf der einen Seite stehen ungelöste Fragen zur sozialen und politischen Teilhabe großer Teile der Gesellschaft. Um zu analysieren, welche Rolle diese Fragen im und für den Konflikt in Kolumbien spielen, wird in weiterer Folge auf das Konzept der „strukturellen Gewalt“ zurückgegriffen, das auf den berühmten Friedens- und Konfliktforscher Johann Galtung zurückgeht. Insbesondere soll die Ausübung struktureller und anderer Formen von Gewalt in Zusammenhang mit der Frage nach der Machtausübung erörtert werden. (vgl. Gago Antón 2016 & Muñoz 2018) Gerade diese Frage führt auch zur „Politischen Ökologie“ als weiterem zentralen Konzept. Die Politische Ökologie eignet sich als Prisma bestens zur Analyse der kolumbianischen Situation. Die politische und gesellschaftliche Machtausübung soll darauf basierend als Mechanismus gesehen werden, in dem (große) Teile der Gesellschaft zugunsten der Aufrechterhaltung der Privilegien kleiner Eliten in ihren Verfügungsrechten über die vorhandenen Ressourcen eingeschränkt werden. Das bezieht sich sowohl auf physische Ressourcen wie den faktischen Landbesitz bzw. generell Kapitalakkumulation als auch auf immaterielle Ressourcen wie politische Partizipation.

##### **1.2.4.2 Einordnung des Abkommens**

Das Friedensabkommen hat es sich nicht zuletzt zum Ziel gesetzt, durch den Anstoß zu umfassenden Reformen die Weichen für eine gesellschaftliche Entwicklung zu stellen, um die oben erwähnten Probleme struktureller Gewalt und mangelnder Teilhabe zu lindern. Neben der formellen Beendigung bewaffneter Auseinandersetzungen durch Entwaffnung (Disarmament) und die offizielle Auflösung der FARC als Gruppierung (Demobilisation) verfolgt das Abkommen dabei vor allem

den Zugang, die ehemaligen Kombattanten aktiv (wieder) an die Gesellschaft heranzuführen, sie zu reintegrieren (Reintegration). Es folgt also dem Konzept des DDR. DDR ist ein Kürzel aus dem Englischen und steht für „Disarmament, Demobilisation and Reintegration“ – praktischerweise ist es auch im Spanischen mit demselben Akronym zu verwenden und steht dann für „Desarme, Desmovilización y Reintegración“. Sucht man im riesigen Literaturresevoir des Themenbereichs Friedens- und Konfliktforschung nach Quellen zur Phase der (formellen) Konfliktbeendigung, so ist das „DDR-Prinzip“ sicherlich eines, auf das man sehr häufig stößt und das mitunter als eine Art „Schablone“ behandelt wird.

Allen voran die Vereinten Nationen haben versucht, vor allem den „D&D-Teil“ von DDR, also die Entwaffnung und Demobilisierung von RLM (engl.: Resistance and Liberation Movement), mit verallgemeinerten Handlungsempfehlungen zu standardisieren. Hauptsächlich in Hinblick auf Finanzierungsfragen, Zuständigkeiten und die konkrete Rolle bestimmter internationaler Akteure in Konfliktsettings, die mithilfe von DDR befriedet oder transformiert werden sollen. Das Unterfangen ist allerdings nur bedingt gelungen. „The so-called Integrated Disarmament, Demobilisation and Reintegration Standards (IDDRS) established by an inter-agency working group of more than 16 UN agencies are intended to clarify roles and responsibilities, but these are not always observed. Too often, gaps emerge in which funding for critical facets of DDR go unsupported and the programme stalls.“ (Muggah 2013, S. 27). Das Fehlen einer standardisierten Struktur liegt freilich vor allem darin begründet, dass kein Konflikt dem anderen in solch einem Ausmaß gleicht, dass D&D- bzw. DDR-Maßnahmen in verschiedenen Kontexten und politischen sowie gesellschaftlichen Umgebungen in gleicher Weise angewandt werden können. Das öffnet allerdings einer Vielzahl an möglichen Interpretationen und Auslegungen der genauen Definitionen der einzelnen Phasen Tür und Tor.

Rozema (2008) versucht sich an einer sehr allgemein gehaltenen Definition: „Disarmament, demobilisation and reintegration (DDR) of ex-combatants aim to reduce violence, dismantle armed organisations or networks and reintegrate ex-combatants into civilian life.“ (Rozema 2008, S. 426f.). Bei genauerem Hinsehen tun sich allerdings schon bei dieser oberflächlichen Formulierung erste Fragen auf: Rozema spricht z.B. bereits von Ex-Kombattanten, wobei aber nicht restlos geklärt ist, in welcher chronologischen Abfolge die einzelnen Teile von DDR ablaufen müssen, um erfolgreich zu sein. Wenngleich es als durchaus sinnvoll erscheint, eine RLM zunächst offiziell aufzulösen und dann unter staatlicher oder internationaler Kontrolle die vorhandenen Waffen zu



sammeln und zu dokumentieren, kann es die lokale Situation auch erfordern, dass die Entwaffnung als Voraussetzung für die offizielle Auflösung der Gruppierung im Sinne einer Demobilisierung erfolgt. In diesem Fall wären es also (am Papier) noch aktive Kombattanten, die ihre Waffen abgeben.

In Kapitel 4 dieser Arbeit wird das Schlagwort DDR bzw. D&D noch ausführlich behandelt. Es wird versucht, die Konzepte dahinter zusammenzuführen und sie auf die kolumbianische Situation anzuwenden.

### **1.3 Struktur der Arbeit**

Die Arbeit ist in drei große thematische Blöcke gegliedert, die Kapitelnummerierung entspricht dieser Einteilung. Infolge dieser Einleitung wird zunächst noch die zugrundeliegende Methodik, vor allem hinsichtlich der Literaturrecherche und den Experten-Interviews, ausführlich erklärt.

Der erste thematische Block widmet sich hernach ausführlich der Geschichte Kolumbiens und der Geschichte seiner Konflikte. Das Ziel dieses Blocks ist es, durch einen intensiven Blick in die Vergangenheit die gesellschaftlichen und politischen Umstände zu präsentieren, die das Aufkommen gewalttätiger Konflikte im Land begünstigt haben. Dadurch sollen einerseits die Hintergründe des eingangs erwähnten Zitats von Luis Moreno Ocampo besser verständlich werden, andererseits stehen jene gesellschaftlichen Fragen im Fokus, die mithilfe der oben erwähnten Konzepte bearbeitet werden sollen. In weiterer Folge werden einzelne nach Meinung des Verfassers besonders wichtige Episoden aus dem Verlauf des internen bewaffneten Konflikts näher erläutert, die einen Einblick in die verfahrenere Situation geben sollen, in der sich das Land jahrzehntelang befunden hat. Dadurch soll ersichtlich werden, warum vor allem eine friedliche Lösung des Konflikts mit den FARC lange Zeit als schier unmöglich galt.

Im zweiten thematischen Block wird daher das Scheinwerferlicht auf jene Faktoren gerichtet, die dazu beigetragen haben, dass diese friedliche Lösung schlussendlich doch zu einer denkbaren Option wurde. Dabei sollen jene Punkte betont werden, die eine zentrale Rolle in der Aushandlung eines formellen Schlusspunkts für die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Staat und FARC eingenommen haben. Dieser Schlusspunkt ist das Friedensabkommen, das einen histori-

schen Wendepunkt für das Land darstellt. Dabei ist wichtig zu betonen, dass die vielfach implizierte Darstellung des Abkommens als „Ende der Gewalt“ infolge eines jahrzehntelangen Konflikts viel zu kurzfristig ist. Vielmehr stellt das Abkommen eine Art Arbeitsplan mit ungefähren Zielvorstellungen dar. Die Umsetzung dieses Arbeitsplans beginnt bei der Schaffung entsprechender Regularien und Gesetze, die den institutionellen Grundstein für die vorgeschlagenen Veränderungen in der Gesellschaft legen. Ziel ist nicht, dass der Konflikt verschwindet, sondern dass sich sein Schauplatz verändert: Die Auseinandersetzungen verlagern sich von einer militärischen auf eine politische Bühne.

Die im Abkommen behandelten Themengebiete sind inhaltlich sehr breit aufgestellt. Zu breit, um sie alle in einer Arbeit zu beleuchten. Daher werden im dritten thematischen Block exemplarisch drei wesentliche Säulen der Umsetzung hervorgehoben und näher analysiert. Das ist zum einen die juristische Säule. Dabei liegt der Fokus vor allem auf der Aufarbeitung von Straftaten in Zusammenhang mit dem Konflikt sowie auf der Rolle der daran beteiligten Institutionen. Außerdem die Säule der Reintegration, wo einzelnen Problemstellungen in der praktischen Umsetzung der Bestimmungen des Abkommens besondere Aufmerksamkeit eingeräumt wird. Zuletzt wird die Säule der politischen Reintegration behandelt. Hier geht es vor allem um die Umwandlung der demobilisierten FARC in eine politische Partei und die im Abkommen festgehaltenen Zugeständnisse an die neue Partei, damit diese ihre Inhalte auf dem politischen Parkett entsprechend positionieren kann.

## 2. Methodik

### 2.1 Literatursichtung und Zitationen

#### 2.1.1 Zur Literaturrecherche

Die Auswahl und Sichtung der Literatur hat unter zwei Aspekten stattgefunden, die mit den beiden Hauptphasen der Erstellung zusammenhängen und daher auch in einer chronologischen Abfolge stehen. Der erste Aspekt war explorativer Natur und fällt mit der Phase der Vorbereitung zusammen. Die Recherchearbeit war in dieser Phase breit aufgestellt und verfolgte vor allem das Ziel, den historischen und gesellschaftlichen Kontext einzugrenzen und die für die spätere Bearbeitung wichtigsten Punkte herauszuarbeiten. Einen nicht unwesentlichen Beitrag lieferte hier die Dissertation von Peter Rathgeb (2009), auf die im folgenden Kapitel auch mehrfach Bezug genommen wird. Um ein besseres Verständnis für den generellen Umgang von Politik und Gesellschaft mit den verschiedenen Akteuren im Konflikt zu entwickeln, wurde auch nicht ausschließlich Literatur zur FARC gesichtet, sondern wurden bei der Recherche bewusst auch Werke mitberücksichtigt, die sich anderen Akteuren wie den Paramilitärs/AUC (span.: Autodefensas Unidas de Colombia; dt.: Vereinigte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens) und anderen Guerillagruppierungen gewidmet haben. Ein weiterer Faktor war die Einarbeitung in grundlegende Definitionen rund um Schlüsselbegriffe wie Friedensbildung, Friedensprozess, Friedensabkommen, Entwaffnung, Demobilisierung, Reintegration/Reinkorporation und, wo möglich, deren Einbettung in größere Konzepte und Zusammenhänge. Dabei wurde auf Basis vorläufiger subjektiver Einschätzungen und persönlicher Erfahrungen auch darauf geachtet, ob und inwieweit sich Konzepte und Begrifflichkeiten auf den kolumbianischen Fall umlegen oder anwenden lassen könnten. In dieser Phase essentiell war die Beschäftigung mit zwei Werken: Einerseits Veronique Dudouets (2009) „From War To Politics“ über die Transformation bewaffneter subversiver Gruppen zu politischen Akteuren; andererseits der Aufsatz von Djuli und Stange (2017) über die Reintegration ehemaliger Kombattanten in Aceh. Dudouets Bezug zu Kolumbien sind nicht die FARC, sondern die Gruppierung M-19 (span.: Movimiento 19 de Abril; dt.: Bewegung des 19. April)<sup>2</sup>; Djuli und Stange befassen sich mit der indonesischen Provinz Aceh und damit einem völlig anderen Teil der Welt. Nichtsdestotrotz lieferten beide Quellen wertvolle Hinweise auf weitere Begriffe und Themenfelder, die

---

<sup>2</sup> Der 19. April war der Tag der korrumpierten Präsidentschaftswahl von 1970.

die weitere Recherchearbeit beeinflussten. Nicht zuletzt überschneidet sich dieser explorative Teil der Literatursichtung auch mit der Vorbereitung auf die „Feldarbeit“, also die Reise nach Kolumbien und die dort geplanten Experteninterviews.

Die Literaturrecherche erfolgte fast ausschließlich über den digitalen Katalog der Universitätsbibliothek der Universität Wien. Dabei wurden mithilfe erweiterter Suchfunktionen verschiedene Schlagwörter mit verschiedenen Suchoperatoren kombiniert. Schlagwörter waren u.a. „FARC“, „Kolumbien“, „Bürgerkrieg“, „Konflikt“, „Post-Konflikt“, „Guerilla“, „Friedensabkommen“, „Demobilisierung“ und „Friedensprozess“, wobei weitere Suchläufe mit Übersetzungen dieser Schlagwörter ins Englische und Spanische durchgeführt wurden. Anhand des Abstracts der jeweiligen Quelle und einer ersten Leseprobe wurden potentiell relevante Quellen identifiziert und zur späteren detaillierten Bearbeitung in die Literaturverarbeitungs-Software „Citavi“<sup>3</sup> eingepflegt. Diese diente fortan als Grundlage sämtlicher Literaturbearbeitungen sowie zur Sammlung von Kommentaren und Notizen.

Der zweite große Aspekt fällt in die Phase der Transkription und Verarbeitung der in den Experteninterviews gewonnenen Daten. Diese Phase war insofern „zielgerichteter“, als dass das Hauptaugenmerk darauf lag, die Informationen aus den Interviews mit den bereits vorhandenen Erkenntnissen aus der Literatur zu verschneiden und inhaltlich einzuordnen. Auf diese Weise konnte in dieser Phase auch noch einmal eine engere Auswahl getroffen und definiert werden, welchen Aspekten in der finalen Bearbeitung eine größere Bedeutung eingeräumt werden sollte.

### **2.1.2 Zu den Zitationen**

Generell wird darauf hingewiesen, dass deutsch- und englischsprachige Zitationen im Original übernommen wurden. Sämtliche direkt übernommene Textstellen wurden zudem in der originalen Formatierung übernommen. Ist also eine Textstelle im zitierten Werk z.B. *kursiv* gesetzt, ist sie auch so in diese Arbeit übernommen. Änderungen in der Formatierung sind durch eine Anmerkung ausgewiesen. Allfällige Auslassungen im Fließtext sind mit drei Punkten in runden Klammern als Auslassungszeichen kenntlich gemacht. Wichtig ist, dass dies nur für Zitationen aus der Literatur

---

<sup>3</sup> Siehe dazu die Webseite des Produkts unter: <https://www.citavi.com/de>

im Fließtext gilt. Das gleiche Symbol in den herausgestellten Zitationen aus den Interview-Transkripten (siehe Abschnitt 2.3.2) repräsentiert transkribierte Sprechpausen. Zitationen aus Interview-Transkripten sind in dieser Arbeit zur besseren Unterscheidbarkeit deutlich herausgestellt. Die zitierten Stellen sind in kursivem Schriftstil zentriert dargestellt. Wenn längere Gesprächsabschnitte übernommen wurden, die auch Fragen bzw. Aussagen des Verfassers umfassen, so sind die jeweiligen Stellen durch Hinzufügung des Namens der interviewten Person bzw. der Initialen des Verfassers (MK) entsprechend gekennzeichnet. Aussagen der Gesprächspartner sind dabei rechtsbündig dargestellt, jene des Verfassers linksbündig. Auslassungen bei der Wiedergabe längerer und inhaltlich zusammenhängender Aussagen aus den Interviews sind mit drei Punkten in eckigen Klammern kenntlich gemacht, die zudem nicht kursiv sind und sich daher vom Rest der Zitation deutlich abheben. Letzteres gilt in gleicher Weise für allfällige Anmerkungen. Die jeweiligen Quellenangaben beziehen sich auf die Absatznummerierung in den Transkripten, wobei ein Absatz einem ununterbrochenen Redebeitrag entspricht. Ausgenommen sind die Transkripte der Interviews mit Generalprokurator Acosta und dem ehemaligen Guerillero alias „El Ingeniero“, wo es aufgrund technischer Inkompatibilitäten bei der Ausgabe des Transkripts zu einzelnen Verschiebungen in der Absatznummerierung gekommen ist. Die Transkripte können auf Anfrage gern eingesehen werden.

Zitationen aus spanischsprachigen Quellen werden in deutscher Übersetzung wiedergegeben, wobei die Übersetzungen zunächst computergestützt mithilfe des Online-Dienstes „DeepL“<sup>4</sup> erstellt und dann auf Basis eigener sprachlicher Fähigkeiten angepasst wurden. So sollten sowohl sprachliche Feinheiten berücksichtigt als auch der übersetzte Text verständlicher werden, ohne den Inhalt mutwillig zu verändern. Der Vollständigkeit halber sind die Textstellen im spanischen Original sowohl bei Zitationen aus der Literatur als auch bei Zitationen aus den Interview-Transkripten in einer Fußnote gesondert angegeben.

Eine besondere Art von Quellen stellen Gesetze und Dekrete dar. Kolumbianische Gesetze sind ihrem inhaltlichen Aufbau nach im Literaturverzeichnis unter dem Schlagwort „Congreso de la República“ (ausschlaggebend ist der hervorgehobene Buchstabe „C“) gelistet, präsidentielle Dekrete hingegen unter dem Schlagwort „El Presidente de la República de Colombia“ (ausschlaggebend ist der hervorgehobene Buchstabe „P“). Wo gegebenenfalls lediglich eine Organisation als

---

<sup>4</sup> Siehe dazu die Webseite des Dienstes: <https://www.deepl.com/translator>

Herausgeberin angegeben ist, wurde die Quelle ohne gesonderte Bestimmungen nach dem ersten Buchstaben der jeweiligen Bezeichnung ins Literaturverzeichnis aufgenommen.

Paraphrasen und sonstige Verweise auf die gesichtete Literatur werden jeweils im Fließtext unter Beifügung der Abkürzung „vgl.“, also „vergleiche“, angegeben. Sollten sich die jeweils zitierten Autor\*innen auf weiterführende Literatur beziehen bzw. im Original explizit auf diese verweisen, so sind diese Verweise, wo möglich und zur Ergänzung als sinnvoll erachtet, in einer Fußnote zur Textstelle angegeben. Internetquellen sind als solche durch die Beifügung einer URL und dem Datum des letzten Zugriffs auf die angegebene Webseite gekennzeichnet. Dient die Internetquelle nur dem Beleg einer Aussage oder eines angegebenen Zahlenwertes, so ist die Quelle als Vollbeleg in einer Fußnote auf der entsprechenden Seite angeführt. Wurden Textpassagen einer Internetquelle als Zitation direkt übernommen, wird die Quelle so behandelt wie auch die restliche Literatur und befindet sich ein Vollbeleg im Literaturverzeichnis am Ende dieser Arbeit.

## **2.2 Interviews mit Experten**

### **2.2.1 Vorbemerkung zur Verwendung geschlechtsneutraler Sprache im Kontext der Interviews**

Es sei vorweggenommen, dass im Folgenden nur noch von Experten gesprochen wird. Sämtliche Interviews, die in weiterer Folge auch in die Datenanalyse miteinbezogen werden konnten, wurden mit Männern geführt. Es soll damit in keiner Weise angedeutet werden, dass es keine geeigneten Expertinnen zum Thema gibt. Im Gegenteil – es war auch ein Gespräch mit einer namhaften Expertin geplant. Das Interview mit Prof. Yvonne Suárez musste jedoch nach kurzer Zeit aufgrund gesundheitlicher Probleme der Gesprächspartnerin abgebrochen werden und war in der weiteren Datenauswertung (also Transkription, Kodierung und Interpretation) nicht mehr von Bedeutung. Daher erscheint die alleinige Verwendung der männlichen Form „Experten“ als zweckmäßig.

### **2.2.2 Warum Interviews?**

Es könnte argumentiert werden, dass das Thema dieser Arbeit auch ohne die Befragung von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Fachbereiche durchgeführt hätte werden können. Dem

Verfasser ist nicht zuletzt aus seiner persönlichen Erfahrung heraus bewusst, dass der Friedensprozess mit den verschiedensten bewaffneten Gruppierungen im Land ein seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten stets aktuelles Thema ist. Insbesondere die Umsetzung des Prozesses mit den FARC als ehemals größter Rebellen-Gruppierung wird mannigfaltig begleitet und – je nach Detailbereich, politischer Verortung oder Intensität der intendierten Gesellschaftskritik – unterschiedlich aufbereitet und bewertet. Eine reine Literaturarbeit wäre dem Ziel dieser Untersuchung allerdings bei weitem nicht gerecht geworden. Die Fragen nach Problemen bei der Umsetzung bestimmter Aspekte des Friedensabkommens bzw. bei der Realisierung der unterschiedlichen Teile des Friedensprozesses können nach Meinung des Verfassers nicht ausschließlich mit Bezug auf bereits vorhandene Abhandlungen zu Detailfragen zufriedenstellend behandelt werden. Gleichwohl ist klar, dass auch die Erhebungsform Interview viele potentielle Fallstricke aufweist, die die Qualität der so erhobenen Daten beeinflussen können. Doch wie schon Diekmann (2012, S. 434) in einem umfangreichen Grundlagenwerk zur Empirischen Sozialforschung festhält, ist die Befragung bzw., spezifischer, das Interview insbesondere „zur Erforschung von Einstellungen und Meinungen (...) – trotz aller Kritik – unverzichtbar.“ Die Sammlung verschiedener Meinungen gesellschaftlicher Stakeholder auf zentrale Fragestellungen der Umsetzung des Friedensprozesses und die Reintegration ehemaliger Kämpfer war zusammen mit den Einschätzungen zu Auswirkungen und möglichen Schwierigkeiten der Umsetzung im jeweiligen Wirkungsbereich der Befragten eines der zentralen Ziele dieser Arbeit. Im Zuge der Planung fiel die Wahl daher auf die Durchführung qualitativer Interviews, die (bis auf eine Ausnahme) persönlich, also „Face-to-Face“, durchgeführt wurden. Letzteres soll deshalb betont werden, da aufgrund der langwierigen Reiseeinschränkungen im Zuge der Covid-19-Pandemie in den Jahren von 2020 bis inklusive 2022 über lange Strecken der Planungsphase nicht klar war, ob eine Reise in das Untersuchungsgebiet Kolumbien zur Durchführung persönlicher Interviews überhaupt möglich sein würde. Als womöglich notwendige, aber niemals favorisierte Alternative stand in dieser Zeit auch die Durchführung von digitalen Interviews über die jeweils verfügbaren gängigen Kommunikationsplattformen im Raum. Glücklicherweise musste diese Alternative aber nicht weiterverfolgt werden.

## 2.2.3 Auswahl der Experten

### 2.2.3.1 Zur Methode des Experteninterviews

Nach einer kurzen allgemeinen Erläuterung zur Auswahl der Methode Interview, werden im Folgenden die Faktoren beleuchtet, die zur Auswahl der befragten Personen beigetragen haben. Denn das persönliche Interview an sich kann vereinfacht auch als „planmäßiges Vorgehen mit wissenschaftlicher Zielsetzung, bei dem die Versuchsperson durch eine Reihe gezielter Fragen (...) zu verbalen Informationen veranlasst werden soll“ (Scheuch 1973, S. 70f. – zit. n. Diekmann 2012, S. 439) definiert werden. Der Begriff bedarf daher im Kontext der vorliegenden Arbeit einer inhaltlichen Einschränkung.

Wie bereits erläutert war das Ziel der Durchführung persönlicher Interviews die Sammlung verschiedener Meinungen, um so eine Art „Meinungs Panorama“ über die Blickwinkel verschiedener gesellschaftlicher wie auch institutioneller Bereiche konstruieren zu können. Da der Verfasser dieser Arbeit diesen Bereichen selbst nicht angehört, macht das die potentiellen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zu „Experten, die ihr besonderes Wissen über soziale [und institutionelle, Anm.] Kontexte für deren Untersuchung zur Verfügung stellen können.“ (Gläser und Laudel 2010, S. 12). Anders als bei anderen Interview- und Befragungsformen, bei denen die Befragten selbst (Teil des) Untersuchungsgegenstand(s) sind, nehmen die befragten Experten bei einem Experteninterview die Rolle von „Zeugen“ der uns interessierenden Prozesse“ (Gläser und Laudel 2010, S. 12) ein. Dazu können die Experten über eine besondere oder herausragende Stellung in ihrem jeweiligen Umfeld verfügen, dies ist aber keine Bedingung. (vgl. Gläser und Laudel 2010, S. 13) Im Falle dieser Arbeit sei aber erwähnt, dass der Verfasser aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Kontakte innerhalb seines familiären Netzwerks durchwegs Zugang zu Experten erhalten hat, die aufgrund ihrer – teils ehemaligen – (beruflichen) Tätigkeit durchaus als gesellschaftlich exponierte Stakeholder im Sinne des Untersuchungsgegenstandes zu betrachten sind. Den beruflichen Stellungen und der allgemein guten (politischen) Vernetzung dieser familiären Kontakte ist es auch zu verdanken, dass der Zugang zu den befragten Experten überhaupt möglich wurde. Sie wurden gleichsam zu wichtigen „Türöffnern“ in einer Art „indirektem Schneeballverfahren“. (vgl. Vogt und Werner 2014, S. 37) In teils langen digitalen Gesprächen mit den Kontaktpersonen wurden der Untersuchungsgegenstand sowie die Forschungsziele abgesteckt und eingegrenzt und inhaltliche Kontexte erörtert. Darauf aufbauend konnten Kriterien festgelegt werden, die für die



Kontaktpersonen bei der Auswahl potentieller Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner wichtig waren. Aus einer Vielzahl an dem Verfasser vorgelegten Vorschlägen konnte so eine vorläufige Liste erarbeitet werden. Diese wurde nach weiteren Gesprächen mit den Kontaktpersonen und auf Basis terminlicher Abstimmungen schlussendlich gekürzt und konkretisiert.

Mit „indirektem Schneeballverfahren“ ist also gemeint, dass der Verfasser die Experten nicht selbst kontaktieren musste, sondern Kontaktaufnahme und Vorbereitung der Interviews über die Kontaktpersonen in Kolumbien ablief. Gleichzeitig konnten im Zuge der exakten Terminvereinbarung für die Durchführung der Gespräche von einigen der Experten wertvolle Hinweise auf zusätzliche potentielle Gesprächspartner eingeholt werden, wobei der Erstkontakt dann wiederum primär über die Kontaktpersonen erfolgte. Dieses System half enorm dabei, eventuelle Forschungsbarrieren von vornherein abzubauen. Der Verfasser war den Experten zum Zeitpunkt der ersten direkten Kontaktaufnahme bereits angekündigt, sein Vorhaben und seine Position von den Kontaktpersonen umrissen. Das schaffte Vertrauen und brachte den Verfasser in eine wesentlich stärkere Ausgangsposition.

Die Kontaktpersonen, beides entfernte Verwandte des Verfassers, waren:

1. **Luisa Margarita Gil Olaya** in der Hauptstadt Bogotá. Sie bekleidet(e) mehrere höhere Positionen in der staatlichen „Sonderverwaltungseinheit für die Betreuung und umfassende Entschädigung der Opfer [des bewaffneten Konflikts, Anm.]“ (*span.:* *Unidad Administrativa Especial para la Atención y Reparación Integral de las Víctimas*), meist abgekürzt UARIV, seltener UAEARIV.
2. **César Mauricio Olaya Corzo** in der Stadt Bucaramanga. Er ist Fotograf und freier Journalist.

Beide Kontaktpersonen sind aufgrund ihrer Tätigkeiten bestens mit innenpolitischen Zusammenhängen vertraut. Der Verfasser schätzt beide zudem als so sehr professionell in ihrer Arbeit ein, dass eine bewusste politische Vereinnahmung seines Anliegens unwahrscheinlich erscheint. Nichtsdestotrotz ist als potentieller Bias zu erwähnen, dass Frau Gil Olaya auch gewerkschaftlich aktiv ist und daher persönlich prononcierte politische Ansichten vertritt. Ihre Tätigkeit in einer staatlichen Einrichtung widerspricht dem jedoch nicht. Die „Sonderverwaltungseinheit für Opfer des Konflikts“ hat sich in mehreren Fällen im Sinne der von ihr betreuten Personen gegen die

Regierungslinie gestellt. Herr Olaya Corzo ist als Journalist politisch aufgeschlossen, aber nicht parteigebunden.

### 2.2.3.2 Befragte Personen

- **Jairo Ignacio Acosta Aristizabal**

Generalprokurator der Republik Kolumbien

Delegierter Prokurator mit Koordinationsfunktion bei der Sonderjustiz für den Frieden (JEP)

*Kontakt über Luisa Margarita Gil Olaya*

- **Luis Eduardo Celis**

Stiftung „Frieden und Versöhnung“ (*span.: Fundación Paz y Reconciliación, PARES*)

Sekretär des Stiftungsrates

*Kontakt über Luisa Margarita Gil Olaya*

- **Hans-Peter Knudsen Quevedo**

Ehem. Geschäftsführer von „Proexport Colombia“ für Deutschland und Osteuropa

Ehem. Rektor der Universität Rosario in Bogotá

Ehem. Rektor der Universität von Ibagué

Ehem. Botschafter der Republik Kolumbien in Deutschland

*Privater Kontakt<sup>5</sup>*

- **Julián Gallo Cubillos *alias* Carlos Antonio Lozada**

Abgeordneter zum Senat der Republik Kolumbien, „Alternative Revolutionäre Kraft des Miteinanders“ (*span.: Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común, COMUNES*)

Ehem. Mitglied des Generalsekretariats der FARC-EP

Ehem. Teilnehmer an den Friedensverhandlungen von Havanna

*Kontakt über Luis Eduardo Celis*

- **Marlon Darío Puentes Nizo**

Agentur für Reinkorporation und Normalisierung (*span.: Agencia para la Reincorporación y Normalización, ARN*)

Funktionär, Unterdirektion Monitoring und Evaluierung

*Kontakt über Luisa Margarita Gil Olaya*

---

<sup>5</sup> Hier erfolgte die Kontaktaufnahme nicht über die Kontaktpersonen, sondern auf direktem privatem Wege. Hr. Knudsen war aufgrund seiner Tätigkeit als Geschäftsführer von „Proexport“ in den 1990er-Jahren auch vielfach in Wien. Da die kolumbianische Gemeinde in Wien lange Zeit recht überschaubar war, wurden seine Frau und er im Zuge dessen zu Freunden der Familie des Verfassers. Nach deren Rückkehr nach Kolumbien verringerte sich der Kontakt, wurde aber für die Zwecke dieser Arbeit wieder aufgenommen.

- **Gonzalo Alberto Patiño Benavides**

Industrieuniversität Santander (*span.: Universidad Industrial de Santander, UIS*)  
Ordentlicher Professor am Fachbereich Wirtschaft und Management (Fakultät für Humanwissenschaften)

Direktor des Instituts für regionale Projektion und Fernunterricht (*span.: Instituto de Proyección Regional y Educación a Distancia, IPRED*)

*Kontakt über César Mauricio Olaya Corzo*

- **Enrique Flórez**

Agentur für Reinkorporation und Normalisierung (*span.: Agencia para la Reincorporación y Normalización, ARN*)

Funktionär, Unterdirektion für Territoriales, Abteilung Wirtschaftliche Nachhaltigkeit

*Kontakt über Luis Eduardo Celis*

- **Alias „El Ingeniero“**

Ehem. Mitglied der FARC-EP

*Kontakt über César Mauricio Olaya Corzo<sup>6</sup>*

## 2.2.4 Planung der Interviews

### 2.2.4.1 Strukturierung und Objektivität

Nachdem persönliche Interviews als qualitative Erhebungsmethode festgelegt und geeignete Gesprächspartner ausgewählt wurden, mussten die Interviews im Detail geplant werden, insbesondere hinsichtlich der Form des Interviews. Grundsätzlich können Interviews in erster Linie „nach dem Grad der Strukturierung (...) unterschieden werden“ (Diekmann 2012, S. 437), wobei dies gleichsam in einem „Kontinuum mit den Polen „vollständig strukturiert“ auf der einen und „unstrukturiert, offen“ auf der anderen Seite“ (Diekmann 2012, S. 437) geschieht. Damit hängen zentrale Überlegungen zur Aussagekraft der mittels Interviews erhobenen Daten zusammen, verbunden mit wissenschaftlich-philosophischen Forschungsidealen wie Objektivität und Reliabilität. Einem neutralen und möglichst objektiven Erhebungsergebnis kommt gerade bei der Arbeit mit Sichtweisen, Meinungen und Einstellungen bestimmter Personen ein großer Wert zu. Je „objektiver“ die erhobenen Daten, desto größer deren wissenschaftliche Verlässlichkeit. Oft wird dieser Anspruch an Objektivität mit Strukturierung in einen Zusammenhang gesetzt – je strukturierter

---

<sup>6</sup> Der tatsächliche Name der Person, die sich hier nur „El Ingeniero“, übersetzt also „der Ingenieur“, nennt, ist dem Verfasser nicht bekannt. Hintergründe des Verhältnisses zwischen Kontakt- und Auskunftsperson wurden aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes sowie des journalistischen Quellenschutzes nicht näher erörtert.

ein Interview, desto „objektiver“ die gewonnenen Daten. Das mag für die Erhebung neutraler Daten wie etwa soziodemographischer Indikatoren auch stimmen, nicht aber für die Arbeit mit persönlichen Einstellungen. Denn, so führt Diekmann (2012, S. 438) aus: „Die Standardisierung fordert (...) einen Preis. So erhält man bei geschlossenen Fragen keine Informationen jenseits des Spektrums der vorgelegten Antwortkategorien.“ Das genau ist aber das Ziel dieser Arbeit. Obwohl Vorwissen über den Untersuchungsgegenstand vorhanden ist, erscheint keine Interviewtechnik als passend, die die Antwortmöglichkeiten oder das Antwortverhalten der befragten Personen inhaltlich oder thematisch zu sehr einschränkt. Die geforderte Neutralität beim Umgang mit den erhobenen Daten muss für die konkreten Zwecke dieser Arbeit also auf anderem Wege erreicht werden.

#### 2.2.4.2 Das Spannungsfeld zwischen „neutraler Interviewtechnik“ und alltäglicher Gesprächssituation

Wenn die Gestaltung der Fragen als steuerndes Element wegfällt, so liegt es am Forscher selbst, durch die Art der Fragestellung sowie der Gesprächsführung größtmögliche Neutralität gegenüber den befragten Personen im Allgemeinen und den gewonnenen Daten im Speziellen zu wahren. Dass auch das im Grunde genommen nur ein Idealanspruch ist, der in realiter kaum zu erreichen sein wird, soll uns im Laufe dieses Kapitels noch an anderer Stelle stärker beschäftigen. An diesem Punkt ist lediglich festzuhalten, dass die Unmöglichkeit vollkommen strukturierter Interviews eine sogenannte „*neutrale* Interviewtechnik“ (Diekmann 2012, S. 439) erfordert, bei der „der Interviewer angehalten [ist], die Antwortreaktionen auf eine Frage weder positiv noch negativ zu sanktionieren.“ (Diekmann 2012, S. 439) (vgl. auch *ibid.*, S. 440). Dadurch entfernt sich ein neutral geführtes Interview allerdings vom Ideal der Rekonstruktion einer scheinbar alltäglichen Gesprächssituation mit dem normalen Spiel aus Fragen und Antworten und den Reaktionen darauf. Auf der einen Seite ist das ein erwünschter Effekt, der einen möglichst neutralen und durch keine subjektiven Wertungen eingeschränkten Handlungsspielraum für den Befragten ermöglicht. Auf der anderen Seite tritt dadurch der künstliche Aspekt dieser inszenierten „asymmetrischen Interaktion unter Fremden“ (Diekmann 2012, S. 439) stärker zutage, was aufseiten der befragten Person dazu führen kann, dass die Bereitschaft, freiwillig im Sinne des Interviewers zu kooperieren und wahrheitsgemäße Antworten zu geben, geringer ist als in einer ungezwungenen Atmosphäre. Es liegt hier also wieder am Forscher, dem Befragten gegenüber nicht nur möglichst neutral aufzutreten, sondern auch Interesse an den vorgebrachten Inhalten zu signalisieren und für das Interview

durch die Wahl eines geeigneten Ortes für eine Atmosphäre zu sorgen, die eine natürliche Gesprächsführung ermöglicht und die Bereitschaft zur Kooperation fördert.

#### 2.2.4.3 Empirische Absicherung und konkrete Durchführung

Die Durchführung von persönlichen Interviews ist auch immer mit einem gewissen Arbeitsaufwand verbunden, wobei für die Arbeit „im Feld“ vor allem der zeitliche Aufwand ausschlaggebend ist. Je nachdem, wie viel Zeit zur Verfügung steht und wie aufwändig die einzelnen Interviews sind, können auch unterschiedlich viele Interviews durchgeführt werden. Dabei ist immer zu bedenken, dass es mit der Durchführung des Interviews allein nicht getan ist, sondern dass auch für die Verarbeitung der Daten noch ein erheblicher Zeitaufwand in der Planung zu berücksichtigen ist. Gerade bei einer komplexeren Untersuchungsmaterie ist die Verlockung daher oft groß, während des Aufenthalts im Feld auf immer weitere Kontakte zurückzugreifen, die womöglich im Sinne des Schneeballsystems auch erst vor Ort als mögliche Gesprächspartner in Erscheinung treten. Diese Verlockung hängt damit zusammen, dass die erhobenen Daten noch verlässlicher, noch gefestigter erscheinen, je größer die Zahl der Datenquellen ist. Wie viele Interviews nun aber tatsächlich erforderlich sind, um die Ergebnisse als empirisch abgesichert betrachten zu können, folgt (leider) keiner allgemeingültigen oder allgemein anwendbaren Regel. Es ist also eine Ermessensfrage, die in unterschiedlichem Maß von den Ressourcen des Forschers abhängt. (vgl. Gläser und Laudel 2010, S. 104) Das Zeitkorsett des Verfassers war aufgrund der Reiseumstände und der Tatsache, dass Interviews in zwei verschiedenen Städten durchgeführt wurden (Bogotá und Bucaramanga), in erheblichem Ausmaß beengt. Es ist also wiederum der Zusammenarbeit mit den Kontaktpersonen im Vorfeld des Aufenthaltes zu verdanken, dass alle Termine erfolgreich koordiniert werden konnten. Es wurde auch bewusst davon abgesehen, die Liste der Gesprächspartner spontan noch zu erweitern, auch wenn sich mehrere gute Möglichkeiten dafür geboten hätten.

Der Preis für die Koordination mehrerer Interviews in einem eng abgesteckten zeitlichen Rahmen muss allerdings ebenfalls erwähnt werden. Die Durchführung aller Interviews war nur dadurch möglich, dass auch mehrere Interviews an einem Tag stattgefunden haben, teilweise nur im Abstand weniger Stunden. Davon wird im Allgemeinen zugunsten einer detaillierten Vor- und Nachbereitung eher abgeraten. Darüber hinaus handelte es sich bei einigen der befragten Experten um Persönlichkeiten mit hoher Stellung, die ihrerseits wiederum einem engen terminlichen Korsett unterlagen. Dem Verfasser war es daher auch nicht uneingeschränkt möglich, über die örtlichen

Rahmenbedingungen und damit die Gesprächsatmosphäre zu bestimmen. Aufgrund der „persönlichen Vermittlung“ waren die befragten Experten bereits über die Seriosität und Ernsthaftigkeit des Verfassers und des von ihm verfolgten wissenschaftlichen Unterfangens informiert. Die Bereitschaft zur Kooperation war daher trotz teilweise nicht idealer Gesprächsbedingungen durchwegs gegeben. Bei allen Interviews handelte es sich um einmalige Gespräche, die zwischen mindestens 30 Minuten und maximal einer Stunde gedauert haben.

#### 2.2.4.4 Art des Interviews und Fragentypus

Was die Art der Fragen betrifft, muss frühzeitig festgestellt werden, dass eine konkrete technische Definition von Fragentypus und Art der Gesprächsführung angesichts der Vielzahl der zur Verfügung stehenden Definitionen als nicht sinnvoll erscheint. Die Sinnhaftigkeit hinter der feingliedrigen Differenzierung von „qualitativen“, „themenzentrierten“, „fokussierten“, „problemzentrierten“ und sonstigen Interviewarten erschließt sich dem Verfasser nicht endgültig. (vgl. Gläser und Laudel 2010, S. 40) Im Sinne Gläasers und Laudels (2010) sei daher festgehalten, dass es sich bei allen im Kontext dieser Arbeit durchgeführten Interviews grundsätzlich um nicht-standardisierte Interviews gehandelt hat, „bei denen weder die Fragen des Interviewers noch die Antworten des Interviewpartners standardisiert werden.“ (Gläser und Laudel 2010, S. 41). Innerhalb dieser Gruppe können noch weitere Unterscheidungen getroffen werden, wobei für diese Arbeit vor allem der Typus des Leitfadenterviews oder leitfadengestützten Interviews relevant ist. Dabei orientieren sich die Fragen an einem zuvor definierten Leitfaden bzw. an zuvor abgesteckten Leitthemen, die wiederum anhand der im obigen Abschnitt präsentierten Leitfragen aufgespannt wurden. Die genaue Ausformulierung der Fragen variierte im konkreten Fall jedoch von Gesprächspartner zu Gesprächspartner, um bestmöglich auf die inhaltliche Dimension der Aufgaben und beruflichen Tätigkeiten der Interviewten eingehen zu können. So konnte auch ein Fokus auf jene Fragestellungen gelegt werden, zu denen die befragte Person am besten Auskunft geben konnte. Diese Flexibilität ermöglicht es dem Interviewführer zudem, trotz aller „Natürlichkeit“ in der Gesprächssituation die Richtung des Interviews stärker zu bestimmen und den Verlauf besser zu kontrollieren bzw. auch beeinflussen zu können. (vgl. Stange 2020, S. 62) Darüber hinaus unterstützt eine gewisse Freiheit bei der genauen Fragestellung den Forscher dabei, während seiner Arbeit in seinen erhobenen Daten „Halt“ zu finden und seinen Weg laufend anzupassen. Diese Vorgehensweise kann auch als eine Art Grundpfeiler qualitativer Forschung im Sinne dessen betrachtet werden, was später als „Grounded Theory“ bezeichnet werden sollte. (vgl. Glaser und Strauss 1984, S. 93)

Ein weiterer Vorteil des Leitfadeninterviews ist auch die flexible Reihenfolge der Fragen. „Um das Interview so weit wie möglich an einen natürlichen Gesprächsverlauf anzunähern, können Fragen aus dem Interviewleitfaden auch außer der Reihe gestellt werden, wenn es sich ergibt.“ (Gläser und Laudel 2010., S. 42). Dieser offene Gesprächsaufbau ermöglicht es auch, spontane Nachfragen zu stellen, die womöglich für die vollständige Beantwortung einer Frage notwendig erscheinen, aber ad hoc gestellt werden müssen und daher nicht Teil des vorbereiteten Interviewleitfadens sein können. (vgl. Gläser und Laudel 2010, S. 42) Letzterer kann aber auf Basis der Interviewerfahrungen erweitert werden. Je nachdem, wie genau der Leitfaden vorbereitet wird, orientiert sich der tatsächliche Gesprächsverlauf dann mehr oder weniger genau an der geplanten Struktur. Die grundsätzliche Offenheit des Formats kann aber auch dazu führen, dass das Gespräch in eine noch offenere Richtung „abgeleitet“, die Gläser und Laudel (vgl. 2010, S. 42) als „Offene Interviews“ typisieren. Würde dieses Format bewusst gewählt werden, wäre nicht einmal mehr ein Leitfaden mit Fragestellungen vorhanden, sondern wären nur noch teils nur lose miteinander verbundene Themen vorgegeben, die im Laufe des Gesprächs abgearbeitet werden. Für die durchgeführten Experteninterviews wurde im konkreten Fall zwar durchwegs auf die Erstellung eines grundlegenden Leitfadens gesetzt, dennoch trat die Option einer noch offeneren Gesprächsführung nie ganz in den Hintergrund. Gerade aufgrund des vielschichtigen Untersuchungsgegenstandes erschien es als zweckmäßig, einen Leitfaden oder die durch die Leitfragen abgesteckten Leitthemen als zumindest grundlegende Kontroll- und Steuerungsmöglichkeit in der Hinterhand zu behalten und nicht etwa gleich auf den in der Typisierung von Gläser und Laudel dritten Typus von Interviews, die narrativen Interviews, zu setzen. Bei diesen würde das Interview „durch eine komplexe Frage eingeleitet werden, auf die der Interviewpartner mit einer längeren Erzählung reagieren soll.“ (ibid., S. 42). Diese Form wäre für die Behandlung der vorliegenden Fragestellungen jedoch nicht günstig gewesen.

## **2.3 Verarbeitung der Interviews**

Neben dem großen Kapitel der Durchführung von Experteninterviews, stellt sich ab dem ersten gesprochenen Wort auch die Frage der Verarbeitung des Inhalts. Schließlich stellen die erhobenen Aussagen Daten dar, die zur weiteren Analyse verarbeitet werden müssen.

### 2.3.1 Aufzeichnung der Interviews

Wie bereits in Abschnitt 2.2.2 erwähnt, wurden sämtliche Interviews mit einer Ausnahme persönlich durchgeführt. Die Ausnahme ergab sich aus der einzigen terminlichen Unvereinbarkeit von Verfasser und interviewtem Experten, die ein persönliches Treffen in Bogotá verhindert und eine Durchführung auf digitalem Wege mittels Online-Kommunikation notwendig gemacht hat. Alle Interviews wurden aber aufgezeichnet. Im Falle der persönlichen Interviews erfolgte die Aufzeichnung mithilfe einer entsprechenden Applikation auf dem privaten Mobiltelefon des Verfassers, wobei dieses stets so positioniert wurde, dass das im Gerät eingebaute Mikrofon die Stimmen beider bzw. aller Gesprächsbeteiligter in ausreichender Intensität aufzeichnen konnte. Im Fall des einzigen digitalen Interviews wurde die Aufzeichnungsfunktion der gewählten Kommunikationssoftware „Zoom“ genutzt, die neben der Fixierung einer Tonspur auch eine unkomplizierte und sowohl für Forscher als auch Experten nicht mit zusätzlichem Aufwand verbundene Bildaufnahme ermöglichte. Die Bildübertragung während des Videogesprächs wurde aufgrund der Herstellung einer persönlicheren und der Situation eines Face-to-Face-Gesprächs ähnlicheren Situation wie in den Grundeinstellungen der Software vorgesehen beibehalten. Es bedurfte also auch keiner zusätzlichen Geräte für die Bildaufnahme. Bei der automatischen Verarbeitung der Daten dieses Gesprächs durch die Kommunikationssoftware wurden zudem zwei Dateien erzeugt, eine mit Bild und Ton und eine weitere, die nur die Tonspur enthielt. Diese Ausgabedatei wurde in der weiteren Datenverarbeitung auch verwendet, da die Videoaufzeichnung keinen wesentlichen zusätzlichen Beitrag zur Dokumentation der Gesprächsinhalte leistete. (vgl. Flick 2019, S. 373) Selbstverständlich wurden alle beteiligten Experten über die Aufzeichnung des Gesprächs informiert und über die weitere Verwendung der Daten im Zuge der Analyse zur Erforschung des Untersuchungsgegenstandes aufgeklärt. (vgl. Flick 2019, S. 372f.) Die Zeitpunkte von Beginn und Ende der Aufzeichnung wurden zudem in jedem Gespräch eindeutig als solche ausgewiesen, was in Bezug auf die Beendigung der Aufzeichnung auch in einigen Interview-Transkripten ersichtlich ist. Die befragten Experten haben durchwegs sowohl der Aufzeichnung des Gesprächs als auch der weiteren Verwendung der aufgezeichneten Inhalte und Aussagen unter explizitem Verweis auf das Gespräch und/oder unter Nennung ihres Namens in dieser Arbeit zugestimmt. Wo erforderlich bzw. möglich wurde diese Zustimmung im Laufe des Verarbeitungsprozesses darüber hinaus auch



schriftlich eingeholt.<sup>7</sup> Der Verfasser hatte bei keinem der Interviews zu irgendeinem Zeitpunkt den Eindruck, dass die Aussagen anders getroffen worden wären als dies zu erwarten gewesen wäre, wenn die Gespräche nicht aufgezeichnet worden wären. Diese Feststellung erfolgt auf Basis eines flüchtigen Gedächtnisprotokolls der Gesprächssituationen. Für den Verfasser positiv überraschend war, dass die Experten kein offensichtliches Unbehagen angesichts der Themenstellung und der konkreten Fragen zeigten. Vielmehr entwickelten sich die Gespräche wie angenehme Unterhaltungen unter Bekannten zu tagespolitischen Themen. Celis etwa schien sich regelrecht über die Möglichkeit zu freuen, seine Standpunkte darlegen zu können. Lediglich Flórez schien bei einzelnen Fragen ein wenig nach Worten zu ringen. Es lässt sich aber nicht zweifelsfrei sagen, ob dies an einem grundsätzlichen Unbehagen ob der Fragestellung, der Suche nach der besten Formulierung wegen der Aufzeichnung oder an seiner Erkältung lag.

Ein wesentlicher Vorteil der technisch gestützten Tonaufzeichnung eines Interviews liegt darin, dass sie dem Forscher die Verpflichtung, während des Gesprächs laufend Notizen zu machen, abnimmt, was im Lichte der dargelegten zeitlichen Einschränkungen nicht unwichtig ist. Folgt man der Auslegung Gläasers und Laudels (vgl. 2010, S. 193), so erhält der Forscher dadurch aber nicht nur zeitliche Flexibilität, sondern auch methodische hinsichtlich der Vermeidung von potentiellen Fehlern bei der weiteren Verarbeitung der Daten. (vgl. Flick 2019, S. 374) Denn auch Notizen und Gedächtnisprotokolle stellen eine gewisse Art der Zusammenfassung und damit eine „methodisch nicht kontrollierte Reduktion von Informationen“ (Gläser und Laudel 2010, S. 193) dar. Somit kann dem Faktor Transparenz die notwendige Bedeutung eingeräumt werden und die Datenverarbeitung wird nachvollziehbarer. Wie Flick (2019) mit Verweis auf Hopf (1985)<sup>8</sup> anmerkt, kann dieser zeitliche „Aufschub“ in der theoretischen Verarbeitung der Interviewdaten umgekehrt aber auch zu Ungenauigkeiten führen. Etwa, wenn bestimmte Details der Interviewsituation nicht mehr vollständig rekonstruiert werden können. Randnotizen zum Ort und zu den Umständen des Gesprächs sind für den Forscher daher auch bei Durchführung einer Aufzeichnung von essentieller Bedeutung und wurden auch für diese Arbeit (wo erforderlich) angefertigt.

---

<sup>7</sup> Für schriftliche Zustimmungen wurde eine entsprechende Textvorlage der Studienprogrammleitung 29 (Geographie) als Teil des Studien-Service-Centers (SSC) der Fakultät für Geowissenschaften, Geographie und Astronomie der Universität Wien genutzt, die vom Verfasser aus dem deutschsprachigen Original frei ins Spanische übersetzt wurde.

<sup>8</sup> Flick (2019, S. 374) verweist hier auf: HOPF, C. (1985): Nichtstandardisierte Erhebungsverfahren in der Sozialforschung – Überlegungen zum Forschungsstand. – In: KAASE, M., KÜCHLER, M. (Hrsg.): Herausforderungen der empirischen Sozialforschung. – ZUMA, Mannheim, S. 86 – 108;

### 2.3.2 Transkription der Interviews

King (1994, S. 25 – zit. n. Gläser und Laudel 2010, S. 193) beschreibt in nur einem Satz das Dilemma der Transkription von Interviews als aufwändigem, aber dennoch notwendigem Schritt bei der Verarbeitung von Daten wie folgt hervorragend: “Difficult and time-consuming though transcription is, there really is no satisfactory alternative to recording and fully transcribing qualitative research interviews.“

Die Verschriftlichung der im Gespräch erhobenen Daten ist ein für die Interpretation ihres Inhalts unerlässlicher Schritt. (vgl. Flick 2019, S. 379) Sowohl Gläser und Laudel (2010) als auch Flick (2019) verweisen in ihren Werken allerdings auf das grundlegende Problem, dass sich für die Art der technischen Durchführung einer Interview-Transkription bis heute noch kein Standard durchgesetzt hat bzw. „keine allgemein akzeptierten Regeln“ (Gläser und Laudel 2010, S. 193) aufgestellt wurden. Der Forscher bewegt sich also auch bei diesem Arbeitsschritt wieder im Bereich einer Ermessensentscheidung, die hinsichtlich ihrer „Richtigkeit“ nicht bewertet werden kann, aber dennoch begründet werden und konsistent angewandt werden muss. Das liegt daran, dass verschiedene fachliche Kontexte auch unterschiedliche Ansprüche an Art und Genauigkeit der Transkription stellen. „In sprachanalytischen Zusammenhängen richtet sich das Interesse häufig darauf, ein Höchstmaß an erzielbarer Genauigkeit bei der Klassifikation von Äußerungen, Pausen und in ihrer Darstellung zu erzielen.“ (Flick 2019, S. 379). Diese Tiefe ist für die Analyse der hier bearbeiteten Interviewdaten nicht notwendig – dennoch erschien es auch hier vor allem zu Beginn der Transkriptionsarbeit schwierig, einen gangbaren Mittelweg zu definieren, ohne gleichzeitig das Gefühl zu erwecken, mögliche gesprächsbeeinflussende Anmerkungen im Interviewprotokoll zu unterschlagen. Der Grad der Detailwiedergabe steht aber in direktem Zusammenhang mit dem Arbeitsaufwand insgesamt. Gläser und Laudel (2010) etwa verweisen darauf, dass der zeitliche Aufwand von Interview zu Transkription in der Literatur in etwa mit dem Verhältnis 1:4 angegeben wird, dieses Verhältnis ihrer Erfahrung nach aber eher bei 1:6 liegt. Daraus wird der ungeheure Anteil ersichtlich, den die Transkription in der Datenverarbeitung für sich beansprucht und der an sich schon bei der Planung berücksichtigt werden müsste. Flick (vgl. 2019, S. 379) stellt allerdings die Frage nach der Angemessenheit in den Raum. Das (womöglich übertriebene) Gefühl der Notwendigkeit einer allzu detaillierten Transkription wäre demnach eine Art „Genauigkeits-Fetischismus“, der sich als Ausdruck von Idealen „naturwissenschaftlicher Messgenauigkeit in die interpretative Sozialwissenschaft“ (Flick 2010, S. 379) eingeschlichen habe. In der Praxis kommt es

nicht nur bei der Durchführung von Interviews, sondern auch bei der Transkription daher zu Lerneffekten hinsichtlich der notwendigen Detailtiefe, die aber im Sinne der Konsistenz in der Anwendung in den transkribierten Texten zu keinen wesentlichen Änderungen im Stil führen sollten.

Bei der vorliegenden Arbeit sieht man dies lediglich in den technischen Unterschieden bei der Transkription des Interviews mit Generalprokurator Acosta, das chronologisch als erstes bearbeitet wurde, und den übrigen Transkriptionen. Allen hier vorliegenden Transkriptionen gleich ist, dass sie mithilfe der Computersoftware „f4transkript“<sup>9</sup> erstellt wurden, die auch in ihrer (kostenpflichtigen) Standard-Version verschiedene Elemente und Einstellungen bietet, die die manuelle Transkription unterstützen.<sup>10</sup> Eine automatische Transkription mit anschließender Fehlerkorrektur (wie bei manchen Softwarelösungen enthalten) war für diese Arbeit aufgrund mangelnder finanzieller und technischer Ressourcen nicht möglich. Die Interviews wurden alle in spanischer Sprache durchgeführt. Prinzipiell wurde bei der Transkription darauf geachtet, alle Aussagen so unverfälscht wie möglich wiederzugeben. Überbrückende Wortwiederholungen, wie sie in spanischsprachigen Gesprächen oft vorkommen, wurden daher ebenfalls so angegeben wie ausgesprochen und nicht im Sinne der Regeln der Standardorthographie verkürzt. Vorgänge in der Umgebung, die auf der Aufzeichnung hörbar sind, wurden nur dann transkribiert, wenn sie zu einer (längeren) Unterbrechung des natürlichen Gesprächsflusses geführt haben – dazu zählt etwa das Servieren von Lebensmitteln. Auch hier bildet das Transkript des Interviews Acosta eine Ausnahme, da bei dieser Transkription anfänglich jegliche geräuschvolle Störung in der Umgebung des Interviews als Hinweis auf eine potentielle Beeinträchtigung der Qualität des transkribierten Textes schriftlich erfasst wurde. Diese Detailtiefe erwies sich allerdings bereits im Laufe der Transkriptionsarbeit besagten Interviews als zu groß und für diese Arbeit als nicht zweckmäßig. Andere nichtverbale Äußerungen wie Räuspern und Husten wurden allerdings sehr wohl transkribiert, um die Gesprächssituation nicht nur inhaltlich möglichst detailliert, sondern auch möglichst natürlich in der Transkription wiederzugeben. Dehnungslaute, die dem berühmten Laut „ähm“ in der deutschen Sprache entsprechen, wurden ebenfalls erfasst und lautgemäß als „ehm“ verschriftlicht. Während dies im Fall Acosta noch unter besonderer textlicher Hervorhebung erfolgte, wurde der Dehnungs-

---

<sup>9</sup> Siehe dazu die Webseite des Produkts unter: <https://www.audiotranskription.de/f4transkript/>.

<sup>10</sup> Dazu gehören Einstellungen zur Wiedergabegeschwindigkeit, automatischer Sprecherwechsel in der Verschriftlichung und farbliche Kennzeichnung der entsprechenden Passagen in Text und Audiomaterial, erleichterte Bedienung durch verschiedene Tastenkombinationen sowie automatische Einfügung einer Absatznummerierung im Endausgabedokument.

laut in den übrigen Transkripten gleichsam als normales Wort in den Fließtext eingebaut. In manchen Fällen wurden dem Fließtext inhaltlich ergänzende kursiv geschriebene Anmerkungen auf Deutsch beigefügt. Wo vorhanden erschienen diese dem Verfasser als zweckmäßig, um durch Kontextualisierung zum Verständnis dieser Stellen bei der Durchsicht der Transkripte beizutragen. Die fertiggestellten Transkriptionen wurden aus der verwendeten Software als Word-Dateien exportiert.

Im Folgenden eine Übersicht über das Transkriptionssystem, das grundsätzlich zur Anwendung gebracht wurde (vgl. Flick 2019, S. 381):

<b>Absatznummerierung</b>	Fortlaufend, automatisch
<b>Zeilenausrichtung</b>	Links
<b>Absatzformatierung</b>	Hängend, automatisch
<b>Abkürzungen Gesprächspartner</b>	Initialen des Namens
<b>Kürzere Pausen</b>	(...)
<b>Längere Pausen</b>	(...), mit Dauer in Sekunden
<b>Laut, leise, betont</b>	Mit Anmerkung im Text ( <i>betont</i> )
<b>Wortabbrüche</b>	abc-/
<b>Überlappungen</b>	// abc //
<b>Zahlen</b>	in Ziffern

### 2.3.3 Analyse und Kodierung der Interviewdaten

Nach Erhebung und Verschriftlichung der Daten steht als dritter großer Schritt im Arbeitsprozess die Auswertung bzw. die Interpretation der Daten. Was bei der Arbeit mit beispielsweise nur einem Interview recht einfach wirken mag, wird umso komplexer und umfangreicher, je größer die erhobene Datenmenge ist. Die notwendige Verarbeitung der Daten zur Extraktion jener Aspekte, mit denen in der Folge wissenschaftlich gearbeitet werden soll, kann bei größeren Datenmengen nicht mehr „freihändig“ im Kopf passieren, sondern bedarf einer strukturierten Vorgehensweise. Diese soll den Forscher dabei unterstützen, die jeweils relevanten Informationen aus seinen Daten zu lösen und in eine sinnvolle und bearbeitbare Ordnung zu bringen. Diese Ordnung wird mithilfe von Codes hergestellt. Wenngleich nur mit der Erstellung von Codes die Interpretationsarbeit bei weitem noch nicht abgeschlossen ist, so stellt das Kodieren doch einen der wichtigsten Arbeitsschritte im wissenschaftlichen Bearbeitungsprozess dar. Durch das Kodieren der Daten – in diesem

Fall also der Interviewtranskripte – stellt der Forscher einen Zusammenhang zwischen dem rohen Datenmaterial, das er erhoben hat, und alldem her, was daraus wissenschaftlich entsteht, von Beschreibungen bis hin zu neuen auf Basis der Daten aufgestellten Theorien. (vgl. Charmaz 2014, S. 113)

### 2.3.3.1 Einschätzung der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring

Eine der wohl bekanntesten Analysemethoden zur Interpretation und Verarbeitung von textlichen Daten ist die von Philipp Mayring mitbegründete Methode der qualitativen Inhaltsanalyse. In seinem mehrfach neu aufgelegten Grundlagenwerk zu dieser Methode beschreibt Mayring umfangreich die Entwicklung des analytischen Methoden-Instrumentariums in den Sozialwissenschaften und die wissenschaftstheoretischen Grundlagen, die zur Entwicklung der qualitativen Inhaltsanalyse beigetragen haben. Dabei geht er in definitorischen Überlegungen hinsichtlich des impliziten Wissenschaftsverständnisses bei der Anwendung bestimmter Analysemethoden auch auf den Unterschied bzw. Gegensatz zwischen quantitativen Methoden mit „erklärendem“ Ansatz und qualitativen Methoden mit „verstehendem“ Ansatz ein. (vgl. Mayring 2015, S. 17ff.) Obwohl Mayrings Methode versucht, diesen Gegensatz durch die stärkere Berücksichtigung qualitativer Merkmale zu überwinden, bleibt die Methode dennoch der Tradition der Inhaltsanalyse als primär quantitativem Instrument stark verbunden. Wie auch Gläser und Laudel (vgl. 2010, S. 198) feststellen, betreffen die verstärkt qualitativen Aspekte bei Mayrings Inhaltsanalyse vor allem die Kategorienebildung, also die Erstellung der für die Inhaltsanalyse definierten Themen- und Forschungsfelder: „Wie die quantitative Inhaltsanalyse ist das von Mayring vorgeschlagene Verfahren darauf zugeschnitten, dass man am Ende ein nicht mehr veränderliches Kategoriensystem auf seine Texte anwendet.“ (Gläser und Laudel 2010, S. 198). Mit Verweis auf Mayring selbst<sup>11</sup> notieren sie weiter, dass der eindeutig qualitative Arbeitsschritt der Anwendung des Kategoriensystems auf einen Text vor allem mit dem Ziel erfolgt, anschließend Kategorienhäufigkeiten zu erheben und quantitativ zu analysieren. (vgl. Gläser und Laudel 2010, S. 199) Das Ziel der analytischen Tätigkeiten bei dieser Arbeit ist jedoch nicht, bestimmte inhaltliche Aspekte der Interviews über deren Häufigkeit zu eruieren und zu analysieren – vielmehr sollten die Interviews dazu dienen, durch die Analyse des Gesagten zu neuen Einblicken und Erkenntnissen in Bezug auf die Leitfragen und Forschungsfragen zu kommen. Die Anwendung eines geschlossenen und vordefinierten Katego-

---

<sup>11</sup> Vgl. MAYRING, P., GLÄSER-ZIKUDA, M. (2005): Die Praxis der qualitativen Inhaltsanalyse. – Beltz, Weinheim.

riensystems wäre daher nur dann sinnvoll gewesen, wenn einige Kernaspekte des erhobenen „Meinungs panoramas“ bereits im Vorfeld bekannt oder mit einer gewissen Sicherheit zu erwarten gewesen wären. Dies traf hier aber nicht zu. Das deckt sich wiederum mit der von Gläser und Laudel (2010) geäußerten Kritik an der Mayring'schen Methode. Demnach geht dessen Ansatz davon aus, „dass nach der Bildung des Kategoriensystems im Material keine Informationen mehr gefunden werden können, die nicht auf das Kategoriensystem passen.“ (Gläser und Laudel 2010, S. 199). Genau diese womöglich nur implizit enthaltenen Informationen sollten aber im Zuge der Analyse aus den Daten extrahiert werden.

#### 2.3.3.2 Kodierung gemäß konstruktivistischer Grounded Theory nach Charmaz

Daher wurde für die Kodierung bei dieser Arbeit eine Vorgangsweise gewählt, die bei Flick (vgl. 2019, S. 388ff.) innerhalb der Gruppe des Theoretischen Kodierens als „Offenes Kodieren“ bezeichnet wird. Das Ziel dabei ist, „Daten und Phänomene in Begriffe zu fassen.“ (Flick 2019, S. 388). Der etwas abstrakte Begriff des Kodes wird womöglich besser verständlich, wenn man in ihm eine Art „Verschlagwortung“ der Daten, Aussagen und Zusammenhänge sieht. Der analysierte Text soll dadurch verständlicher und fassbarer, die enthaltenen Informationen „lesbar“ werden, damit sie mit anderen Informationen in Bezug gesetzt werden können. Der Forscher tritt gleichsam in Interaktion mit seinen Daten, indem er Kodes konstruiert. Diese Kodes orientieren sich dann nicht mehr an bereits definierten Kategoriensystemen, sondern an dem, was der Forscher im analysierten Text sieht. Das bedeutet zwangsläufig aber auch, dass Vorwissen und Vorannahmen in die Konstruktion der Kodes miteinfließen. „We *construct* our codes because we are actively naming data (...). We may think our codes capture the empirical reality. Yet it is *our* view: we choose the words that constitute our codes. (...) Nonetheless, the coding process is interactive. We interact with our participants and subsequently interact with them again many times over through studying their statements (...) and re-envisioning the scenes in which we know them.“ (Charmaz 2014, S. 114). (vgl. auch Charmaz 2014, S. 4)

Die genaue technische Durchführung der Kodierung unterscheidet sich je nach gewähltem Ansatz. Kathy Charmaz wählt mit ihrer konstruktivistischen Auffassung von Grounded Theory einen Zugang, der sich sehr stark an den Handlungen, die in den Daten aufgegriffen werden, orientiert. Kodes sollen daher nicht als einzelne Schlagwörter mit Bezug zu einem behandelten Thema konstruiert werden: „Attempt to code with words that reflect action. (...) Look closely at actions and,

to the extent possible, code data *as* actions.” (Charmaz 2014, S. 116). Um das im Detail machen zu können und damit der Forscher auch seine eigenen Ideen bestmöglich mit dem Text in Einklang bringen kann, schlägt Charmaz vor, die Kodierung Zeile für Zeile vorzunehmen. Der Forscher soll dadurch in die Lage gebracht werden, auch die feinen Unterschiede in den Details der transkribierten Aussagen erfassen und mit Codes „verschlagnworten“ zu können. Vermieden werden soll bei diesem Unterfangen aber, dass der Forscher seine eigenen Konzepte der Interpretation der Daten gleichsam „überstülpt“. Charmaz geht auch hier davon aus, dass das detaillierte Vorgehen einer Zeile-für-Zeile-Kodierung dem Forscher dabei hilft, neue oder andere Sichtweisen auf das untersuchte Phänomen zu erkennen und in den eigenen Denkprozess aufzunehmen. (vgl. Charmaz 2014, S. 125) So können in weiterer Folge auf der einen Seite Interviewpartner und ihre Aussagen untereinander besser in Beziehung gesetzt werden, auf der anderen Seite können die festgehaltenen Sichtweisen durch die vorhandenen Konzepte des Forschers leichter in unterschiedliche Kontexte gesetzt werden. (vgl. Charmaz 2014, S. 133, 136)

Bei der Bearbeitung von Textdaten nach dieser Methode „entstehen manchmal Hunderte von Codes.“ (Flick 2019, S. 391). Um nicht in der Vielzahl an Codes, die ja eigentlich der Strukturierung dienen sollten, wiederum den Überblick zu verlieren, werden die Codes in einem zweiten Schritt um, wie Flick schreibt, „für die jeweilige Fragestellung besonders relevante Phänomene“ (ibid., S. 391) gruppiert. Im vorliegenden Fall wurden die für die Arbeit maßgeblichen Komplexe der Leitthemen dafür herangezogen. Auf diese Weise wurden sodann Kategorien gebildet, denen die einzelnen Codes zugeordnet sind. Die Codes dienen dann als konkreter Bezug der eher abstrakten Kategorie zum Datenmaterial. In weiteren Arbeitsschritten schlägt auch Charmaz vor, das Abstraktionsniveau stetig durch weitere Kodierungen und Fokussierungen auf die inhaltlichen Ausprägungen einer Kategorie in Bezug zu den theoretischen Überlegungen und zum Datenmaterial zu erhöhen. Auf die streng nach Konzept vorgeschlagenen weiteren intensiven Fokussierungsschritte musste bei den Kodierungen für diese Arbeit aus verschiedenen Gründen verzichtet werden. Ein Teil dieses Vorgehens wäre es schließlich auch, durch die Kodierungen entdeckte inhaltliche Lücken im empirischen Datenmaterial durch weitere Erhebungen (also etwa weitere Interviews) zu schließen oder neu entstandene Ideen durch weitere Erhebungen zu überprüfen. Aus Zeitgründen wie auch aufgrund der Tatsache, dass mehrere aufeinanderfolgende Reisen in das Untersuchungsgebiet Kolumbien nicht ohne weiteres organisiert werden konnten, beschränkte sich die Kodierung in diesem Fall im Wesentlichen auf den hier beschriebenen „offenen“ Teil. Damit folgt das Vorgehen für diese Arbeit dem Konzept Charmaz‘ (2014) nur grundlegend.

Eine derartige Reduktion von Arbeitsschritten infolge organisatorischer Schwierigkeiten würde bei anderen Vorgangsweisen gewiss als Reduktion methodischer Genauigkeit und damit analytischer Kapazitäten angesehen werden (müssen). Aus den Ausführungen der vergangenen Abschnitte sollte allerdings deutlich werden, dass dies für den konstruktivistischen Zugang zur Grounded Theory nach Charmaz so nicht gesehen werden kann. Zumal ohne klare Beschränkung der Arbeitsschleifen ansonsten vor allem auch für unerfahrene Forscher<sup>12</sup> die Gefahr besteht, in einen schier unendlichen Zyklus der immer wiederkehrenden Überprüfung allenfalls festgestellter Lücken in der Empirie zu fallen. Flick (2019, S. 401) spricht in diesem Zusammenhang von der „potenzielle[n] Unendlichkeit der Kodierungs- und Vergleichsmöglichkeiten. [Die] (beim offenen Kodieren, Anm.) gefundenen, meist sehr zahlreichen Kategorien könnten alle weiter ausgearbeitet werden.“ Dieser Gedanke einer Art „Perpetuum Mobile“ der Forschung kann den Forschungs- und Arbeitsprozess aber entscheidend verzögern oder überhaupt zum Erliegen bringen. Ein klarer Schnitt und die Akzeptanz der Tatsache, das Thema nicht durch jede noch so interessante und noch so „verlockende“ Frage erweitern zu können und der Arbeit dadurch eine klare Barriere aufzuerlegen, ist im vorliegenden Fall womöglich sogar ein Vorteil.

## **2.4 Persönliche Bemerkungen zur Feldforschung**

An dieser Stelle sei noch Platz für einige methodisch abschließende persönliche Kommentare des Verfassers zu dieser Arbeit und insbesondere zu den Erfahrungen „im Feld“. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, ist das Forschungsinteresse des Verfassers an Kolumbien vor allem in seinem persönlichen und familiären Bezug zum Land begründet. Der Verfasser besitzt neben der österreichischen auch die kolumbianische Staatsbürgerschaft, was die Einreise sowie das Reisen im Land sicherlich erleichtert hat. Neben der Unterstützung durch die Kontaktpersonen hat der Umstand, offiziell ein „Einheimischer“ zu sein, die Legitimation des Verfassers gegenüber Dritten, insbesondere also gegenüber den Gesprächspartnern, zusätzlich vergrößert. Es beeindruckt viele Menschen, dass jemand, der im Ausland geboren wurde und bereits über eine andere Staatsbürgerschaft verfügt, sich aktiv um die Erlangung kolumbianischer Reisedokumente bemüht. In Bezug auf die Interviews kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob und welchen Einfluss die Staatsangehörigkeit als persönliche Facette des Verfassers genommen haben mag. Es kann aber genauso nicht ausgeschlossen werden, dass die Gespräche anders verlaufen wären, wenn die Gesprächspartner

---

<sup>12</sup> Als solchen würde sich der Verfasser in kritischer Selbstreflexion durchwegs ebenfalls bezeichnen.



gewusst hätten, dass ihnen ein interessierter Ausländer gegenübersteht, der sich mit Kolumbien beschäftigen möchte, den sonst aber nicht viel mit dem Land verbindet.

Spanisch ist neben Deutsch die zweite Muttersprache des Verfassers. Selbstverständlich stellte diese Sprachkenntnis während des Aufenthalts in Kolumbien einen weiteren erheblichen Vorteil dar. Viele der Interviews wären in dieser Form nicht möglich gewesen, wenn eine laufende Übersetzung notwendig gewesen wäre oder sie auf Englisch geführt hätten werden müssen. Sprachliche Limitationen fielen also weg, dafür waren die zeitlichen umso größer – auf sie wurde bereits weiter oben hingewiesen.

Für den Verfasser war auffällig, dass bis auf eine Ausnahme alle interviewten Experten positiv davon überrascht waren, dass die vorliegende Arbeit in deutscher Sprache verfasst werden sollte. Die Ausnahme ist Hans Peter Knudsen, der selbst im deutschsprachigen Raum gelebt und gearbeitet hat und daher ebenfalls Deutschkenntnisse besitzt. Die Überraschung der anderen, zu denen der Kontakt in erster Linie über die Kontaktpersonen hergestellt wurde, bestärkt den Verfasser allerdings in seiner Vermutung, dass sie ihn als Einheimischen betrachtet haben, der zufälligerweise im Ausland lebt. Es ist daher nicht auszuschließen, dass diese Einstellung das Rede- und Antwortverhalten positiv beeinflusst hat. Positiv in dem Sinne, dass die Gesprächssituation bei den meisten weniger wie ein Interview und mehr wie ein natürliches Gespräch unter Arbeitskollegen oder sogar alten Bekannten gewirkt hat.

### **3. Kolumbien und seine Konflikte – eine Geschichte der Gewalt?**

Vielfach wird die (oft politisch motivierte) Gewalt in Kolumbien als bestimmendes oder konstitutives Element der kolumbianischen Gesellschaft beschrieben. In einer Arbeit über die Phase eines „Post-Konflikts“ nach mehr als einem halben Jahrhundert des innerstaatlichen bewaffneten Kampfs gegen Rebellen und Aufständische mag dies als naheliegend gesehen werden. Tatsächlich zeigt ein Blick in die Geschichte des republikanischen Kolumbiens, dass sich Konflikte rund um politische Vormachtstellungen und gesellschaftliche Machtausübung als wiederkehrendes gesellschaftliches Motiv durch die verschiedenen historischen Phasen ziehen. Nichtsdestoweniger wäre es in den Augen des Verfassers zu kurz gegriffen und zu allgemein, die „Gewalt“ (ohnedies ein Begriff, der noch einer genaueren Untersuchung zugeführt werden muss) als einen Teil der kolumbianischen Identität darzustellen, weder politisch noch gesellschaftlich. Vielmehr geht es um ungelöste soziale Fragestellungen, politische Entwicklungen und die Deutungshoheit über Staatswerdung und Staatlichkeit. Um den komplexen kolumbianischen Konflikt allerdings zu verstehen, bedarf es einer dezidierten Berücksichtigung historischer Prozesse. Das folgende Kapitel soll sich dem widmen, indem Schlaglichter auf einige der (nach Meinung des Verfassers) wichtigsten Geschehnisse der jüngeren Geschichte Kolumbiens geworfen werden. All das gepaart mit dem Versuch, Wörter wie die „Staatsmacht“ zu hinterfragen und theoretisch zu kontextualisieren.

#### **3.1 Die „Burgeoisierung“ der Eliten als Fundament des Konflikts**

Das politische Unheil nahm schon kurze Zeit nach der Erlangung der endgültigen Unabhängigkeit 1819 seinen Lauf. Konkurrierende politische Vorstellungen hinsichtlich der Ausgestaltung des neuen Staates waren bei der Entwicklung und politischen Festigung desselben eher hinderlich. Dazu kam eine Veränderung im Selbstverständnis der führenden Vertreter der neuen Oberschicht im Land, für die es nun darum ging, einen neu entstandenen unabhängigen Staat zu konsolidieren und zu führen. Allerdings taten sie dies nicht im Sinne der breiten Masse der Bevölkerung, sondern ganz im Sinne der Erhabenheit ihrer selbst als neuer Führungselite des Landes. Die zu dieser Zeit festgelegte Grundordnung der Gesellschaft war kein Umbau des Staates, sondern baute auf einem grundsätzlich klassistischen und diskriminierenden Gesellschaftsverständnis aus der Zeit der Kolonialherrschaft auf. Nur die Herren waren jetzt andere. Und diese nutzten gekonnt aus, dass es noch keine etablierte Rechtsprechung gab und gestalteten auch Legislative und Exekutive nach

ihren Vorstellungen und Wünschen. (vgl. Rathgeb 2009, S. 19) „Diese Epoche nennen wir *aburguesamiento* (gemeint ist die Entstehung einer neuen Bourgeoisie, daher auch das Kunstwort „Burgoisierung“, Anm.), weil diese Zeit für die heutigen Bourgeoisien im Land prägend ist. Von damals leitet sich die Kultur einer kolumbianischen Bourgeoisie ab, deren wirtschaftliche Ausrichtung und deren Charakter an sich auf die *Criollos* als Grundbesitzer zugeschnitten wurde.“<sup>13</sup> (Vilamizar-Betancourt 1994, S. 27 – zit. n. Rathgeb 2009, S. 19). Die entstehenden urbanen politischen Eliten in den wachsenden Städten des Landes (allen voran in der Hauptstadt Bogotá) war mit dieser Bourgeoisie eng verzahnt, die aus der „zweiten Reihe“ mitbestimmt. Der Rest der Bevölkerung ist zu einem überwiegenden Teil rural und bäuerlich, ein Bürgertum im Sinne eines liberalen europäischen Bürgers gibt es kaum.

Es ist faszinierend, wie sehr sich die gesellschaftlichen Entwicklungen der Zeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Laufe der folgenden mindestens 150 Jahre, im Kern aber bis heute erhalten und fortgeschrieben haben. Um es etwas drastischer auszudrücken: Die Bourgeoisie der Besitzenden, ihr politisch-gesellschaftliches Selbstverständnis und ihre darauf aufbauenden Führungsansprüche auf den von ihnen begründeten Staat sind eines der wiederkehrenden Motive in der Analyse diverser Geschehnisse und Entwicklungen in Kolumbien im Laufe der Geschichte. Möglich war das nicht zuletzt durch die Ausformung eines Zwei-Parteien-Gegensatzes zwischen der späteren Konservativen und der Liberalen Partei, der zum Motor eines sich immer weiter intensivierenden politisch motivierten Konflikts wurde. Was sich am Anfang, also in den Jahren nach der endgültigen Unabhängigkeit, noch in Auseinandersetzungen zwischen Föderalisten und Zentralisten manifestiert hat, wurde im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend zu einem gesellschaftlichen Bruch, der in physischen kriegerischen Auseinandersetzungen ausgefochten wurde. Dabei ist fraglich, wie groß der Unterschied zwischen den beiden Parteilagern tatsächlich war. In sozioökonomischer Hinsicht war man sich im Großen und Ganzen einig – unvereinbar gegenüber stand man einander in nur scheinbar ideologiebasierten Interessenkonflikten, auf Basis derer einzelne Vorkommnisse als Vorwand für echte Zusammenstöße genutzt wurden. (vgl. Rathgeb 2009, S. 21) Die propagierte große Polarisierung allerdings, so vermutet Rathgeb (2009), diente nur der politischen Beschäftigung der Bevölkerung. „Dadurch sollte das Volk nie die Kraft,

---

<sup>13</sup> Span. Original: „Este período lo llamamos del [sic!] *aburguesamiento* porque es el que ha conducido a la creación de los presentes ‘burgos’ del país colombiano, con su artesanado, su pequeña *burquesía* [sic!], su industria incipiente y su *criollocracia* *terratendiente*.“

den Raum und die Zeit finden, um Kritik am undemokratischen Vorgehen, sowie an den Entscheidungsfindungen, basierend auf den Interessen weniger, formulieren und artikulieren zu können.“ (Rathgeb 2009, S. 21).

## 3.2 Der Zweiparteienkonflikt, „La Violencia“ und die Frage nach der Macht

### 3.2.1 Die Zeit der Gewalt

Die Situation wurde erst zur Mitte des 20. Jahrhunderts wirklich problematisch. So sehr, dass diese Zeit in der kolumbianischen Geschichtsschreibung schlicht als die Zeit der Gewalt, „La Violencia“, verewigt wurde. Es sind sich die meisten Quellen in der Literatur und etwa auch Hans Peter Knudsen, einer der für diese Arbeit befragten Experten, einig, dass der Ursprung des bis heute andauernden Konflikts in dieser Zeit liegt. (vgl. etwa Muñoz 2018, S. 191; Denissen 2010, S. 330; Knudsen 2022, Abs. 8) Konkreter Auslöser war der Mord am äußerst beliebten liberalen Präsidentschaftskandidaten Jorge Eliécer Gaitán Ayala am 9. April 1948 in Bogotá. „Jorge Eliécer Gaitán (...) stellte das von den Eliten dieser Zeit als vertikal suggerierte (...) Machtverhältnis (...) in Frage und zeigte klare horizontale gesellschaftliche Spannungslinien zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden auf.“ (Rathgeb 2009, S. 23). Kurz vor einer Wahlveranstaltung wurde mehrmals auf den Kandidaten geschossen, er erlag wenig später seinen Verletzungen. „*Der Mord an Gaitán bedeutete gleichzeitig die Auslöschung des einzigen Mannes, der in der Lage war, die sozialen Spannungen im Volk richtig zu interpretieren.*“<sup>14</sup> (Galán 1987, S. 31 – zit. n. Rathgeb 2009, S. 28f.). Es folgten zehn Jahre eines chaotischen und völlig außer Kontrolle geratenen Bürgerkriegs zwischen den Anhängern von Liberalen und Konservativen und dem von der konservativen Regierung befehligten Heer, der gut 200.000 Kolumbianerinnen und Kolumbianern das Leben kostete. (vgl. Denissen 2010, S. 330)

Dabei war der Mord an Gaitán nur der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass nur zum Überlaufen brachte. Das Wegfallen einer populären Führungsfigur führte zum endgültigen Bruch der verfeindeten Lager und zur weiteren Radikalisierung der Liberalen. Die Konservativen wiederum sahen in den Vorkommnissen nicht etwa einen Weckruf zur politischen Befriedung, sondern nutzten die Gunst der Stunde, ihre Vormachtstellung in zunehmend autoritärer Form weiter auszubauen. „Der

---

<sup>14</sup> Span. Original: „El asesinato de (...) Gaitán en 1948 significó la desaparición del único hombre que en ese momento interpretaba la inconformidad popular.“

radikale Zweig der Liberalen Partei stellte sich (...) zwar nicht wirklich auf die Seite der Bevölkerung, sie nutzte ihre Oppositionsrolle (...) dennoch zur Infragestellung der regierenden Eliten und deren Machenschaften, die durch die Konservative Bewegung verkörpert wurden.“ (Rathgeb 2009, S. 35). So sehr der Konflikt auch als ideologiebasierte Auseinandersetzung präsentiert wird, so sehr ist er spätestens an diesem Punkt zu einer Fehde der Eliten verkommen. In anderen Worten: Warum der Feind eigentlich der Feind war, war gerade in den Reihen der bewaffneten Parteimilitäzen irgendwann nicht mehr wichtig. Guzmán Campos (1988) benennt einige parteipolitische Faktoren, die zur ungezügelten Gewalt dieser Phase der „Violencia“ beigetragen haben. Sie legen den Schluss nahe, dass es an dieser Stelle eher um die Erhaltung der eigenen Macht als um das Wohl der Bevölkerung ging. (vgl. Rathgeb 2009, S. 35)

Zieht man hier eine Art Zwischenfazit, so fällt bereits jetzt auf, dass ein Grundproblem in der Entwicklung der kolumbianischen Gesellschaft immer wieder auftaucht: Die sture Langlebigkeit ungelöster politisch-sozialer Fragen, die immer weiter verdrängt werden, ohne dass nach einer Lösung gesucht werden würde. In dieser Hinsicht sind sich auch die befragten Experten, obwohl „Stakeholder“ aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, überraschend einig.

*„Wir hatten als Gesellschaft unregelmäßige Probleme mit Ungleichheit und Ausgrenzung, die sich vor allem auf die Bereiche Land und die Garantien zur politischen Partizipation bezogen haben.“<sup>15</sup>*

(Celis 2022, Abs. 51)

*Die Anhäufung von Landbesitz und die Verwendung dieses Landbesitzes ist ein gordischer Knoten der kolumbianischen Gesellschaft.<sup>16</sup>*

(vgl. Lozada 2022, Abs. 8)

*„Nun, es gibt mehrere Themen, über die man nachdenken muss. Eines davon ist, dass (...) unsere Konflikte als Gesellschaft – die sehr tiefgreifend waren und vernachlässigt wurden – einen bewaffneten Konflikt ausgelöst haben.“<sup>17</sup>*

(Celis 2022, Abs. 51)

---

<sup>15</sup> Span. Original: „O sea, teníamos como sociedad desarreglos de inequidad y de exclusión que son fundamentalmente la tierra y las garantías de participación política.“

<sup>16</sup> Span. Original: „[...] un nudo gordiano que tiene la sociedad colombiana y es la acumulación de tierra y la utilización de la tierra.“

<sup>17</sup> Span. Original: „Bueno, ahí hay varios temas a pensar. Uno es que (...) nuestros conflictos como sociedad – que han sido muy profundos y muy desatendidos – originaron un conflicto armado.“

### 3.2.2 Die Frage der Macht

Spätestens in der Zeit der „Violencia“ zwischen Konservativen und Liberalen tritt die Frage nach der politischen Macht endgültig als bestimmender Faktor zutage. Wer übt eigentlich welche Macht wie aus? Auf welcher Basis, das heißt, mit welcher Legitimation? Es sind Fragen, die im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts in europäisch geprägten Gefilden später große Staatsrechtler und Philosophen zu umfangreichen staatspolitischen Abhandlungen motiviert haben. Schon der deutsche Soziologe Trutz von Trotha sieht den Begriff der Gewalt für das Verständnis der Entstehung von Gesellschaftsordnungen nicht nur als in der Diskussion unumgänglich, sondern sogar als konstitutiv an. „Zusammenleben steht im Horizont der Gewalt und in diesem Sinne sind Vergesellschaftung und soziale Ordnung gewaltbestimmt.“ (Von Trotha 1995, S. 130). Von Trotha bezieht sich hier allerdings auf eine übertragene Bedeutung des Gewaltbegriffs als unumstrittene und explizite Fähigkeit der Machtausübung durch den Staat. Dies führt zu der für die Definition von Staatlichkeit wichtigen Frage des Gewaltmonopols. Erst wenn ein solches errichtet ist und die Gesellschaft uneingeschränkt akzeptiert, dass die Macht und damit die Gewalt, es auszuüben, in den Händen des Staates liegen und nicht im Sinne von Selbstjustiz in der Hand des Einzelnen – erst dann kann ein (mehr oder weniger starker) Staat überhaupt als solcher bezeichnet werden. Man kann also sagen: Wo noch gar kein politisch konsolidierter Staat geformt wurde, kann die Gewalt nicht monopolisiert sein und ist die Frage nach der Macht zur Ausübung von (staatlicher) Gewalt nicht geklärt bzw. weiterhin umstritten. Dabei muss es sich auch in diesem Kontext nicht immer ausschließlich um physische Gewalt handeln. Der Soziologe Heinrich Popitz erweitert die Definition des Gewaltbegriffs im Sinne des Machthandelns neben der physischen Komponente noch um eine symbolische Komponente: „[Ich halte, Anm.] es (...) für gerechtfertigt, (b) zwei weitere Typen von Aktionsmacht, nämlich von „materieller Schädigung“ und „Minderung sozialer Teilhabe“, zu den Formen der Gewalt hinzuzurechnen.“ (Popitz 1992, S. 43ff. – zit. n. von Trotha 1995, S. 130). Der oft „Vater der Friedens- und Konfliktforschung“ genannte Johan Galtung bezeichnet dies auch als „Strukturelle Gewalt“, die sich in seinem „Dreieck der Gewalt“ neben „direkter Gewalt“ und „kultureller Gewalt“ als eine der drei Hauptformen von Gewalt in jeglicher Art von Konflikt wiederfindet. (vgl. Gago Antón 2016, S. 29)<sup>18</sup> Auf Kolumbien und seine gleichsam institutionalisierte Form der strukturellen Gewalt bezogen schreibt Muñoz (2018, S. 190f.):

---

<sup>18</sup> Gago Antón bezieht sich hier auf Galtung, J. (1998): *Tras la violencia, 3R: reconstrucción, reconciliación, resolución. Afrontando los efectos visibles e invisibles de la guerra y la violencia.* – Gernika Gogoratzuz, Gernika.

„Die Grundlage der sozialen Dimension des Konflikts (...) [ist die, Anm.] strukturelle Gewalt<sup>19</sup> und [sie, Anm.] zeigt sich in der Konzentration von Reichtum und Land in den Händen einiger weniger, was zu tiefgreifender Ungleichheit und empörender sozialer und politischer Ausgrenzung, extremer Armut und Elend auf dem Land und in den Städten führt. Der soziale Konflikt äußert sich auch in der Vielzahl von [kleineren, Anm.] sozialen Konflikten im Zusammenhang mit Landstreitigkeiten, der massiven Verletzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte und der prekären Tätigkeit des Staates in einigen Gebieten, in denen er nicht oder nur militärisch präsent ist.“<sup>20</sup> Das wiederum passt zu Galtungs Theorie, „dass nicht Armut allein Gewalt erzeuge, sondern eben die extreme Armut im Verhältnis zu extremen [sic!] Reichtum eine solche provoziere“. (Rathgeb 2009, S. 64).

Was heißt das also für die Macht und die Ausübung von Macht? Hier bietet es sich an, auf Konzepte der Politischen Ökologie zurückzugreifen. Die Politische Ökologie ist als „eigenständige Disziplin“ zwar erst nach der hier diskutierten Zeit entstanden, eignet sich aber bestens für die theoretische Einbettung der hier diskutierten immanent sozial-gesellschaftlich-politischen Fragen. Im Sinne Alf Hornborgs sei Macht zunächst als „social relation built on an asymmetrical distribution of resources and risks“ (Hornborg 2001, S. 1 – zit. n. Paulson, Gezon et al. 2003, S. 209) definiert. Macht als soziale Relation verorten Paulson et al. daher „in the interactions among, and the processes that constitute, people, places, and resources. Politics, then, are found in the practices and mechanisms through which such power is circulated.“ (Paulson, Gezon et al. 2003, S. 205). Der letzte Satz zur Verortung der Politik schließt dabei nahtlos an die Überlegungen zur „Burgeoisierung“ der kreolischen kolumbianischen Eliten an, die die Politik bestenfalls als eine Art Vehikel zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen sehen. Sie zu kontrollieren ist daher notwendig, muss aber nicht zwangsweise selbst durchgeführt werden. Stange (2020, S. 11) geht dann noch weiter ins Detail und definiert Macht in Bezug auf die Konzepte Bourdieus, Foucaults und Webers als „relationales, multifokales und dynamisches Phänomen, das durch Diskurse und soziale Praktiken entsteht“. Macht besteht demnach dort, wo ein Akteur (oder eine Gruppe) in der Lage ist, seinen

---

<sup>19</sup> Muñoz bezieht sich hier auf Galtung, J. (2007): Introduction. Peace by peaceful conflict transformation – The TRANSCEND approach. – In: Webel, C. und Galtung, J. (Hrsg.): Handbook of Peace and Conflict Studies. – Routledge, New York, S. 14 – 32;

<sup>20</sup> Span. Original: „La base de la dimensión social del conflicto (...) [es] la violencia estructural y se evidencia en la concentración de la riqueza y de la tierra en pocas manos, lo que genera una profunda inequidad y una indignante exclusión social y política, pobreza extrema y miseria en campos y ciudades. El conflicto social se expresa también en la multiplicidad de conflictos sociales ligados a las disputas por la tierra, la masiva vulneración de derechos económicos, sociales y culturales y a la precaria actividad del Estado en algunas zonas donde su presencia es nula o exclusivamente militar.“

(oder ihren) Willen gegenüber anderen Akteuren (oder Gruppen) auch gegen deren Widerstand durchzusetzen. Dieser Zugang ist vor allem in Bezug zu den Guerilla-Gruppen als Konfliktparteien von besonderer Relevanz. Im Lichte der bereits diskutierten Definitionen und Problemstellungen zeigt er uns aber vor allem deutlich auf, wie sehr die oben erwähnte strukturelle Gewalt im Sinne Galtungs auch eine Form der missbräuchlichen Machtausübung ist. Wenn nicht klar ist, von wem Macht und Gewalt auf Basis welcher Legitimation eigentlich eingesetzt werden dürfen und die Gewalt (ob nun direkt oder indirekt) nicht zur Durchsetzung eines staatlichen Ordnungs- und Regulierungsanspruches eingesetzt wird, dann kratzt die Situation auf der einen Seite hart an der rechtlichen Willkür. Auf der anderen Seite wird die Gewalt zu inhaltsleerer politischer Gewalt, die als Mittel zum Zweck angewandt wird, um bestimmte Interessen und Vorstellungen einzelner durchzusetzen und andere (soziale) Gruppen innerhalb des bestehenden Staats bzw. Gesellschaftsmodells zu unterdrücken. Diese Schiefelage und erste Stufe der Degeneration im kolumbianischen Konflikt wird in der Zeit der Gewalt besonders deutlich. Die strukturelle Gewalt in der Unterdrückung größter Teile der nicht-besitzenden Gesellschaft verroht und wird immer mehr zur direkten physischen Gewalt ohne Aussicht auf eine klare Lösung. Beide Formen der Gewalt dienen im Sinne der Politischen Ökologie dabei der Einschränkung der Rechte der Gesellschaft. Die Menschen können nicht frei über Ressourcen verfügen und werden systematisch von gesellschaftlichen Aufstiegschancen ausgeschlossen. Dies dient den bestehenden Eliten dazu, ihren eigenen Status quo aufrechtzuerhalten.

Wie Rathgeb dazu anmerkt, lief die Situation aus dem Ruder und waren die Führungseliten des Landes wie auch der beiden verfeindeten Parteiblöcke irgendwann nicht mehr in der Lage, dem gewaltvollen freien Spiel der Kräfte, Einhalt zu gebieten. Auch „Anstrengungen, der sozialen Desintegration entscheidend entgegen zu steuern, blieben aus. Im Gegenteil: Staatsvertreter bereicherten sich selbst an der Notstandssituation der Bürger.“ (Rathgeb 2009, S. 50). Laut Waldmann „wurde der Staat nie zum Selbstzweck, sondern blieb stets nur ein Mittel für diverse gesellschaftliche Zwecke. Er bildet ein institutionelles Forum, auf dem sowohl politische Führungskliquen als auch schwächere soziale Gruppen ihre Forderungen artikulieren [und, Anm.] Interessenkonflikte austragen.“ (Waldmann 2002, S. 36). Man ist angesichts der hier diskutierten Fragen versucht, das Wort „sollten“ zu ergänzen. Der Staat sollte wenigstens die von Waldmann beschriebene Rolle als „institutionelles Forum“ einnehmen können. Doch wie die Zeit der „Violencia“ in Kolumbien zeigt, ist selbst das an einem bestimmten Punkt nur noch eine politische Utopie.



### 3.2.3 Die „harte Hand“ des Militärs

Wie so oft in Situationen, in denen die zivile Macht im absoluten Chaos zu versinken drohte, musste zur einstweiligen Lösung des Problems das Militär eingreifen – zumindest stellte es sich selbst in dieser heilsbringenden Position dar, bewusst die Tatsache missachtend, dass das Heer als bewaffnete Einheit zur Durchsetzung der vermeintlichen Staatsmacht schon längst selbst ein wesentlicher Akteur des Konflikts war. Dieses Militär trat 1953 in Person von General Gustavo Rojas Pinilla auf den Plan. Er putschte, erklärte sich zum Präsidenten und versprach die Beendigung der sinnlosen Gewalt der „Violencia“. Dies sollte durch Straffreiheit erreicht werden. „Das Angebot lautete: Sofern sie [alle bewaffneten Kämpfer, Anm.] sich den staatlichen Autoritäten freiwillig stellen, würde ihnen jegliche Immunität zugesprochen werden.“ (Rathgeb 2009, S. 41). Es folgte gleichsam der erste Versuch eines Friedensprozesses mit begleitender Reintegration – der allerdings kläglich scheitern sollte. (vgl. Rathgeb 2009, S. 42f.)

In der Folge radikalisierte sich das politische Klima erneut. Politisch Unterdrückte, Liberale und sonstige Subversive bewaffneten sich erneut, gingen teilweise in den Untergrund. Die Antwort des herrschenden Militärs war ein Vorgehen mit der sogenannten „mano dura“, also mit harter Hand. „[Die] Militärjunta [versuchte] nach Scheitern des Reintegrationsgesetzes jedes soziale Aufbegehren sofort im Keim zu ersticken. Auf das Zuckerbrot folgte die Peitsche.“ (Rathgeb 2009, S. 43). Die stets aktuellen sozialen Fragen waren weiterhin nicht gelöst und die physische Gewalt wurde wieder bar jeder rechtlichen Grundlage zum verrohten Mittel zum Zweck. Der Gang in den bewaffneten Widerstand erschien für viele oppositionelle Bereiche als nicht erwünschter, aber einzig möglicher Weg – im Übrigen ein Motiv, das sich nicht nur in Kolumbien bei der Analyse diverser subversiver und aufständischer Gruppierungen festhalten lässt. (vgl. Dudouet 2009, S. 22) Der einzige Unterschied zur ersten Phase der „Violencia“ liegt womöglich darin, dass das Feindbild in den Auseinandersetzungen nun zunehmend klarer und einheitlicher wurde. Es war der Staat und seine Repression. Feinde waren jene, die dem Staat nahestanden oder für ihn arbeiteten, das heißt, natürlich auch das Heer und die Polizei. Auf dem Land wurden all jene zu Feinden, die als Kollaborateure des Staates und seiner Institutionen angesehen wurden. Die meist konservativen Großgrundbesitzer (also die erwähnten neuen „Bourgeois“) waren Mitte des 20. Jahrhunderts zunehmend auch im internationalen Handel tätig und hatten keinerlei Interesse daran, dass deren gesellschaftliche, politische und ökonomische Vormachtstellung im Land durch liberale oder gar linke Gesellschaftsmodelle in Frage gestellt würde. Daher „finanzierten [sie, Anm.] das Heer nun in

größeren Umfang“ (Rathgeb 2009, S. 44), um jeglichen Aufstand anderer Teile der Gesellschaft hintanzuhalten. (vgl. Rathgeb 2009, S. 44f.)

### **3.3 Die „Nationale Front“ und die Entstehung der Guerilla**

#### **3.3.1 Die „Nationale Front“ als demokratiepolitisches Öl im gesellschaftlichen Feuer**

Auf die Zeit der „Violencia“ folgte als zweites konstitutives Element die Zeit der sogenannten „Nationalen Front“. Die beiden großen Parteiblöcke verständigten sich schließlich auf einen Kompromiss, der eine alternierende Abwechslung an der Staatsspitze vorsah. „Per Gesetz wurde eine abwechselnd liberale und konservative Vorherrschaft legitimiert.“ (Rathgeb 2009, S. 61). „Das Hauptziel dieser politischen Koalition (...) bestand darin, einen doppelten Übergang zu vollziehen: Von der Diktatur zur Demokratie und vom Krieg zum Frieden.“<sup>21</sup> (Cadavid Otero 2016, S. 285)<sup>22</sup>. Tatsächlich war der Kompromiss wieder mit dem Gedanken des jeweils eigenen Machterhalts verknüpft – nur dieses Mal sollte er nicht mehr mit roher Gewalt, sondern mit den Mitteln des Gesetzes erreicht und vor allem langfristig abgesichert werden. „Dahl (1971) and Robinson (1996) called the political structure between the liberals and conservatives a form of polyarchy, referring to a political structure in which a small elite rules and competes for power, and mass participation in decision making is reduced to the choice between two rivalling groups.“ (Donkers 2017, S. 19).

Der Schachzug war im Grunde genommen genial. Die vordergründige Gewalt konnte abgestellt werden und der Bevölkerung wurde durch die Einrichtung der „Nationalen Front“ politische Stabilität und Kontinuität suggeriert. Entscheidend ist aber, dass jeglichen weiteren politischen Kräften die Teilnahme am politischen System im Land mit einem Schlag verwehrt wurde. Wer nicht Teil der „Front“ war, hatte keine politische Daseinsberechtigung. Was wieder zu jenen Konfliktlinien führt, die sich als wiederkehrendes Motiv durch die gesamte Geschichte ziehen. Die „Nationale Front“ trug so dazu bei, „eine Situation zu schaffen, die zu einem der Hauptfaktoren für das

---

<sup>21</sup> Span. Original: “El principal objetivo de esta coalición política (...) fue llevar a cabo una doble transición: de la dictadura a la democracia y de la guerra a la paz.”

<sup>22</sup> Cadavid Otero verweist hier auch auf Giraldo, J. (2015): Aportes sobre el origen del conflicto armado en Colombia, persistencia y sus impactos. – In: Informe Contribución al entendimiento del conflicto armado en Colombia. – Comisión Histórica del Conflicto y sus Víctimas, *ohne Ort*.

Aufkommen des bewaffneten Aufstands wurde, indem sie *de facto* einen ausgrenzenden und antidemokratischen Zweiparteienpakt schuf, der auf Repression (...) und Gegengewalt zurückgreift, um die Unzufriedenheit in der Bevölkerung in Zaum zu halten.“<sup>23</sup> (Cadavid Otero 2016, S. 286)<sup>24</sup>. „[Through] this way of compromising matters between the two largest political parties, other groups were excluded from political participation. Only a couple years later this exclusion translated into the formation of guerrilla groups that ‘became the symbol for the fight for political participation.’” (Koth 2005, o. S. – zit. n. Denissen 2010, S. 330). Wenn auch heute die kolumbianische Parteienlandschaft zumindest auf dem Papier wesentlich diversifizierter ist als noch zur Zeit der „Nationalen Front“, so wird das politische System mitunter bis heute als im Wesentlichen auf zwei große Blöcke reduziert gesehen, das die ernsthafte Betätigung anderer Parteien weiterer politischer Lager gleichsam unmöglich mache.

*„[Es] gibt eine sehr starke Zweiparteienstruktur [...], die, das-/ weil es keine politische Reform gibt. Es ist also nicht einfach für Sie-/ es ist nicht einfach, dass eine dritte oder vierte Oppositionspartei zur Zweiparteienstruktur in diesem Land entsteht. Denn die politische Struktur verhindert es. Ich meine, sie verhindert es, sie verhindert es.“<sup>25</sup>*

(El Ingeniero 2022, Abs. 87)

### 3.3.2 Die Entstehung der FARC-EP

Bereits in den dunkelsten Jahren der „Violencia“, ab 1955, entstanden unter Federführung einiger lokaler bäuerlicher Widerstandsgruppen vereinzelt sogenannte „repúblicas independientes“, als „unabhängige Republiken“. „Als solches [sic!] galten von diesen subversiven Mächten besetzte Gebiete, in denen die Staatsgewalt entweder nie zuvor präsent war oder diese von Widerstandskämpfern beseitigt wurde.“ (Rathgeb 2009, S. 47). Dort kämpften jene Menschen gegen die staatlichen Repressalien (vor allem gegen das Militär), die am meisten von den strukturellen Problemen des Landes betroffen waren, vor allem also kleine Bauern. Menschen, die von dem wenigen Land,

---

<sup>23</sup> Span. Original: „(...) a extender una situación que se convirtió en uno de los principales factores para la aparición de la insurgencia armada al establecer *de facto*, un pacto bipartidista excluyente y antidemocrático que para mantener a raya la inconformidad popular recurre a la represión (...) y a la contra-insurgencia.”

<sup>24</sup> Cadavid Otero verweist hier auch auf Aguilera, M., und Vega, R. (1998): *Ideal democrático y revuelta popular: bosquejo histórico la mentalidad política popular en Colombia, 1781-1948.* – Universidad Nacional de Colombia, Bogotá.

<sup>25</sup> Span. Original: „[Hay] und estructura bipartidista muy fuerte [...] que hace que-/ porque es que no hay una reforma política. Entonces no es, no es fácil que Usted como, como que surja un tercer o cuarto partido de oposición a la estructura bipartidista de este país. Porque la estructura política lo impide, lo impide. O sea, lo impide, lo impide.”

das sie bewirtschaften konnten, lebten. Das durchschnittliche Bildungsniveau im ländlichen Kolumbien war damals nicht sehr hoch. „Nur 5 von 100 Kombattanten konnten zu jener Zeit lesen und schreiben. Sie galten als primitiv, hatten keine geschichtliche Bildung und interessierten sich lediglich für Folklore, wie Zeitzeugen berichteten. (...) Die aufständischen Gruppierungen bezeichnete man zunächst mit „*autodefensas*“, also mit „*die sich selbst Verteidigenden*“. (...) Dieses Synonym stand während der *Violencia* für jene Vereinigungen, die sich nicht direkt mit einer politischen Bewegung identifizierten. Sie verteidigten sich auf selbständig organisierter Basis gegen die physische Gewalt der Regierungstruppen.“ (Rathgeb 2009, S. 46f.). Der Ursprung vieler Gruppierungen war meist rurale bzw. bäuerliche Selbstverteidigung. Dieser Hinweis ist deshalb so wichtig, weil in den 1960er-Jahren vor allem in intellektuellen und studentischen Kreisen in urbanen Gegenden Widerstände entstanden und sich gegen ein spezifisches politisches Feindbild richteten. Das gab es in Kolumbien zwar auch – die Gruppierungen, die aus den bäuerlichen Strukturen heraus entstanden, konnten sich langfristig jedoch wesentlich „erfolgreicher“ etablieren. (vgl. Rathgeb 2009, S. 70f.)

Auch die „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee“ (span. FARC-EP) entstanden 1964 aus mehreren solcher bäuerlichen „unabhängigen Republiken“ heraus. Die FARC stachen hervor, „weil sie seit ihrer Gründung durch ihren anti-studentischen und speziell ruralen Charakter [auffielen, Anm.]“. (Rathgeb 2009, S. 66). Die Gruppierung entsprang bäuerlichen Vereinigungen im sehr entlegenen Süden des Departements Tolima, genauer gesagt in der Ortschaft Gaitania. 1964 leisteten die Kampfverbände der dort ausgerufenen „Unabhängigen Republik Marquetalia“<sup>26</sup> erbitterten Widerstand gegen das Militär, kamen so zu einiger Bekanntheit und punkteten unter den lokal ansässigen Menschen vor allem mit der Forderung nach einer umfassenden Agrarreform. (vgl. Rathgeb 2009, S. 66, 68, 70f.) Daneben wurde die grundsätzliche Ablehnung alles Staatlichen schnell zur „Generalprämisse“ der FARC, die rasch erkannten, dass sie in ihren Ursprungsgebieten weit mehr sein konnte als bloß eine aufständische Bauernbewegung. Ideologisch war man dabei zunächst der Kommunistischen Partei durchaus nahe, emanzipierte sich mit Fortdauer der Zeit aber zunehmend. Die FARC entstanden aber als unabhängige Truppe und nicht als bewaffneter Parteiflügel. „Die Strategie der FARC (...) zielte nach einer Rehabilitationsphase auf den gezielten Machtaufbau im eigenen Land ab. Dazu sollte der Staat an sich als Autoritätsorgan ersetzt oder der zuvor machtleere Raum durch eigene Präsenz aufgefüllt werden.“ (Rathgeb 2009, S. 78).

---

<sup>26</sup> Nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Gemeinde Marquetalia im Departement Caldas in der kolumbianischen Kaffeeregion.

Die FARC sind nicht zuletzt ein Produkt des allgemeinen Frusts infolge der politischen „Exklusivität“ der „Nationalen Front“. Dass sie sich aber so etablieren konnten, liegt auch an einem Grundproblem des kolumbianischen Staates, das wiederum mit dem geschilderten Selbstverständnis seiner Eliten zusammenhängt. Kurz gesagt: Macht wird dort direkt (erforderlichenfalls mit physischer Gewalt) ausgeübt, wo die Eliten sind. Wo sie nicht sind, wird Macht durch Besitz ausgedrückt, aber nicht durch physische Präsenz. Ein Staat lebt aber immer auch von seinem Staatsgebiet. „The lack of sustained and comprehensive state presence throughout the country has long been recognized as a challenge for Colombia.” (Holmes und Gutiérrez de Piñeres 2014, S. 379). Zusätzlich zum politischen System kam erschwerend hinzu, dass der Staat einer seiner ureigenen Funktionen nicht nachkommen wollte: Seine Bürger zu beschützen oder dafür zu sorgen, dass Recht herrscht. „For example, Thoumi states that the ‚Colombian state has been extremely weak with regard to its ability to control the national territory and provide an effective policing, legal, and judiciary system to protect property rights and solve conflicts.’” (Thoumi 2003, S. 274 – zit. n. Holmes und Gutiérrez de Piñeres 2014, S. 379). Dieser Umstand ist freilich ein eklatantes staatliches Versagen – Waldmann notiert allerdings: „[Auch] ein schwacher Staat ist ein Staat.“ (Waldmann 2002, S. 13). Damit sei gleich vorweggenommen, dass es auch in den Augen des Verfassers trotz all dieser Schwäche absolut verfehlt wäre, Kolumbien als „gescheiterten Staat“ zu betrachten. Gleichwohl trifft es zu, dass es an Knackpunkten der Staatlichkeit mangelt, was nicht zuletzt die Entstehung der FARC zeigt. „According to Mueller, ‚the key to the amount of (...) warfare in the world (...) is not the degree to which there is hatred, grievance, or ethnic or civilizational cleavage, but rather the degree to which governments function adequately.’” (Mueller 2003, S. 513 – zit. n. Holmes und Gutiérrez de Piñeres 2014, S. 379). Der große Fehler in Kolumbien war der Irrglaube, die staatliche Macht mit „harter Hand“ gewaltsam durchsetzen zu können. „Despite traditions of *mano dura* (heavy hand), the state needs to provide basic services and gain the confidence of the citizens.” (Holmes und Gutiérrez de Piñeres 2014, S. 379). Gerade dieses Vertrauen ist es, woran es hier wohl am meisten mangelt. „Die Geschichte zeigt uns (...), dass die Guerillas nicht künstlich entstehen, etwa von den Schreibtischen in Bogotá entworfen. Sie können sich auch nicht gewaltvoll einer Masse aufdrängen, die nicht deren Notwendigkeit klar und deutlich erkennt.“<sup>27</sup> (Guzmán Campos 1988, S. 46 – zit. n. Rathgeb 2009, S. 69). Umgekehrt kann man aber genauso sagen, dass

---

<sup>27</sup> Span. Original: „El papel (...) nos enseña que las guerrillas no pueden formarse artificialmente, mediante planes elaborados en oficinas de Bogotá y que no pueden imponerse por la fuerza a una masa que no siente su necesidad en forma clara y directa.”

sich auch Staatlichkeit und die Akzeptanz des Staates nicht „von den Schreibtischen in Bogotá“ aus verordnen lässt. Es fehlt ein verlässlicher Rahmen, in dem Politik und Gesellschaft zusammenarbeiten und sich entwickeln können – man könnte auch sagen, in dem das Pflänzchen der Staatlichkeit gedeihen kann. Damit erfüllt der kolumbianische Staat schon zur damaligen Zeit einige der zentralen Punkte, um ihn im Sinne Waldmanns als anomisch zu bezeichnen. Das meint gar nicht so sehr den bewussten Missbrauch staatlicher Befugnisse – der kommt im Sinne der Überlegungen zur Macht erschwerend hinzu. Die kolumbianische Anomie setzt an der Wurzel an, an den Fragen, was der Staat eigentlich ist (oder sein soll), wie er zu lenken ist und wie sich das gegenüber der Bevölkerung manifestiert. „Am anomischsten ist jener Staat, der weder seinen Ordnungs- und Regulierungsanspruch aufgibt noch dazu imstande ist, ihn effektiv durchzusetzen.“ (Waldmann 2002, S. 15). Der Frust der (entrechteten) Bevölkerung richtet sich gegen diese Unsicherheit und gegen diese Schwäche allgemein gleichermaßen wie gegen die gewaltvolle Eigenantwort des Staates darauf. Es ist dies eine Erkenntnis, die für das Verständnis des gesamten Konflikts, seiner weiteren Entwicklung und auch den Problemstellungen bei seiner Befriedung essentiell ist.

### **3.3.3 Der Fluch der Ländlichkeit – oder: Wie aus Unbetroffenheit Ignoranz wurde**

Wie in verschiedenen Theorien bereits erörtert wurde, läuft der freiwillige oder aber durch äußere Zwänge auferlegte Migrationspfad nicht immer sofort auf eine Wanderung in die größten Ballungszentren des Landes hinaus. Doch egal in welcher Stadt sich die vor allem zu dieser Zeit Vertriebenen schlussendlich wiederfanden, überall standen sie vor den gleichen Problemen. Viele der Bauernfamilien hatten keine oder keine ausreichende höhere Bildung, suchten in den Städten aber „verzweifelt nach Anstellung.“<sup>28</sup> Ohne Chance auf die eigene Verwirklichung wurden sie in den urbanen Ballungsräumen praktisch von der Gesellschaft ausgeschlossen.“ (Rathgeb 2009, S. 49). Die soziale Misere eines enormen Teils der Gesellschaft vertiefte sich dadurch noch weiter und zeigte in der innergesellschaftlichen Ausgrenzung im urbanen Bereich ihre bis dahin wohl hässlichste Fratze. Die sozial an unterster Stufe stehenden Zuwanderer waren in den städtischen Gefilden und in der urbanen Gesellschaftsordnung gleichsam nicht vorgesehen. Mit ihnen begann sodann auch die Misere der kolumbianischen Städte mit explodierenden Armenvierteln, der Ausbeutung von Mietverhältnissen, der unkontrollierten „Landnahme“ zur Errichtung von Siedlungen etc.

---

<sup>28</sup> Rathgeb verweist hier auch auf Pineda Giraldo, R. (1960): El Impacto de la Violencia en el Tolima: El caso de el Libano. – Universidad Nacional de Colombia, Departamento de Sociología, Bogotá.

Auch in den darauffolgenden Jahren und Jahrzehnten, in denen sich der Staat nach den Turbulenzen der 1950er- und 1960er-Jahre zumindest strukturell einigermaßen konsolidierte, sollte neben der ökonomischen Ungleichheit zwischen den sozialen Klassen in der Stadt, die durchaus als Problem erkannt wurde, ein Faktor ein wenig im Hintergrund verbleiben. Hans Peter Knudsen beschreibt das im Interview so:

*„Tatsache ist, dass es hier Regierungen gab, die das Problem des Konflikts und der Guerilla an sich vorbeiziehen ließen, ohne ihm viel Bedeutung beizumessen, weil die Intensität und die Aggressivität des Krieges in den Städten nicht spürbar waren. In der Bequemlichkeit eines völlig zentralisierten Landes, na ja, was im Caguán<sup>29</sup>, im (Departement, Anm.) Cauca<sup>30</sup> oder in den Montes de María<sup>31</sup> passiert, na ja, das war dort ein Thema – aber die Politiker hier (in Bogotá, Anm.), in Medellín und in Cali, die (urbane, Anm.) Gesellschaft lebte in Frieden.“<sup>32</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 8)

Der Verfasser möchte dieses Phänomen wie schon in der Überschrift zu diesem Abschnitt als den „Fluch der Ländlichkeit“ bezeichnen, den auch Luis Eduardo Celis im Interview anspricht.

*„[Es war] ein sehr ländlicher Konflikt. Ich meine, (schon, Anm.), ja, mit Auswirkungen in den Städten, mit Explosionen in den Städten, aber der natürliche Schauplatz des am tiefsten verwurzelten Konflikts, mit, sagen wir, mit der größten Intensität, das war in der ländlichen Welt. Das heißt, die städtische Welt hat nicht wirklich verstanden, was da genau passiert. Und nachdem es so lang und so umfassend war, hat das eine Gleichgültigkeit erzeugt.“<sup>33</sup>*

(Celis 2022, Abs. 51)

---

<sup>29</sup> Der Caguán ist ein Fluss im südlichen Departement Caquetá, der namensgebend für die von ihm durchflossene Region wurde. An seinen Ufern befindet sich z.B. auch die Stadt Sin Vicente del Caguán, die im Zuge diverser Friedensbemühungen der kolumbianischen Regierung zu zweifelhafter Berühmtheit gekommen ist.

<sup>30</sup> Der Cauca ist einer der drei großen Hauptströme Kolumbiens im Westen des Landes und Namensgeber für zwei Departements: Einerseits das namensgleiche Departement Cauca (Hauptstadt Popayán), andererseits das Departement Valle del Cauca (auf Deutsch wörtlich Caucaatal) nördlich davon (Hauptstadt Cali), von dem man meist nur als „Valle“ spricht.

<sup>31</sup> Die Montes de María sind eine bergige Region im Norden des Landes, an der heute die Departements Bolívar und Sucre flächenmäßig Anteil haben und die zur karibischen Region gezählt wird. Die entlegene Gegend war seit jeher Rückzugsgebiet vieler Rebellengruppen, in den 1990er-Jahren vor allem der paramilitärischen AUC.

<sup>32</sup> Span. Original: Y es que aquí hubo gobiernos que dejaron pasar el problema del conflicto y de la guerrilla sin darle mayor importancia porque la belicosidad y la agresividad no se sentía en las ciudades y en el confort de un país que es completamente centralizado, pues lo que pasaba en el Caguán y lo que pasaba en el Cauca y lo que pasaba en los Montes de María, pues, eso era un tema allá, pero, pues los políticos aquí, en Medellín y en Cali y la sociedad vivían tranquilos.”

<sup>33</sup> Span. Original: „[Fue] un conflicto muy rural. O sea, sí con impactos en las ciudades, con explosiones urbanas, pero el escenario natural del conflicto más arraigado, más, más, digámoslo, con más intensidad, se dio en el mundo rural. Entonces, el mundo urbano no, no entendía mucho lo que pasaba. Y como fue tan largo, tan extensor, se generó una indiferencia.“

Freilich, die Gewalt war präsent – in den Medien. In einer medialen Landschaft, in der Nachrichtensendungen mehr einem Chronik-Magazin gleichen als politische Hintergrund-Informationen zu liefern, nimmt die Gewalt auf den verschiedensten Skalenebenen – von der Kleinkriminalität über den Guerilla-Anschlag bis zu den im Gefecht mit Aufständischen gefallenen Soldaten – eine erschreckend prominente Rolle ein. Diese „Veralltäglichere“ der Gewalt im Laufe der Zeit zeigt zweierlei. Auf der einen Seite ist es erneut ein Hinweis auf die totale Ignoranz der Führungseliten gegenüber den Bedürfnissen und in diesem Fall vor allem gegenüber dem Leiden der betroffenen, also in erster Linie nicht-urbanen Bevölkerung. Diese Ignoranz steht so lange im Vordergrund, solange das Bild einer halbwegs in scheinbarem Frieden lebenden Gesellschaft international wie auch national gehalten werden kann und die eigene Wählerbasis weitgehend unbehelligt ist. Diese Ignoranz in so mancher politischen Führungsetage sollte im weiteren Verlauf der Entwicklungen sogar so weit gehen, dass mit Bezugnahme auf die „veralltäglichte“ Gewalt im Kontext des bewaffneten Konflikts von manchen politisch engagierten Persönlichkeiten die Existenz eines solchen Konflikts gar nicht erst akzeptiert wurde und man sich rhetorisch stattdessen immer nur auf die „Bekämpfung terroristischer Aktivitäten“ bezog. Die klare Intention dahinter war die Leugnung der ideologischen und in sozialen Fragen begründeten Ursprünge des Konflikts genauso wie der Versuch einer „Entpolitisierung“, indem die Kampfhandlungen auf den Status eines Abwehrkampfes gegen terroristische Kriminelle „reduziert“ wurden. (vgl. Muñoz 2018, S. 190)

Auf der anderen Seite kann es aber auch ein Hinweis auf die Resilienz der Gesellschaft sein. „Gesellschaften können ein weit höheres Ausmaß an innerstaatlicher Gewalt ertragen, ohne auseinanderzubrechen oder sich in ihre Bestandteile aufzulösen, als man aus einer eurozentrischen, durch befriedete Gemeinwesen verwöhnten Sicht im allgemeinen [sic!] einzuräumen bereit ist.“ (Waldmann 2002, S. 210). Wobei selbst Waldmann, der diese Aussage explizit in Bezug auf den „kolumbianischen Fall“ tätigt, hier womöglich etwas zu kurzzeitig urteilt, wenn man davon ausgehen muss, dass diese gesellschaftliche Resilienz vor allem die nach außen präsentierte sehr urban geprägte Gesellschaft betrifft. Die meist auf dem Land lebenden Menschen, die an den Frontlinien des Konflikts dem größten Leidensdruck ausgeliefert waren, werden ausklammert. Von denen, die aufgrund von Vertreibungen in die Armutsfalle der urbanen Misere gedrängt wurden gar nicht zu sprechen. Mit Fortdauer des Konflikts sollte aber auch die größte (mutmaßliche) Resilienz noch mehrmals auf die Probe gestellt werden.



### **3.4 Selbstfindung und Transformation – der Einstieg in Terrorismus und Drogenhandel**

In der Studie von Dudouet (2009), die einen internationalen Vergleich der Selbstwahrnehmungen sogenannter „Widerstands- und Befreiungsbewegungen“<sup>34</sup> nach Abschluss ihrer Demobilisierungen unternimmt, wird betont, dass es allen Teilnehmern der Untersuchung wichtig war, „ausgewogene Bezeichnungen“ für ihre jeweiligen Gruppierungen zu finden. Dabei ging es freilich nicht um Namen, sondern um äußere Zuschreibungen, mit denen die verschiedenen Gruppierungen zusammengefasst werden sollten. (vgl. Dudouet 2009, S. 5)

#### **3.4.1 Die FARC und die Konstruktion einer eigenen Identität**

Was die Studie allerdings zeigt, ist, dass es in jedem Fall für das „erfolgreiche“ Bestehen einer RLM mehr als bloß Waffen und ein paar Soldaten braucht. Die Gruppe benötigt eine Identität, um zu bestehen. Viele Gruppierungen finden ihre Identität durch die ideologische und/oder organisatorische Nähe bzw. Zusammenarbeit zu/mit einer politischen Partei. Wie bereits weiter oben ausgeführt, gilt das für die FARC allerdings nicht. Wenn aber kein politisches Vehikel zur Verfügung steht, wie kann die eigene Identität dann konstruiert werden? Welche politischen Inhalte können in so einem Fall die Legitimation des eigenen Handelns darstellen? Es ist abermals Rathgeb, der hier ein anwendbares Erklärungsmodell vorlegt, indem er sich auf die Identitätstheorien der Netzwerkgesellschaft nach Manuel Castells bezieht. (vgl. Rathgeb 2009, S. 81ff.) Castells unterscheidet demnach im Wesentlichen drei Säulen der Identität: Die Legitimierende Identität (1.), die Widerstandsidentität (2.) und als dritte Säule die Projektidentität. Erstere dient dabei wenig überraschend der Legitimation „der herrschenden Klasse oder Institution (...), um ihr Auftreten gegenüber dem Rest der Gesellschaft auszuweiten und (...) zu rationalisieren.“ (Rathgeb 2009, S. 81). Wer sich gegen diese Legitimation auflehnt, entwickelt eine Widerstandsidentität, „*hervorgebracht von Akteuren, deren Position oder Lage durch die Logik der Herrschaft entwertet und/oder stigmatisiert werden.*“ (Castells 2002, S. 10 – zit. n. Rathgeb 2009, S. 82). Diese Identität trifft auf eine Gruppierung wie die FARC selbstredend vollinhaltlich zu. Die Schwierigkeit liegt eher darin, die Phase der Widerstandsidentität hinter sich zu lassen. Denn Widerstand gegen das Bewährte

---

<sup>34</sup> Im engl. Original „Resistance and Liberation Movements“ (RLM)

oder Bestehende ist anfänglich ein guter Treiber, muss mit der Zeit aber mit Substanz befüllt werden, die über eine bloße Fundamental-Opposition hinausgeht. An diesem Punkt kommt die Projektidentität ins Spiel, die zwar immer noch auf dem Gedanken der Abgrenzung zum Bestehenden beruht, nun aber verbunden mit einer eigenen Idee, die „eine Transformation der gesamten Gesellschaftsstruktur zu erreichen [sucht, Anm.]“ (Castells 2002, S. 10 – zit. n. Rathgeb 2009, S. 84). Die politische Forderung nach einer umfassenden Agrarreform wurde dabei zum buchstäblich identitätsstiftenden Dreh- und Angelpunkt, indem es als notwendig erachtet wurde, den eigenen Macht- und Einflussbereich auf das gesamte Staatsgebiet auszudehnen, um die eigenen politischen Forderungen als militärisch legitimierte Macht umsetzen zu können. (vgl. Rathgeb 2009, S. 84f.)

Rathgeb geht hier mit seinem Rückgriff auf Castells Identitätstheorie allerdings in der Definition der Selbsteinschätzung und damit gleichsam auch in der Definition des zumutbaren Handlungsspielraums der FARC einen entscheidenden Schritt weiter als etwa Waldmann – in den Augen des Verfassers zu weit. Folgt man Rathgeb's gedanklichem Spiel nämlich konsequent, so müsste die Entstehung einer Projektidentität im Sinne Castells bei anhaltendem militärischen Erfolg zu einem kontinuierlichen Ausbau der eigenen Gruppe sowohl hinsichtlich der Mannstärke als auch hinsichtlich des begleitenden Aufbaus politischer Strukturen führen, die dereinst den Kreis schließen und die Entwicklung von der Projektidentität hin zu einer neuen Legitimierenden Identität vollziehen können. Würde der militärische Erfolg ausbleiben, so bliebe der Glaube an das eigene „Projekt“ zunächst sicherlich eine ausreichend starke Triebfeder für die Fortführung des Kampfes, Waldmann hingegen bleibt in seiner Schlussfolgerung zwar etwas vorsichtiger, spricht einer Gruppierung wie z.B. den FARC deswegen aber nicht ihre zumindest implizite Projektidentität ab. Er schreibt, dass Organisationen wie die FARC zwar dazu angetreten wären, durch ihr Handeln revolutionäre Massenbewegungen auszulösen – dass sie dies aber nicht erreicht haben und langfristig auch nicht davon auszugehen gewesen wäre, dass sie es schaffen würden. Dahinter steckt wohl die implizite Kritik, dass aus der Gewalt entstandene und mit Gewalt agierende RLM diesen letzten Schritt, nicht imstande gewesen wären, tatsächlich umzusetzen. Vielmehr „hätten [sie] eine Aufstandssituation erzeugt, die Institutionen zerrüttet und den Staat an den Rand des Kollapses gebracht, ohne ihn zu Fall bringen zu können.“ (Waldmann 2002, S. 216). Aus einem solchen Trümmerhaufen wieder ein funktionierendes staatliches System aufzubauen wäre wohl die weitaus schwierigere Aufgabe als die Zerstörung des ursprünglich bekämpften Systems. Nichtsdestoweniger vermochten es die FARC in den Jahrzehnten ihres Wirkens sicherlich, zumindest in die Nähe des von Waldmann beschriebenen Zustands zu kommen und den kolumbianischen Staat in

die Nähe eines institutionellen Zusammenbruchs zu führen. Nicht allein allerdings und nicht ausschließlich durch ihr kämpferisches Wirken – sondern durch die Veränderung ihrer Tätigkeitsfelder, ihrer Vorgangsweisen und nicht zuletzt durch die damit begründeten Verbindungen aller Art in das bekämpfte System hinein.

### **3.4.2 Terrorismus und Drogenhandel als Notwendigkeiten für Zielstrebigkeit und Selbsterhaltung**

Die Ausführungen Waldmanns ergeben allerdings vor allem in Bezug auf die FARC erst in der Rückschau von einem modernen Standpunkt aus Sinn. Sie entwickelten sich zu einem Akteur im Konflikt mit dauernder Präsenz im Sinne einer andauernden Gefährdung der allgemeinen Sicherheitslage und weniger im Sinne einer Gefahr für den Fortbestand des Staates an sich. Blickt man aber auf die rasante Entwicklung der 1970er- und 1980er-Jahre zurück, also auf eine Zeit, in der die Projektidentität der FARC noch vergleichsweise neu und folglich auch stark ausgeprägt war, war das keineswegs so sicher.

1974 lief der Zweiparteien-Pakt der „Nationalen Front“ endgültig aus und das politische System in Kolumbien öffnete sich zumindest ein wenig. Die beiden großen Parteiblöcke waren nun so groß nicht mehr. Präsidentschaftswahlen konnten nun ohne paktgemäß vorherbestimmtem Ausgang auch wieder als Wahlen bezeichnet werden. Die Gesinnung der politischen Führung, unabhängig davon ob nun dem liberalen oder dem konservativen Lager zugehörig, hatte sich deswegen aber nicht unbedingt geändert. Es überrascht daher nicht wirklich, wenn der erste und wohl auch einzige Versuch der FARC, die zentralen Inhalte ihrer Projektidentität auf friedvollem Wege durchzusetzen – „Demobilisierung im Austausch gegen eine umfassende (...) Agrar- und Landreform“ (Rathgeb 2009, S. 87) – von der Regierung ablehnend quittiert wurde. Daraufhin begann eine Transformation innerhalb der FARC, die vor allem auch im Interview mit Hans Peter Knudsen zum Thema wurde. Weit mehr als anderen Gesprächspartner war es ihm wichtig, diese Transformation und die daraus resultierenden Verschlimmerungen in der kriminell-terroristischen Ausrichtung der Gruppierung zu betonen.

*„[Dieser] Prozess fängt an, sich zu verzerren und sich von einem ideologischen zu einem kriminellen Projekt umzuorientieren, als die Guerilla anfängt, Methoden der Erpressung und Entführungen anzuwenden, terroristische Akte und Anschläge zu verüben [...]“<sup>35</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 8)

*„[Und] [es kommt] der vielleicht komplizierteste Moment in der gesamten Entwicklung des Konflikts in Kolumbien, als die Guerilla feststellt, dass sie eine Allianz mit dem Drogenhandel eingehen kann, in der die Guerilla den Drogenhandel schützt und [die Drogenhändler, Anm.] die Guerilla mit Ressourcen versorgen. Die Guerilla erkennt sehr schnell, dass das Drogengeschäft sehr lukrativ ist, und sie beginnt, sich sehr stark darin zu engagieren.“<sup>36</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 8)

Hinsichtlich der Hinwendung zum Drogenhandel im Laufe der 1980er-Jahre ist besonders pikant, wie auch Rathgeb (2009, S. 87) kritisch notiert, dass die FARC noch wenige Jahre zuvor den Drogenhandel als Einnahmequelle strikt abgelehnt haben. Mehr noch: „Anderen Guerillas im Land wurde moralisches Verfehlen aufgrund des Geschäfts mit den illegalen Anbauungen [sic!] vorgeworfen.“ Woher der Sinneswandel im Endeffekt genau kam, würde einem wohl nur die damalige Führungsriege der FARC zweifelsfrei beantworten können. In einem erweiterten Sinne passt es, wie auch die Transformation hin zu einem „terroristischeren“ Vorgehen, durchaus zur expansiven Projektidentität dieser Zeit. Mit dem Aufkommen der später mächtigen Drogenkartelle unter der Führung von so schillernden Persönlichkeiten wie Pablo Escobar, rückten offen mafiöse Strukturen, in die Wahrnehmung der Öffentlichkeit. Von einem Standpunkt der FARC aus erscheint es daher sogar durchaus naheliegend, den Verbund mit Strukturen zu suchen, die vielleicht nicht dieselben Endziele hinsichtlich der Umgestaltung des Staatsapparates vertraten, aber zumindest ein ebenso großes Interesse an seiner fortdauernden Schwächung hatten.

Spätestens ab 1982 definierten „sich die FARC [auch erstmals, Anm.] über einen offensiven Expansionskurs<sup>37</sup> [und setzten, Anm.] verstärkt auf klassische Frontaleinsätze, also im selben Sinne

---

<sup>35</sup> Span. Original: „[Ese] proceso se empieza a distorsionar y a orientarse de un Proyecto ideológico a un proyecto delictivo cuando las guerrillas empiezan a aplicar (...) métodos de extorsión y de secuestro (...), de atentados terroristas, de actos terroristas [...]“

<sup>36</sup> Span. Original: „[Y] viene el momento más complicado para todo el desarrollo del conflicto en Colombia cuando la guerrilla encuentra que puede hacer una alianza con el narcotráfico en donde la guerrilla proteja al narcotráfico y el narcotráfico provea la guerrilla de recursos. Y, y rápidamente la guerrilla, las guerrillas, se dan cuenta que el negocio del narcotráfico es un negocio muy lucrativo y empiezan a ser activos intensamente en el negocio del narcotráfico.“

<sup>37</sup> Rathgeb verweist hier auf Cubides, F. (2005): Burocracias Armadas. – Grupo Editorial Norma, Bogotá.

operierend wie das nationale Heer.“ (Rathgeb 2009, S. 96). Die interne militärische Organisation wurde so umgestellt, dass das gesamte Staatsgebiet in Zuständigkeitsbereiche verschiedener Blöcke und Fronten gegliedert war. „Die FARC stellten den Machtanspruch auf das gesamte Staatsgebiet.“ (Rathgeb 2009, S. 96).<sup>38</sup> Gleichzeitig wurde die bisher überwiegende „Partisanen-Taktik“ im Sinne terroristischer Nadelstiche im Kampf aber nicht aufgegeben. Durch die Verbindung mit dem Drogengeschäft geriet nun aber zunehmend auch die Zivilbevölkerung ins Visier dieser Attacken, sofern sie dem neuen Geschäftsfeld im Weg stand. Eklatante Verletzungen grundlegender Menschenrechte, etwa durch die Rekrutierung von Kindersoldaten, Entführungen, Lösegelderpressungen und Ähnlichem, nahmen zu (vgl. Rathgeb 2009, S. 97) Zudem setzte sich die Truppe zunehmend in jenen Regionen fest, „die sich als gute Kokaanbauflächen erwiesen“. (Rathgeb 2009, S. 97). Mit diesem Wandel stellten sich die FARC ebenfalls erstmals auch in ihrem operativen Vorgehen deutlich gegen andere subversive Gruppierungen bzw. RLM, die es zur damaligen Zeit in Kolumbien gab – allen voran etwa die Gruppe „M-19“, die auch eine der teilnehmenden RLM in der Studie von Dudouet (2009) war. Die M-19 ging aus der Präsidentschaftswahl von 1970, also noch zu Zeiten der „Nationalen Front“, hervor als die „Front“ durch „offensichtlichen Wahlbetrug“ (Rathgeb 2009, S. 90) den Sieg des Kandidaten eines breiten Oppositionsbündnisses verhinderte. Die M-19 hatte aber dadurch im Vergleich zur FARC einen völlig anderen Hintergrund, der vor allem wesentlich urbaner und intellektueller war als jener der FARC. In einem interessanten Passus kommt dieser Gegensatz besonders deutlich hervor. „The M-19 study mentions the movement’s refusal to engage in drug trafficking (...), and its decision not to use its weapons to create terror regimes or to subdue the population. Such policies were justified by the leaders’ search for popular support, and their insistence on goal orientation rather than simply waging war for its own sake.“ (Dudouet 2009, S. 24). Vor allem der Versuch, auch öffentliche Anerkennung zu erlangen, scheint bei den FARC durch die erläuterte Transformation vollends abgeschrieben worden zu sein.

Paradoxerweise erfüllt diese Ausbreitung in die Fläche im Lichte der bisherigen Analysen allerdings gleich mehrere Funktionen. Sie korreliert mit dem gesteigerten neuen Machtanspruch der FARC im Sinne der erläuterten Projektidentität. Gleichzeitig trägt sie aber wiederum dazu bei, dass (siehe Waldmann) die Guerilla vor allem in den Städten (und damit auch von der Politik)

---

<sup>38</sup> Rathgeb verweist hier auf Ferro Medina, J. G., und Uribe Ramón, G. (2002): El orden da la guerra. Las FARC-EP: Entre la organización y la política. – Centro Editorial Javeriano, Bogotá.

zunehmend als allgemein gefährlich-destabilisierender Faktor wahrgenommen wurde, was maximal ein „Sozialklima der Einschüchterung“ (Waldmann 2002, S. 216) entstehen ließ. Anders auf dem Land, in den neuen durch den Drogenanbau und -handel besonders interessanten Operationsgebieten, wo die persönliche Sicherheit und Integrität der Zivilbevölkerung sehr wohl tagtäglich auf dem Spiel stand, was aber in der fernen Stadt wiederum keinen so großen Widerhall fand.

### **3.5 Wenn der Staat versagt, muss ich mich selber schützen – Die Entstehung der Paramilitärs**

Auf Basis der pragmatischen Erkenntnis, dass es ohne die Berücksichtigung der FARC wohl kaum möglich sein würde, einen gesellschaftlichen Kompromiss zur Befriedung des Landes als Voraussetzung für seine weitere Entwicklung herzustellen, kommt es in der Folge zu den ersten Versuchen von Annäherungen und Friedensprozessen zwischen der Regierung und verschiedenen aktiven RLM, auch mit den FARC. Bevor sich die Analyse in der Chronologie der Ereignisse aber diesen ersten Versuchen näher widmen kann, muss zunächst ein weiteres Element des komplexen Geflechts aus Weltanschauungen, Motivationen und Akteuren, in die Zusammenhänge eingeführt werden. Es handelt sich um die „Paramilitärs“.

#### **3.5.1 Die Auslagerung von Gewalt**

Der Duden definiert das Wort „paramilitärisch“ seiner Bedeutung nach als „dem Militär ähnlich“<sup>39</sup>. Dem Militär ähnlich, aber doch von diesem unabhängig. Von der Regierung mitunter als Instrument zur Durchsetzung der Macht gebraucht, gleichzeitig aber außerhalb jedweden (demokratisch) legitimierten Rechtsrahmens stehend und damit nicht kontrollierbar. (vgl. Rathgeb 2009, S. 92) Das Paradoxon Kolumbiens in dieser Hinsicht besteht vor allem in der Vielfalt der Entstehungshintergründe derartiger Einheiten. Die frühesten Spuren gehen auf die Wirren der Zeit in und nach der „Violencia“ zurück. 1965 wurde per präsidientiellem Dekret die Rekrutierung von Zivilisten „für den Kampf gegen subversive Verbände“ (Rathgeb 2009, S. 92) legalisiert. Diese Einheiten „durften außerdem Waffen gebrauchen, sollte dies in einer *Notsituation* erforderlich sein“ (Rathgeb 2009, S. 92). Das Dekret überführte de jure freilich nur eine Vorgehensweise in

---

<sup>39</sup> Dudenredaktion (o.J.): „paramilitärisch“ auf Duden online. – online, <https://www.duden.de/node/155410/revision/1321107> (zuletzt abgerufen am 12.07.2023);

eine De-facto-Legalität, die bereits längst Usus war. Das Dekret wird aber zu einem weiteren Baustein des enormen Machtmissbrauchs des Staates gegenüber der eigenen Gesellschaft im Sinne der zuvor diskutierten politischen Gewalt. Das Dekret öffnete jeglicher Auslagerung von Gewaltanwendung und Kampfaktivitäten in zivile, halb-legale und kriminelle Hände Tür und Tor.

Neben dem politischen Entwicklungsstrang der paramilitärischen Einheiten gab es noch einen privaten. Zu beachten ist allerdings, dass dieser private Entwicklungsstrang erst einige Jahre später Platz greift – die Zeit der „Violencia“ ist da bereits vorbei, RLM wie etwa die FARC haben sich bereits konstituiert und im oben erläuterten Sinne konsolidiert. Davon ausgehend ist die private Entwicklung der Paramilitärs vor zweierlei Hintergründen zu sehen. Der eine Hintergrund sind die bereits weiter oben erwähnten Drogenkartelle, die zur Wahrung der Sicherheit ihrer Anführer und ihrer illegalen Aktivitäten auch auf die Finanzierung militärähnlicher Strukturen setzten. Private Gewalt in einem illegalen und kriminellen Umfeld wurde also in gleichsam noch privatere und noch kriminellere Hände ausgelagert – ein leider bestens geeigneter Nährboden für grausame Gewaltakte. Die Paramilitärs aus diesem Milieu galten daher auch als besonders gewalttätig und waren entsprechend gefürchtet. (vgl. Rozema 2008, S. 429)

Der andere Hintergrund liegt in der Zivilgesellschaft – wobei hier ausschlaggebend ist, was unter „Zivilgesellschaft“ verstanden wird. Die Ansichten reichen von einer sehr generellen Definition im Sinne der breiten Masse der ganz normalen Bürger bis hin zu einer engeren Definition im Sinne der oberen Schichten dieser Zivilgesellschaft. Warum auch Zivilisten damit beginnen, ihre Sicherheit selber in die Hand zu nehmen, unterscheidet sich je nach Definition. Ein möglicher Interpretationskontext dieser Entwicklung ist eine allgemeine Gewaltsättigung der Gesellschaft. Wenn gleich im Laufe der 1980er-Jahre Guerillas wie die FARC bei großen Teilen vor allem der urbanen Gesellschaft Kolumbiens wohl nicht als permanente Dauerbedrohung gesehen wurden, so war man sich ob einzelner Attacken der potentiellen Gefährlichkeit dieser Gruppierungen durchaus bewusst. Es ist allerdings fraglich, inwiefern das genaue Ausmaß der andauernden Gewalt, mit denen FARC und Co. in ihren jeweiligen Operationsgebieten tatsächlich vorgingen, einem Gros der Bevölkerung tatsächlich bekannt war. Umso auffallender ist es, wenn Hans Peter Knudsen im Interview die Entstehung der späteren Paramilitärs mit den unvorstellbaren Gräueltaten der FARC in Verbindung bringt und sie in einen gleichsam unverfänglichen Kontext besorgter Bürger stellt, die sich und ihr Eigentum zu beschützen versuchen, da der Staat dazu nicht in der Lage zu sein scheint.

*„Erpressungen, Morde, Entführungen usw. führten dazu, dass die Bevölkerung-/ oder einige Teile der Zivilbevölkerung sagten: Wenn der Staat nicht in der Lage ist, mein Leben, meine Ehre und mein Eigentum zu beschützen, was [eigentlich, Anm.] seine Pflicht ist, dann muss ich [eben, Anm.] beginnen, mich selbst zu schützen. Und sie begannen Nachbarschaftseinheiten zur Kommunikation und gegenseitigem Schutz zu bilden, die leider ausarteten und zu paramilitärischen Gruppen wurden.“<sup>40</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 8)

Welche Teile der Zivilgesellschaft gemeint sind, lässt Knudsen zugunsten der Breite in der Formulierung leider offen. Es erscheint dem Verfasser allerdings als eine recht gewagte These, einfach von „der (Zivil-)Bevölkerung“ zu sprechen. Denn diese Bevölkerung besteht auch und gerade in den Städten aus armen und vertriebenen Binnenmigranten bzw., allgemeiner, aus einer gesellschaftlichen Schicht, der man es ökonomisch auf den ersten Blick nicht zutrauen müsste, dass die Bildung von Nachbarschaftsmilizen, die sich im Laufe der Zeit traurigerweise in brutale paramilitärische Einheiten entwickeln, zu ihren wichtigsten Sorgen gehört. Zumindest dann nicht, wenn man nicht grundsätzlich davon ausgeht, dass dieser große Teil der (urbanen) Gesellschaft aufgrund ihrer sozialen Lage ohnehin kriminell ist und daher von sich aus die Nähe zu entsprechenden Organisationen im illegalen Bereich suchen. Wahrscheinlicher erscheint daher die Einschränkung auf jene Teile der Bevölkerung, von denen man ausgehen muss, dass sie auch über die ökonomischen Mittel verfügen, um „Selbstverteidigungskräfte“ und sonstige private (Klein-)Armeen aufzubauen. „In order to protect themselves and their property from the violence, rich landowners began to create private armies.“ (Denissen 2010, S. 331).

### **3.5.2 Das Paradoxon des kolumbianischen Paramilitarismus**

Unabhängig vom Entstehungshintergrund vereint sowohl die mit staatlicher „Legitimation“ gegründeten paramilitärischen Einheiten als auch die vor einem privaten Hintergrund geschaffenen paramilitärischen Verbände (wohl mit Ausnahme der Organisationen im Drogenmilieu) ein gemeinsames Thema, das aufgrund der verschiedenen Begriffe und Bezugspunkte vielleicht nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist. Egal, aus welcher Sicht – hinter allen Überlegungen steht die implizite Kritik am Vorgehen des Staates und sind die paramilitärischen Einheiten letztendlich nur

---

<sup>40</sup> Span. Original: „[La] extorsión, los asesinatos, los secuestros, etc. llevaron a que la población-/ alguna parte de la población civil dijera, si el estado no tiene la capacidad de proteger mi vida, mi honra y mis bienes que es la obligación del estado, yo tengo que empezar a protegerme. Y empezaron a, a formarse unas unidades de vecinos y de comunicación y de protección mutua que lamentablemente terminó [sic!] degenerando en los grupos paramilitares.“



ein Symptom des Staatsversagens. „A principal characteristic of *paramilitarismo* is its relationship with the state. For some, *paramilitarismo* is a policy of state terrorism, while for others it is the response of desperate citizens confronted with guerrilla abuses due to an absent state: curiously, for both sides the state’s responsibility is central, either by action or omission.” (García-Peña (o. J.), o. S. – zit. n. Theidon 2007, S. 70). Man kann diese Dualität auch als das Paradoxon des kolumbianischen Paramilitarismus bezeichnen. Die Verbindungen zwischen Politik und Paramilitärs tragen dazu bei, dass sich die antagonistischen Standpunkte aller in diesem Dreieck beteiligten Akteure nur noch weiter verfestigen und die darauf begründeten Animositäten mit noch mehr Entschlossenheit und folglich mit noch größerer physischer Gewalt ausgefochten werden. Im allgemeinen Sprachgebrauch sollte sich für diese „Schattenverbindungen“ von Teilen des Staatsapparates zu den Paramilitärs sogar ein eigenes Wort bilden: *Parapolítica*. Dabei bleibt es dem Beobachter durchaus selbst überlassen, dieses Wort zu deuten. Ist es „paramilitärische Politik“ oder ist es in Analogie zur Duden-Definition bloß „der Politik ähnlich“, aber grundsätzlich kriminell?

### **3.5.3 Der Konflikt als Dreieck der Gewalt**

Die Paramilitärs haben sich in jedem Fall zur dritten bewaffneten Säule des kolumbianischen Konflikts entwickelt. Durch ihre Entstehung wurde aus der ursprünglich dualen Auseinandersetzung innerhalb des Staats zwischen Regierung(-en) bzw. politischer Führung und Opposition im weitesten Sinne ein Dreieck der Gewalt. Auch die Paramilitärs durchlebten dabei eine gewisse Konsolidierungsphase, in der sich immer klarer ein Hauptziel und ein Hauptgegner herauskristallisierten: Die Guerilla. Die Paramilitärs wurden zur institutionalisierten Aufstandsbekämpfung. Immer mehr Führungspersönlichkeiten in den Reihen der Paramilitärs wird klar, dass der eigene Fortbestand nicht nur durch externe Finanzierung sichergestellt werden kann. Also übernehmen die Paramilitärs die Strategie derer, die sie bekämpften (also Guerillas wie den FARC), intensivierten ihr Engagement in Drogenanbau und -handel, entführten, erpressten, drangsalierten die Zivilbevölkerung auf dem Land, rekrutierten Kinder, etc. – alles mitunter in einem noch schlimmeren und noch rücksichtsloseren Ausmaß (sofern überhaupt möglich) als vor allem die FARC es zu dieser Zeit gemacht haben. Denn obwohl öffentliche Anerkennung und Akzeptanz für Gruppierungen wie die FARC nicht die oberste Priorität darstellten, so war das Ziel gemäß dem eigenen Machtanspruch dennoch die faktische politische und vor allem territoriale Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet. Es musste vor allem in den Gegenden, in denen man tatsächlich territoriale Macht

besaß, eine Art „Regime“ aufgebaut werden – sicherlich ein Regime der Furcht, des Terrors, womöglich der Willkür, aber jedenfalls eine Struktur, in der das Leben für die betroffenen Menschen seinen Weg gehen und die lokale bzw. regionale Wirtschaft in geordneten Bahnen ablaufen konnte. Alias „El Ingeniero“ bringt im Interview den notwendigen Pragmatismus zum Ausdruck:

*„Nun, sagen wir, weil, weil, weil es ein Bedürfnis der Menschen gibt, einen Motor zu haben, ein Prinzip der Autorität und der Normen, richtig? Und diese Norm und diese Autorität wird, wird auf Grundlage von Gewalt eingehalten, ja? Also, sagen wir, wenn ich hier ein Produkt produziere – nun, nennen wir es, wie auch immer – und es gibt Spannungen in dem Geschäft, dann muss es jemanden geben, der [eingreift, Anm.] und schlichtet. Und wenn es keinen Staat gibt, dann entwickelt sich eine Art Para-Staat. Und dieser Para-Staat ist die Guerilla (...), verstehen Sie, was ich meine?“<sup>41</sup>*

(El Ingeniero 2022, Abs. 67)

All das galt für die Paramilitärs, nicht. „Im Gegensatz zu den Guerillagruppen, die im Prinzip mit sehr starken politischen Idealen gegründet wurden, entstanden die [Paramilitärs, Anm.], um den Aktionen der Guerilla entgegenzuwirken, aber nicht, um mit Waffengewalt an die Macht zu kommen“.<sup>42</sup> (Suárez und Jaramillo 2016, S. 297). Für die Paramilitärs ging es tatsächlich nur um das Geschäft. „Ende der 1980er-Jahre noch von Fremdgeldern abhängig, multiplizierten die paramilitärischen Bewegungen während der 1990er-Jahre ihr selbstständiges Einkommen. Sie verschuldeten danach tausende Todesopfer auch unter Zivilisten, bei weitem nicht *nur* bei politisch motivierten Gegnern. Lokale Politiker, die die Paramilitärs zunächst bewusst forcierten, verloren dadurch schließlich die Kontrolle“ (Rathgeb 2009, S. 107). Einer dieser lokalen Politiker war der spätere Präsident Álvaro Uribe Vélez, der „die Bildung der so genannten CONVIVIR-Gruppen in seinem Heimatdepartement Antioquia [forcierte]. Uribe legalisierte als damaliger Gouverneur diese bewaffneten Banden, die sich aus der Zivilbevölkerung rekrutierten, um gegen die Guerilla, Oppositionelle, Gewerkschafter und auch gegen Kleinverbrecher vorgehen zu können.“ (Rathgeb 2009, S. 104). Es gleicht einem historischen Treppenwitz, denn die Geschichte scheint sich zu wiederholen. Ein Regionalpolitiker legalisiert kriminelle Strukturen unter dem Deckmantel eines schönen

---

<sup>41</sup> Span. Original: „Pues digamos, porque, porque, porque hay una, una necesidad de la gente tener a un motor, un principio de autoridad y normas, no? Y esa norma y esa autoridad se, se acata es sobre la base de fuerza, sí? Entonces, digamos, si yo estoy aquí produciendo algún producto – bueno, lo vamos a llamar, lo que sea – y hay unas tensiones en el negocio alguien tiene que intermediar. Y si no hay un estado, pues, se configura una especie de para-estado. Y ese para-estado es la guerrilla (...), cierto, sí me entiendo?“

<sup>42</sup> Span. Original: „A diferencia de los grupos guerrilleros que en principio fueron concebidos con ideales políticos muy marcados, los grupos de autodefensa surgieron para contrarrestar el actuar de las guerrillas, pero no para llegar al poder por la vía de las armas (...).“

Namens – „convivir“ heißt übersetzt schlicht „zusammenleben“ – um offiziell inoffiziell gegen alle Kräfte in seinem Einflussbereich vorgehen zu können, die nicht in sein politisches Programm passen. Der Name stellt sich als doppelt perfid dar, wenn man bedenkt, dass dadurch beide diskutierten Funktionen der Paramilitärs – also „Staatsterrorismus“ durch Auslagerung der staatlichen Gewalt sowie vermeintlicher Schutz der Gesellschaft vor potenzieller Gefährdung zum Zwecke des „guten Zusammenlebens“ – gleichsam in sich vereint werden. Die Politik wäre aber nicht die Politik, wenn die Auswirkungen des politischen Handelns nicht von vornherein berechenbar wären. „Eine geschickte Instrumentalisierung der paramilitärischen Macht verhalf Uribe außerdem zu einem großen Rückhalt innerhalb der Bevölkerung und sicherte ihm hohen Zuspruch bei den Lokalwahlen.“ (Rathgeb 2009, S. 104). Aufgrund massiven nationalen und internationalen Drucks wurden die CONVIVIR-Gruppen später wieder verboten und „entmachtet“. Die Kämpfer aber waren da und verschwanden nicht einfach so wieder, sondern fanden Aufnahme in anderen paramilitärischen Gruppierungen. (vgl. Rathgeb 2009, S. 104) Die „Konsolidierung“ der Paramilitärs gipfelte schließlich in den 1990er-Jahren in der Entstehung einer gesamtstaatlichen „Dachorganisation“, deren Gründung den totalen Kontrollverlust des Staates über die Geister, die er selbst mitgerufen hatte, markiert. Es sind dies die AUC, auf die sich sogar Knudsen mit dem Attribut eines „Monsters“ bezieht, womöglich schlimmer noch als Guerilla.

### **3.6 Die Friedensversuche von La Uribe und Caguán**

#### **3.6.1 Die Crux der Amnestie als Bedingung für die Annäherung**

Je länger ein Konflikt dauert und je mehr Vergehen gegen jegliche politische, gesetzliche oder schlicht menschliche Norm in seinem Verlauf begangen wurden, desto schwieriger wird die Suche nach einem vertretbaren Einstieg in einen Dialog mit jenen, die man jahrelang oder jahrzehntelang aufgrund ihres Handelns bekämpft hat. Wenngleich es für beide Seiten gewissermaßen um das Prinzip geht, so ist die Regierung womöglich dennoch gezwungen, die sprichwörtliche Suche nach der Quadratur des Kreises aufzunehmen. Für Gruppierungen wie die FARC hingegen ist es vergleichsweise leicht. Die Schuld am Scheitern diverser Verhandlungen hätte demnach immer die Regierung getragen, was die FARC seit dieser Zeit, also von der Gegenwart aus gesehen für über 30 Jahre, gleichsam dazu gezwungen hätte, den bewaffneten Kampf immer weiter fortzuführen:

*„Nun, ich muss sagen, dass wir historisch gesehen immer eine politische Lösung angestrebt haben. Tatsächlich war die politische Lösung sogar der wichtigste Punkt der bolivarianischen Plattform, die wir aufgerichtet haben, als wir noch unter Waffen gestanden sind, weil wir immer der Meinung waren, dass es für diesen Konflikt keine Möglichkeit einer endgültigen Lösung mit militärischen Mitteln geben würde. Wir haben die ersten Friedensgespräche im Jahr 1983 begonnen, das heißt, dass wir in der Praxis 33 Jahre lang diese politische Lösung mit verschiedenen Regierungen gesucht haben.“<sup>43</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 4)

Der erste Schritt der Annäherung war die offizielle Anerkennung der Tatsache, dass es genau definierbare (soziale) Gründe für den Konflikt gab. Der Hintergedanke dabei war freilich nicht, tatsächlich die eigenen Verfehlungen zu akzeptieren. Der Schritt eines vermeintlichen Eingeständnisses sollte ein Entgegenkommen signalisieren, das im besten Fall als „Brückenschlag für eine spätere Demobilisierung“<sup>44</sup> (Suárez und Jaramillo 2016, S. 295) der Gruppierungen dienen könnte. Der wohl bedeutendste Schritt gesetzlicher Natur und gleichsam der erste Versuch zur Quadratur des Kreises war der Beschluss von Gesetz Nr. 35 im Jahr 1982, „mit dem der Kongress der Republik eine Amnestie erlässt und Normen zur Wiederherstellung und Erhaltung des Friedens vorschreibt.“ (Congreso de la República 1982, online). Dieses Gesetz „[ermöglichte] die Gewährung einer allgemeinen Amnestie für Personen, die politische und damit zusammenhängende Straftaten begangen haben.“ (Suárez und Jaramillo 2016, S. 300), wobei die Definition einer „politischen Straftat“ so weit gefasst war, dass damit praktisch alle Straftaten im Rahmen von gewaltvollen Aktionen der Guerilla gegen den Staat erfasst werden sollten. Damit sprang die Regierung im doppelten Sinne über ihren eigenen Schatten, weil dadurch auch die immanent politische Dimension des Konflikts implizit anerkannt wurde. Was im konkreten Fall aber noch viel wichtiger war, war die Möglichkeit, durch eine Amnestie die Tür für eine legale politische Betätigung zu öffnen.

### **3.6.2 Das Fiasko der „Patriotischen Union“**

Durch die Verhandlungen in der Gemeinde La Uribe (Departement Meta) sollten die FARC die Möglichkeit haben, im Zuge der vereinbarten Amnestieregelungen zu einer legal operierenden

---

<sup>43</sup> Span. Original: „Bueno, yo-/ hay que decir que nosotros históricamente siempre buscamos la solución política. De hecho, la solución política era el punto número uno de la plataforma bolivariana que nosotros enarbolamos cuando estábamos en armas, de manera que siempre consideramos nosotros que este conflicto no tenía posibilidad de una solución definitiva por la vía militar. [Y] iniciamos las primeras conversaciones de paz en el año 1983, es decir que por 33 años, en la práctica, estuvimos buscando esa solución política con distintos gobiernos.“

<sup>44</sup> Span. Original: „(...) sirvieran como puente para su futura desmovilización.“

politischen Partei zu werden. In der Folge wurde die „Patriotische Union“<sup>45</sup> (kurz: UP) gegründet. (vgl. Denissen 2010, S. 330f.) Es war eine Art gesichtswahrende „Win-Win-Situation“ für beide Seiten: Die Regierung hatte es geschafft, mit der größten der aktiven RLM einen Friedensvertrag auszuhandeln und die FARC konnten durch die Gründung der UP aus dem bewaffneten in den politischen Kampf übertreten.

*„Im Falle, im Falle des ersten Abkommens, des Abkommens von La Uribe der 80er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts, wurde, sagen wir, eine Agenda der Veränderungen der Transformationen zwischen den Aufständischen und dem kolumbianischen Staat vereinbart, einschließlich der Möglichkeit, den Aufständischen durch die Patriotische Union einen politischen Raum zu eröffnen.“*<sup>46</sup>

(Lozada 2022, Abs. 6)

Über die UP versuchten die FARC „auch auf legaler, parteipolitischer Ebene, vorwiegend in den urbanen Bereichen, ihren Einfluss nach und nach auszuweiten (...). Die PCC<sup>47</sup> und andere sozialistische Splittergruppen wurden hinsichtlich dieses Anspruches von der überparteilichen Struktur der UP übernommen.“<sup>48</sup> (Rathgeb 2009, S. 98). Die UP wurde zu einer Art Sammelbecken für Oppositionelle, Sozialisten, Kommunisten und sonstige linksgerichtete Menschen. In anderen Worten: Ein veritabler Erfolg. Vor allem in jenen ländlichen Gebieten, in denen die FARC auch bisher schon als bewaffnete Gruppierung stark vertreten war, konnte die UP auch bei Kommunalwahlen punkten. Nach den Wahlen 1986 – also nur ein Jahr nach ihrer Gründung – stellte die UP Kongressabgeordnete in Senat und Repräsentantenhaus sowie hunderte Gemeinderäte und Bürgermeister. (vgl. Rathgeb 2009, S. 100) „[Durch] diese Taktik [konnten] ganze Regionen gleichzeitig (...) neu erschlossen werden und langfristig unter den Einfluss der revolutionären Bewegung gestellt werden.“ (Rathgeb 2009, S. 100).

Was genau danach geschehen ist und vor allem wer in Summe dafür zur Verantwortung gezogen werden könnte, ist in Kolumbien bis heute Gegenstand umfangreicher politischer Diskussionen – darauf deutet nicht zuletzt die Tatsache hin, dass das historische Kapitel „La Uribe und UP“ in

---

<sup>45</sup> Im span. Original „Unión Patriótica“.

<sup>46</sup> Span. Original: „En el caso, en el caso de la, del primer acuerdo del, del Acuerdo de La Uribe de los años 80 del siglo pasado se pactó, digamos, un, por parte del, de la insurgencia y el estado colombiano como una agenda de cambios y de transformaciones incluido [sic!] la posibilidad de abrirle un espacio político a través de la Unión Patriótica a la insurgencia.“

<sup>47</sup> PCC – span. Abk. für „Partido Comunista Colombiano“, auf Deutsch also „Kommunistische Partei Kolumbiens“.

<sup>48</sup> Rathgeb verweist hier auch auf Zelik, R., und Azzellini, D. N. (2000): Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegungen. – Neuer ISP-Verlag, Köln.

vielen Quellen der Literatur bestenfalls marginal behandelt wird. Das Schicksal der UP wird von Vertretern des eher konservativen Spektrums auch gern außen vorgelassen (im Gespräch mit Hans Peter Knudsen kommt die UP etwa trotz umfangreichen historischen Erläuterungen gar nicht vor) und von Vertretern des linken Spektrums als eine klaffende Wunde in der politischen Geschichte Kolumbiens herausgehoben, wenn nicht überbetont. Einen Mittelweg zu finden ist schwierig, will man nicht auf jeden einzelnen Fall im Detail eingehen. Es ist aber wahrscheinlich nicht falsch zu sagen, dass das Land für eine derart starke und in der politischen Öffentlichkeit präsenste linke Gruppierung noch nicht bereit war. Dutzende Vertreter und Funktionäre der Partei wurden in der Folge bei verschiedenen Anschlägen und Attentaten ermordet. „Obwohl man meinen könnte, dass die Gründung der politischen Partei der Patriotischen Union ein gutes Beispiel für politische Partizipation wäre, weist die traurige Vernichtung, der sie unterworfen wurde, auf das Gegenteil. Diese Situation zeigt deutlich, dass die volle politische Teilhabe demobilisierter Gruppen nicht möglich sein wird, wenn die Regierung keine Mechanismen schafft, um [diese Möglichkeit, Anm.] zu gewährleisten.“<sup>49</sup> (Suárez und Jaramillo 2016, S. 295).

*„Und was geschah, war die Vernichtung dieser politischen Kraft, also (...) es gab, sagen wir, eine Art Sabotage aus dem Inneren der Streitkräfte und anderer politischer Sektoren heraus, die von dem Konflikt profitierten und [nach wie vor, Anm.] profitieren. [...] [Das alles, Anm.] zusätzlich zu der Tatsache, dass keine Fortschritte bei den Reformen gemacht wurden, die im Abkommen vorgesehen waren.“<sup>50</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 6)

### **3.6.3 Präsident Pastrana und der Caguán (1998 – 2002)**

Nach der Phase der Annäherungsversuche der 1980er-Jahre sollten die 1990er-Jahre das genaue Gegenteil darstellen. Die Dekade gilt heute bei vielen Kolumbianerinnen und Kolumbianern wohl zurecht als die gewalttätigste und blutrünstigste des gesamten Konflikts. Das lag weniger an den Aktionen einzelner RLM im Besonderen sondern an der Summe der Vorkommnisse. Die 1990er-Jahre waren gleichsam eine Phase des totalen Kriegs im zuvor erarbeiteten Dreieck der Gewalt zwischen dem Staat und seinem Heer, den RLM wie FARC und Co. und den Paramilitärs, ergänzt

---

<sup>49</sup> Span. Original: „Aunque podría pensarse en que la conformación del partido político de la Unión Patriótica sería un buen ejemplo de participación en política, el triste exterminio al que fue sometido señala lo contrario. Claramente esta situación pone de manifiesto que si el gobierno no crea mecanismos para garantizar la plena participación en política de grupos desmovilizados, esta no será una realidad.“

<sup>50</sup> Span. Original: „Y lo que se dió fue el aniquilamiento de esa fuerza política, entonces (...) hubo, digamos, una especie de sabotaje desde el interior de las Fuerzas Armadas y de otros sectores políticos que se benefician y se beneficiaban del conflicto. [...] [Además] de que no se avanzó en las reformas que estaban contempladas en el acuerdo.“

durch die Gewalt im Bereich der Drogenmafia, die sich jedoch 1993 mit dem Tod von Pablo Escobar in Medellín wieder etwas mäßigen sollte. Hinzu kam ein Staat, der mehr mit sich selbst, seiner eigenen internen Organisation und seiner internationalen Positionierung beschäftigt war als mit der Konfliktbewältigung im eigenen Land. „Die ruralen Räume wurden fast gänzlich den subversiven und paramilitärischen Gruppierungen überlassen. Ein Phänomen, das für das gesamte Staatsgebiet Gültigkeit hatte.“<sup>51</sup> (Rathgeb 2009, S. 112). Die FARC im Speziellen fielen vor allem gegen Ende der 1990er-Jahre mit öffentlichkeitswirksamen Angriffen auf, die sich nicht nur gegen die Streitkräfte von Polizei und Heer richteten, sondern auch gegen zivile Einrichtungen und die zivile Bevölkerung.

Unter diesen Rahmenbedingungen setzt sich bei der Präsidentschaftswahl 1998 Andrés Pastrana Arango von der konservativen Partei mit dem Versprechen durch, „dass, sollte er zum Staatsoberhaupt gewählt werden, er umgehend einen umfassenden Friedensprozess mit der FARC einleiten würde.“ (Rathgeb 2009, S. 112). Pastrana hält sein Wort und beginnt einen Friedensprozess, bei dem er sich nicht einmal von einer schwer vorstellbaren Grundbedingung seitens der FARC abschrecken lässt. Er richtet im Bereich des Caguán-Flusses die sogenannte „zona de distensión“, auf Deutsch etwa „spannungsfreie Zone“, ein, die vollständig von staatlichen Kräften geräumt und den FARC de facto überlassen wird. Pikant dabei ist, dass es sich dabei keineswegs um unbewohnte Dschungelzonen handelte, sondern um die flächenmäßig sehr großen Gebiete mehrerer bewohnter Gemeinden (bzw. Landkreise), die zugunsten des Dialogs mit den FARC mehr oder weniger aufgegeben wurden – per Dekret, eine Einbindung der Bevölkerung war nicht vorgesehen. Ein beispielloser Vorgang in der kolumbianischen Geschichte. „Diese entmilitarisierte Zone umfasste ein Gebiet von 42.139km<sup>2</sup> (das ist mehr als Hälfte der Fläche Österreichs, Anm.), 5 [sic!] komplette Landkreise aufgeteilt auf die beiden Departements Meta und Caquetá. Die Gewalt- und Mordraten gingen zunächst zurück. Die Hoffnungen auf ein Ende des Bürgerkrieges waren groß.“ (Rathgeb 2009, S. 113). Entgegen den Ankündigungen sahen sich beide Seiten aber schon bald wieder in kleinere militärische „Scharmützel“ verwickelt und warfen einander gegenseitig den Bruch der Abmachungen für die Durchführung der Friedensgespräche vor. Die Gespräche wurden immer wieder unterbrochen und dann doch wieder fortgesetzt, um schlussendlich 2002, kurz vor

---

<sup>51</sup> Rathgeb verweist hier auch auf Pécaut, D. (2002): *Hacia La Desterritorialización de la Guerra y de la Resistencia a la Guerra.* – In: *Dimensiones territoriales de la guerra y la paz.* – Universidad Nacional, Red de Estudios de Espacio y Territorio (RET), Bogotá.

Ende von Pastranas Amtszeit, ergebnislos abgebrochen zu werden. Nach dem Scheitern der Verhandlungen wurde das Militär angewiesen, die staatliche Kontrolle in der „spannungsfreien Zone“ wiederherzustellen, was in heftigsten Kämpfen mit den Einheiten der FARC ausartete. Bis heute ist das Gebiet, das aufgrund der Gespräche im ganzen Land einfach nur als „Caguán“ bekannt ist, eines der am stärksten umkämpften Gebiete zwischen Heer, FARC-Dissidenten und sonstigen kriminellen bewaffneten Vereinigungen. (vgl. Rathgeb 2009, S. 113f.)

Interessant ist aber auch in diesem Zusammenhang die Bewertung der Ereignisse aus verschiedenen Blickwinkeln. Hans Peter Knudsen etwa sieht den Friedensprozess im Caguán als Vorbereitung auf das spätere Vorgehen unter Pastranas Nachfolger im Präsidentenamt, Álvaro Uribe.

*„Es kam die Zeit, in der man versuchte, einen Ausweg zu finden, das war die Regierung von Präsident Pastrana, während derer die FARC leider die Gelegenheit verpasst haben. Denn was man am Ende dieses Prozesses gefunden hat, in dem die Regierung ein immens großes Gebiet des nationalen Territoriums geräumt hat, ist, dass die FARC, anstatt das Territorium zu nutzen, um das von ihnen vorgeschlagene Modell von Bildung, Gesundheit, von Arbeit, etc. umzusetzen – was die Gesellschaft gefunden hat waren versteckte Geiseln, Gräber und, und, und Beerdigungen von ganzen Bevölkerungsgruppen des [jeweiligen, Anm.] Gebiets, [verschiedene, Anm.] Aktivitäten, Drogen, Drogenhandel, etc. Dieser Prozess hat Kolumbien im Allgemeinen, der Gesellschaft im Allgemeinen, gezeigt, dass die FARC nicht wirklich an einem Friedensprozess interessiert waren“.*<sup>52</sup>

(Knudsen 2022, Abs. 8)

Die entscheidende Frage ist hier, ob die FARC aus dem Prozess nun gestärkt oder geschwächt hervorgegangen sind. Geht man mit Knudsen, so war das öffentliche Scheitern der offiziellen Möglichkeit zur Friedensfindung durch Selbstverwaltung, ein Tiefschlag für die FARC, die ganz im Gegenteil eigentlich nur ihr wahres Gesicht gezeigt hätte: Geiseln, Morde, Drogen. All das hätte das Ansehen der FARC in der Öffentlichkeit demnach schwer beschädigt und der Prozess wäre eine Niederlage gewesen. Diesem Gedankengang hält Denissen (vgl. 2010, S. 331) wiederum entgegen, dass der offensichtliche Schritt zur Seite durch die Regierung in Form der Einwilligung,

---

<sup>52</sup> Span. Original: „[Vino] la época en donde se trató de buscar una salida, que fue el gobierno del presidente Pastrana, en donde lamentablemente las FARC perdieron la oportunidad y lo que se encontró al final de ese proceso en donde el gobierno despejó un área inmensamente grande del territorio nacional, es que en lugar de que las FARC hubieran utilizado ese territorio para implementar su propuesta de modelo de educación, de salud, de trabajo, etc. – lo que la sociedad encontró eran caletas de secuestrados, tumbas y, y, y, entierros de grupos poblacionales del sector, actividades, drogas, narcotráfico, etc. Ese proceso le demostró a Colombia en general, a la sociedad en general que las FARC no estaban interesadas realmente en un proceso de paz“.



den FARC das Gebiet der „spannungsfreien Zone“ überhaupt zur Verfügung zu stellen, schon ausgereicht hat, um die FARC in eine stärkere Position als vorher zu bringen. Demnach wäre die Message: Bei aller Gewalt haben wir die Regierung doch dazu gebracht, auf diesen Deal als Bedingung für den langersehnten Frieden einzugehen, wodurch die FARC gleichsam automatisch auf dem längeren Ast saßen.

Die andere Möglichkeit ist nun, die Kritik nicht nur bei den FARC anzusetzen, sondern auch bei der Regierung – was Senator Lozada wenig überraschend auch macht:

*„Später haben wir uns im Caguán erneut zusammengesetzt und uns auf eine Agenda geeinigt, die vielleicht die ehrgeizigste aller Dialogprozesse war. [Aber], es war klar, dass das Establishment – und Präsident Pastrana selbst räumt das in dem Buch ein, das er danach geschrieben hat – nur versucht hat, Zeit zu gewinnen, um die Streitkräfte und den, und den institutionellen Rahmen dafür anzupassen, was die letzte Militäroffensive werden sollte, nämlich der Plan Colombia und die militärische Komponente des Plan Colombia, der, der Plan Patriota.“<sup>53</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 6)

„Plan Colombia“ war der schmeichelhafte Arbeitstitel einer milliardenschweren Kooperation zwischen Kolumbien und den USA, die im Zuge eines geostrategischen Umdenkens (Stichwort lateinamerikanische Hinterhofpolitik) begonnen hatten, Verbündete in Lateinamerika finanziell und militärisch zu unterstützen. Im Falle Kolumbiens kam noch ein gesteigertes Eigeninteresse aufgrund des Drogenhandels dazu. Unter US-Präsident Clinton verständigte man sich schließlich Ende der 1990er-Jahre auf „ein insgesamt zehn Phasen umfassendes anti-subversives 7,5 Mrd. US-Dollar Paket“ (Rathgeb 2009, S. 115). „Zwischen August 1998 und Dezember 2001 wurden die (...) professionellen Soldaten [in der Armee] von 22.000 auf 55.000 Kämpfer, aufgestockt. Während dem [sic!] ersten Jahr des offiziellen Friedensprozesses attackierte die staatliche Armee die Guerillatruppen mehr als 700 Mal. Mindestens 900 Guerillakämpfer kamen dabei ums Leben, 29% mehr als noch im Jahr zuvor.“ (Rathgeb 2009, S. 114). Präsident Pastrana „spielte [also, Anm.] ein doppeltes Spiel.“ (Rathgeb 2009, S. 114). Auf der einen Seite wurde er für seinen in dieser Größenordnung noch nie dagewesenen Versuch gefeiert, auf die Guerilla zuzugehen und

---

<sup>53</sup> Span. Original: „Luego en el Caguán nos volvemos a sentar y acordamos una agenda, tal vez la más ambiciosa de, de todos los procesos de diálogo, pero, claramente, el establecimiento – y eso lo reconoce el propio presidente Pastrana en el libro que escribió luego de eso – ellos buscaban era ganar tiempo mientras adecuaban las fuerzas armadas y la, y la institucionalidad para lo que ellos consideraban iba ser la última ofensiva militar que era el Plan Colombia y el componente militar del Plan Colombia que era el, el Plan Patriota.“

dem sinnlosen Schlachten endlich ein Ende zu setzen. Auf der anderen Seite suchte er die Nähe zu den USA, um die Schlagkraft der Armee wieder zu erhöhen.

### **3.7 Álvaro Uribe Vélez (2002 – 2010) und die Doktrin der „demokratischen Sicherheit“**

Der allgemeine Frust über den gescheiterten Dialogprozess mit den FARC und die Investitionen im Rahmen des „Plan Colombia“ waren zwei maßgebliche Faktoren, die den ehemaligen Gouverneur von Antioquia, Álvaro Uribe, an die Macht spülten. Wie schon sein Vorgänger, trat er im Präsidentschaftswahlkampf 2002 mit der Ankündigung an, den Konflikt mit den FARC zu beenden, setzte dabei aber im Gegensatz zu Pastrana „auf eine harte Rhetorik gegenüber der Guerilla. Kompromissloses Vorgehen sei die einzige Alternative gegen die subversiven Kräfte.“ (Rathgeb 2009, S. 116). Das durch den „Plan Colombia“ aufgerüstete Heer ermöglichte es ihm, die militärische Karte voll auszuspielen – das Versprechen weiterer Verhandlungen und Dialoge wäre nach den jüngsten Erfahrungen wohl ohnehin zwecklos gewesen. Ein weiterer durchaus kluger Schachzug war die Gründung einer eigenen Partei, mit der er in den Präsidentschaftswahlkampf zog. Auf diese Weise konnte er auch das Image des jahrzehntelang andauernden politischen Patts zwischen Konservativen und Liberalen überwinden und setzte ein „Zeichen der Durchsprengung der Klientelpolitik der beiden Eliteparteien (...). Uribes Machterlangung ist als Konsequenz der sukzessiv erfolglosen Friedenspolitiken seiner Vorgänger zu verstehen.“ (Rathgeb 2009, S. 116). Álvaro Uribe wurde so zum ersten Präsidenten seit fast 90 Jahren, der weder der konservativen noch der liberalen Partei angehörte.

#### **3.7.1 Der Konflikt wird zum Krieg**

Die neue Sicherheitsdoktrin erhielt den Namen „Seguridad Democrática“, übersetzt also „demokratische Sicherheit“. „The democratic security policy is ‘an ambitious plan to gain control over lawless territories and provide security to all sectors of society based on an expanded military and police presence and the creation of networks of civilian support.’” (Restrepo und Spagat 2004, o. S. – zit. n. Denissen 2010, S. 332). Und tatsächlich zeitigten die Bemühungen schon nach kurzer Zeit erste Erfolge, was etwa auch Knudsen mit einer für Verfechter von Uribes Politik typischen Phrase betont:

*„Und man muss sagen, dass Präsident Uribe einige wichtige militärische Siege erringt, sehr wichtige [Siege, Anm.], er gibt Kolumbien seine Ruhe zurück [...]“<sup>54</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 8)

Was in solchen Schilderungen allerdings gern unerwähnt bleibt, ist der Diskurs, den Uribe gleichzeitig aufbaut. „President Uribe decided that it is not an internal armed conflict. Instead, he sees the Colombian conflict as part of the U.S. global war on terror.” (Denissen 2010, S. 332). Inhaltlich war das freilich ein Schritt in Richtung der USA, um die argumentative Basis für Aufrüstung und hartes Vorgehen im Rahmen des „Plan Colombia“ noch besser begründen zu können. Daneben ging es für Uribe allerdings auch um ein „beidseitig angestrebtes Freihandelsabkommen“ (Rathgeb 2009, S. 117), das die bilateralen Beziehungen noch weiter intensivieren sollte.

Auf einer übergeordneten politischen Ebene wurde der Konflikt aber auch in eine neue internationale Dimension gehievt und zudem in einen betont militärischen Kontext gesetzt. Uribe wählt seine Worte und seine politischen Schritte dabei genau. Einerseits sollte dem einzelnen Bürger im Land durch die verstärkte Präsenz der harten Hand des Staates ein Gefühl größtmöglicher Sicherheit suggeriert werden, „demokratischer Sicherheit“. Andererseits sollte dem gleichen Bürger die Intensität und Schwere der Auseinandersetzung mitten im eigenen Land in möglichst drastischer Art und Weise vor Augen geführt werden. Der Bürger sollte diesen Kampf nicht als etwas wahrnehmen, was den Staat eher nebenbei beschäftigte, vielmehr sollte er Angst haben. Angst vor einem global geführten Krieg, in dem Kolumbien zu einem Kernelement wurde. Die klare Botschaft war: Es handelte sich nicht bloß um einen Konflikt, der von manchen sogar als „Bürgerkrieg“ bezeichnet wurde – es handelte sich um einen ausgewachsenen Krieg, der nicht bloß lokal stattfand und auf das eigene Land beschränkt war, sondern international ausgefochten wurde. Ein Krieg, der folglich auch nur mit den richtigen Partnern gewonnen werden konnte und der jegliche Form von Verhandlungslösung gleichsam von vornherein ausschloss. Denissen (vgl. 2010, S. 332) meint dazu nur, dass nicht die Durchsetzung des Rechts, sondern die reine militärische Schlagkraft im Vordergrund stand. In den Augen des Verfassers ist dies allerdings ein historischer Rückschritt in ein (von Demokratie eigentlich weit entferntes) Staatsverständnis wie es davor zuletzt die Zeit der „Violencia“ geprägt hatte.

---

<sup>54</sup> Span. Original: „Y hay que decir que el presidente Uribe logra unas victorias militares importantes, muy importantes, le devuelve a Colombia la tranquilidad [...]“

### 3.7.2 Exkurs: „Demokratische Sicherheit“ als Vorstufe zur „illiberalen Demokratie“?

Einer der Faktoren, der Álvaro Uribe letztlich zur Macht verholfen hat, war die Tatsache, dass man aufgrund des Chaos der 1990er-Jahre auch in den USA erkannte, dass man, etwas polemisch formuliert, „Ruhe im eigenen Hinterhof“ haben wollte. Denn „es setzte sich die Meinung durch, dass Kolumbien nur durch militärische und finanzielle Unterstützung vor einem tatsächlichen *failed state* bewahrt werden könnte. Die Verbindung zwischen Aufstandsgewalt und Drogenhandel im Andengebiet wurde vom mächtigsten Staat der Welt zunehmend als eigene Bedrohung wahrgenommen.“ (Rathgeb 2009, S. 115). „The decision to spend \$US 1.3 billion in military aid appears to be based upon the belief that with additional weapons, the Colombian military would operate more effectively against the government’s rivals.” (Browitt et al. 2001, S. 9). Die verquere Logik, einen anhaltenden Konflikt mit größerer Wahrscheinlichkeit durch mehr Waffen befrieden zu können als durch andere Maßnahmen kann man wohl nur als einen fast schon klassischen Fall von „gut gemeint ist nicht immer gut“ bezeichnen. Man konnte angesichts der institutionellen Schwäche des kolumbianischen Staates zunächst nicht einmal davon ausgehen, dass das investierte Geld tatsächlich beim Heer ankam. Denn „[given] the high level of corruption and the close fit between drugs and the weapons trade, the United States is likely to find its military ‘aid’ falling into the hands of all players in the Colombian labyrinth.” (Browitt et al. 2001, S. 10).

Uribe kam als der, der nicht nur die Hand aufhielt und sich die militärische Aufrüstung gleichsam als „Ass im Ärmel“ behielt, sondern der versprach, das Militär auch wirklich zu benutzen. Die Ansage, den Krieg zu beenden, war nicht einfach nur ein Wahlversprechen, sondern sein erklärtes Ziel. „Kolumbien hat im Rahmen der Politik der „demokratischen Sicherheit“ seine Streitkräfte erheblich verstärkt, mit dem Ziel, den Krieg gegen die Guerilla zu gewinnen.“<sup>55</sup> (Barreto Henriques 2016, S. 385). Obwohl auch Uribe später einsehen musste, dass ein militärischer Sieg gegen die Guerilla de facto nicht möglich war, setzte er alles daran, alle aktiven RLM, aber insbesondere die FARC, mit allgegenwärtiger militärischer Schlagkraft zumindest empfindlich zu schwächen. Was er dabei nicht brauchen konnte, waren kritische Fragen aus den eigenen Reihen – das Ziel des Sieges war wichtig und dieser Zweck heiligte alle Mittel. „Some scholars and Colombian human rights organizations argue that Uribe’s policy limits civil and political rights for all Colombians.” (Denissen 2010, S. 332). Uribe war der Meinung, dass es gezielte Schwächungen der Demokratie

---

<sup>55</sup> Span. Original: „Colombia, mediante la política de Seguridad Democrática, reforzó sustancialmente so contingente en las fuerzas armadas, con vista a ganar la guerra a la guerrilla.”

und Rechtsstaatlichkeit geben müsste, damit der Staat gleichsam ohne viel Umschweife möglichst effektiv gegen die bewaffneten illegalen Terroristen vorgehen könne. (vgl. Denissen 2010, S. 332) Im Kontext der weiter oben diskutierten Fragen der Ausübung von Macht, deckt sich dieses Vorgehen (wenn auch unter anderen Voraussetzungen) mit jenem der Militärdiktatur in der oder um die Zeit der „Violencia“. Es entspricht der Geisteshaltung eines Souveräns, der diktatorisch das geltende Recht, wenn schon nicht aussetzt, dann zumindest sehr großzügig auslegt oder umgeht, um ein größeres Ziel zu erreichen, das womöglich sogar von einem Gutteil der Bevölkerung unterstützt wird.

Die Erfolge der ersten Monate seiner Amtszeit gaben Uribe dann zunächst aber recht und der Präsident erfreute sich größter Beliebtheit – oder in den Worten von Hans Peter Knudsen:

*„[Das] Land vergöttert Präsident Uribe und vergöttert ihn, weil es ein entführtes Land war, ein Land, das angegriffen und angefallen wurde – und Präsident Uribe ist derjenige, der es den Menschen wieder ermöglicht, zu ihren Landhäusern zu fahren, der es ihnen ermöglicht, mit dem Auto nach Medellín auf Urlaub zu fahren oder an die Küste.“<sup>56</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 8)

Knudsen spielt hier auf einen in der kolumbianischen Bevölkerung weit verbreiteten Gedanken an, der sich auf das Schreckgespenst der Straßenkontrollen durch die Guerilla, vor allem der FARC, bezieht, die Überlandreisen für eine gewisse Zeit de facto unmöglich gemacht haben. Was aber auch auffällt ist, dass sich die Argumentation ausschließlich auf jene Teile der Bevölkerung bezieht, die solche Reisen überhaupt unternehmen können. Für viele andere Menschen war der Zugang zu Zweitwohnsitzen am Land oder die freie Landstraße auf dem Weg in den Urlaub nicht von besonderer Relevanz – vor allem dann nicht, wenn sie unter den von den Hauptstraßen ins Hinterland verdrängten Einheiten der FARC nun verstärkt zu leiden hatten. Für die Zielgruppe der zumindest mittelständischen Wählerschaft, aus deren Blickwinkel hier jedoch argumentiert wird, zählte eher die Sichtweise: „Aus den Augen, aus dem Sinn“.

Im System der „demokratischen Sicherheit“ hängen Sicherheit und Demokratie paradoxerweise aber nicht unbedingt zusammen. „[There] may be a decline in violence, but (...) this does not

---

<sup>56</sup> Span. Original: „[El] país idolatra al presidente Uribe y lo idolatra porque el país era un país secuestrado, un país atacado, un país agredido y el presidente Uribe es el que le permite nuevamente a la gente ir a las fincas, a la gente evolver a irse en el carro a Medellín hacer vacaciones o a la costa.“

necessarily imply that civil and political rights exist for everyone.” (Denissen 2010, S. 333). Genauso wie die gewaltbezogenen Indikatoren sanken, stiegen jene in Bezug zu politischer Verfolgung. „Die Bedrohungen gegen Mitglieder von NGOs, gegen Kommunisten, Gewerkschafter, Journalisten, und soziale Aktivisten stieg [sic!] seit Uribe um 76% auf 4.125 pro Jahr an. Generell gilt das politisch-öffentliche Gemüt in Kolumbien heute (2009, Anm.) als sehr ängstlich. (...) 74 von 100 Kolumbianer [sic!] geben an, dass die Mehrheit bei politischen Themen nicht das sage, was sie eigentlich denke.“ (Rathgeb 2009, S. 121). Schilderungen, die der Verfasser aus eigenen Erfahrungen heraus bestätigen kann. Das ging so weit, dass man von Freunden in der eigenen Wohnung darauf hingewiesen wurde, bestimmte Themen im allgemeinen Gespräch doch nach Möglichkeit auszusparen oder manche Formulierungen mit Bedacht zu wählen, da man ja nicht wissen könne, wie sehr die Wände mithörten. Uribe bediente sich damit einer gesellschaftlichen Handlungsweise, die Rathgeb ursprünglich im exklusiven Charakter der gerade entstehenden subversiven Verbände verortet und die hier als „Freund-Feind-Dichotomie“ bezeichnet werden soll. Das unterstreicht, wie polarisierend die Politik Uribes auch über seine Amtszeiten hinaus gewirkt hat. Rathgeb (2009, S. 70) schreibt: „War man nicht auf der Seite der Guerilla, galt man als politischer Feind. (...) Akzeptierte man die Regeln des Zusammenlebens mit den subversiven Einheiten nicht, galt man automatisch als Kollaborateur des Feindes.“ So ähnlich legte auch Präsident Uribe seine Rhetorik und seine Art der Staatsführung im Allgemeinen aus. Wer seine Politik nicht unterstützte, wurde gleichsam automatisch zum Staatsfeind, zum Guerilla-Kollaborateur oder zum Unterstützer von Chaos, Krieg und Niedergang in Kolumbien. Während das in den Städten maximal zu Situationen wie der oben geschilderten führte, war es wieder einmal die Landbevölkerung, die am stärksten zu leiden hatte und das auch noch im doppelten Sinne, weil sie oft zwischen die Fronten geriet. FARC, sonstige Guerilla, Paramilitärs und andere bewaffnete Gruppierungen sahen im Zweifelsfall die Menschen als Feinde ihrer jeweiligen Sache an und zwangen sie dazu, ihre Forderungen zu erfüllen. Genauso wie der Staat sie als Feinde oder Kollaborateure betrachtete, wenn sie etwa im Auftrag der Subversiven Koka anbauten. Am Ende dieser Gewaltspirale stand oft ein Bauer ohne Ernte und ohne Einkünfte da oder war im schlimmsten Fall sogar tot.

### **3.7.3 Der Fisch stinkt vom Kopf weg – „Falsos positivos“ als grausamer Höhepunkt**

Es ist abermals Hans Peter Knudsen, der auf ein besonders grausames Kapitel zu sprechen kommt, das die letzte Phase des Konflikts im neuen Jahrtausend auf traurige Art und Weise überschatten sollte. Der militärische Druck, der vor allem unter Präsident Uribe immer weiter aufgebaut wird,

dient hauptsächlich dazu, schnell und öffentlichkeitswirksam Ergebnisse und Erfolge der Politik Uribes zu präsentieren.

*„[Und] unter diesem Druck gibt es leider Gruppen der-/ oder Mitglieder der staatlichen Sicherheitskräfte, die, um Ergebnisse vorzeigen zu können, beginnen, Personen aus verschiedenen Städten zu holen, sie zu den Kampforten mitzunehmen, sie zu töten und sie mit militärischem Gewand zu bekleiden und zu sagen, wir haben so und so viele Guerilla-Kämpfer getötet. Das sind die berühmten „falsos positivos“.“<sup>57</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 8)

Die Bezeichnung „falsos positivos“, auf Deutsch also „falsche Positive“ bezieht sich auf die Praxis des kolumbianischen Heeres, verschleppte Zivilisten, meist junge Männer, an Orten, an denen es zu kämpferischen Auseinandersetzungen mit den FARC oder anderen Gruppierungen gekommen ist, zu ermorden, um sie hernach gegenüber der Öffentlichkeit als im Kampf gefallene Guerilla-Kämpfer auszugeben. Als der Skandal gegen Ende der zweiten Amtszeit von Präsident Uribe langsam ans Tageslicht sickerte, war die allgemeine Empörung groß und wurde wohl zurecht von einem der größten Skandale überhaupt in der Geschichte des bewaffneten Konflikts gesprochen. Die „falsos positivos“ sind eine abscheuliche Verletzung der Schutzpflicht des Staates gegenüber seinen eigenen Bürgern. Es ist ein Akt, der gegen jeglichen moralischen Wertekanon verstößt. So barbarisch, dass kaum vorstellbar ist, wie viel kriminelle Energie vorhanden sein muss, um ihn in Auftrag zu geben und wie viel Druck ausgeübt werden muss, um ihn letztendlich auszuführen. Verständlicherweise entbrannte auch eine heftige politische Debatte über das Geschehene.

---

<sup>57</sup> Span. Original: „[Y] en esa presión lamentablemente hay grupos de-/ o integrantes de la fuerza pública que para poder mostrar resultados comienzan a recoger personas de distintas ciudades, a llevarlos [sic!] a los campos de batalla, asesinarlos [sic!] y a vestirlos [sic!] con prendas de uso militar y decir, nosotros dimos de baja tantos guerrilleros que son los famosos falsos positivos.“

*„[Es] wird dann Juan Manuel Santos Präsident, der übrigens zur Zeit der „falsos positivos“ Verteidigungsminister unter Präsident Uribe war, also-/ und in der Befehlskette und der militärischen Hierarchie, also, verantworten sich ja alle bis hinauf zum Kopf. Und wenn es Angehörige des Militärs gibt, die Akte von „falsos positivos“ begangen haben, also, dann sind alle, die als Kommandanten über ihnen stehen, dafür verantwortlich. Und ich möchte das sagen, weil, na ja, weil es klar ist, dass es danach eine Konfrontation zwischen Uribe und Juan Manuel Santos und eine große Entfremdung gab und der eine versucht hat, den anderen mit Themen wie den „falsos positivos“ zu beschmutzen, aber hier gab es eine sehr komplexe Dosis gemeinsamer Verantwortung.“<sup>58</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 8)

Im Verlauf des Interviews ist für den Verfasser der Eindruck entstanden, dass Knudsen indirekt ausdrücken wolle, dass die (politische) Verantwortung für den Skandal der „falsos positivos“ unmöglich ausschließlich bei Präsident Uribe zu verorten sei, wenn der spätere Präsident Santos zu dieser Zeit doch sein für das Heer zuständiger Minister gewesen sei. Es ist wohl nicht zu bestreiten, dass die Abkehr Santos‘ von seinem früheren politischen Weggefährten auch einen nicht zu unterschätzenden „politischen Spin“ in sich trug. In derselben Weise kann nicht angezweifelt werden, dass auch Santos als Minister eine politische Mitverantwortung trägt. Nichtsdestoweniger sollte Santos erst vor wenigen Jahren bei der Darstellung seiner Sicht der Dinge vor der „Kommission der Wahrheit“, die im Zuge der Umsetzung des Friedensprozesses eingesetzt wurde, betonen, dass, wie er viele Jahre nach Aufkommen des Skandals selbst erst verstanden haben will, die gesamte Einstellung Uribes, seine kämpferische Rhetorik und seine Fixierung auf die Anwendung der größten militärischen Härte gegen die Guerilla wesentliche Bestandteile jener unheilvollen Spirale waren, die ihren widerwärtigen Höhepunkt im Fall der „falsos positivos“ gefunden hat – eine Sichtweise, die der Verfasser, wenn sie auch subjektiv sein mag, durchwegs teilt. Denn Santos arbeitet in seinem Vortrag heraus, dass Uribes Linie von vornherein nicht vor der Möglichkeit zurückschreckte, den Feind niederzuringen – koste es gleichsam, was es wolle. Ein Feind, der offiziell gar keiner war, denn Uribe hatte die Existenz eines bewaffneten internen Konflikts im Sinne des internationalen Rechts ja nie anerkannt. Santos erinnert sich daran mit den Worten: „Die Narco-

---

<sup>58</sup> Span. Original: „[Llega] a la presidencia Juan Manuel Santos quien, entre otras, era el ministro de defensa del presidente Uribe en el tiempo de los falsos positivos, o sea, y en la disciplina y en la jerarquía de los militares, pues, van respondiendo todos hasta la cabeza. Y si hay militares que cometieron actos de falsos positivos, pues responden todos los que por encima de ellos están como comandantes. Y esto lo quiero decir, porque, porque, pues, es claro que después hubo una confrontación entre Uribe y Juan Manuel Santos y hubo un distanciamiento grande y el uno pretendió enlodar al otro con temas como falsos positivos, pero aquí había una dosis de responsabilidad conjunta muy compleja.“



Terroristen sind die besseren Feinde – sie klingen gefährlicher – als Guerillas.“<sup>59</sup> (El País 2021, S. 4). Gleichzeitig sei den Einheiten der Armee aber eingeschärft worden, dass das internationale Kriegsrecht und die Menschenrechte stets zu beachten seien. Es tut sich also ein schier obszöner Widerspruch zwischen operationeller Ausrichtung im Heer und der Doktrin der Regierung des Präsidenten als oberstem Befehlshaber auf. (vgl. El País 2021, S. 2ff., 4ff., S. 15ff.)

Klar ist, dass politische Verantwortlichkeiten nicht mit strafrechtlicher Verantwortung gleichzusetzen sind. Einige Personen, die mutmaßlich am Skandal beteiligt waren, wurden all ihrer Ämter enthoben und wegen gröblicher Missachtung ihrer Dienst- und Aufsichtspflichten aus den Reihen der Streitkräfte entfernt. Bis 2009 waren dies insgesamt 51 Offiziere und Unteroffiziere, darunter drei Generäle und vier Oberste der Streitkräfte. (vgl. El País 2021, S. 34f.) Nichtsdestotrotz markieren die „falsos positivos“ einen absoluten Tiefpunkt im institutionellen Umgang des Staates mit dem Konflikt und einen absoluten Tiefpunkt hinsichtlich des Missbrauchs von Macht in jeder Hinsicht. Vor dem Hintergrund all dieser Entwicklungen soll in den folgenden Kapiteln beleuchtet werden, wie die an diesem Punkt monströs erscheinende Aufgabe der Hinwendung zur Möglichkeit einer Verhandlungslösung des Konflikts und zum Aufbau eines von beiden Seiten (FARC und Staat) getragenen Friedens in Angriff genommen wurde.

---

<sup>59</sup> Span. Original: „Los narcoterroristas son mejores enemigos – suenan más peligrosos – que los guerrilleros.“

## **4. Auf dem Weg zum Frieden**

In den folgenden Kapiteln und Abschnitten soll auf Basis der gesichteten theoretischen Konzepte der Weg aufgezeigt werden, den Kolumbien eingeschlagen hat, um nach Jahren der kontinuierlichen Eskalation doch noch eine Möglichkeit für ein friedvolles Ende für den mit den FARC geführten Konflikt zu finden. Dabei sei gleich an dieser Stelle vorweggenommen, dass es nicht die Aufgabe dieser Arbeit sein kann, das schlussendlich zwischen der Regierung unter Präsident Santos und den FARC vereinbarte und verabschiedete Friedensabkommen in jedem detaillierten Aspekt auf seine Umsetzbarkeit und die Herausforderungen bei der Durchführung hin zu überprüfen. Vielmehr sollen im weiteren Verlauf der Arbeit daher einzelne Bereiche der kolumbianischen Institutionengeographie in Verbindung mit Inhalten des Abkommens und zusammen mit den Analysen aus den Interviewdaten auf ihre Tauglichkeit in der Praxis überprüft werden. Die gesamte Entwicklung des Abkommens mitsamt den politischen Rahmenbedingungen rund um die tatsächliche Implementierung dessen, was darin vereinbart wurde, ist eine Anhäufung von Gegensätzen und Inkonsistenzen, die in mannigfaltiger Weise miteinander verwoben sind. Diese Arbeit möchte sich daher im übertragenen Sinne auf einen erhöhten Punkt begeben, um die Diffusität der politisch-gesellschaftlichen Realität Kolumbiens in der Gegenwart (i.e. zum Zeitpunkt der vor Ort durchgeführten Gespräche) mit Blick auf die vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen in der Verarbeitung eines jahrzehntelangen internen Konflikts besser überblicken zu können.

### **4.1 Juan Manuel Santos (2010 – 2018) und die Bedeutung einer friedlichen Lösung**

#### **4.1.1 Der Sinneswandel: Von der „harten Hand“ zum konstitutionellen Rahmen**

Tatsächlich führte das koordinierte Vorgehen des stark aufgerüsteten Heers zu einigen entscheidenden Schlägen gegen die Organisation an sich, aber vor allem auch gegen deren Köpfe. Die Zahl sogenannter freiwilliger Demobilisierungen stieg stark, wenngleich individuell demobilisierte Kämpfer in ihren Reihen freilich als Deserteure angesehen wurden. (vgl. Rathgeb 2009, S. 117ff.) „Zahlreiche FARC-Fronten kannten das Gefühl eines militärischen Sieges gegen die nationale Armee gar nicht mehr.“ (Rathgeb 2009, S. 119).

Woher kam also nach Ende von Uribes zweiter Amtszeit der so plötzliche Sinneswandel an der Staatsspitze, die „harte Hand“ zugunsten von bilateralen Friedensverhandlungen zurückzufahren? Der damalige Verteidigungsminister Santos trägt Uribes Kurs zunächst mit, schließlich war auch er der Meinung, dass die FARC besiegt werden sollten. Wie er später allerdings deklarieren sollte, unterschied sich sein Zugang von jenem Uribes in der entscheidenden Frage des „Wie“. „[Ich, Anm.] hielt es für machbarer und zweckmäßiger, für schneller und weniger kostspielig, sie strategisch zu besiegen – sie psychologisch und militärisch zu schwächen – und sie [dadurch, Anm.] an den Verhandlungstisch zu bringen.“<sup>60</sup> (El País 2021, S. 3). Ab Amtsantritt als Minister habe Santos versucht, die Menschenrechte und das internationale humanitäre Völkerrecht zu den obersten Maximen des militärischen Vorgehens in den Reihen der kolumbianischen Streitkräfte zu machen. Der von ihm bestellte Generalstabschef, General Freddy Padilla de León, sagt etwa in der Rede zu seinem Amtsantritt im August 2006: „Wir werden vielleicht die erste Armee in der Geschichte sein, die einen Krieg mit dem grundlegenden Anliegen der Achtung des humanitären Völkerrechts gewinnt, auf das wir vom leuchtenden Wachturm unserer Verfassung und unserer Gesetze aus blicken. (...) Ein vorübergehender Rückschlag wird tausendmal zu bevorzugen sein als die Demütigung für immer ertragen zu müssen. Noch nie wurde ein Krieg gewonnen, wenn man die Unterstützung des Volkes verloren hat.“<sup>61</sup> (El País 2021, S. 6). Diese Aussagen sind bemerkenswert, da sie das Militär in seiner Bedeutung als schier allmächtiger Knüppel des Staates beschränken und die staatliche Machtausübung durch Gewaltanwendung über den expliziten Bezug zur Verfassung legitimieren. Damit ist es der Staat selbst, der hier einen ersten Schritt in Richtung Zügelung und damit Anerkennung des eigenen Gewaltmonopols legt. Durch diese Aussagen wird aber auch der obszöne Widerspruch zur Kampfrhetorik von Präsident Uribe und zur Tatsache, dass dieser den internen Konflikt als solchen gar nicht anerkennt, offenbar.

Für Santos letztendlich augenöffnend waren allerdings vor allem die Aussagen eines ehemaligen Generals des Militärs, mit dem seine Familie demzufolge bereits seit längerem freundschaftlich verbunden gewesen wäre. Natürlich kann an dieser Stelle nicht mit journalistischer Akribie überprüft werden, ob diese Aussagen tatsächlich so stattgefunden haben, wie Santos sie 2021 in seiner Erklärung schildert. Doch sie sind in den Augen des Verfassers schlicht und ergreifend zu passend,

---

<sup>60</sup> Span. Original: „(...) consideraba más viable y conveniente, más rápido y menos costoso, una derrota estratégica – debilitarlos psicológica y militarmente – y llevarlos a una mesa de negociación.”

<sup>61</sup> Span. Original: “Seremos, acaso, el primer ejército que en la historia gane una guerra con la preocupación fundamental del respeto al Derecho Internacional Humanitario, que contemplamos desde la atalaya luminosa de nuestra constitución y nuestras leyes. (...) Será mil veces preferible un revés momentáneo que soportar para siempre una indignidad. Nunca se ganó una guerra perdiendo el respaldo popular.”

um nicht explizit erwähnt zu werden. Er, Santos, soll demnach „die FARC nicht als Feinde, sondern als Gegner betrachten, denn Feinde werden eliminiert, vernichtet, während Gegner besiegt werden müssen, niedergerungen.“<sup>62</sup> (El País 2021, 17). Außerdem solle er bedenken: „Die Guerilleros sind auch Kolumbianer, Menschen wie Sie und ich; wir sind Kinder derselben Nation und wir werden früher oder später mit ihnen zusammenleben müssen, denn dieser Konflikt wird nur am Verhandlungstisch enden.“<sup>63</sup> (El País 2021, S. 17).

#### **4.1.2 Warum Verhandlungen? Von verletzenden Patts und längeren Ästen**

Streng genommen stellt dies allerdings einen Gegensatz zu den Erkenntnissen im Forschungsprojekt von Dudouet (2009) dar. Denn sie schreibt, dass die Überlegung zum Eintritt in Verhandlungen bzw. Friedensgespräche für die staatliche Seite so gut wie immer auch mit einem Gesichtverlust verbunden ist, weil sie dadurch den Legitimitätsanspruch der RLM (zumindest indirekt) anerkennt. „In itself, the government’s acceptance to negotiate with RLMs represents a strong power shift in favour of the non-state actors, as it represents recognition of the validity of their claim to legitimacy.“ (Dudouet 2009, S. 30). RLM würden demnach nur darauf warten, in eine Situation zu kommen, in der sie auf dem sprichwörtlich längeren Ast sitzen. „RLMs are reluctant to engage in negotiations with state representatives when they do not feel in a position of strength, but once power shifts in their favour, they become eager to transfer these gains to the negotiation table.“ (Dudouet 2009, S. 30). Mit Verweis auf Zartman (1996)<sup>64</sup> nennt Dudouet (2009) zudem als eine weitere denkbare Voraussetzung für die Bereitschaft aufseiten der RLM, in Verhandlungen einzutreten, einen sogenannten „mutually hurting stalemate“, frei übersetzt also ein gegenseitig verletzendes Patt. Ein solches tritt demnach ein, wenn „both adversaries recognise the other’s ability to frustrate their chances of success.“ (Dudouet 2009, S. 30). Der kolumbianische Fall entspricht diesen Beobachtungen aus der Literatur nicht – bzw., nicht ganz. Im von Dudouet breiter behandelten Fall der M19-Guerilla konnte (neben etlichen anderen Umständen) eine für beide Seiten gesichtswahrende Lösung gefunden werden. Repräsentanten der M19 wurde es ermöglicht, an der verfassunggebenden Versammlung teilzunehmen. Bei den FARC gestaltete sich die Situation

---

<sup>62</sup> Span. Original: “(...) que no considerara a las FARC como enemigos sino como adversarios porque los enemigos se eliminan, se destruyen, mientras que a los adversarios hay que vencerlos, derrotarlos.”

<sup>63</sup> Span. Original: “[Los] guerrilleros son también colombianos, seres humanos como usted y como yo; somos hijos de una misma nación y vamos a tener que convivir con ellos tarde o temprano pues este conflicto solo se acaba en una mesa de negociación.”

<sup>64</sup> Dudouet verweist hier auf Zartman, W. (1996) (Hrsg.): Exclusive Peace: Negotiating an End to Civil Wars. – Brookings Institute, Washington DC.

anders. Ende der 1990er-Jahre hätte man wohl noch gut von einer Situation sprechen können, in der die FARC militärisch so stark und so präsent waren, dass es für sie die leichtere Entscheidung war, in Verhandlungen einzutreten. An der Bedingung der Überlassung eines „eigenen“ Territoriums zeigt sich das auch deutlich. Nach den Jahren unter Präsident Uribe befand man sich weder in einem militärischen Patt in der Definition Zartmans, noch war man im Sinne des Macht-Gleichgewichts auf der überlegenen Seite. Ganz im Gegenteil, mehrere führende Köpfe der FARC waren tot und ganze Fronten (also kämpfende Einheiten) nach teils heftigen Auseinandersetzungen aufgerieben. (vgl. Rathgeb 2009, S. 119) Gleichzeitig dürfte die neue Politik unter Juan Manuel Santos ihre Wirkung nicht verfehlt haben und auch bei den neuen Führungspersonlichkeiten im Zentralsekretariat der FARC zu einem Umdenken geführt haben. Nicht zuletzt war diesen die moralisch-politische Selbst-Schwächung der kolumbianischen Armee durch den Skandal der „falsos positivos“ sicherlich nicht entgangen. Beiden Seiten wurde also zunehmend klar, dass der Konflikt auf dem militärischen Wege nicht zu beenden sein würde – dem Staat unter Präsident Uribe und Minister Santos bzw. später unter Präsident Santos im Zuge des zuvor erläuterten „Sinneswandels“, den FARC im Zuge der eigenen Entwicklung und einiger schwerwiegender Verluste in dieser Zeit.

*„Diese Verlängerung des Konflikts führte zu der Überzeugung beider Parteien, dass es definitiv keine Möglichkeit für einen militärischen Sieg gab“.<sup>65</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 4)

Die Einsicht passt in das historische Gesamtbild und sollte deshalb auch nicht von vornherein als politisch motivierte Unwahrheit abgetan werden. Man könnte also doch von einem gegenseitig verletzenden Patt sprechen – allerdings im negativen Sinne. Gegenseitige Neutralisierung nicht durch die Gefahr eines katastrophal verlustreichen Endkampfes ohne Sieger, sondern durch beidseitige Schwächung, die beginnende Einsicht in die Sinnlosigkeit eines jahrzehntelangen Konflikts ohne klaren Ausgang und schockiert vom Ausmaß der Degeneration, die die Notwendigkeit der permanenten Kriegsführung bei allen Beteiligten bewirkt hatte. Muñoz schreibt dazu: „[Die, Anm.] lange Dauer [des Konflikts, Anm.] hat ihn sukzessive verändert, er ist durch abartige, grausame, erniedrigende und unmenschliche Praktiken verdorben (...)“.<sup>66</sup> (Muñoz 2018, S. 190).

---

<sup>65</sup> Span. Original: „Esa prolongación en el tiempo del conflicto llevó al convencimiento de las partes de que definitivamente no había posibilidad de victoria militar“.

<sup>66</sup> Span. Original: „Su prolongada duración lo ha transformado sucesivamente, se ha degradado a través de prácticas aberrantes, crueles, degradantes e inhumanas (...)“.

Spätestens jedoch mit dem Beschluss des wegweisenden Gesetzes Nr. 1448 vom 10. Juni 2011 wurde schlussendlich der letzte Teil des Fundaments gegossen, das den Weg zu tatsächlichen Verhandlungen ebnen sollte. Das Gesetz wurde (aufgrund seiner Kurzform) lediglich bekannt als das „Gesetz für die Opfer und die Restitution von Ländereien“. In seinem Langtitel wird allerdings präzisiert, dass durch das Gesetz „Maßnahmen der Achtung, der Unterstützung und der integralen Reparation der Opfer des internen bewaffneten Konflikts und andere Verfügungen erlassen werden“. (Congreso de la República 2011, S. 1). Damit werden erstmals auf gesetzlicher Ebene nicht nur die Themen Gewalt und Frieden erwähnt, sondern die Existenz eines bewaffneten internen Konflikts anerkannt. (vgl. Muñoz 2018, S. 195) In Artikel 3 wird darüber hinaus der Begriff des Opfers genau definiert: „Als Opfer im Sinne dieses Gesetzes gelten Personen, die individuell oder kollektiv durch Ereignisse ab dem 1. Jänner 1985 Schäden infolge von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht oder schwerwiegenden und offenkundigen Verletzungen internationaler Menschenrechtsnormen im Rahmen des internen bewaffneten Konflikts Schaden erlitten haben.“<sup>67</sup> (Congreso de la República 2011, S. 1). Die Anerkennung der Existenz von Opfern war jener Baustein, der bei allen früheren Friedensbemühungen gefehlt hatte. Dabei stellt genau diese Anerkennung den wohl wichtigsten inhaltlichen Brückenschlag zwischen der politischen Lösung eines Konflikts und der betroffenen Gesellschaft dar, indem sie den Kreis der Betroffenen erweitert und die Gesellschaft als Faktor für den Frieden mit ins Boot holt. Damit steht das Gesetz letztlich auch für „den notwendigen Übergang von einer kriegerischen zu einer politischen Vision, in der sich die Parteien in einer anderen Art und Weise verhalten als im militärischen Konflikt, indem sie von Feinden auf dem Schauplatz militärischer Auseinandersetzungen zu Gegnern im politischen Bereich werden.“<sup>68</sup> (Muñoz 2018, S. 200). Muñoz greift damit auch der Diktion von Santos und seiner Erzählung von seinem eigenen Erkenntnisprozess voraus. Nicht zuletzt war das Gesetz dadurch der Startschuss für einen Verhandlungsprozess, der Kolumbien offiziell ab 2012 über mehrere Jahre begleiten sollte, wobei immer auch die Angst vor dem potenziellen Scheitern der Gespräche mitschwang. Doch die Regierung unter Präsident Santos zeigte sich entschlossen, wie auch Knudsen fast schon lobend betont:

---

<sup>67</sup> Span. Original: „Se consideran víctimas, para los efectos de esta ley, aquellas personas que individual o colectivamente hayan sufrido un daño por hechos ocurridos a partir del 1º enero de 1985, como consecuencia de infracciones al Derecho Internacional Humanitario o de violaciones graves y manifiestas a las normas Internacionales de Derechos Humanos, ocurridas con ocasión del conflicto armado interno.“

<sup>68</sup> Span. Original: „(...) a la necesaria transición de una visión bélica a una política, donde las partes se asuman de una manera distinta a como lo hacen en la contienda militar, pasando de enemigos en el teatro de operaciones armadas, a contradictores en el ámbito político.“

*„Juan Manuel Santos beginnt einen Verhandlungsprozess für ein Friedensabkommen. Ich glaube, Juan Manuel Santos hat wirklich darauf gesetzt, Frieden zu erreichen, das wurde zu seiner – im positiven Sinne – Besessenheit [...].“<sup>69</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 8)

„Wir verstehen die Verhandlungen als politische Anerkennung der Streitparteien im militärischen Konflikt, die sich für die friedliche Bewältigung von Kontroversen, die Sozialisierung von Vorschlägen und die Ausarbeitung von Vereinbarungen auf eine politische Bühne begeben haben.“<sup>70</sup> (Muñoz 2018, S. 193). Was gewinnen die FARC durch den Eintritt in Friedensverhandlungen mit der Regierung eigentlich? Sie mögen nicht am sprichwörtlichen längeren Ast sitzen, doch haben sie einen entscheidenden „Sieg“ errungen, der ihnen davor so lange verwehrt geblieben war. Durch die Feststellung, dass es sich um politische Verhandlungen zwischen den zuvor in einer militärischen Auseinandersetzung stehenden Streitparteien handelt, nehmen die FARC gegenüber dem Staat die Position einer gleichberechtigten Konfliktpartei ein, der politische Verhandlungen auf Augenhöhe ermöglicht werden. Damit ist Dudouets Bedingung einer Veränderung im Machtgleichgewicht zumindest insofern Genüge getan, als dass ein solches Gleichgewicht überhaupt erstmalig hergestellt wurde. Es ging bei den Gesprächen in der kubanischen Hauptstadt Havanna nicht um einen militärischen Sieg, nicht um eine Niederlage. „Wir glauben, dass die ‚Verhandlungen zur Beendigung des Konflikts und zum Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens in Kolumbien‘ [so der offizielle Titel der Friedensgespräche von Havanna, Anm.] politische Verhandlungen waren und es sich nicht einfach um die Abgabe von Waffen oder die Demobilisierung von Kämpfern gehandelt hat. Der Friedensprozess fand nicht im Kontext einer Kapitulation oder der Niederlage einer der Parteien statt.“<sup>71</sup> (Muñoz 2018, S. 193). Gago Antón spricht, etwas freier übersetzt, gar von der „Neuerfindung des Staates“ (vgl. Gago Antón 2016, S. 25), wobei er sich dabei eigentlich auf die Umsetzung all dessen bezieht, was nach dem Abschluss von Verhandlungen praktisch passieren muss. Der Verfasser möchte die Bezeichnung der Neuerfindung aber bereits auf die Phase der beginnenden Verhandlungen zwischen Regierung und FARC anwenden,

---

<sup>69</sup> Span. Original: „Juan Manuel Santos inicia un proceso de negociación de un acuerdo de paz. Juan Manuel Santos, yo creo que le apostó realmente a lograr la paz, se convirtió en su – en el sentido positivo – su obsesión (...).“

<sup>70</sup> Span. Original: „Comprendemos la negociación como un reconocimiento político de las contrapartes en contienda militar, que transitaron hacia un escenario político de gestión pacífica de las controversias, socialización de propuestas y construcción de acuerdos.“

<sup>71</sup> Span. Original: „Creemos que la ‚Mesa de Conversaciones para la terminación del conflicto y la construcción de una paz estable y duradera en Colombia‘ fue una negociación política, no se trata simplemente de una entrega de armas o una desmovilización de combatientes. El proceso de paz no se desarrolló en un contexto de rendición o de derrota militar de alguna de las partes.“

auch wenn das etwas pathetisch klingen mag. Die Änderungen des Blickwinkels auf den Konflikt und seine potentielle Lösung stellen für sich genommen wohl schon nichts anderes dar als eine Neuerfindung – wenn schon nicht des Staates, dann zumindest seiner Selbstwahrnehmung und allein das war zum damaligen Zeitpunkt bereits ein großer Schritt.

## **4.2 „Ein komplexer Konflikt, der nicht endet, transformiert sich.“<sup>72</sup> – Die Verhandlungen von Havanna als Beitrag zur Konflikttransformation**

### **4.2.1 Die Verhandlungen als Verkörperung des Transformationspotenzials eines Konflikts**

In der Zeit vor und um den Beginn der Verhandlungen von Havanna wehte eine Art „frischer Wind“ durch die politische Landschaft Kolumbiens, der vieles plötzlich denkbar erschienen ließ, was bis dahin als undenkbar gegolten hatte. Die beteiligten Parteien waren sich in einem einig: Die Verhandlungen als Chance zu begreifen. Auf einer politisch-theoretischen Ebene bedeutet das, überhaupt einmal im Interesse der Gesellschaft über die drängenden Probleme auf Augenhöhe zu sprechen. Auf einer theoretischen Ebene heißt das, einem Konflikt unabhängig von seiner Dauer etwas Positives abzugewinnen. Galtung sieht einen Konflikt im Allgemeinen als eine Verwerfung in einem Dreieck aus Handlung, Haltung und Widerspruch. Konflikte können daher auch zu potenziell konstruktiven Elementen in der Weiterentwicklung einer Gesellschaft werden. (vgl. Gago Antón 2016, S. 30)<sup>73</sup> Das bedeutet aber, dass „[das] Ziel der Konfliktlösung nicht darin besteht, dass der Konflikt verschwindet, sondern ihn in ein positives Element zu verwandeln.“<sup>74</sup> (Gago Antón 2016, S. 31). Die Frage des „Wie“ ist dann jene, die auf der theoretischen Ebene nicht genau festzulegen ist, weil sie von den jeweils spezifischen Gegebenheiten der betroffenen Gesellschaft und des betroffenen Landes abhängt. Diese Frage ist auf einer politischen Ebene zu lösen, die sich in der Form politischer Verhandlungen manifestiert. Wichtig sei dabei nur, dass die Akteure, die das Ende des Konflikts und sein politisches Transformationspotenzial verhandeln, dieselben Akteure sind, die sich im gesamten Konflikt gegenüberstanden sind. Ein Punkt, der auch Verhandlern wie dem späteren Senator Lozada wichtig war. „[Das] Ziel des Prozesses ist es, den Konflikt

---

<sup>72</sup> Span. Original: „[Un] conflicto complejo, que no finaliza, se transforma.“ – Quelle: Muñoz (2018), S. 190

<sup>73</sup> Gago Antón bezieht sich hier auf Galtung, J. (1998): *Tras la violencia, 3R: reconstrucción, reconciliación, resolución. Afrontando los efectos visibles e invisibles de la guerra y la violencia.* – Gernika Gogoratuz, Gernika.

<sup>74</sup> Span. Original: „(...) el objetivo de la resolución del conflicto no es que este desaparezca, sino que se transforme en un elemento positivo.“



zu überwinden, sodass alle Parteien ihre Ziele erreichen und niemand unterdrückt wird. Ein Konflikt transformiert sich, wenn er auf den Weg des Friedens geführt wird. Einen Konflikt zu transformieren bedeutet, auf den Konflikt einzuwirken, sodass die kreativen Aspekte desselben dominant werden.“<sup>75</sup> (Fisas 2004, S. 232f. – zit. n. Muñoz 2018, S. 200f.).

Ganz den von Galtung definierten „Handlungsmöglichkeiten“ zur Konfliktlösung entsprechend, direkte Gewalt durch die Nicht-Anwendung von Gewalt und strukturelle Gewalt durch die Anwendung von Kreativität zu ersetzen (vgl. Gago Antón 2016, S. 31), bedeutet das für den kolumbianischen Fall, dass das Transformationsziel der Verhandlungen nur sein konnte, die Gewalt (in jeder Form, Anm.) als Mittel des politischen Handelns zu ächten. (vgl. Muñoz 2018, S. 208) „Ein Schritt nach vorn in diesem Sinne ist es, die Vermischung von Politik und Waffen aus der kolumbianischen Gesellschaft zu verbannen.“<sup>76</sup> (Muñoz 2018, S. 208). Ein hehres Ziel, das durch die simple Aufnahme von Gesprächen an einem Ort außerhalb des Landes freilich nicht von heute auf morgen erreicht werden kann. Doch der simpel erscheinende Schritt, den bewaffneten durch einen politischen Konflikt zu ersetzen und zu akzeptieren, dass es divergierende, aber gleichberechtigte Meinungen sogar geben soll, ist bereits ein bedeutendes Fortkommen. Die ohnehin weitaus schwierigere Aufgabe ist, dieses politische Moment in weiterer Folge auch auf die Gesellschaft zu übertragen, damit es zum „Commonsense“ werden kann, Widersprüche als Kern jeden Konflikts anzuerkennen und in „konstruktiver Konfrontation“ zu bearbeiten. (vgl. Muñoz 2018, S. 208)

Einen solchen Weg zu beschreiten ist aber nur möglich, wenn keiner der beiden Parteien die Sichtweise der jeweils anderen aufgezwungen werden soll und beides akzeptiert wird. (vgl. Muñoz 2018, S. 200) Dafür ist es allerdings zunächst notwendig, dass nicht nur die physischen Waffen gestreckt werden, sondern auch in der Wortwahl abgerüstet wird. Nicht mehr von Terroristen, Banditen und Gesetzlosen, aber auch nicht von Oligarchen und Korrupten soll gesprochen werden. (vgl. Muñoz 2018, S. 200) Darüber hinaus muss ebenfalls auf sprachlicher Ebene festgelegt werden, was genau denn eigentlich der Verhandlungsgegenstand ist, denn auch dabei können bereits divergierende Standpunkte zutage treten. Gerade im kolumbianischen Fall ist das gar nicht so ein-

---

<sup>75</sup> Span. Original: „[El] objetivo del proceso es trascender el conflicto, superarlo, para que todas las partes alcancen sus objetivos y nadie quede sometido. El conflicto se transforma cuando es conducido por el camino de la paz. Transformar el conflicto significa actuar sobre el conflicto para que los aspectos creativos del mismo sean los dominantes.“

<sup>76</sup> Span. Original: „Un avance en tal sentido es poder erradicar de la sociedad colombiana la mezcla de política y armas.“

fach – wie auch Hernández unterstreicht, die den kolumbianischen Konflikt als komplex, langwierig, mit sozialem Charakter, politisch und multipolar bewaffnet, verdorben und dynamisch charakterisiert. (vgl. Muñoz 2018, S. 195) Umso höher ist es den beiden Streitparteien daher anzurechnen, sich nicht nur zusammengefunden zu haben, sondern auch von Beginn an an die Beendigung dieses Konflikts geglaubt zu haben – obwohl man zunächst nicht wusste, worauf man sich in den Gesprächen überhaupt konzentrieren sollte. (vgl. Muñoz 2018, S. 195) So dienten die ersten Annäherungen vor allem auch der gegenseitigen Bewusstseinsbildung über die tatsächlichen Ausmaße des Konflikts und den Umfang der zugrundeliegenden Probleme. Es sollte „ein gemeinsamer Rahmen für die Parteien [geschaffen werden], der klärt, worum es bei dem Konflikt geht, sodass ein gemeinsames Verständnis desselben erreicht werden kann, das Richtschnüre für die Arbeit bietet.“<sup>77</sup> (Etxeberria 2004, S. 89 – zit. n. Muñoz 2018, S. 194).

#### 4.2.2 Vom irreführenden Friedensprozess zu einem Friedensbildungsprozess

Wenn die „Richtschnüre für die Arbeit“ einmal festgelegt sind, dann kann die Arbeit am Frieden beginnen, an dessen Ende in einer vereinfacht weitergedachten logischen Abfolge der Abschluss eines Abkommens als Besiegelung dieses Friedens steht. Es wäre in jeder Hinsicht wünschenswert, wenn sich „der Frieden“ so einfach konstruieren ließe. Galtung warnt aber eindringlich vor zu viel Simplifizierung: „[Die] blauäugigste Sichtweise, die man von einem Konflikt haben kann, besteht darin, zu glauben, dass er gelöst ist, sobald die Eliten der beiden Streitparteien einmal die Lösung akzeptiert haben, was durch ihre Unterschriften auf einem Dokument, das die neue Struktur umreißt, belegt wird.“<sup>78</sup> (Galtung 2003, S. 131 – zit. n. Muñoz 2018, S. 203). Bei genauerer Betrachtung wird auch klar, dass keine der beiden Parteien den Verhandlungsprozess tatsächlich als „Friedensprozess“ im Sinne der Aushandlung eines Friedens gesehen haben. Schon in einem ersten Dokument vom August 2012 – also noch vor dem offiziellen Beginn der Verhandlungen – wird die „beiderseitige Entschlossenheit zur Beendigung des Konflikts *als wesentliche Voraussetzung* für die Schaffung eines stabilen und dauerhaften Friedens“<sup>79</sup> (Muñoz 2018, S. 195, Herv. d. Verf.) festgehalten. Sogar dem Abkommen selbst, kann man die Idee entnehmen, dass es nicht

---

<sup>77</sup> Span. Original: „(...) crear un marco común para las partes que clarifique en qué consiste el conflicto, de modo tal que permita llegar a un entendimiento común del mismo, que dé pautas sobre las que habrá que trabajar.”

<sup>78</sup> Span. Original: „[La] visión más ingenua que se puede tener de un conflicto es creer que queda solucionado una vez que las élites de las partes de la confrontación del conflicto han aceptado la solución, como lo muestran sus firmas en un documento que esboza la nueva estructura.”

<sup>79</sup> Span. Original: „[La] decisión mutua de poner fin al conflicto como condición esencial para la construcción de la paz estable y duradera.”

um die Schaffung eines (sofortigen) Friedens, sondern vielmehr um den Arbeitsplan für die Erreichung eines gesellschaftlichen Zustands geht, der die Bewahrung eines dauerhaften Friedens ermöglicht. So wurde dem Abkommen auch folgender Titel gegeben: Endgültiges Abkommen zur Beendigung des Konflikts und zur Schaffung eines stabilen und dauerhaften Friedens.<sup>80</sup> „Eines ist klar: Ein endgültiges Abkommen ist nicht automatisch und sofort gleichbedeutend mit Frieden, auch wenn es dazu beiträgt, den Friedensprozess voranzutreiben.“<sup>81</sup> (Muñoz 2018, S. 189f.)

Inwiefern es in der Phase der Verhandlungen zwischen der Regierung und den FARC also überhaupt angebracht, von einem Friedensprozess zu sprechen, wenn angenommen wird, dass der Ausgang dieses Prozesses der Frieden zwischen den Streitparteien bzw. ein gesamtgesellschaftlicher Frieden im Allgemeinen wäre. Es geht hier nicht um die semantische Irritation rund um das Wort „Prozess“ per se – die Frage ist die Bedeutung des Wortes Friedensprozess in der Analyse der Umsetzung des Abkommens, die in Kapitel 5 folgt. Hier geht es um die Einordnung der Bedeutung der Verhandlungsphase, was aber freilich eine Grundlage für das Verständnis der daran anschließenden Umsetzungsphase darstellt. Für die Verhandlungsphase soll im Folgenden nicht mehr von einem Friedensprozess die Rede sein, sondern von einem Friedensbildungsprozess. Ein Prozess, der langfristig und auf Jahre ausgelegt ist und zum Ziel hat, die Gesellschaft nachhaltig in Richtung einer Kultur des Friedens zu entwickeln. (vgl. Gago Antón 2016, S. 26) Prozess ist auch hier ein schwieriges Wort, weil die genaue Dauer im Sinne des linearen Ablaufs vorhersehbarer Entwicklungen wiederum nicht vorauszusehen ist. Je nachdem, was man nun alles unter dem Begriff der Friedensbildung verstanden wissen möchte, kann dieser Prozess sogar die Lebensdauer einer ganzen Generation einnehmen. (vgl. Fisas 2004, S. 241 – zit. n. Muñoz 2018, S. 212) Wie schon in Kapitel 2 erwähnt, muss es für einen Prozess im Sinne einer dynamischen Entwicklung einen Ausgangspunkt geben – und dieser soll für diese Arbeit in den Verhandlungen von Havanna festgemacht werden.

Der Begriff Friedensbildungsprozess wird in seiner Charakterisierung nicht nur der Komplexität der Abläufe in Kolumbien eher gerecht als jener des Friedensprozesses. Er ermöglicht es auch, die Literatur mit anderen Augen zu lesen und verschiedenste Konzepte in einem breiteren Verständnis

---

<sup>80</sup> Vollständiger Titel auf Spanisch: Acuerdo Final para la Terminación del Conflicto y la Construcción de una Paz estable y duradera.

<sup>81</sup> Span. Original: „Algo tenemos claro, si bien contribuye a avanzar en los procesos de construcción de las paces, un acuerdo final no equivale automática e inmediatamente a la Paz.“

in die Überlegungen einzuführen. Im Sinne des Friedensbildungsprozesses können die Herausforderungen und größeren Ziele einer gesellschaftlichen Transformation hin zu einer grundlegenden Befriedung des Landes noch besser in die Bedeutung der Verhandlungen von Havanna eingebettet werden. Natürlich muss man dabei auch Vorsicht walten lassen, um den sprichwörtlichen Wald vor lauter Bäumen nicht aus den Augen zu verlieren. Denn Friedensbildung ist ein sehr breiter Begriff, dessen Verwendung in der Literatur nicht einheitlich ist. Für Gago Antón (vgl. 2016, S. 24) ist Friedensbildung etwa eine Art „Sammelbegriff“ für verschiedene Prozesse, die ihren Ausgang in einem Abkommen haben, letztlich aber immer „in einem radikalen Wandel der Kultur in Bezug auf die Gewalt [gipfeln], indem eine etwaige Kultur der Gewalt durch eine Kultur des Friedens ersetzt wird.“<sup>82</sup> (Gago Antón 2016, S. 24). In eine ähnliche Kerbe schlägt Ugarriza: „Dieser [Begriff, Anm.] wird als Stärkung und Festigung des Friedens definiert, um einen Rückfall in einen Konflikt zu vermeiden, obwohl er in jüngerer Zeit auf Maßnahmen im Vorfeld der Beendigung eines Konflikts angewandt wird, mit denen dessen Ursachen berücksichtigt werden sollen.“<sup>83</sup> (Ugarriza 2013, S. 144). Auch für John Paul Lederach „ist die Friedensbildung ein holistischer Prozess, an dem alle Akteure beteiligt sein müssen. Dieser Prozess beginnt nach der Unterzeichnung eines Abkommens.“ (Gago Antón 2016, S. 28). Auffallend ist, dass alle genannten Autoren den Startpunkt für einen Friedensbildungsprozess in einem bereits formell beendeten Konflikt sehen. Ugarriza warnt aber davor, dass die zu breite Öffnung des Begriffs sowohl in zeitlicher als auch in Anwendungshinsicht auf Kosten der definitorischen Genauigkeit stattfinden kann. Dennoch spricht sich der Verfasser mit Blick auf den kolumbianischen Fall eindeutig für die erweiterte Definition aus, da die Phase der Verhandlungen bis hin zu einem Abkommen unmöglich von der Phase der Umsetzung und Anwendung dieses Abkommens zu trennen ist. Es ist abermals Galtung, der darauf hinweist, dass ein Friedensbildungsprozess sicherstellen muss, dass Gewalt von der Gesellschaft nicht als Mittel zur Lösung eines Konflikts angesehen wird. (vgl. Gago Antón 2016, S. 28)<sup>84</sup> Das ist in der Überzeugung des Verfassers aber nur dann möglich, wenn man die Verhandlungsphase vor Abschluss des Abkommens bereits als Teil der Friedensbildung mitberücksichtigt – ganz besonders im Falle Kolumbiens, wo ein Beginn der Gespräche ohne die außergewöhnliche Entwicklung der politischen Landschaft in deren Vorfeld gar nicht möglich gewesen wäre.

---

<sup>82</sup> Span. Original: „Un proceso de construcción de paz culmina con un cambio radical de cultura respecto a la violencia, sustituyendo una eventual cultura de violencia por una cultura de paz.“

<sup>83</sup> Span. Original: „Éste [término] se define como el fortalecimiento y la solidificación de la paz para evitar una recaída en el conflicto, aunque de manera reciente, sin embargo, ha sido aplicado también a las acciones anteriores al final del conflicto que buscan atender sus causas.“

<sup>84</sup> Für eine ähnliche Feststellung nach Lederach, siehe Muñoz 2018, S. 199f.

## 4.3 Das Abkommen von Havanna als historischer Wendepunkt

### 4.3.1 Verschiedene Sichtweisen auf dasselbe Produkt

Unabhängig davon, ob man das Abkommen von Havanna nun als tatsächlichen Startpunkt für die Arbeit der Friedensbildung sieht oder lediglich als einen notwendigen Zwischenschritt auf dem Weg – klar ist: Ein Friedensbildungsprozess ohne Abkommen ist keinesfalls möglich. Anders formuliert kann man also sagen: Wie man es auch dreht und wendet, es war ein großer Wurf – wenn gleich die Antwort darauf, was es denn nun so besonders macht, bei allen befragten Experten unterschiedlich klingt.

*„Der Zyklus, der Kreislauf aus der Beendigung des Krieges mit der Unterzeichnung des Abkommens im Teatro Colón und den Gesprächen in Havanna, die zur, zur Demobilisierung der ältesten und größten Guerilla in Kolumbien und auf dem Kontinent führten, nun ja, das repräsentiert einen Wendepunkt in der Geschichte dieses, dieses, dieses Landes, der dazu führte, über die Möglichkeit nachzudenken, den Staat und die staatlichen Strukturen und die Machtkonfiguration in Kolumbien angesichts einer Reihe von Reformen umzugestalten, nicht? Also, eine Guerilla, die, nun ja, kommt, um ein Friedensabkommen in einem (...) interessanten Moment zu unterzeichnen, sagen wir, weil es einen Vormarsch progressiver und linker Regierungen in Lateinamerika gibt – dass sie nun den Vorschlag aufwerfen, dass der Gebrauch von Waffen nicht notwendig ist, um die Reformen ins Gespräch zu bringen, die unsere lateinamerikanischen Gesellschaften brauchen, nicht? Es ist also ein interessanter Punkt in der Geschichte Lateinamerikas und in der Geschichte Kolumbiens, ja.“<sup>85</sup>*

(El Ingeniero 2022, Abs. 1)

Luisa Margarita Gil Olaya, mit der zwar nicht explizit ein Interview geführt wurde, die aber sowohl an der Vorbereitung als auch am Gespräch mit Generalprokurator Acosta selbst beteiligt war, legt in einer kurzen Wortmeldung während des Interviews ihren Fokus auf die Themenvielfalt des

---

<sup>85</sup> Span. Original: „El ciclo, el ciclo de que se cierre la guerra en el, con la firma del acuerdo en [el] Teatro Colón, los diálogos de La Habana que llevan a la, a la desmovilización de la guerrilla más antigua y más grande que hubo en, en Colombia y en el continente, pues (...) pues, representó como un punto de inflexión en la historia de, de, de este país que llevó a, a pensar en, en la posibilidad de, de transformar el estado y las estructuras estatales y, y la configuración del poder en Colombia, ante una serie de reformas, no? Entonces, una guerrilla que, pues, llega a, a firmar un acuerdo de paz en un momento (...) interesante, digamos, pues porque hay un avance de gobiernos progresistas y de izquierda en América Latina y que pues, plantean o, o, o ubican que, que no es necesario [sic!] la utilización de las armas para, para plantear esas reformas que requieren nuestras sociedades latinoamericanas, ¿no? Entonces, es como, como un punto interesante en la, en la historia de América Latina y en la historia de Colombia, sí.”

Abkommens und dass dieses sich inhaltlich nicht nur um die Entwaffnung der Aufständischen dreht.

*„[Das] Abkommen mit den FARC unterscheidet sich von allen anderen Abkommen – in allen anderen Abkommen wurden Demobilisierungs- und Entwaffnungsprozesse vereinbart. Man hat sich aber nicht auf größere Reformen des Staates geeinigt. Einige Dinge [schon, Anm.], vor allem die politische Eingliederung, Sitze im Kongress und so weiter, aber große Reformen, wie sie das FARC-Abkommen vorsieht, wurden nicht durchgeführt.“<sup>86</sup>*

(Gil Olaya in Acosta Aristizabal 2022, Abs. 161)

Etwas „schaumgebremster“ sieht das Senator Lozada, der den wahren Wert des Abkommens allerdings weniger in den festgeschriebenen Inhalten sieht als in der symbolischen Bedeutung. Gleichzeitig verweist auch er auf die Möglichkeit (bzw. das Ziel), die kolumbianische Gesellschaft als Ganzes zu transformieren.

*„Im Fall von Havanna handelt es sich um ein Abkommen, das zwar nicht sehr ehrgeizig ist, was die Anzahl der Themen angeht, bei dem wir es aber geschafft haben, einige Änderungen in die Agenda [der Verhandlungen, Anm.] und dann in das Abkommen einzubringen, von denen wir ohne Zweifel sagen, dass sie, wenn sie vollständig umgesetzt werden, den Grundstein legen werden – sie sind keine Transformation, aber sie legen den Grundstein für eine Transformation der kolumbianischen Gesellschaft. [...] Sagen wir also, dass das Abkommen weiter geht. Das Abkommen, das wir schließlich unterzeichnet haben, geht über das hinaus, was im Text steht, und hat ein politisches Ambiente geschaffen, einen sehr wichtigen sozialen Prozess, der nun fünf Jahre danach dazu führt, dass die herrschende Klasse Kolumbiens das erste Mal in 200 Jahren nach den Wahlen eine Regierung sieht, die nicht nur ankündigt, das Abkommen vollständig umzusetzen, sondern die auch eine Reihe weiterer politischer, sozialer, kultureller und ökologischer Transformationen anstoßen wird.“<sup>87</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 6)

---

<sup>86</sup> Span. Original: „[...] el acuerdo con las FARC que es diferente a todos los demás acuerdos – todos los demás acuerdos te pactaron los procesos de desmovilización y desarme. No pactaron grandes reformas del estado. Algunas cosas y sobre todo inclusión política, entonces, curules en el Congreso, ese tipo de cosas, pero grandes reformas, como lo hizo el acuerdo con las FARC, no se hicieron.“

<sup>87</sup> Span. Original: „En el caso de La Habana, pues es un acuerdo que, aunque no es muy ambicioso en términos de cantidad de temas, sí logramos que en la agenda y luego en el acuerdo se introdujeran unos cambios que nosotros no dudamos en decir que si se implementan integralmente van a asentar las bases – no son una transformación, pero sí asientan las bases para una transformación de la sociedad colombiana. (...) Entonces, digamos que el acuerdo va más allá. El acuerdo que firmamos finalmente va más allá de lo que está estipulado en el texto y creó un ambiente político, un proceso social muy importante que va desembocar cinco años después en que, por primera vez en 200 años, la clase dirigente colombiana haya visto llegar a través de las elecciones un gobierno que no solamente anuncia que va a implementar integralmente al acuerdo sino que va a impulsar a partir de ahí otra serie de transformaciones económicas, políticas, sociales, culturales, ambientales.“

Das zeigt, wie unterschiedlich die Sichtweisen auf das Abkommen sein können. Dabei ist es gar nicht nötig, tief ins Detail einzelner Punkte des Abkommens zu gehen, um solche Unterschiede festzustellen. Eine Aussage von Enrique Flórez von der Reinkorporations-Agentur fasst diese Vielfalt an Sichtweisen gut zusammen.

*„Ich mache eine Analogie, die vielleicht nicht angemessen ist – es ist wie bei Feiern. Jeder spricht über die Feier so, wie es ihm auf der Feier geht. Einigen geht es gut, anderen geht es schlecht.“<sup>88</sup>*

(Flórez 2022, Abs. 14)

#### **4.3.2 Das Abkommen wurde mit den FARC geschlossen – nur mit den FARC**

Dass es über ein Abkommen als Produkt von mehrjährigen Verhandlungen, das schließlich einen Kompromiss zwischen zwei Streitparteien und eine Art Arbeitsplan oder Ideensammlung darstellt, Unstimmigkeiten gibt, mag nicht überraschen. Es drängt sich eher die Frage auf, wo dabei das Problem liegt. Die Antwort darauf ist so simpel wie frustrierend. Das Problem liegt in Erwartungshaltungen, die die verschiedenen beteiligten Stakeholder und Interessengruppen daraus ableiten – das ist der simple Teil. Der frustrierende ist die Überbewertung, die aus politischen Gründen oder einfach aufgrund der mit der Einigung auf das Abkommen verbundenen Hoffnung auf Frieden und auf ein dauerhaftes Ende von Gewalt und Kampfhandlungen dem Abkommen beigemessen wurde. Ein wenig kann man diese überbordende Hoffnung auch oben in der Wortmeldung von alias El Ingeniero herauslesen, der gleich von einer Reihe von Reformen spricht, die die lateinamerikanischen Gesellschaften brauchen. Allein, kann das ein Abkommen wie jenes mit den FARC überhaupt leisten oder sind angesichts solcher Hoffnungen und Erwartungen Enttäuschungen programmiert?

*„Ich beziehe mich hier noch einmal auf das, was ich zu Beginn gesagt habe, nämlich, dass wir hier berücksichtigen müssen, dass in Kolumbien (betont) ein Friedensabkommen mit (betont) einer Guerilla-gruppe unterzeichnet wurde. Also kann Kolumbien nicht sagen, dass es den Frieden erreicht hat, während es noch andere Akteure gibt, die Krieg führen. Es hat mit einem der Teilnehmer Frieden geschlossen.“<sup>89</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 18)

---

<sup>88</sup> Span. Original: „[Hago] una analogía que puede no ser apropiada – es como las fiestas. Cada uno habla de la fiesta como le está yendo en la fiesta. A unos les va bien, a otros les va mal.“

<sup>89</sup> Span. Original: „Yo ahí vuelvo a hacer referencia a lo que dije al comienzo y es que aquí hay que tener en cuenta que en Colombia se firmó un acuerdo de paz con un grupo guerrillero. Entonces, per se, Colombia no puede decir que logró la paz mientras existan otros actores que están haciendo la guerra. Logró la paz con uno de los integrantes.“

Auch alias El Ingeniero betont, dass man es lange Zeit nicht für möglich gehalten hätte, dass die FARC durch politische Verhandlungen und ein Abkommen dazu gebracht würden, ihre Kampfhandlungen einzustellen und sich zu entwaffnen. Das sei sicherlich als eine der größten unmittelbaren Leistungen des Abkommens anzusehen. Gleichzeitig kommt aber auch er in Bezug auf den Friedensbildungsprozess wieder auf den Boden der Realität zurück und sagt, dass das Abkommen allein und die ersten Jahre der Umsetzung noch nicht ausreichen, um von einem erfolgreichen Friedensbildungsprozess zu sprechen. Bedenkt man, wie er es ausdrückt, dass er den Erfolg der Friedensbildung gleichsam minimalistisch von der „Stille des Krieges und dem Schweigen der Gewehre“ (El Ingeniero 2022, Abs. 1) aus betrachtet, dann war das Abkommen schon ein Erfolg der Friedensbildung. Aber:

*„[Es] existiert und besteht nach wie vor fort, was man als Dissidenzen bezeichnet, sagen wir, in Bezug auf ihr Gedankengut ist der Kampf des ELN [span.: Ejército de Liberación Nacional; dt.: Nationales Befreiungsheer, Anm.] und einiger Gruppen weiterhin aufrecht, die man als marginal bezeichnet, aber es gibt genauso immer noch Territorien und Zonen des Landes, die die Guerilla oder Guerillagruppen kontrollieren, in denen sie die Kontrolle ausüben und die territoriale Macht sind, nicht?“<sup>90</sup>*

(El Ingeniero 2022, Abs. 1)

Die Problematik an der ganzen Sache ist, dass vielen Menschen die Verhandlungen per se im Sinne der spanischen Bezeichnung „proceso de paz“ – auf Deutsch also „Friedensprozess“ – und das Abkommen gleichsam als Abschluss dieses Prozesses dargestellt wurden. Da dieser Prozess noch dazu mit der größten und gefährlichsten aller aktiven RLM durchgeführt wurde, kam es gleichsam zu einem naturalistischen Fehlschluss. Der Abschluss des Verhandlungsprozesses und die Entwaffnung der FARC wurde mit dem Beginn des Friedens gleichgesetzt. Der gerade nach den Jahren der Uribe-Regierung als womöglich geschwächte, aber immer noch als imminente Bedrohung wahrgenommene Faktor FARC sollte als Konfliktakteur von der Bildfläche verschwinden.

El Ing.:

*„Was passiert, ist, dass es das ist, worauf man gezielt hat, also sagen wir, dass die Regierung oder der Staat gar nicht darauf aus waren, dass die FARC den Übergang zu einer politischen Organisation schaffen, sondern dass die FARC aufhören zu existieren und das hat man erreicht. Ja. Mit anderen Worten, die*

---

<sup>90</sup> Span. Original: „[Aún] subsisten y persisten lo que se llaman disidencias, sigue vigente, digamos, en términos de su ideario, la lucha del ELN y de algunos grupos que llaman marginales, pero, pero igual hay territorios o zonas del país que, que la guerrilla o los grupos guerrilleros, pues, son [unv.] control, ejercen el control y son el poder territorial, ¿no?“



*FARC als solche haben aufgehört zu existieren, die politische Bewegung, die irgendwann einmal Einfluss in den Regionen hatte, die, die, die ist verschwunden.* <sup>91</sup>

MK:

*„Mit anderen Worten, also, wenn ich, wenn ich, wenn ich Sie interpretiere, wurde der Frieden einfach als das Niederlegen der Waffen verkauft // El Ing.: Exakt. //, ohne darüber nachzudenken, was dann kommt.* <sup>92</sup>

El Ing.:

*„Exakt.“*

(El Ingeniero 2022, Abs. 33ff.)

Der Friedensbildungsprozess ist aber unmöglich auf den Ausstieg eines bewaffneten Akteurs aus dem Konflikt zu reduzieren und die Verhandlungsphase ist bestenfalls der erste von vielen Schritten oder, je nach definitorischer Positionierung, überhaupt nur die Vorbereitung. Die Problematik ist also eine vermittelte Unmittelbarkeit der Transformation zum Frieden – doch ist Friedensbildung auf Jahre oder sogar Jahrzehnte ausgelegt. „Die konstruktive und produktive Transformation von Konflikten impliziert, eine Generationenperspektive einzunehmen und erfordert es, den Prozess der Friedensbildung in Kolumbien mittel- und langfristig auf sich zu nehmen. Dies ist auch ein Weg, um der Unmittelbarkeit entgegenzuwirken, den Drang, politische Verhandlungen zu beschleunigen, zu reduzieren und gegen die maßlosen Erwartungen an das anzukämpfen, was die Medien als Postkonflikt bezeichnen.“<sup>93</sup> (Muñoz 2018, S. 213).

---

<sup>91</sup> Span. Original: „Lo que pasa es que, es eso hacia lo que apuntó, digamos, que el gobierno no apuntó o el estado no apuntó a que las FARC hicieran la transición a ser una organización política sino a que las FARC dejaran de existir y lo logró. Sí. O sea, las FARC, como tal ya dejó de existir, el movimiento político que en algún momento tuvo incidencia en las regiones, en, en, en – eso desapareció.”

<sup>92</sup> Span. Original: „O sea, si lo, si lo, si lo interpreto es, la paz se vendió como la simple dejación de armas // El Ing.: Exacto. //, sin pensar en lo que sigue.”

<sup>93</sup> Span. Original: „La transformación constructiva y productiva de conflictos implica desplegar esa mirada generacional y asumir los procesos de construcción de las Paces en Colombia a mediano y largo plazo. Es también una forma de contrarrestar el inmediatismo, reducir el afán por acelerar las negociaciones políticas, y luchar contra las expectativas desmedidas de aquello que mediáticamente llaman el posconflicto.”

### 4.3.3 Die Entwaffnung in einem größeren Kontext – „D&D“ und „DDR“

#### 4.3.3.1 Disarmament - Entwaffnung

Zunächst ist zu klären: Was wird im Allgemeinen unter dem Begriff „Entwaffnung“ verstanden? Viele der aufgefundenen Definitionen in der Literatur beziehen sich im Kern auf die Vereinheitlichungsbestrebungen der Vereinten Nationen – so definieren Djuli und Stange mit Verweis auf die UNO<sup>94</sup> etwa: „Disarmament is the collection, documentation, control and disposal of small arms, ammunition, explosives, and light and heavy weapons of combatants and often also of the civilian population. Disarmament also includes the development of responsible arms management programs.” (Djuli und Stange 2017, S. 90). Ähnliche bzw. fast wortgleiche Definitionen finden sich auch bei Rueda (2016a, S. 56) und Muggah (2013, S. 23). Letzterer betont noch einmal, dass es nicht einmal für den Begriff der Entwaffnung einen eindeutigen definitorischen Konsens gibt. (vgl. Muggah 2013, S. 23) Rueda (2016a) wiederum ordnet die Phase der Entwaffnung auch in einen juristischen Kontext der Konfliktlösung ein und verbindet die Entwaffnung mit anderen Maßnahmen wie Amnestien und entsprechenden Gesetzen zur Einstellung oder Reduktion von Strafverfolgungstätigkeiten. (vgl. Rueda 2016a, S. 59) So einheitlich das klingen mag, gibt es auch kritische Stimmen. Dudouet spricht in ihrem Forschungsbericht etwa explizit davon, dass je nach untersuchtem Konflikt eine gewisse terminologische Flexibilität von Nöten ist, um die jeweilige Situation adäquat zu beschreiben. Zur Entwaffnung notiert sie: „[The] term “disarmament“ is strongly rejected in several contexts, while “decommissioning”, “arms management” or “demilitarisation” are judged more acceptable.” (Dudouet 2009, S. 43). In diesen Feinheiten spiegelt sich auch die zuvor erläuterte potentielle Unschärfe in der Definition von Rozema wieder. Es mag müßig erscheinen, über derartige Details viele Worte zu verlieren, wenn doch beide Vorgangsweisen letztendlich zu einer Auflösung der RLM führen. Doch der Kampf subversiver Gruppierungen im Allgemeinen und auch jener der FARC findet vor allem auf einer emotionalen Ebene statt. Eine von außen überwachte Entwaffnung kann daher von manchen Proponenten als eine Art „Siegerdiktat“ oder Unterwerfung angesehen werden. Das ist aber genau jene Sichtweise, die durch Verhandlungen und einen breit gefassten Friedensbildungsprozess vermieden werden soll. Es geht bei der Frage um die Akzeptanz von Begriffen wie Entwaffnung und bei den Fragen um genaue Definitionen immer auch stark um politische Abwägungen und Symbolik. (vgl. Muggah 2013, S. 33)

---

<sup>94</sup> Djuli und Stange verweisen hier auf United Nations (2009): United Nations Policy for Post-Conflict Employment Creation, Income Generation and Reintegration. – Genf.

Das geht mitunter so weit, dass man gerade bei der Frage nach Waffenbesitz und Entwaffnung als integralem Bestandteil einer friedlichen Transformation im Sinne eines DDR-Prozesses von einer Art „Henne-Ei-Frage“ der Friedensfindung sprechen könnte. Mit Verweis auf Buchanan und Widmer<sup>95</sup> bezieht sich Muggah (2013) in dieser Frage auf die Schilderungen eines demobilisierten Anführers der bereits mehrfach erwähnten M-19-Guerilla in Kolumbien: “As noted by the former head of the Colombian M-19 movement, ‘Laying down our arms was, to many of us, unthinkable, as we feared treason and the uncertainties of a future without the availability of weapons as an ‘insurance policy’. We had not realized that peace needed to become a one-way journey ... the transition to civilian life risked the end of life as a group, but also an identity forged on the use of arms.’” (Muggah 2013, S. 26). Wie sehr die Entwaffnung als Teil des DDR-Prozesses daher als Voraussetzung oder Bestandteil der Konflikttransformation gesehen wird oder ob andere Begriffe als geeigneter angesehen werden, hängt stark vom Verlauf des Konflikts ab und auf welcher Basis es daher überhaupt zu einer Annäherung gekommen ist. Muggah (2013) schreibt, dass die Verhandlungen zu einem DDR- bzw. D&D-Prozess leichter sein werden, wenn es einen klaren militärischen Sieger im Konflikt gibt – wobei diese Sichtweise freilich stark in Richtung des Diktats eines Siegers gegenüber einem Unterlegenen tendiert. Schwieriger wären Verhandlungen demnach, wenn der Konflikt nach wie vor ungelöst sei oder es zu einem Patt komme. (vgl. Muggah 2013, S. 34)

Abhängig davon, wen man im kolumbianischen Kontext dazu befragt, hängt die Einschätzung einzelner Maßnahmen mitunter stark von den dahinter vermuteten Beweggründen und Motiven ab. Auf der einen Seite steht die Vermutung (oder Anschuldigung) im Raum, es wäre dem kolumbianischen Staat einzig und allein darum gegangen, die FARC als Akteur verschwinden zu lassen. In diesem Kontext würde der Vorgang der Entwaffnung eher zur zuletzt genannten Interpretation von Muggah passen. Andererseits bedurfte es bereits eines großen Transformationsprozesses, dass es überhaupt so weit kommen konnte, von Entwaffnung, Demobilisierung, Reintegration und langfristiger Friedensbildung zu sprechen. Das beinhaltet auch das Selbstverständnis der FARC, sich nicht als Unterlegene zu sehen und die Garantie des Staates, die FARC auch nicht als solche zu behandeln. (vgl. auch Puentes Nizo 2022, Abs. 18) Das wiederum widerlegt die Behauptung, dass Verhandlungen zu D&D ohne klaren militärischen Sieger schwieriger wären. Denn die Entwaffnung der FARC als Teil der Transformation von einem militärischen zu einem politischen Konflikt

---

<sup>95</sup> Muggah verweist hier auf Buchanan, C. und Widmer, M. (2006): Negotiating disarmament: Reflections on guns, fighters and armed violence in peace processes. – Geneva Centre for Humanitarian Dialogue, Geneva.

ist eine unumstößliche Kondition des Abkommens, die in Kombination mit weiteren Maßnahmen beide Seiten zunächst zufriedenstellen kann. Womöglich ist das aber auch einem weiteren semantischen Detail geschuldet. Im Friedensabkommen von Havanna wird nämlich nicht explizit von einer Entwaffnung gesprochen, sondern von einer Überlassung (span., „dejación“) der Waffen. (vgl. OACP 2018, S. 66) Der Prozess der Überlassung besteht gemäß Vereinbarung aus einer Phase der Kontrolle bzw. Erfassung der vorhandenen Waffen sowie der konkreten Überlassung. Eine internationale Kontroll- und Verifizierungsmission unter Leitung der Vereinten Nationen lagert die Waffen zunächst in eigens dazu ausgewiesenen Zonen und führt sie danach zur endgültigen Verarbeitung aus dem Land aus. Diese endgültige Verarbeitung besteht in der Errichtung dreier Denkmäler, die aus dem Material der eingezogenen Waffen hergestellt werden sollen. Eines soll am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York, eines auf dem Staatsgebiet Kubas und eines an einem von den Vertragsparteien festzulegenden Ort auf dem Staatsgebiet Kolumbiens aufgestellt werden. (vgl. OACP 2018, S. 66f.) Teil dieses Prozesses ist aber auch, dass die Kombattanten, die in den Prozess eintreten, in den dafür ausgewiesenen Zonen und unter ständiger Aufsicht der Internationalen Verifizierungsmission jeweils eine „persönliche“ Waffe bei sich tragen können, die diese Zonen aber nicht verlassen darf. (vgl. OACP 2018, S. 66) Das Abkommen ermöglicht dadurch einen sprachlichen Rahmen, in dem die FARC nicht zur Abgabe der Waffen gezwungen werden, sondern in dem vertraglich eine verbindliche Überlassung der Waffen vereinbart wird. Das bringt die FARC als Vertragspartei in eine deutlich stärkere Position. Die zusätzliche Möglichkeit, einzelne Waffen auch weiterhin bei sich zu tragen, wirkt zudem dem von Muggah aufgegriffenen Gedanken des „Sicherheitsdilemmas“ unter den Kombattanten entgegen.

#### 4.3.3.2 Demobilisation – Demobilisierung

Entwaffnung und Demobilisierung gehen selbstverständlich Hand in Hand. Nichtsdestotrotz wurde für diesen Abschnitt die Entwaffnung vor die Demobilisierung gestellt, da nach Meinung des Verfassers der physische Prozess der Abgabe von Kampfmitteln der vergleichsweise „wichtigere“ Prozess im Zuge der Auflösung der RLM ist, wobei das nicht als wertend zu verstehen ist. Bei der Demobilisierung handelt es sich eher um einen organisatorischen Prozess. „Demobilization is the formal and controlled discharge of active combatants from armed forces or other armed groups. The first stage of demobilization may extend from the processing of individual combatants in temporary centers to the massing of troops in camps designated for this purpose.” (Djuli und Stange 2017, S. 90). Mit denselben Worten definiert auch Muggah (vgl. 2013, S. 24) den Vorgang,

ergänzt aber noch mögliche Ausprägungsformen der dafür vorgesehenen Lager. Im kolumbianischen Fall waren diese Lager bzw. Zonen genau festgelegte Gebiete, in die sich die Kombattanten gemäß Vereinbarung Inkrafttreten des Abkommens zur Registrierung und späteren Akkreditierung durch die Regierung begeben mussten. (vgl. OACP 2018, S. 62ff.) Diese Gebiete trugen den etwas sperrigen spanischen Namen „Zonas Veredales Transitorias de Normalización“, abgekürzt ZVTN, der nicht sinnvoll ins Deutsche zu übersetzen ist. Wörtlich würde es sich um „Vorübergehende Weiler zur Normalisierung“ handeln, wobei das spanische Wort „vereda“ in Kolumbien ganz allgemein für Weiler und Ortschaften verwendet wird, die einen nicht selbstverwalteten Teil einer größeren kommunalen Gebietskörperschaft darstellen. Die ZVTN sind also speziell ausgewiesene Zonen bestehender politischer Gemeinden, die gemäß Definition der Versammlung der Kombattanten dienen. In diesen Zonen wurde dann auch der Prozess der (international) beaufsichtigten Entwaffnung bzw. Waffen-Überlassung durchgeführt. Die Demobilisierung als solche ist also kein schriftlich besiegelter Formalakt, sondern ergibt sich gleichsam daraus, dass der subversiven Organisation das Selbstbestimmungsrecht über ihren Aufenthaltsort entzogen und ihr dadurch die Möglichkeit zur selbstständigen territorialen Organisation genommen wird.

Auf die erste Phase der Demobilisierung folgt in aller Regel eine zweite, die Muggah wie folgt definiert: „The second stage of demobilisation often involves the provision of support packages to the demobilised, which is also often labelled „reinsertion“.“ (Muggah 2013, S. 24). Während Muggah den Begriff „reinsertion“ nur als „öfter gebraucht“ bezeichnet, gehen Djuli und Stange einen Schritt weiter und ergänzen ohne Einschränkung: „Reinsertion is the assistance offered to ex-combatants during demobilization, but prior to the longer term process of reintegration.“ (Djuli und Stange 2017, S. 90). (vgl. auch Denissen 2010, S. 335) Der Begriff wird im Deutschen oft mit „Wiedereingliederung“ übersetzt, was in den Augen des Verfassers allerdings zu sehr an den als längerfristig bezeichneten Vorgang der Reintegration erinnert. Im Folgenden soll daher schlicht von Eingliederung gesprochen werden. Rueda definiert die Eingliederung als „die anfängliche und vorübergehende Unterstützung, die demobilisierte Kämpfer und ihre Familien während der Phase der Entwaffnung erhalten und die dem Prozess der Reintegration vorausgeht, der mit einem längeren Zeitraum verbunden ist. Die Eingliederung bezieht sich auf die Bereitstellung grundlegender Ressourcen wie dem Zugang zu Sicherheit, Gesundheit (bzw. Gesundheitsversorgung, Anm.),

Nahrung, Kleidung und Unterkunft.“<sup>96</sup> (Rueda 2016a, S. 56). (vgl. jeweils auch Rueda 2016a, S. 60) Im Unterschied dazu steht die Reintegration demnach als „ein längerer Prozess, bei dem sich die ehemaligen Kombattanten erfolgreich in die Gesellschaft und die Wirtschaft integrieren, eine Beschäftigung finden und ein ausreichendes Einkommen erzielen, um ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie zu bestreiten.“<sup>97</sup> (Rueda 2016a, S. 56). Wie lang das dauert, hänge demnach von mehreren Faktoren ab und könne nicht genau definiert werden. (vgl. Rueda 2016a, S. 56f.) Das wiederum sehen Djuli und Stange (vgl. 2017, S. 90) anders, die festhalten, dass die Eingliederung als kurzfristiger Prozess zur Deckung unmittelbarer Bedürfnisse maximal ein Jahr in Anspruch nehmen kann. Denissen (vgl. 2010, S. 335f.) versteht die Phase der Eingliederung zwar auch als eine der Reintegration vorgelagerte kurzfristige Unterstützung, setzt beide Phasen bzw. Vorgänge aber in einen größeren Zusammenhang, der unter dem Schlagwort der Reparation auch die Opfer des Konflikts sowie im Zuge einer Versöhnung (engl., „reconciliation“) auch einen noch länger andauernden und die gesamte Gesellschaft miteinschließenden Prozess umfasst. Sie spricht daher auch von den „3R“. In Summe ergibt sich ein etwas diffuses Bild, in dem es von den konkreten Dynamiken des jeweiligen Konflikts abhängt, wie die einzelnen Phasen nach dem „D&D“ genau definiert werden. Für den Fall der FARC in Kolumbien hat das allerdings nur eine theoretische Bedeutung, da der Begriff der Eingliederung (bzw. span., „reinserción“) im Abkommen (vgl. OACP 2018) kein einziges Mal erwähnt wird. Es wurden allerdings Maßnahmen beschlossen, die gemäß der diskutierten Definitionen Unterstützungsleistungen im Sinne der Eingliederungsphase darstellen. Wie mehrfach von verschiedenen Seiten betont wird (etwa von Senator Lozada), geht das Abkommen einen entscheidenden Schritt weiter und thematisiert nicht nur die Entwaffnung und Ausschaltung der FARC als Organisation, sondern auch deren vollständige Reintegration in die Gesellschaft. Auf detailreiche begriffliche Streitigkeiten lässt sich das Abkommen daher gar nicht erst ein und spricht aus diesem umfassenden Anspruch heraus nicht von Eingliederung oder Reintegration, sondern von Reinkorporation in die Zivilgesellschaft.

---

<sup>96</sup> Span. Original: „(...) la ayuda inicial y transitoria que reciben los desmovilizados y sus familias durante el periodo de desarme y es previa al proceso de reintegración, que se asocia a una temporalidad más prolongada. La reinserción hace referencia a la facilitación de recursos básicos como el acceso a seguridad, salud, comida, ropa y refugio;”

<sup>97</sup> Span. Original: „(...) un proceso más prolongado, uno en el cual los excombatientes logran integrarse exitosamente a la sociedad y a la economía, vinculándose laboralmente y asegurando ingresos suficientes para cubrir sus gastos y los de sus familias.”

#### 4.3.4 Jenseits der Theorie – das Problem der Durchführung von DDR und Friedensbildung in Kolumbien

Es wäre wohl falsch, im Hinblick auf DDR- bzw. D&D-Prozesse von einer konkreten Problemstellung zu sprechen wie von einem einzelnen klar abgrenzbaren Symptom, das mangelhaft bekämpft wird. Das Problem, vor dem „D&D“ im Speziellen, „D&D“ mit „R“ im Allgemeineren und eigentlich der gesamte Friedensbildungsprozess in Kolumbien steht ist die andauernde Gewalt im Land, die mit großer Unsicherheit besonders für jene einhergeht, die sich in diesem Prozess befinden. Wie in Abschnitt 4.3.2 festgestellt, wurde das Friedensabkommen einzig und allein mit den FARC abgeschlossen. Doch andere unterschiedlich gut organisierte und strukturierte Gruppierungen haben selbstverständlich weiterhin existiert. Nicht alle davon waren dabei für den Staat als „Gegner“ so gut einzuschätzen oder in ihrer Form so klar zu definieren wie die FARC. Bei vielen Gruppierungen handelt(-e) es sich schlicht um kriminelle Banden und mafiöse Strukturen mit keiner klaren Kommandostruktur oder ideologiebasiertem Vorgehen. Es zieht sich daher auch die Meinung durch einige der durchgeführten Interviews, dass womöglich der Konflikt mit den FARC gelöst wurde und man sich mit den FARC in einem Friedensbildungsprozess befindet – dass man gleichzeitig aber auch noch meilenweit davon entfernt sei, von einem generellen Frieden in Kolumbien sprechen zu können.

Celis:

*„Ich glaube, dass sich der Konflikt mit der Unterzeichnung des Abkommens mit den FARC im Jahr '16 verändert hat. Das heißt, in welchem Sinne, der bewaffnete Konflikt, also – in welchem Sinne hat er sich verändert? Der große Herausforderer, der große Akteur, der die Ordnung in Frage gestellt hat, ist aus dem Konflikt ausgestiegen, weil er ein Friedensabkommen geschlossen hat und von da an beginnen wir eine neue Phase des bewaffneten Konflikts, in der wir uns heute befinden.“<sup>98</sup>*

MK:

*„Es handelte sich um einen Übergang, nicht um eine Beendigung.“<sup>99</sup>*

---

<sup>98</sup> Span. Original: „Yo creo que con, con la firma del acuerdo con las FARC en el '16, el conflicto cambió. O sea, en qué sentido, el conflicto armado, ¿en qué sentido cambió? Con que salió el gran retador y gran jugador que retaba el orden salió del conflicto, porque hiyo un acuerdo de paz y a partir de ahí empezamos una nueva fase del conflicto armado que es en la que estamos hoy.“

<sup>99</sup> Span. Original: „En realidad fue una transición, no una terminación.“

Celis:

*„Korrekt. Mit anderen Worten, ich glaube nicht, also, dass wir in eine neue, eine neue Phase des Konflikts eintreten könnten, das teile ich nicht. Ich glaube, wir befinden uns in einer neuen Phase des Konflikts. [...] Er hat vielleicht nicht das gleiche Ausmaß wie zu Zeiten als die FARC noch da waren. Es ist ein kleinerer Konflikt, aber es ist immer noch ein Konflikt. Vielleicht mit weniger, wen-/ mit weniger Hierarchie in den Strukturen, mit weniger ideologischen und mehr pragmatischen Kämpfern, [...].“<sup>100</sup>*

(Celis 2022, Abs. 67ff.)

Schon in der Präambel des Friedensabkommens zwischen der Regierung und den FARC heißt es: „Die Reinkorporation bekräftigt die Verpflichtung der FARC-EP, das Kapitel des internen Konflikts zu schließen, ein vollwertiger Akteur in der Demokratie zu werden und entscheidend zur Konsolidierung der friedlichen Koexistenz, zur Nichtwiederholung und zur Veränderung der Bedingungen beizutragen, die den Fortbestand der Gewalt im Territorium<sup>101</sup> begünstigt haben.“<sup>102</sup> (OACP 2018, S. 8). Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bedarf es neben der Entwaffnung und Demobilisierung der Kämpfer der FARC auch bestimmter Sicherheitsgarantien vonseiten des Staates, um den zuvor als „Henne-Ei-Frage der Friedensfindung“ bezeichneten Sicherheitsdilemmata aufseiten der demobilisierten Kämpfer zu entgehen. Diese gehen durch die Entwaffnung ihrer Wehrhaftigkeit als einziger Versicherung gegen jegliche Sicherheitsbedrohung verlustig. Im Friedensabkommen von Havanna wird das Thema Sicherheit relativ ausführlich behandelt, vor allem aber im Hinblick auf die Sicherstellung einer sicheren Umgebung für die Ausübung der durch das Abkommen verbrieften politischen Rechte der neu zu gründenden FARC-Partei (bzw. jener politischen Bewegung, die aus dem Übergang der FARC zu legalen politischen Aktivitäten entstehen würde, wie es im Abkommen mehrfach formuliert wird). In Kapitel 3.4.7.4 des Abkommens (vgl. OACP 2018, S. 88ff.) wird detailreich beschrieben, welche administrativen und institutionellen

---

<sup>100</sup> Span. Original: „Correcto. O sea, y yo creo que no, o sea (*unv.*) que podríamos ir a una nueva, a una nueva fase del conflicto, yo no la comparto. Yo creo que estamos en una nueva fase del conflicto. Que ya, no, no tiene la dimensión del que tenía cuando estaban las FARC. Eso es un conflicto más pequeño, pero se mantiene un conflicto. De pronto menos, men-/ con menos jerarquía en las estructuras, con combatientes de pronto menos ideológicos y más pragmáticos [...].“

<sup>101</sup> Der spanische Begriff „territorio“ meint hier das gesamte Staatsgebiet Kolumbiens im Sinne eines Territoriums. Im Plural wird der Begriff im Spanischen aber oft auch für die flächigen ruralen Landesteile verwendet, um diese von Städten und dichter bevölkerten Ballungsräumen abzugrenzen. Wenngleich in solchen Fällen die deutsche Übersetzung „Territorien“ formal richtig wäre, darf das nicht mit klar definierten staatlichen Gebilden verwechselt werden.

<sup>102</sup> Span. Original: „La reincorporación ratifica el compromiso de las FARC-EP de cerrar el capítulo del conflicto interno, convertirse en actor válido dentro de la democracia y contribuir decididamente a la consolidación de la convivencia pacífica, a la no repetición y a transformar las condiciones que han facilitado la persistencia de la violencia en el territorio.“



Veränderungen durch den Staat ergriffen werden sollen, um diese Sicherheit zu garantieren – dazu gehören etwa die sofortige Einrichtung eines technischen Expertengremiums zur Ausarbeitung genauer Leitlinien und Sicherheitsschemata für die neuen politischen Exponenten der FARC bzw. sonstigen Teile der Bevölkerung, die sich im Reinkorporationsprozess befinden, sowie die Schaffung einer eigenen spezialisierten Subdirektion in der 2011 ins Leben gerufenen sogenannten „Unidad Nacional de Protección“ (abgekürzt UNP), übersetzt etwa „Nationale Schutzeinheit“, einer beim kolumbianischen Innenministerium angesiedelten Sicherheitsbehörde, deren Aufgabe der Schutz von Persönlichkeiten ist, die aufgrund politischer, juristischer, gewerkschaftlicher oder journalistischer Tätigkeiten einem erhöhten Risiko in der Öffentlichkeit ausgesetzt sind. In deren Statut wurde per Dekret bereits 2012 die Möglichkeit integriert, Führungspersönlichkeiten und andere ehemalige Mitglieder demobilisierter subversiver Gruppierungen in ihre Personenschutzprogramme aufzunehmen, sofern eine vorgelagerte kommissionelle Überprüfung durch das sogenannte „Komitee für Risikoevaluierung und die Empfehlung von Maßnahmen“ zu dem Schluss kommen sollte, dass für die jeweilige Person ein extremes oder außerordentliches Risiko besteht. (vgl. Art. 2, Decreto 1225 de 2012, S. 1) Rueda (vgl. 2016b, S. 338) erkennt dies bereits als einen wichtigen Schritt an, schränkt aber praktisch im selben Atemzug ein: „[Die] Sicherheit der demobilisierten Kämpfer ist nach wie vor ein besorgniserregendes Problem, da es nicht gelungen ist, ein völlig sicheres Umfeld zu schaffen, in dem Illegalität und Gewalt abnehmen oder ganz verschwinden, sodass die Zonen (in denen sie sich befinden, Anm.) eine erfolgreiche Reintegration bedrohen. Aktuell stellen die Zunahme der organisierten Kriminalität und der Fortbestand des Konflikts Risikofaktoren für diese Bevölkerungsgruppe dar.“<sup>103</sup> (Rueda 2016b, S. 338).

Ganz allgemein gilt, dass ein DDR-Prozess immer einem gewissen Risiko ausgesetzt ist, wenn das zugrundeliegende Abkommen nicht mit allen an einem Konflikt beteiligten Parteien abgeschlossen wurde und sich die Friedensbildungsbemühungen nur auf einen spezifischen Akteur konzentrieren. „Daher kann der Fortbestand von Konflikten in demselben Land oder in Nachbarländern negative Auswirkungen auf den Erfolg eines DDR-Prozesses haben.“<sup>104</sup> (Nussio 2009, S. 223)<sup>105</sup>.

---

<sup>103</sup> Span. Original: „[La] seguridad de los desmovilizados aún es un problema que preocupa, en la medida en que no ha sido posible establecer entornos completamente seguros, donde la ilegalidad y la violencia disminuyan o se eliminen, haciendo que los espacios se conviertan en amenazas para una reintegración exitosa. En la actualidad el crecimiento del crimen organizado y la persistencia del conflicto, se constituyen como factores de riesgo para esta población.“

<sup>104</sup> Span. Original: „Por lo tanto, la continuación de conflictos en el mismo país de DDR, o en países vecinos, puede tener efectos negativos sobre el éxito de DDR.“

<sup>105</sup> Nussio verweist hier auch auf Lamb, G., und Dye, D. (2009): Security Promotion and DDR: Linkages between ISM, DDR, and SSR within a Broader Peacebuilding Framework. – Paper presented at the CIDDDR in May 2009;

In Bezug auf die Schaffung einer sicheren Umgebung (für die politische Betätigung), heißt es: „[Die] Kontinuität des Konflikts in Kolumbien und die Entstehung neuer illegaler bewaffneter Gruppen sind weit davon entfernt, ein sicheres Umfeld für demobilisierte Kämpfer darzustellen. Nach Angaben der Nationalen Polizei wurden zwischen 2001 und 2009 2.036 demobilisierte Kämpfer Opfer von Tötungsdelikten.“<sup>106</sup> (Rueda 2016b, S. 337). Beide Zitate zeigen auf, dass das Problem nicht ausreichender Sicherheitsleistungen bzw. mangelnder Umsetzung von Sicherheitsgarantien durch den Staat nicht neu und auch nicht auf den Fall der der FARC beschränkt ist. Der Band, in dem Ruedas Beitrag erschienen ist, stammt von 2016, also dem Jahr der Unterzeichnung des Abkommens mit den FARC. Schon damals war das Problem also bekannt. Trotzdem wurde im Abkommen mit den FARC wieder viel vereinbart und zugesagt, aber letztlich nur wenig gehalten. Jüngere Publikationen zeigen, dass das Vertrauen demobilisierter FARC-Kämpfer in die Bereitschaft und die Fähigkeit des Staates und seines Sicherheitsapparates, das Abkommen vollinhaltlich umzusetzen und für die Sicherheit der ehemaligen Kämpfer zu sorgen, nicht besonders groß war und nach wie vor ist. Dabei ging es weniger um die Angst direkter militärischer Aggressionen seitens des Staates gegen die Kämpfer, sondern um die Frage der Erfüllung abgegebener Sicherheitsversprechen. (vgl. Thomson 2020, S. 505) Zu tief scheinen bei vielen die Erfahrungen oder auch nur die Geschichten davon zu sitzen, wie oft der Staat zumindest auf dem Papier den Frieden gesucht hat, um ihn dann doch nicht oder nur unzureichend umzusetzen. Thomson hat 2017 mehrere Interviews mit demobilisierten FARC-Kämpfern in den damals bestehenden ZVTN zu diesem Thema geführt: „For example, when asked to gauge the extent to which they agreed with the statement ‚I can trust that the government (and police, etc.) will protect me from threats to my personal security‘, over half responded negatively. The paramilitaries were viewed as the main threat, but the government, in FARC respondents’ eyes, was not doing enough to protect them, and were seen to have abandoned the security stipulations in the peace agreement.“ (Thomson 2020, S. 505). Mit Blick auf die politische und persönliche Zukunft heißt es weiter: „[When] asked about the future, most respondents did not trust that the government would implement the agreed terms of the peace deal or that the government had the capacity to do so. (...) Even fewer thought that the government had the best interests of demobilising FARC members in mind during this peace process. One respondent argued *‘the state doesn’t really care about us or what happens*

---

<sup>106</sup> Span. Original: „[La] continuidad del conflicto en Colombia y el surgimiento de nuevos grupos armados ilegales están lejos de constituir un entorno seguro para los desmovilizados. Según información de la policía nacional, entre 2001 y 2009, 2.036 desmovilizados habían sido víctimas de homicidio.“

*with us. They are just happy if we disarm and disappear.*” (Thomson 2020, S. 505f.). Diese Einschätzung deckt sich mit Aussagen von alias El Ingeniero weiter oben.

An der Vermutung der Unfähigkeit (im besseren Falle) oder des Unwillens (im schlechteren Falle) des Staates zur Umsetzung der versprochenen Sicherheitsgarantien scheint also tatsächlich etwas Wahres zu sein. Im dritten Fortschrittsbericht über die Implementierung der im Abkommen beschlossenen Maßnahmen der kolumbianischen Generalprokuratur an den Kongress vom August 2021 wird in Bezug auf die Sicherstellung der Möglichkeiten zur uneingeschränkten Ausübung der politischen Rechte der Mitglieder der neuen FARC-Partei etwas kryptisch festgehalten, dass es dabei Herausforderungen gibt, derer sich die zuständigen Stellen des Staatsapparates dringend annehmen müssten. In etwas weniger bürokratischer Sprache heißt das schlicht: Es funktioniert nicht. Der zuständige delegierte Generalprokurator Acosta wird in dieser Hinsicht recht deutlich:

*„[Es] gibt viele Menschen, die getötet wurden – ich glaube, es sind mehr als 500 Demobilisierte.“<sup>107</sup>*

(Acosta Aristizabal 2022, Abs. 39)

Celis nennt keine konkreten Zahlen, verweist in diesem Zusammenhang aber auf die Tätigkeiten seiner Organisation PARES.

*„[Wir] haben zum Beispiel Verbrechen gegen Reinkorporierte angezeigt. Das heißt, wir haben uns an den Anzeigen beteiligt und Nachforschungen zum Thema der fehlenden Sicherheit angestellt (...), auf der Wichtigkeit bestanden (...), dass das Abkommen vollständig eingehalten wird, einschließlich der Fragen zum Thema der Reinkorporation.“<sup>108</sup>*

(Celis 2022, Abs. 27)

Senator Lozada nennt im Interview „mehr als 330 Kameraden“ (Lozada 2022, Abs. 8), die seit der Unterzeichnung des Abkommens bereits ermordet worden seien. Der Sinneswandel in den staatlichen Strukturen hin zur Behandlung der FARC als politische und nicht militärische Gegner scheint nur sehr langsam in alle Ebenen des Staatsapparates vorzudringen. Und er ergänzt, dass vor allem

---

<sup>107</sup> Span. Original: „[Hay] muchas personas que han sido asesinadas – yo creo que van más de 500 desmovilizados.“

<sup>108</sup> Span. Original: „[Hemos] estado, por ejemplo, denunciando los crímenes contra los reincorporados. O sea, participando de la denuncia, investigando sobre ese tema de los, de la falta de seguridad [...], insistiendo [...] en la importancia de que el Acuerdo se cumpla a cabalidad, entre eso los temas de la reincorporación.“

die Regierung unter Präsident Duque von 2018 – 2022 zu wenig getan hätte, um auch die Abrüstung der Worte entscheidend voranzutreiben:

*„[Die] Regierung und der Staat müssen eine Politik verfolgen, um die Stigmatisierung der Kombattanten zu vermeiden. Aber ich muss hinzufügen, dass diese Stigmatisierung, die über öffentliche Kanäle und die großen Medien erfolgt, am Ende die Ermordung der Unterzeichner des Friedens<sup>109</sup> irgendwie legitimiert.“<sup>110</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 14)

Von der weiterhin bestehenden Gewalt zwischen dem Staat und diversen kriminellen und subversiven Vereinigungen sind nicht nur ehemalige FARC-Kombattanten betroffen, die sich politisch in ihren Gemeinschaften engagieren. Die Stiftung INDEPAZ hat das in einem Bericht 2021 anlässlich des fünften Jahrestags der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit den FARC eindrucksvoll zusammengefasst, aus dem nur einige wenige Zahlen herausgegriffen werden sollen. Demnach wurden von 2016 bis 2021 299 Unterzeichner des Friedens in Ausübung ihrer politischen Rechte getötet, hinzu kommen insgesamt 1.270 gesellschaftliche Führungspersonlichkeiten. Es ist zu 179 dokumentierten Massakern an der Zivilbevölkerung allein zwischen Jänner 2020 und November 2021 gekommen. In 115 politischen Gemeinden im Land gibt es Gemeinschaften, die Opfer systematischer Aggressionen und bewaffneter Gewalt wurden. (vgl. INDEPAZ 2021, S. 3) Diese erschreckenden Zahlen unterstreichen natürlich die Aussagen, dass es bis zu einem vollständigen Frieden noch ein weiter Weg ist. Hatte der Demobilisierte im Gespräch mit Thomson (2020) und hat alias El Ingeniero am Ende einfach recht? Denn natürlich werfen diese Zahlen auch die Frage auf, warum die demobilisierten FARC-Kombattanten überhaupt Vertrauen in den Staat haben sollten, dass dieser sie beschützen wird. Mehr noch, warum sollte die Gesellschaft als Ganzes dieses Vertrauen in den Staat und seine Institutionen entwickeln?

---

<sup>109</sup> Mit „Unterzeichner des Friedens“ sind oft „normale“ ehemalige Kombattanten ohne jegliche Führungsverantwortung gemeint, die durch die Unterzeichnung des Abkommens von Soldaten zu Zivilisten geworden sind, die jedoch besonderen Schutz genießen.

<sup>110</sup> Span. Original: „[E]l gobierno y el estado deben asumir una política para evitar la estigmatización contra los combatientes. Pero a eso debo, debo agregarle que esa estigmatización, que se hace a través de canales públicos, a través de los grandes medios de alguna manera termina legitimando el asesinato de los firmantes de la paz.“

#### **4.4 Abschließende Überlegungen: Politische Stabilität als Frage der strukturellen Schwäche des Staates**

War das Abkommen mit den FARC zwar ein historischer Wendepunkt, aber nur eine politische Singularität, die in der Vielfalt ihrer Konsequenzen und der mangelnden Erfüllung elementarer Bestandteile unterzugehen droht – oder konnte bzw. kann das Abkommen den Startpunkt einer echten Veränderung und Weiterentwicklung in der kolumbianischen Demokratie markieren? Dieses Kapitel hat aufgezeigt, welche enormen Transformationen bereits vonstattengehen mussten, um sich überhaupt zur Möglichkeit von Friedensverhandlungen mit den FARC durchringen zu können. Und in einem sind sich die interviewten Experten durchaus einig: Jede Art von gesprächsbasierter Verhandlungslösung ist ein Entwicklungsschritt der Demokratie. Doch der oberflächliche Blick auf das Produkt darf nicht über die dahinterliegenden Intentionen und Einstellungen hinwegtäuschen. Generelle Fehlfunktionen, die sich in elementaren Unzulänglichkeiten äußern.

Fehlendes Vertrauen demobilisierter Kombattanten in den Staat, fehlendes Vertrauen der Zivilgesellschaft in den Staat. Ein politischer Diskurs zunehmender Fragmentierung und gesellschaftlichen Polarisierung, der zu einem Mangel an Vertrauen innerhalb des Staates, zwischen den Institutionen führt – all das sind Grundlagen dafür, Kolumbien eine eklatante strukturelle Staatsschwäche zu attestieren. Für Waldmann sind das Kernzutaten staatlicher Anomie. Er bezieht das sogar explizit auf das friedliche Zusammenleben der Gesellschaft, wobei seine Erläuterungen durchaus auf die Situation nach dem Friedensabkommen umgelegt werden können. „Aus struktureller Sicht stellt sich die Schwäche des Staates vor allem als Unfähigkeit dar, eine allgemeinverbindliche Friedensordnung zu gewährleisten und elementare Leistungen verlässlich (sic!) zu erbringen, d.h. als Ordnungs- und Organisationsschwäche. Beide hängen eng miteinander zusammen und haben das staatliche Unvermögen zum Hintergrund, allgemein gültige Regeln (Gesetze oder Verordnungen) (oder die Bestimmungen des Abkommens, Anm.) nicht nur zu erlassen, sondern auch durchzusetzen.“ (Waldmann 2002, S. 12f.). Zu diesen „elementaren Leistungen“ soll hier auch die Gewährleistung eines sicheren Umfelds für demobilisierte Kombattanten gezählt werden. Im gleichsam schlimmsten Fall greift dieselbe Logik, die schon im historischen Rückblick direkt und indirekt mehrfach aufgegriffen wurde und die sich auf den Merksatz reduzieren lässt: „Schützt der Staat uns nicht, müssen wir es selber tun.“ Der Kreis schließt sich zu Überlegungen der Akzeptanz eines staatlichen Gewaltmonopols, das der Staat aber auch effektiv für sich beanspruchen und

durchsetzen muss. An die Akzeptanz eines Gewaltmonopols schließt sich sodann die Akzeptanz sämtlicher staatlichen Institutionen in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich an. Das bedeutet etwa auch, politische Streitigkeiten über politische Entscheidungen auf dem friedlichen Weg des Dialogs auszutragen. Ugarriza bezeichnet das als „Politische Stabilität“, ohne die für ihn eine Weiterentwicklung der Demokratie und eine erfolgreiche Friedensbildung nicht möglich ist. „Unter einer solchen [politischen, Anm.] Stabilität versteht man die stillschweigende oder ausdrückliche Akzeptanz bestehender Rechtsmechanismen durch die Bürger als einzige Möglichkeit, Streitigkeiten über öffentliche Entscheidungen beizulegen.“<sup>111</sup> (Ugarriza 2013, S. 145f.). Es ist durchaus in Zweifel zu ziehen, dass diese Art politischer Stabilität in allen Bereichen der Gesellschaft, der politischen Landschaft sowie in allen Bereichen des staatlichen Institutionengefüges bereits fest verankert ist. Das dürfte sich auch durch den Beschluss des Abkommens und die bisherige Arbeit an dessen Umsetzung nicht wesentlich geändert haben.

Die strukturelle Schwäche des Staates und die mangelnde politische Stabilität äußern sich nicht zuletzt in einer unzureichenden territorialen Autorität des Staates, was wohl eine der größten Gefährdungen für den erfolgreichen Abschluss eines DDR-Prozesses ist. (vgl. Nussio 2009, S. 225) Die Tatsache, dass der Staat nicht in allen Landesteilen durch seine Institutionen und Sicherheitsbehörden dafür Sorge tragen kann, seine Bürger (zu denen nun auch die Demobilisierten gehören) vor den weiterhin grassierenden Aggressionen subversiver und sonstiger krimineller Aktivitäten zu beschützen, ist dabei nur eines, aber wohl das eindrücklichste Symptom. Solange diese Autorität nicht zweifelsfrei hergestellt ist, wird es auch keine flächendeckende politische Stabilität geben. Die Geographie Kolumbiens, die einst auch die Etablierung damals junger Gruppierungen wie der FARC erleichtert hat, ist nach wie vor ein Faktor, der die Herstellung einer flächendeckenden territorialen Autorität durch den Staat erschwert. Zumal der Staat dafür in vielen Regionen das Machtvakuum, das die FARC hinterlassen haben, in territorialem, politischem und gesellschaftlichem Sinne ausfüllen müsste, wozu er aber nicht fähig ist.

El Ing.:

*„Die FARC repräsentierten einen Teil der kolumbianischen Bevölkerung und hatten Unterstützung im Krieg – sei es durch Überzeugungskraft oder durch Waffen – aber sie hatten die Unterstützung eines*

---

<sup>111</sup> Span. Original: „Dicha estabilidad se entiende como la aceptación tácita o explícita de los ciudadanos de los mecanismos legales existentes como única vía para dirimir controversias sobre decisiones públicas.“

*Teils der Bevölkerung, ja? Und diese Unterstützung hatten sie, weil sie eine Art von Macht in diesem Territorium ausübten und eine Autorität in diesem Territorium waren. [...] Klar, als die FARC ausgestiegen sind, als sie aufgehört haben, ging das natürlich verloren. [...] Die Fragestellung ist also, sagen wir, zu analysieren, dass der Staat immer noch zu klein ist, um sich um das große kolumbianische Territorium zu kümmern, nicht?*<sup>112</sup>

MK:

*„Natürlich, der Staat war nicht in der Lage, die Leere an Governance zu füllen, die die FARC in einigen-“*<sup>113</sup>

El Ing.:

*„Nirgends, nirgends. Sagen wir, der Staat war noch nie auf dem gesamten Territorium präsent, ja? Und das ist, also, nicht einmal militärisch, das heißt, und das ist ja, sagen wir, das grundlegendste, elementarste. Es gibt Teile des Territoriums, in denen der Staat in keiner Form Präsenz zeigt.“*<sup>114</sup>

(El Ingeniero 2022, Abs. 27ff.)

Um politische Stabilität zu erreichen, müsste der Staat also in erster Linie sein eigenes Territorium vollumfänglich „einnehmen“. Solange der Staat seine territoriale Autorität in der Fläche nicht entfalten kann und in der Folge sein Institutionengefüge und sein Gewaltmonopol nicht durchsetzen kann, solange wird er des Problems der Gewalt, das vor allem die Friedensbildung gefährdet, nicht Herr werden. Solange wird überall dort, wo der Staat nicht ist, der die Macht haben, der sie sich eben nimmt – auch wenn das irgendeine subversive Gruppierung ist, die einen Machtanspruch mit Gewalt durchsetzt. Alias El Ingeniero fasst das Problem der (freiwilligen?) Unterwerfung der bäuerlichen Landbevölkerung unter die Machtausübung irgendeines bewaffneten Akteurs so zusammen:

*„Wenn sich in einem bäuerlichen Gebiet eine bewaffnete Gruppierung aufstellt, dann muss ich mich ihnen beugen, ja? Denn das ist die Form der Macht, ob ich nun will oder nicht. Ja? Achso, wer hat sie*

---

<sup>112</sup> Span. Original: „Las FARC representaban un sector de la población colombiana y tenían un apoyo en la guerra – sea por la vía de la convicción o de las armas – pero tenían un apoyo de un sector de la población, ¿sí? Y para tener ese apoyo, pues era porque ejercía una especie de poder en el territorio y era una autoridad en el territorio. [...] Entonces, claro, al salir las FARC, acabarse las FARC, se pierde eso. [...] Entonces, ahí hay una cuestión, digamos, de analizar y es que el estado sigue siendo pequeño para atender el gran territorio colombiano, ¿no?“

<sup>113</sup> Span. Original: „Claro, el estado no ha logrado de, de rellenar el vacío de la gobernanza que dejó, que dejaron las FARC en alguna-“

<sup>114</sup> Span. Original: „En ninguna parte, en ninguna parte. Digamos, el estado nunca ha hecho presencia en todo el territorio, ¿sí? Y eso es, o sea, ni siquiera presencia militar, o sea, que es lo más, lo más, digamos, básico, elemental. Hay partes del territorio donde el estado no hace presencia de ninguna forma.“

*berufen oder ernannt? Keine Ahnung, aber sie kamen hierher und sie waren bewaffnet und sie sind diejenigen, die hier das Sagen haben.*<sup>115</sup>

(El Ingeniero 2022, Abs. 71)

Es mag nach einer schier anarchistischen Wildwest-Logik klingen – doch was alias El Ingeniero hier anspricht, sind grundlegende Probleme der Machtausübung des Staates über sein Territorium und seine Bevölkerung. Wie kann sich angesichts solcher Umstände eine Demokratie überhaupt (weiter-)entwickeln? Kolumbien ist in diesem Sinne aber ein regelrechtes Stehaufmännchen der Demokratie, dem man bei aller berechtigten Kritik den eisernen Willen zur Errichtung und Erhaltung einer demokratischen Staatlichkeit nicht absprechen kann. Wie nicht zuletzt die Transformationsprozesse hin zu den Verhandlungen, das Abkommen und die Bereitschaft zum Aufbau einer friedlichen demokratischen Gesellschaft zeigen, sind die personellen und bürokratischen Ressourcen im Sinne eines etablierten (womöglich sogar zu großen) Institutionengefüges durchaus gegeben – allein, der Staat scheitert an sich selber. Diese Herausforderungen sind es, die neben der Gewährleistung von Sicherheit auch die Umsetzung anderer Kernbereiche des Abkommens als Grundlagen der Friedensbildung erschweren. Das folgende, abschließende Kapitel, soll diesen konkreten Problembereich in Bezug auf die Implementierung des Abkommens anhand dreier ausgewählter inhaltlicher Säulen beispielhaft beleuchten.

---

<sup>115</sup> Span. Original: „Entonces, en una zona campesina, si se instituye un grupo armado, pues, a mí me toca hacerle caso, ¿sí? Porque es que esa es la forma de poder, quiera o no. ¿Sí? Ah que, ¿quién lo nombró? No sé, pero llegaron acá y estaban armados y son los que mandan acá.”



## **5. An die Arbeit – die Implementierung des Abkommens nach dem Ende des Konflikts mit den FARC**

Das folgende Kapitel ist eine inhaltliche Abrundung zu den beiden vorangegangenen Kapiteln. Nach einem detaillierten Blick auf die historischen Grundlagen und die Entwicklung des Konflikts sowie einer ausführlichen Diskussion der Transformation des Konflikts vor und während der Verhandlungen, behandelt dieses Kapitel die Gegenwart (zum Zeitpunkt der Erhebungen im Juli 2022) und die in diesem Moment relevante politische Frage nach der Umsetzung und Implementierung und was es eigentlich heißt, die zuvor verhassten Aufständischen vollinhaltlich ins zivile politische und gesellschaftliche Leben Kolumbiens wiederinzugliedern. Ein Schlagwort, auf das man dabei immer wieder stößt (in den Medien wie auch in der Literatur) ist das des „Postkonflikts“. Es ist auch Pate für den Titel dieser Arbeit gestanden, da die hier diskutierte Umsetzungsphase mutmaßlich in einem bereits weitgehend befriedeten und politisch geordneten Umfeld vonstattengeht. Bereits das vorherige Kapitel hat aber gezeigt, dass das nicht unbedingt der Fall ist und dass das Konzept der Arbeitsphase im Postkonflikt womöglich nicht so romantisch ist wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, weshalb die Führungszeichen auch bewusst platziert wurden. Es kränkelt an vielen Ecken – jeweils nicht in einem Ausmaß, dass das gesamte Gebilde jemals Gefahr laufen würde, komplett zusammenzubrechen, aber ausreichend, um sich zumindest als externer Beobachter mitunter an den Kopf zu greifen. Zunächst sollte aber die Frage geklärt werden, was unter „Postkonflikt“ denn eigentlich verstanden werden kann.

### **5.1 Wie charakterisiert sich der kolumbianische Postkonflikt?**

#### **5.1.1 Kolumbien in einem bewaffneten Postkonflikt – definitorische Ansätze im Vergleich**

Es herrscht in der Literatur, gelinde gesagt, Uneinigkeit bezüglich der Frage, was genau der Postkonflikt nun eigentlich ist und vor allem wann er beginnt bzw. welche Rahmenbedingungen gegeben sein müssen, um von einem Postkonflikt im wörtlichen Sinne zu sprechen. Wie so oft kommt es auch in diesem Fall darauf an, wie stark das Umfeld, das zwecks Definition betrachtet wird, eingegrenzt wird. „Die Umsetzung der Abkommen wird als ein Prozess verstanden, der üblicherweise als Postkonflikt bezeichnet wird. Dieses Konzept sorgt allerdings für große Polemik in der

akademischen Gemeinschaft. Es besteht die weit verbreitete Auffassung, dass der Begriff irreführend ist und zu einer verwirrenden Vorstellung von der Situation führt, die nach dem Ende der Gewalt in einem bewaffneten Konflikt entsteht.“<sup>116</sup> (Gago Antón 2016, S. 23). Gago Antón trifft in weiteren Ausführungen auch den sprichwörtlichen Nagel auf den Kopf, indem er feststellt, dass diese weit verbreitete irreführende Auffassung einer Postkonflikt-Situation mit der semantisch angedeuteten Vorstellung zusammenhängt, dass der Konflikt als solcher im Postkonflikt nicht mehr existiert. Dieser Idee ist im Laufe dieser Arbeit jedoch bereits mehrfach widersprochen worden – ein Konflikt verschwindet nicht einfach, schon gar nicht nur durch die Unterzeichnung eines Abkommens. Ein Konflikt transformiert sich und wird – das ist ja eigentlich das Ziel – in friedvoller Weise und in den demokratischen Arenen des Meinungs-austausches ausgetragen. (vgl. Gago Antón 2016, S. 23f.) An das Verschwinden des Konflikts zu glauben, bewegt sich auf derselben naiven oder aus einem politischen Kalkül heraus verzerrenden Ebene wie der Versuch, den Menschen das Abkommen als den definitiven Frieden zu verkaufen. Um diese Verwirrung zu vermeiden, ersetzt Gago Antón den Terminus Postkonflikt jedoch durch die von ihm als adäquater erachteten Begriffe „Friedensbildung“ und „Implementierung der Abkommen“. Letzteres ist sicherlich nicht falsch und entspricht auch der Positionierung dieser Frage in diesem Kapitel. Der Begriff der Friedensbildung jedoch wurde an anderer Stelle bereits näher diskutiert und für die Zwecke dieser Arbeit umfassender definiert, indem im hier behandelten Fall auch die Zeit der Konflikttransformation vor dem Abkommen zu einem größer gedachten Friedensbildungsprozess hinzugezählt wurde.

Es erscheint daher naheliegend, für den Postkonflikt eine andere Definition in Betracht zu ziehen, die von Ugarriza angeboten wird: „Wir schlagen hier vor, Postkonflikt als ein Konzept zu verstehen, das auf der Abstraktionsleiter höher steht. Das bedeutet, dass es möglich ist, von Postkonflikt ohne Friedensbildung zu sprechen, was im Einklang mit der Definition von Friedensbildung als Maßnahmensammlung zur Vermeidung eines Rückfalls in den [bewaffneten, Anm.] Konflikt steht.“<sup>117</sup> (Ugarriza 2013, S. 145). Im direkten Vergleich ist diese Definition eher mit den hier vertretenen Ansätzen in Übereinstimmung zu bringen und auch leichter auf den kolumbianischen

---

<sup>116</sup> Span. Original: „Se entiende por implementación de los acuerdos un proceso que normalmente se llama posconflicto. Este concepto supone gran polémica en el seno de la comunidad académica. Hay una idea generalizada de que el término es erróneo y que lleva a una concepción confundida de la situación que surge tras el fin de la violencia en un entorno de conflicto armado.“

<sup>117</sup> Span. Original: „Aquí se propone entender el postconflicto como un concepto superior en la escalera de abstracción. Esto significa que es posible hablar de postconflicto sin que haya construcción de paz, y resulta coherente con la definición de construcción de paz como medidas para evitar la recaída en el conflicto.“

Fall anzuwenden. Versteht man den Postkonflikt als etwas Abstrakteres, dann ist die Phase nicht an die (erfolgreiche) Umsetzung bestimmter Maßnahmen geknüpft, sondern nur an die Erreichung eines bestimmten Attributs im Zuge einer Konflikttransformation, das klar definierbar und folglich auch leicht zu messen ist. Das könnte in einer Übergangsphase etwa die Reduktion von Kampfhandlungen sein oder die Unterschreitung eines bestimmten Schwellenwerts hinsichtlich gefallener Kämpfer und Soldaten – Indizien gleichsam, die den Übergang in eine Phase des Abklingens oder eben eine Phase des Postkonflikts anzeigen, in der dann in weiterer Folge weitere Maßnahmen gesetzt werden können. Das steht in starkem Widerspruch zur Definition von Gago Antón und führt zu der Frage, ob denn überhaupt von einer Zeit *nach* dem Konflikt gesprochen werden kann, wenn weiter Kampfhandlungen stattfinden oder das allgemeine Gewaltniveau weiterhin hoch ist. Gerade im kolumbianischen Fall drängt sich diese Frage auf, wo der Konflikt mit den FARC zwar offiziell beendet ist, das Land gleichzeitig aber weit von einer konzentrierten institutionalisierten Arbeit an der Friedensbildung jenseits von bewaffneten Auseinandersetzungen entfernt ist. Muñoz (vgl. 2018, S. 189) stellt daher die Hypothese auf, dass sich Kolumbien nach dem Abkommen von Havanna in einer Phase des „bewaffneten Postkonflikts“ befindet. Damit spannt er einen definitorischen Graubereich auf, der gewissermaßen beide zuvor diskutierten Zugänge in sich vereint: Einerseits den Postkonflikt als jene grundsätzlich friedliche Phase, in der es um die Umsetzung des Abkommens geht; andererseits Postkonflikt als abstraktes Konstrukt, unabhängig von der Umsetzung konkreter Maßnahmen, von dem auch gesprochen werden kann, wenn die bewaffnete Realität im Land weiterhin besteht.

Die Frage des Postkonflikts und wie dieser zu charakterisieren sei, war auch in den verschiedenen Interviews immer wieder Thema.

*„Nein, ich glaube, dass (...) also, dass die theoretische Definition eines bestimmten historischen Moments nicht, nicht, nicht wirklich bestimmt, ob es tatsächlich das ist, was gerade passiert oder nicht. [...] Also, es gibt einige, die sagen, ja, wir sind in einer Postkonflikt-Epoche, aber ganz offensichtlich fällt diese These in sich zusammen, wenn wir sehen, dass es Gebiete im Land gibt, die sich buchstäblich nach wie vor im Krieg befinden, ja? Andere werden sagen, nein, aber, aber ein Großteil der bewaffneten Vorfälle hat abgenommen, also könnten wir sagen, ah ja – aber nein, wir könnten nicht sagen, dass es ein Postkonflikt ist. Und es gibt wieder andere, die sagen, na ja, nein, ein Postkonflikt existiert nicht, weil wir hier immer einen Konflikt haben werden. [Und] ich sage, der historische Moment, den wir haben, also, es ist*

*ja nicht dasselbe wie das, was wir vor zehn, 15 Jahren in Zeiten der vollen Konfrontation gesehen haben, das können wir auch nicht sagen.*<sup>118</sup>

(El Ingeniero 2022, Abs. 5)

### **5.1.2 Versuch einer Einbettung der Implementierungsphase – Phasen des Postkonflikts**

Den Begriff des Postkonflikts einfach fallen zu lassen und als nicht anwendbar aus dem Vokabular auszuschließen, wäre allerdings nicht der richtige Zugang. Der Begriff ist nun einmal häufig in der Literatur anzutreffen und wird auch in der politischen und medialen Öffentlichkeit gern verwendet, wobei gerade in diesen Fällen immer auch darauf zu achten ist, wer ihn aus welchen Gründen verwendet. Auf der einen Seite kann die Verwendung des Begriffs dazu dienen, die Errungenschaften des Abkommens und der Entwaffnung der FARC zu betonen und daraus politisches Kleingeld zu schlagen. Auf der anderen Seite kann der Begriff auch dafür verwendet werden, um zu betonen, dass konfliktbezogene Gewalt in der Zeit nach dem Konflikt nicht mehr so eine große Rolle spielen sollte wie sie das leider nach wie vor tut. Wenn wir aber davon ausgehen, dass sich Kolumbien seit der Unterzeichnung des Abkommens mit den FARC in einem „bewaffneten Postkonflikt“ im Sinne des Graubereichs von Muñoz (2018) befindet, dann ist es sinnvoll, die für die bisherige Implementierung politisch entscheidenden Jahre seit der Unterzeichnung bis in die Gegenwart unter dem begrifflichen Dach des Postkonflikts chronologisch einzuteilen. Für diesen Zweck sei hier auf die Stiftung „Frieden und Versöhnung“ (span. abgek. PARES) verwiesen, die 2021, also im dritten Regierungsjahr von Präsident Duque, einen Bericht über die Situation der Gewalt im Land veröffentlicht hat. Dabei teilen sie den begrifflich umstrittenen Postkonflikt in drei Subphasen, die im Folgenden kurz erläutert werden sollen und in den Augen des Verfassers eine gute Grundlage für das Verständnis der gegenwärtigen Situation darstellen.

---

<sup>118</sup> Span. Original: „No, yo creo que (...) pues que la definición teórica que se tenga de algún momento histórico no, no, no es que determine mucho si eso es lo que está ocurriendo o no. [...] Entonces, hay algunos que dicen, sí, estamos en una época de postconflicto, pero obviamente esa tesis se cae alrededor de ver que hay territorios en el país que siguen en, literal en guerra, ¿sí? Y otros dirán, no, pero es que la mayoría de las acciones armadas se han disminuido, entonces, podríamos decir, ah sí – pero no, no podríamos decir que tal postconflicto. Y hay otros que, pues, dicen, no, el postconflicto no existe, porque aquí siempre vamos a ver el conflicto. [Y] yo digo, el momento histórico que tenemos, pues no es lo mismo que estábamos viviendo hace diez, 15 años en plena confrontación, o sea, tampoco podemos decir eso.”

MK:

*„Gut, aber also, [man kann nicht, Anm.] sagen, dass wir in einer Postkonflikt-Phase sind, wenn ich dir zuhöre, weil wir in Wirklichkeit nie einen Postkonflikt erreicht haben, sondern wir befinden uns nur vom Standpunkt der FARC aus in einem Postkonflikt, weil sie nicht mehr existieren.“<sup>119</sup>*

Celis:

*„Vielleicht in einem Postkonflikt mit den FARC, ja. Weil es ein Abkommen gibt. // MK: Aber nicht generell. // Aber nicht generell. (...) Also, eine der, eine der kolumbianischen Besonderheiten ist, dass sich der Konflikt hier, hier langsam geschlossen hat – wie wenn du einen offenen Wasserhahn hast und den nach und nach, nach und nach zudrehst. So war der kolumbianische Konflikt. Das heißt, er hat sich-/ aber, aber, aber der Wasserhahn hat nie aufgehört zu tropfen.“<sup>120</sup>*

(Celis 2022, Abs. 72f.)

#### 5.1.2.1 Erste Phase des Postkonflikts – Beginn der Konfrontation (2017)

Folgt man der Argumentation der Stiftung PARES und der Analogie von Celis mit dem tropfenden Wasserhahn, dann war die erste Phase des Postkonflikts jene Phase, in der der Installateur den Wasserhahn gerade repariert hatte und alle freudig gesehen haben, dass der Wasserhahn nun deutlich weniger tropft. Das bedeutet, dass die ersten Maßnahmen implementiert wurden, Kämpfer der FARC in die ZVTN gebracht und registriert wurden und die FARC damit demobilisiert, entwaffnet und formell aufgelöst wurden. Es ist aber auch die Phase, in der die strukturelle Schwäche des Staates, überhaupt im gesamten Staatsgebiet Präsenz zu zeigen und seinen Macht- und Regulierungsanspruch damit durchzusetzen, zunehmend offenbar wird. (vgl. PARES 2021, S. 5f.) Vor allem war der Staat nicht im erwarteten und wohl auch erforderlichen Ausmaß in der Lage, jene Gebiete „in Besitz zu nehmen“, in denen bisher die FARC die bestimmende Kraft waren. Diese Gebiete, die sich nun in einer Art Machtvakuum befanden, waren in der Folge für neuerliche Gewaltauswüchse der noch aktiven Gruppierungen besonders gefährdet. „Angesichts der Unfähigkeit des Staates, einen sofortigen Aktionsplan zu entwickeln, um dieses Machtvakuum zu füllen, begannen verschiedene bewaffnete Akteure, die in diesen Gebieten (bereits, Anm.) präsent waren

---

<sup>119</sup> Span. Original: „Listo, pero entonces, decir que estamos en una fase de postconflicto, si te escucho, en realidad nunca llegamos a un postconflicto, sino solamente, visto del punto de vista del grupo armado de las FARC, estamos en un postconflicto, porque, pues, ya no existe.”

<sup>120</sup> Span. Original: „Tal vez en un postconflicto con las FARC, sí. Porque hay un acuerdo. // MK: Pero no en general. // Pero no en general. (...) O sea, una de las, una de las particularidades colombianas es que aquí, aquí el conflicto se fue cerrando, cuando tú tienes una llave abierta – una llave de agua – y la vas cerrando poco a poco, poco a poco. Y así ha sido en conflicto colombiano. O sea, se ha ido-/ pero, pero, pero esa llave nunca ha dejado de gotear.”

oder sich in einem Aufbauprozess befunden haben, mit ihrer Expansion, um die von der ehemaligen Guerilla hinterlassene Beute zu übernehmen.“<sup>121</sup> (PARES 2021, S. 6). Die „Beute“, das waren neben den zu besetzenden Territorien samt darin lebender Bevölkerung natürlich vor allem Transportrouten, Bodenschätze (u.a. Gold) und landwirtschaftliche Nutzflächen, etwa für den Anbau von Koka-Pflanzen. Diese Phase war dadurch auch geprägt von allgemeiner Unsicherheit, denn zu diesem Zeitpunkt konnte noch niemand wissen, wie sich die neue Realität eines Konflikts ohne FARC tatsächlich auswirken würde. Die Stiftung spricht daher vom Beginn der Konfrontation, weil die verbliebenen Akteure allfällige Grenzen ausloteten. So wollten sie sehen, was denn nun möglich sein würde und was nicht und welches Vorgehen welche Art von Konsequenzen nach sich ziehen würde.

#### 5.1.2.2 Zweite Phase des Postkonflikts – Auseinandersetzungen und territoriale Rekonfiguration (2018 – 2020)

In der zweiten Phase werden die Schwächen der Erstreparatur des Wasserhahns dadurch evident, dass erste Dichtungen wieder aufreißen – in anderen Worten: Die Gewalt nimmt wieder zu. Die Stiftung PARES hat in früheren Untersuchungen 281 politische Gemeinden im Land identifiziert, die sie als vom Konflikt besonders betroffen betrachtete und denen sie im Postkonflikt ein besonders erhöhtes Risiko für ein erneutes Auftreten von gewaltvollen Aktionen attestiert. „Die zweite Phase des Postkonflikts (...) war durch einen Höhepunkt an tödlicher Gewalt in den vom Krieg am stärksten betroffenen Gemeinden gekennzeichnet. In nur zwei Jahren (von 2016 bis 2018, Anm.) stieg die Mordrate von 27 auf 39,8 (pro 100.000 Einwohner, Anm.), während der Anstieg auf nationaler Ebene bei etwa 1,5 lag.“<sup>122</sup> (PARES 2021, S. 6). Im nationalen Schnitt lag die Mordrate dadurch bei „nur“ 25,1 pro 100.000 Einwohner. Die 2017 beginnenden Konfrontationen wuchsen sich nun in zweierlei Hinsicht zu offenen Kämpfen aus: Auf der einen Seite war die Zeit des „schüchternen Abtastens“ vorbei. Gruppen wie das ELN waren nun in der neuen Realität des bewaffneten Post-FARC-Konflikts angekommen und trugen mit anderen bestehenden oder sich neu entwickelnden RLM offene Revierkämpfe um die zuvor erwähnte „Beute“ aus. Das betraf vor allem die Departements Norte de Santander im Nordosten des Landes und dort insbesondere die

---

<sup>121</sup> Span. Original: „Ante la incapacidad del Estado de construir un plan de acción inmediato para copar este vacío de poder, distintos actores armados presentes en el territorio u otros en proceso de configuración iniciaron su expansión para hacerse al botín dejado por la antigua guerrilla.”

<sup>122</sup> Span. Original: „La segunda etapa del postconflicto (...) estuvo caracterizada por un pico en materia de violencia letal en los municipios mayormente afectados por la guerra. En solo dos años, la tasa de homicidios pasó de 27 a 39,8, mientras que en el nivel nacional el aumento fue de alrededor de 1,5.”

Region um die Hauptstadt Cúcuta, direkt an der Grenze zu Venezuela gelegen; Antioquia und Chocó im Nordwesten bzw. an der nordwestlichen Pazifikküste; Cauca und Nariño im Südwesten sowie das Departement Arauca in den fruchtbaren nordöstlichen Ebenen, ebenfalls an der Grenze zu Venezuela. Es ist die zweite Phase auch der Beginn der Regierung des Präsidenten Iván Duque als Nachfolger von Präsident Santos. Duque, der aus dem Lager des ehemaligen Präsidenten Uribe stammte, versprach im Wahlkampf, die Umsetzung der friedensbildenden Maßnahmen durch eine Stärkung der institutionellen Abläufe zu beschleunigen und – ganz im Sinne der Überzeugungen Uribes – hart gegen all jene vorzugehen, die sich nicht an die Bestimmungen des Abkommens hielten. Damit waren vor allem die Mitglieder sogenannter Dissidenzen der FARC gemeint, die in dieser Phase als neue Player auftraten. Die Dissidenzen bestanden und bestehen aus ehemaligen Mitgliedern der FARC, die sich schlussendlich nicht in die Abläufe des Friedensbildungsprozesses integriert haben, sondern den bewaffneten Kampf wiederaufgenommen haben, um den Verrat an der revolutionären Sache der FARC auszugleichen. Da sie in ihren Augen gleichsam die Rechtsnachfolger der aufgelösten FARC waren, wurden sie zu einem entscheidenden Akteur in den Territorialkämpfen in besagten Departements mit anderen bestehenden Gruppierungen. Die Mordrate ging im nationalen Schnitt von 2018 – 2020 leicht auf 22,5 pro 100.000 Einwohner zurück, während sie in den besonders gefährdeten Gemeinden jedoch auf hohem Niveau stagnierte (2020: 38,5/100.000 Ew.). (vgl. PARES 2021, S. 5f.) Das ist bemerkenswert, da im Laufe dieser zweiten Phase des bewaffneten Postkonflikts laut Angaben der Regierung auch die absolute Zahl an Festnahmen von Mitgliedern subversiver Gruppierungen stieg. Gleichzeitig jedoch intensivierten sich die Aktivitäten der verbliebenen Gruppierungen und der stärkeren Fraktionen der FARC-Dissidenzen, vor allem im Bereich des Drogenhandels und des Anbaus von Koka-Pflanzen. Obwohl sich die Angaben des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und der US-Regierung zur Gesamtsumme der illegalen Anbauflächen überraschend deutlich widersprechen, weisen Schätzungen von bis 245.000 Hektar Koka-Plantagen in Kolumbien nicht gerade auf einen durchschlagenden Erfolg der Regierung in ihrem Kampf gegen den illegalen Anbau hin. (vgl. PARES 2021, S. 6f.) Diese Entwicklungen unterstreichen, dass der Postkonflikt keiner schematischen Zuordnung oder Einteilung unterliegt, sondern eine Zeit der kontinuierlichen Fortschritte und Rückschläge ist. (vgl. PARES 2021, S. 7)

### 5.1.2.3 Dritte Phase des Postkonflikts – Bewaffnete Stabilisierung (2021 – dato)

Die dritte von der Stiftung PARES identifizierte Phase des Postkonflikts ist eine Phase der Konsolidierung – gleichsam die Wiederherstellung einer bewaffneten Normalität nach der „Erschütterung“ durch den Wegfall der FARC. Unter den großen Akteuren haben sich der sogenannte „Golf-Clan“, de facto eine dissidente Sammelbewegung von ehemaligen und teilweise bereits demobilisierten Paramilitärs mit Verbindungen zur mexikanischen Mafia; das ELN als letzte große „traditionelle“ RLM Kolumbiens; und die beiden stärksten FARC-Dissidenzen „Gentil Duarte“ (benannt nach dem Alias-Namen eines ehemaligen FARC-Kämpfers und Dissidenten des Friedensabkommens, der 2022 unter unklaren Umständen zu Tode gekommen ist<sup>123</sup>) und „Segunda Marquetalia“ etabliert. (vgl. PARES 2021, S. 8f.) Hervorzuheben ist, dass der Begriff der „Paramilitärs“ in diesem Kontext nur teilweise so zu verstehen ist wie die in Kapitel 3 diskutierten historischen Paramilitärs. Letztere waren (zumindest ursprünglich) politisch teilweise geförderte Strukturen mit Selbstverteidigungs-Auftrag, die vor allem aufgrund ihrer Nähe zur staatlichen Elite und damit auch zum regulären Heer zur Bezeichnung Paramilitärs gekommen sind. Bei den Paramilitärs des Postkonflikts sollte der Begriff lediglich auf die bereits erläuterte semantische Ebene nach Duden-Definition reduziert werden, also „dem Militär ähnlich“. Die neuen „Paras“, wie solche Verbände umgangssprachlich auch gern abgekürzt werden, befinden sich nicht mehr in einem ideologisch-politischen Kampf. Im Mittelpunkt ihres Handelns steht einzig und allein ein Geschäftsinteresse, die wirtschaftliche Maschinerie des Drogenanbaus und -schmuggels samt damit verbundenen Gewinnen. Sie agieren dezentral und in einem (oder mehreren) definierten Operationsgebiet. Die Anführer solcher Gruppen sind keine Vordenker und Chefstrategen mehr, sondern mittlere bis höhere Kommandanten ehemaliger Organisationsstrukturen, die sich in ihrer allgemeinen Dissidenz militärisch emanzipiert und behauptet haben – Muñoz (vgl. 2018, S. 199) nennt sie gar „Warlords“<sup>124</sup>. Aus diesem Grund werden sie mitunter auch als „Narco-Paramilitärs“ bezeichnet. „Die narco-paramilitärischen Gruppierungen (...) sind eine andere Ausprägung des paramilitärischen Phänomens, ohne aufständischen Geist, ohne politische Plattform, und haben

---

<sup>123</sup> Siehe auch: Torrado, S. (2022): Muere Gentil Duarte, el jefe más poderoso de las disidencias de las FARC. – In: El País, 25.05.2022, online: <https://elpais.com/america-colombia/2022-05-25/muere-gentil-duarte-el-jefe-mas-poderoso-de-las-disidencias-de-las-farc.html> (zuletzt abgerufen am 31.07.2023)

<sup>124</sup> Muñoz verweist hier auf Duncan, G. (2007): Los señores de la guerra: de paramilitares, mafiosos y autodefensas en Colombia. – Planeta Colombiana Editorial, Bogotá.



sich in einigen Regionen auf den Drogenhandel und in anderen auf den illegalen Bergbau spezialisiert.“<sup>125</sup> (Muñoz 2018, S. 198). Diese politisch-ideologische Ungebundenheit eint mit Ausnahme des ELN alle oben genannten Gruppierungen. Eine Unterscheidung dieser Gruppierungen auf Basis ihrer historischen Entstehungsgeschichte in ehemalige Paramilitärs (im historischen Sinne) und aus der FARC entstandene Verbände wird dadurch im Grunde obsolet, da das Handlungsinteresse bei allen dasselbe ist. Diese zerfledderte Situation zeigt aber auch deutlich das große Problem des Post-FARC-Konflikts auf: Hatte man es früher mit militärisch und hierarchisch klar strukturierten Einheiten mit potentiellen Ansprechpartnern auf Führungsebene zu tun, so fällt diese Klarheit im Postkonflikt aufgrund mangelnder Homogenität weg. Der militärische Feind ist plötzlich diffus. Er mag geographisch noch relativ gut zu verorten sein (die Operationsgebiete sind ja durchaus bekannt), kann aber weder politisch noch ideologisch festgemacht werden und entzieht sich dadurch jeder Möglichkeit eines Versuchs zur friedlichen Annäherung. Vor diesem Hintergrund wäre die nun wieder von militärischer Härte geprägte Vorgangsweise der Regierung unter Präsident Duque durchaus verständlich – gleichwohl wirkt es umso überraschender, dass dieses Vorgehen keine klaren Ergebnisse zu zeigen scheint. Grund genug für eine NGO wie die Stiftung PARES auch Fragen offen auszusprechen, denen eine gewisse politische Motivation als Hintergrund sicher nicht abzusprechen ist. Gibt es Kreise in der Politik, die den Kampf gegen die Drogen zwar medial gut in Szene setzen und entsprechend ausschlachten, aber im Hintergrund eigentlich decken? Gibt es womöglich politische Kräfte, die von der allgemeinen Unsicherheit im Land profitieren oder sich zumindest erhoffen, daraus politisches Kleingeld schlagen zu können? (vgl. PARES 2021, S. 8) Gemeint sind dabei freilich konservative Kräfte, die sich eher mit hartem militärischen Vorgehen als mit politischem Dialog identifizieren. Es ist ein schwieriges und äußerst heikles Feld, das schwer zu beschreiten ist, ohne dabei tendenziös zu erscheinen. Es soll im folgenden Abschnitt dennoch versucht werden, dieses Feld über den Zugang der Abbildung eines Meinungs panoramas entschlossenen Schrittes zu beleuchten.

---

<sup>125</sup> Span. Original: „Las estructuras de reconfiguración narcoparamilitar (...) son una expresión distinta del fenómeno paramilitar, que carece de un espíritu contrainsurgente, no poseen una plataforma política, y se han enfocado en el negocio del narcotráfico en algunas regiones y de la minería ilegal en otras.“

## **5.2 Iván Duque, der Zugang der konstitutionellen Gesetzmäßigkeit und die Mühlen des kolumbianischen Institutionengefüges (2018 – 2022)**

Der 7. August ist in Kolumbien ein unverrückbarer Feiertag. Die Unverrückbarkeit zu betonen ist deswegen wichtig, da fast alle Feiertage mit nur wenigen Ausnahmen aufgrund des Gesetzes Nr. 51 von 1983 von ihrem eigentlichen Datum auf den jeweils nächsten Montag verschoben werden, um ein verlängertes Wochenende zu erzeugen. Die beiden „Nationalfeiertage“ im Sommer, der Unabhängigkeitstag am 20. Juli und der Tag der Schlacht von Boyacá am 7. August, sind davon aufgrund ihrer Bedeutung aber ausgenommen. Traditionell findet am 7. August auch immer die Amtseinführung eines neugewählten Präsidenten statt, so auch am 7. August 2018. An diesem Tag ist auf dem zentralen Bolívar-Platz im Herzen Bogotás alles zusammengekommen, was Rang und Namen hat, um der Amtseinführung von Präsident Iván Duque beizuwohnen. Ebendieser sollte an diesem Tag aber noch die unwichtigste Rolle spielen. Vielmehr waren die Augen aller nationalen wie internationalen Beobachter auf jenen Mann gerichtet, der als der politische Ziehvater Duques galt: Ex-Präsident Álvaro Uribe. Durch die Amtseinführung von Iván Duque kehrte das Lager der „Uribistas“ nach acht Jahren Präsidentschaft von Juan Manuel Santos wieder an die Macht zurück – und viele erwarteten sich, dass auch Uribes Stil und politischer Zugang in Präsident Duque fortgeführt werden würde. Duque selbst, dem sein Naheverhältnis zu Uribe schon vor seiner Angelobung allerlei Anfeindungen eingebracht hatte, war freilich sehr bemüht, seine politische Unabhängigkeit und seine eigenen Leistungen und Errungenschaften in die Auslage zu stellen. Uribe wurde am Tag der Angelobung daher zu so etwas wie dem Elefanten im Raum, von dem jeder wusste und den doch keiner aktiv ansprechen wollte. Keiner bis auf einen: Ernesto Macías Tovar, von 2018 bis 2019 Präsident des Senates und in dieser Rolle im Zuge des Amtseinführungsprozesses auch Präsident der vereinigten Versammlung beider Kammern des Kongresses, dem es gebührt, zur Angelobung eine Rede zu halten. Diese begann er gleich mit einem Tribut, einer regelrechten Lobesrede auf Uribe, dem das Land aufgrund seiner Größe und seiner Leistungen zu ewigem Dank verpflichtet wäre. Die Rede ging hernach in eine Art Litanei über, wobei jeder Absatz noch einmal unterstrich, was für ein zerstörtes, heruntergewirtschaftetes und korruptes Land der neue Präsident dabei war zu übernehmen. Ein Land, das keine Demokratie mehr sei, unter einer rekordverdächtigen Staatsverschuldung leide und dessen Entwicklung in noch nie dagewesenem Ausmaß von Korruption und Misswirtschaft gelähmt sei. Die Schuld für all diese Missstände sah Macías frei-

lich in der Regierung von Präsident Santos und in seiner Politik. Dass diese durch die Amtsübernahme von Duque beendet würde, bezeichnete er gar als Rettung Kolumbiens und setzte den „großen Kampf“, der Duque in seinem Amt bevorstünde, gleich auf dieselbe Stufe wie die Schlacht von Boyacá, deren Ausgang die endgültige Unabhängigkeit der jungen Republik Kolumbien war. Bezugnehmend auf das Problem des illegalen Kokaanbaus und der Drogenproduktion steckte Macías ebenfalls Linien ab, die sich klar an den politischen Leitbildern von Álvaro Uribe orientierten. Der unnachgiebige Kampf gegen die illegalen Plantagen in Form von gewaltvoller Ausrottung, notfalls auch durch die Rückkehr zur Ausräucherung von Plantagen von Flugzeugen aus, solle wiederaufgenommen werden. Dies könne nur mit der Unterstützung des großen Partners USA gelingen, dem man im Abtausch auch sämtliche festgesetzte Drogenhändler und sonstige Straftäter aus dem Milieu ohne Ausnahme ausliefern müsse. Passagen wie diese führten auch deswegen zu kontroversen Reaktionen von verschiedenen Seiten, weil bereits damals bekannt war, dass der militärische Kampf gegen illegale Anbauflächen von Koka ohne eine koordinierte Bereitstellung von Alternativen meist nicht den gewünschten Effekt hatte. So hält auch die Stiftung PARES in ihrem Bericht fest, dass laut Zahlen der Vereinten Nationen „92% der gewaltsam ausgerotteten Anbauflächen für Koka neuerlich (illegal, Anm.) bepflanzt [wurden], während im Fall der im Abkommen (von Havanna, Anm.) vereinbarten Substitution (von illegalen Bepflanzungen durch legale landwirtschaftliche Produkte, Anm.) die neuerliche Bepflanzung nur bei 0,8% der Flächen lag.“<sup>126</sup> (PARES 2021, S. 11, S. 46ff.). Die heftigsten und intensivsten Diskussionen lösten aber Macías‘ Aussagen über das Abkommen von Havanna aus. „Was die Abkommen von Havanna betrifft, so müssen wir diese Seite umblättern, auf der uns die vorherige Regierung in Freunde und Feinde des Friedens unterteilt hat. (...) Der neue Kongress der Republik übernimmt die Verantwortung, sie (die Abkommen, Anm.) zu modifizieren und anzupassen, um den Rechtsstaat wiederherzustellen und das verlorene Vertrauen der Kolumbianer in ihre Institutionen zurückzugewinnen. Die Legalität<sup>127</sup> muss wiederhergestellt werden. Wir haben immer geglaubt, dass es für die Unterzeichnung dieses Abkommens nicht notwendig sein würde, die Verfassung oder die Institutionen zu zerfetzen, weil es in Kolumbien keinen Bürgerkrieg oder bewaffneten Konflikt gab, sondern nur eine terroristische Bedrohung gegen den Staat, weshalb es dringend notwendig

---

<sup>126</sup> Span. Original: „[En] el 92% de hectáreas de coca que han sido erradicadas de manera forzada hay resiembra, mientras que en el caso de la sustitución de cultivos, pactada en el Acuerdo, la resiembra llega solamente al 0,8%.“

<sup>127</sup> Legalität im Sinne von Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsmäßigkeit.

ist, die erforderlichen Änderungen vorzunehmen, ohne in den Fanatismus der Zerstörung der Abkommen zu verfallen.“<sup>128</sup> (El Heraldó 2018, online.). Für die einen bedeuteten diese Ankündigungen die Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Überprüfung sämtlicher Maßnahmen des Abkommens auf ihre Verfassungsmäßigkeit würde es demnach verhindern, dass den als kriminellen Terroristen zu betrachtenden Vertretern der FARC im Namen eines angeblichen Friedens zu viele Freiheiten und Zugeständnisse gewährt würden. Das Abkommen sollte demnach zwar umgesetzt werden, aber reduziert auf jene Teile, die unter Ausschließung sämtlicher rechtlicher Sonderbestimmungen mit den geltenden Gesetzen und der kolumbianischen Verfassung in Einklang zu bringen wären.

Für die anderen jedoch bedeuteten Macías‘ Worte letztlich nur die Umsetzung dessen, was bereits 2017 ein hoher Funktionär von Duques und Uribes Partei, dem „Demokratischen Zentrum“, angekündigt hatte: Das verfluchte Papier des Abkommens zwischen der Regierung und den FARC zu zerfetzen.<sup>129</sup> Diese Aussage von Fernando Londoño, der in der ersten Amtszeit Uribes zeitweise auch als Innenminister tätig war, wurde gleichsam zum inhaltlichen Banner von Duques Gegnerschaft. Sie unterstellte ihm, alles zu tun, um unter dem Deckmantel seines Zugangs der konstitutionellen Gesetzmäßigkeit – der schlussendlich in der politischen Doktrin „Frieden mit Legalität“ verewigt wurde – einige wenige repräsentative Maßnahmen zu bearbeiten und gleichzeitig die großen paktierten Projekte und geplanten Reformen unberührt zu lassen. In anderen Worten: In den Augen seiner Gegner wollte Duque das Abkommen lähmen und durch institutionelle Verschleppung langsam untergehen lassen. So attestiert es zumindest auch Marlon Puentes Nizo der Regierungszeit Duques. Im Interview bezieht er sich zwar auf seinen inhaltlichen Fachbereich, die Koordination von Maßnahmen im Bereich der Reinkorporation. Doch seine Einschätzung ist ohne Probleme auch auf andere Bereiche umzulegen, in denen zwar Fortschritte erzielt wurden, aber nicht in dem Ausmaß wie es sich viele erwartet hätten und wie es vielleicht auch nötig gewesen

---

<sup>128</sup> Span. Original: „Sobre los Acuerdos de La Habana, tenemos que pasar la página, en la que nos dividió el Gobierno anterior, entre amigos y enemigos de la paz. (...) Este nuevo Congreso de la República tiene la responsabilidad de modificarlos y ajustarlos para restablecer el Estado de Derecho y devolverles a los colombianos la confianza perdida en sus instituciones. Hay que recuperar la legalidad. Siempre creímos que para firmar ese Acuerdo no era necesario hacer trizas la Constitución ni las instituciones, porque en Colombia no ha existido una guerra civil ni un conflicto armado, sino una amenaza terrorista contra el Estado, por tal razón, es urgente tramitar las modificaciones necesarias, sin caer en el fanatismo de destrozor los Acuerdos.”

<sup>129</sup> Siehe dazu: Informes Derechos Humanos Colombia (2021) (Hrsg.): Los intentos de hacer trizas el acuerdo. – online, <https://informesderechoshumanos.com/i-paz-crisis-humanitaria/los-intentos-de-hacer-trizas-el-acuerdo/> (zuletzt abgerufen am 01.08.2023)

wäre, um nach vier Jahren Präsidentschaft von einer erfolgreichen Phase der Implementierung des Abkommens zu sprechen.

*„Es hat den Anschein, als gehöre dies zu der, zu der vielzitierten Aussage von vor einigen Jahren, als die Regierung von Iván Duque aufstieg [...], dass es die Zielsetzung wäre, den Frieden in Stücke zu reißen. Und irgendwie, wie kann etwas in Stücke reißen, wie kann der Frieden in Stücke gerissen werden? Nun, indem man ein Institutionengefüge schafft, das keine Zuständigkeiten übernimmt und seine Verpflichtungen nicht auf effektive und effiziente Weise wahrnimmt, sondern das [die Umsetzung, Anm.] mit der Holzhammermethode angeht und indem man es nicht schafft, jene Räume und jene strukturellen Veränderungen zu generieren, die es ermöglichen würden, dass die Umsetzung des Abkommens auf nachhaltige Weise stattfinden kann.“<sup>130</sup>*

(Puentes Nizo 2022, Abs. 16)

Puentes Nizo schreckt dabei auch nicht davor zurück, die Tätigkeiten seiner eigenen Arbeitgeberin, der Agentur für Reinkorporation und Normalisierung (ARN), zu kritisieren und sie als einen weiteren Teil dieses Institutionengefüges zu betrachten, das zwar eingesetzt wurde, aber zu oft mit Kleinigkeiten aufgehalten wird; dem in administrativer Hinsicht Steine in den Weg gelegt werden, sodass die zentralen Aufgaben entweder gleich hintangestellt werden oder zumindest nicht in vollem Umfang umgesetzt werden können. Vor allem aber beklagt er die fehlende Kommunikation und Zusammenarbeit, um unnötige Doppel- bzw. Mehrgleisigkeiten im institutionellen Aufbau zu vermeiden, die die Abläufe nur verlangsamen. (vgl. Puentes Nizo 2022, Abs. 18ff., Abs. 38ff.) In ein ähnliches Horn stößt Luis Eduardo Celis, der vom Standpunkt einer NGO aus die mangelnde Integration zivilgesellschaftlicher Gruppen wie etwa der Stiftung PARES beklagt.

Celis:

*„[Es] ist Konsens, dass diese Regierung dem Abkommen gegenüber feindlich eingestellt war. Das heißt, also, denn das Abkommen hat eine komplexe Architektur, aber diese Regierung hat es auseinanderge-*

---

<sup>130</sup> Span. Original: „Pareciera que eso hace parte de la, de la muy mentada frase de hace algunos años cuando subió el gobierno de Iván Duque [...], que las apuestas eran hacer trizas la paz. Y un poco, ¿cómo se pueden hacer las trizas, las trizas la paz? Pues generando una institucionalidad que no da cuenta de las responsabilidades ni asume los compromisos de manera efectiva y eficiente, sino que, sencillamente, haciéndolo a las patadas de mala manera y no logrando generar, digamos, esos espacios o esos cambios estructurales para que se pueda dar esa implementación del Acuerdo de manera sostenible.“

*nommen. Auch deswegen war die Implementierung sehr schwierig und das sind die Dinge, die wir angeprangert haben, nicht, mit vielen anderen. Wir haben Druck ausgeübt, um zu sagen, dass das Abkommen letztendlich nicht erfüllt wird, wenn man es zerstört.*<sup>131</sup>

MK:

*„Das ist genau das, worauf ich hinauswollte, denn du hast, sagen wir, die Arbeit zwischen der NGO als Vertreterin der Zivilgesellschaft und der reinkorporierten Bevölkerung bzw. der Bevölkerung, die sich gerade im Prozess der Reinkorporation befindet, beschrieben. Aber wie sind die – oder, allgemeiner, gibt es überhaupt Verbindungen zur Regierung, zur Politik? Gibt es irgendeine Form der Zusammenarbeit?“*<sup>132</sup>

Celis:

*„Ja, nein. (...) Mit der Regierung sehr wenig, sehr, sehr begrenzt. Denn das ist eine Regierung, die sehr zurückhaltend war, wenn es darum ging, mit der Zivilgesellschaft zu sprechen, mit kritischen Stimmen, und wir sind eher eine kritische Stimme, nicht?“* [...] <sup>133</sup>

MK:

*„Aber wie kann das funktionieren? (...) Wenn ich für eine Organisation arbeite, für eine Einrichtung, die sehr aktiv an der Umsetzung eines Friedensprozesses beteiligt ist, die seit sechs Jahren läuft, und es gibt keine – oder nur eine sehr begrenzte – Zusammenarbeit mit der Regierung [...], sagen wir, kann man in einer solchen Situation überhaupt Entwicklung generieren?“*<sup>134</sup>

Celis:

*„Nein, das ist sehr schwierig. Also, ein so komplexes Thema würde große Anstrengungen erfordern, sowohl von der Regierung als auch von der Gesellschaft. Und viel Dialog, eine Menge Konsultationen. Aber mit dieser Regierung hat es eine Zäsur beim Dialog gegeben. Es gibt kein Vertrauen, es gibt keinen Willen, es gibt keinen Willen, sich zusammenzusetzen, und das zeigt auch, wie prekär die Implementierung bisher war. Mit anderen Worten, die wirkliche Umsetzung ist in sichtbaren Bereichen – wie der*

---

<sup>131</sup> Span. Original: „[Es] que ha sido un acuerdo que este gobierno ha sido un gobierno hostil al acuerdo. O sea, entonces, porque el Acuerdo tiene una arquitectura compleja, pero este gobierno ha ido desbaratando. Entonces también allá ha sido muy difícil la implementación y esas son las cosas que nosotros también hemos denunciado, no, con muchos otros. Hacerle [unv.] de presión, de decir que el Acuerdo no se cumple de manera acabándolo.”

<sup>132</sup> Span. Original: „Listo, a eso iba exactamente, porque tú describiste, digamos, el trabajo de la ONG como representante de la sociedad civil y los reincorporados o la población que está en estado de reincorporación. ¿Pero cómo son o hay, en general, lazos con el gobierno, con la política? ¿Hay alguna forma de cooperación?”

<sup>133</sup> Span. Original: „Sí, no. (...) Con este Gobierno Nacional muy poco, muy, muy limitado. Porque ha sido un gobierno muy reactivo [a] hablar con la sociedad civil, con voces críticas y somos más bien una voz crítica, ¿no? [...]”

<sup>134</sup> Span. Original: „Pero eso cómo puede funcionar entonces? (...) Si yo trabajo para una organización, para una entidad que está muy activamente involucrada en la implementación de un proceso de paz que se está desarrollando desde hace seis años y no, no hay cooperación – o muy limitada – con el Gobierno Nacional [...], digamos, ¿se puede general desarrollo en una situación así?”

*Frage des ländlichen Raums, der Frage der politischen Partizipation – sehr unausgegoren. Selbst bei der Reinkorporation ehemaliger Kämpfer gibt es noch viel zu tun.*<sup>135</sup>

(Celis 2022, Abs. 19ff.)

Senator Lozada fasst die Problematik so zusammen, wie sie schon von alias El Ingeniero aufgegriffen wurde, bleibt dabei aber etwas konsensualer.

*„Iván Duque präsentierte, sagen wir, eine, eine, eine öffentliche Politik, die sich „Frieden mit Legalität“ nannte und die (...) das Abkommen einerseits auf die Niederlegung der Waffen und andererseits auf die Reinkorporation reduzieren wollte, richtig, das, was man Reintegration nennt – wir verwenden eher den Begriff der Reinkorporation.*<sup>136</sup>

(Lozada 2022, Abs. 10)

Trotzdem ist der Senator vor allem mit Blick auf die damals kurz vor der Angelobung stehende neue Regierung unter Präsident Petro zuversichtlich, ja fast euphorisch, wenn es um die Erwartungen an die vollständige Umsetzung des Abkommens in allen seinen Teilen geht.

*„Wenn das Abkommen vollständig umgesetzt wird, beginnt in der kolumbianischen Gesellschaft ein Transformationsprozess, der wiederum eine Reihe von Prozessen in Gang setzen wird, die Kolumbien in eine völlig neue Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Gerechtigkeit, der Formulierung einer souveränen Politik in sehr sensiblen Bereichen wie den internationalen Beziehungen natürlich, aber auch in der Energiepolitik und in Umweltfragen führen werden [...].“<sup>137</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 8)

---

<sup>135</sup> Span. Original: „No, es muy difícil. O sea, un tema tan complejo requeriría de muchos esfuerzos, de gobierno y de sociedad. Y mucho diálogo, mucha concertación. Pero con este gobierno hay una ruptura en el diálogo. No hay confianza, no hay voluntad, no hay voluntad de sentarse, entonces, eso también muestra lo precario que ha sido la implementación. O sea, la implementación realmente, en los temas tú ves – el tema rural, el tema de participación política – hay mucho (unv.) desarrollo. Aún en la reincorporación de los excombatientes hay muchas cosas todavía por hacer.”

<sup>136</sup> Span. Original: „Iván Duque presentó, digamos, una, una, una política pública denominada “paz con legalidad” que quiso reducir el Acuerdo por un lado a la dejación de las armas y por el otro lado a la reincorporación, cierto, lo que se llama la reintegración – nosotros usamos más bien el concepto de la reincorporación.”

<sup>137</sup> Span. Original: „Si se implemente integralmente el Acuerdo la sociedad colombiana va iniciar un proceso de transformación que a su vez va desatar otra serie de procesos que llevarán a Colombia a un momento totalmente nuevo en materia de desarrollo económico, de justicia social, de formulación de políticas soberanas en temas muy sensibles como las relaciones internacionales obviamente, pero también en la política energética, en materia ambiental [...].”

Hans-Peter Knudsen wiederum weist darauf hin, dass es gar kein Geheimnis sei, dass der spätere Präsident Duque von Anfang an kein Freund der Annäherung und in weiterer Folge des Abkommens mit den FARC gewesen sei – unterstreicht aber auch der Tatsache, dass er während seiner Präsidentschaft immer streng im konstitutionellen Rahmen gehandelt hat und alle Schritte auf Basis der gültigen Rechtslage erfolgt seien. Eine von Duque als Senator angestrebte Klage gegen die vom Abkommen vorgesehene Sonderjustiz für den Frieden verlor er. Die Sonderjustiz sei schlussendlich wie vereinbart umgesetzt worden. Knudsen verkennt dabei jedoch, dass es nicht die Aufgabe der Regierung sein konnte, ein beschlossenes und bereits in der Umsetzung befindliches Paket vollständig aufzuschnüren, um einzelne Bestandteile davon weiteren juristischen Prüfungen zu unterziehen. Die Langfristigkeit, auf die der gesamte Prozess der Reinkorporation in ein ziviles Leben ausgerichtet ist, sollte sich durch eine andauernde Begleitung und nicht durch eine Verzögerung im Beschluss der notwendigen legislativen Grundlagen ergeben.



*„Präsident Duque hat während seiner gesamten Zeit als Senator – und er war ein Verteidiger des „Nein“ zum Friedensabkommen – aber er hat während seiner gesamten Zeit als Senator immer erklärt, warum er damit nicht einverstanden sein konnte und was seine zutiefst rechtlich und ethisch verankerten Argumente dagegen waren. Und das stand ihm als Senator auch zu, richtig? Als er dann für die Präsidentschaft kandidierte, hat Iván Duque (...) weiterhin seine Gründe dargelegt, seine Argumente angeführt und versprochen, dass er, falls er die Präsidentschaftswahlen gewinnen sollte, diese Fragen den zuständigen Institutionen, die es in Kolumbien dafür gibt, vorlegen würde, um zu argumentieren, warum er nicht zustimmt, und im Falle, dass ihm die Institutionen zustimmen würde, die notwendigen Anpassungen vornehmen würde. Als er dann zum Präsidenten gewählt wird und sein Amt antritt, tut er genau das, was er als Senator gesagt hatte und was er als Kandidat gesagt hatte, als Kandidat übrigens, der von der Mehrheit gewählt wurde [...]. [Und] ich glaube, dass das sehr wichtig ist [...], Präsident Duque beginnt, das Friedensabkommen umzusetzen, aber er beginnt auch, seine Unstimmigkeiten zu bearbeiten. Und er bearbeitet sie im Rahmen des Institutionengefüges. [...] Aber um auf die Frage zu antworten, ob die Regierung – und in den letzten Jahren ist es nur eine, nämlich die von Duque – das Abkommen umgesetzt hat, glaube ich, dass sie das getan hat.“<sup>138</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 12)

Wenn man es nicht besser wüsste, würde man wohl kaum davon ausgehen, dass alle hier zu Wort kommenden Personen vom selben Land, von derselben Regierung und von derselben Politik sprechen. Auf der einen Seite steht Hans-Peter Knudsen und betont den streng konstitutionellen Zugang, mit dem der Senator und spätere Präsident lediglich sein Recht ausgeübt habe, seine Zweifel im Rahmen der Gesetzmäßigkeit überprüfen und allenfalls juristisch bestätigen zu lassen. Er unterstreicht dabei mehr als einmal, wie wichtig es sei, dass das in Kolumbien in dieser Form überhaupt möglich ist. Das zeige demnach, dass das Land über starke und robuste Institutionen verfüge, die unabhängige Entscheidungen treffen und dem Präsidenten in seinen Ansichten entweder folgen oder diese ablehnen. Dabei wird impliziert, dass ein Präsident in einer präsidentiellen Republik wie Kolumbien sich auch über die Entscheidungen der Institutionen hinwegsetzen könnte, um

---

<sup>138</sup> Span. Original: „El presidente Duque durante todo su tiempo como senador de la República – él era un defensor del “No” por el Acuerdo de Paz – pero durante todo su tiempo como senador de la República expresó porqué no estaba de acuerdo y cuáles eran sus argumentos fundamentalmente jurídicos y éticos. Y lo hizo en su condición válida de senador, ¿cierto? Cuando fue candidato a la presidencia de la República, Iván Duque siguió manifestando sus razones, dando sus argumentos y prometiendo que si él ganaba la presidencia de la República iba a someter esos cuestionamientos a los canales institucionales que en Colombia hay para argumentar porqué no estaba de acuerdo y en caso de que la institucionalidad estuviera de acuerdo con él implementar los ajustes del caso. Cuando es elegido presidente y se posesiona hace exactamente lo que había dicho como senador y lo que había dicho como candidato, como candidato, entre otras, que fue elegido por la mayoría. [...] [Y] creo que esto es muy importante [...], el presidente Duque empieza a implementar el Acuerdo de Paz, pero empieza a tramitar también sus desacuerdos. Y los tramita en el marco de la institucionalidad. [...] Pero yo sí, frente a la inquietud de si el gobierno – y en los últimos años, pues es solo uno, el de Duque – ha implementado el acuerdo, yo creo que sí.”

seine Ansichten – in diesem Fall gegen das Abkommen – politisch durchzusetzen. (vgl. Knudsen 2022, Abs. 8) Aus den Kommentaren von ARN-Mitarbeiter Puentes und Senator Lozada lässt sich herauslesen, dass es freilich ein Institutionengefüge gibt, es allerdings unorganisiert und aufgebläht sei. Es komme seinen eigentlichen Aufgaben nicht oder nur unzureichend und jedenfalls zu langsam nach. Ein Institutionengefüge, das unter den herrschenden politischen Prämissen gleichsam als Waffe gegen seine eigene Funktionstüchtigkeit eingesetzt und missbraucht wird. Celis' Kommentare zum fehlenden Austausch mit der Zivilgesellschaft runden ein von Gegensätzlichkeit geprägtes Bild noch ab.

Das Schlimme ist nun, dass alle drei – Knudsen, Lozada und Puentes – Recht haben. Dem Senator ist in seiner grundsätzlichen Zuversicht hinsichtlich der potentiellen Wirkung des Abkommens und den noch zu erwartenden Veränderungen in der Gesellschaft, wohl schlicht zuzustimmen. Das Abkommen ist und bleibt ein großer Wurf, trotz aller (berechtigten) Kritik. Es beinhaltet Abmachungen, Regelungen und Pläne für größere Reformen, die für die politische Situation in Kolumbien als revolutionär bezeichnet werden können und in denen das Potential steckt, bisher kaum denkbare Veränderungen im Land anzustoßen. Das ist nicht gleichbedeutend mit dem Umbau des Staates hin zu einer sozialistischen Gesellschaft (auch wenn das von konservativer Seite mit Verweis auf den Sozialismus Venezuelas immer wieder als Schreckgespenst in den Raum gestellt wurde), wahrscheinlich nicht einmal zu einer sozialdemokratischen im europäischen Sinne – was aber zählt ist, dass überhaupt etwas angestoßen wurde. Bis all diese Ideen, die zum Ziel haben, die gesellschaftliche Ungleichheit als potentielle Basis weiterer Konflikte zu beseitigen (Landbesitz, politische Mitbestimmung, aus jüngerer Zeit auch ethnische und Gender-Themen), wirklich Früchte tragen können, braucht es, gerade in Kolumbien, viel Zeit. Jene, die entsprechende Projekte als Aktivisten oder politische Entscheidungsträger voranbringen wollen, stehen vor immensen Herausforderungen. Die Gefahr, dass wesentliche Reformen und politische Prozesse aus politischem Unwillen und/oder durch Korruption hintangehalten oder sogar zu Fall gebracht werden, ist gegeben und sie ist nicht zu unterschätzen – gleichzeitig war sie wohl auch noch nie so klein wie jetzt.

Auf einer ganz oberflächlichen Ebene ist auch Knudsen und seinem Verweis auf die starke kolumbianische Institutionalität Recht zu geben. Denn ohne stark verankertes Institutionengefüge wäre wohl das gesamte Vorhaben schon längst gescheitert und wäre eine Diskussion wie diese nur noch theoretische Makulatur mit viel Konjunktiv. Kolumbien verfügt über ein etabliertes und mehr als

gut ausgebautes Institutionengefüge. Wenn man etwas stärker beginnt, am Lack zu kratzen, muss man feststellen, dass die kolumbianischen Institutionen wohl vielfach an diesen vermeintlichen Vorzügen – also der Vielzahl, der Größe und dem starken Selbstverständnis dieser Institutionen – scheitern. Das Gefüge ist stellenweise einfach zu groß, der Apparat (zu) aufgebläht, die eine Hand weiß oft nicht, was die andere tut. Das führt mitunter dazu, dass widersprüchliche Anordnungen erlassen werden und darüber gestritten wird, welche der Institutionen in einer Causa auf Basis welcher Kompetenzen welche Entscheidungen treffen können. Zig Behördenleiter verschiedener Ebenen treten in der Öffentlichkeit auf und tun ihre Meinung kund. Es ist aber nicht abzustreiten, dass ein dichtes Institutionengefüge auch eine Stärke ist, ein Qualitätsmerkmal demokratischer Entwicklung. Die Tatsache, dass es auf Basis einer Verfassung an sich für alles Regeln und Abläufe gibt, ist positiv zu bewerten. Man muss unweigerlich an den österreichischen Bundespräsidenten Van der Bellen denken, der im Zuge der politischen Turbulenzen in der österreichischen Bundesregierung im Jahr 2019 immer wieder die „Schönheit der österreichischen Bundesverfassung“ betont hat. Er unterstrich damit, dass die Vorkommnisse rund um Minister-Abberufungen, Misstrauensvoten und Übergangskabinette für österreichische Verhältnisse zwar eine seltene Sondersituation darstellten, in der Bundesverfassung für all das aber Vorsorge getroffen und explizite Abläufe festgelegt wurden.

Was wiederum zu Puentes und gewissermaßen auch zu Celis führt. Was bringen starke Institutionen, wenn sie sich in ihrem Operationsfeld nicht voll entfalten können? Wenn sie nicht zu Rate gezogen werden und ihren Aufgaben nicht nachkommen können? Was bringt es auf der anderen Seite, im Zuge der Umsetzung des Abkommens, Dutzende neue Institutionen und Behörden zu kreieren, wenn sie nicht mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden? Was bringt es auf diese Weise detailreich differenziertes Institutionengefüge, wenn es schlecht oder gar nicht koordiniert wird? Genau genommen unterstellt Puentes der Regierung Duque eiskalte Perfidität, wenn man bei alledem von Absicht ausgeht. Dann wäre es nicht politische Unfähigkeit, sondern eine bewusste Strategie, die Implementierung des Abkommens zu verlangsamen – alles unter dem Deckmantel des berechtigten oppositionellen Zweifels und des Zugangs der konstitutionellen Gesetzmäßigkeit. Selbst so eine Strategie würde nicht die Aussagen über die Vorzüge eines dichten Institutionengefüges entkräften. Die Verantwortung dafür ist aber nicht in den Institutionen zu suchen. Die Ineffizienz wird durch das Vorgehen der Politik letztlich maximal ausgenutzt – derselben Politik, die auch daran arbeiten könnte, sie zu beseitigen. Missbrauch kann es immer geben.

*„[Eine] der Schwierigkeiten des kolumbianischen Staates ist gerade die fehlende Koordination, wenn man so will, bis hin zur Doppelung von Funktionen und Aufgaben vieler Institutionen. Der Vorschlag im Abkommen zur Schaffung einer Nationalen Kommission für Sicherheitsgarantien sieht genau vor, alle Institutionen, die mit der Sicherheit, dem Territorium der Gemeinschaften der Unterzeichner des Friedens, dem Institutionengefüge und der Justiz zu tun haben, zusammenzubringen und sie im Rahmen von Plänen zu synchronisieren, die, sagen wir, eine wesentlich robustere Präsenz des Staates in den Territorien ermöglichen sollte. Diese Regierung hat sich geweigert, diesen Schritt umzuse-/ zu gehen und hat eine Reihe von Plänen geschaffen, in der offenbar dasselbe Institutionengefüge enthalten ist, das auch in der Kommission für Sicherheitsgarantien vertreten sein sollte, aber unter Entfernung eines zentralen und entscheidenden Elements, das der Kern des Abkommens zu diesem Thema war, und das war die Beteiligung der Gemeinschaften, die Beteiligung der sozialen Organisationen an der Konstruktion dieser öffentlichen Politiken für die Sicherheit und für das Territorium. Der Staat hat [also, Anm.] angeblich Treffen mit den Leitern dieser Kräfte und Institutionen abgehalten (...), aber eher, um der Verantwortung für die Einrichtung dieser Nationalen Kommission auszuweichen als mit dem realen Willen, eine öffentliche Politik zu schaffen, die zur Stabilisierung des Friedens auf dem gesamten Territorium beiträgt.“<sup>139</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 16)

Am Ende stellt sich für den forschenden Beobachter dieser Konstellation das Problem der unterschiedlichen Gewichtung in der Interpretation. Letztlich liegen die Unterschiede nicht in der Sache selbst, sondern in den Blickwinkeln, aus deren Unterschiedlichkeit heraus um des Kaisers Bart gestritten wird. Natürlich wäre es einfach zu sagen: So ist die Politik nun einmal. Bei allem, was gesagt und getan wird, geht es darum, die eigenen Sichtweisen zu positionieren und dadurch gesichtswahrend auszusteigen. In diesem Fall jedoch geht es nicht einfach um politisches Geplänkel, sondern um entscheidende Weichenstellungen. Die bittere Pille ist hier die Erkenntnis, dass selbst bei diesen Thematiken zugunsten politischer Oberflächlichkeiten und zulasten der unmittelbaren Wirkmächtigkeit des Abkommens, letztlich also auf dem Rücken der Betroffenen agiert wird. Das

---

<sup>139</sup> Span. Original: „[Una] de las dificultades que tiene el estado colombiano es precisamente la descoordinación, si se quiere, hasta la duplicidad de funciones y tareas de muchas instituciones. El Acuerdo como cuando planteaba la creación de la Comisión Nacional de Garantías de Seguridad es, precisamente, coger toda esa institucionalidad que tiene que ver con la seguridad, el territorio de las comunidades de los firmantes de la paz, la institucionalidad y la justicia y sincronizarla bajo unos planes que permitieran, digamos, que la presencia del estado fuera mucho más robusta en los territorios. Este gobierno se negó a imple-/ a dar ese paso y en cambio creó una serie de planes donde aparentemente está la misma institucionalidad que debería estar en la Comisión de Garantías de Seguridad, pero quitándole un elemento que ahí era central y decisivo que era la esencia del Acuerdo en ese tema y era la participación de las comunidades, la participación de organizaciones sociales dentro de la construcción de esas políticas públicas para la seguridad y el territorio. [Entonces, Anm.], el estado lo que hizo fue, supuestamente, reuniones con los jefes de esos poderes, de esas instituciones (...), pero más como una forma de evadir esa responsabilidad de crear esa Comisión Nacional que con las ganas realmente de generar política pública que ayudara a estabilizar la paz en el territorio.“

sind im engeren Sinne die Demobilisierten und Reinkorporierten, in einem weiteren Sinne alle, die mit diesen Gruppen direkt in Verbindung stehen, und im weitesten Sinne das ganze Volk.

Es gibt also ein Abkommen, das wichtige politische Grundlagen schafft. Es gibt ein Institutionengefüge, das gar nicht so schlecht ist und das auf Basis des Abkommens noch weiter vergrößert und spezialisiert wird; das aber gleichzeitig durch politische Trägheit und mutmaßlich aus reinem Kalkül heraus in seiner Arbeit behindert wird. Eine leider nicht sehr hoffnungsvolle Anamnese.

### **5.3 Schlaglichter auf die Umsetzung – drei beispielhaft ausgewählte inhaltliche Säulen**

Im nun folgenden Abschnitt soll der Blick nun auf drei große inhaltliche Säulen gerichtet werden, die Kernelemente des Friedensbildungsprozesses in Kolumbien sind oder sein sollten: Die **juristische Säule**, bei der es vor allem um die Rolle der kolumbianischen Generalprokuratur im Institutionengefüge sowie um Fragen zur Sonderjustiz für den Frieden geht – hier wird vor allem auch auf die Erkenntnisse aus dem Interview mit dem zuständigen Generalprokuratur Acosta Aristizabal zurückgegriffen; die **Säule der Reintegration bzw. Reinkorporation** in ein ziviles Leben, wobei kurz die Unterschiede zwischen den Programmen hinter den beiden Schlagwörtern erläutert werden und anhand der Erkenntnisse aus den Interviews mit Puentes Nizo und Flórez beispielhafte Problemstellungen in der praktischen Umsetzung beleuchtet werden; sowie die **Säule der politischen Partizipation** als wesentlichem Teil der Umsetzung des Abkommens, wobei es vor allem um die Umwandlung der demobilisierten FARC in eine politische Partei geht.

#### **5.3.1 Die juristische Säule**

##### **5.3.1.1 Die Übergangsjustiz und das Problem der Straffreiheit**

Die juristische Aufarbeitung eines internen Konflikts ist ein elementarer Bestandteil jeden Versuchs, einen dauerhaften Frieden aufzubauen. Schließlich geht es darum, dass ein Konflikt nicht nur in seiner politischen Dimension aufgearbeitet wird, auch der Gerechtigkeit muss genüge getan werden. (vgl. Muggah 2013, S. 33) Die ordentliche Justiz hat vor allem dann ein Problem, wenn

der Staat selbst Partei im Konflikt ist und durch jedwede Art der (versuchten) politischen Einflussnahme oder Steuerung der staatlichen Institutionen der Anschein entstehen könnte, dass die Justiz ihre Unabhängigkeit verliert. Die juristischen Fragen rund um die Wiedereingliederung ehemaliger Revolutionäre und danach, wie mit den im Zuge der Auseinandersetzung verübten Verbrechen juristisch umgegangen werden kann und soll sind daher entscheidend für Erfolg oder Misserfolg eines Friedensbildungsprozesses. Ein beliebtes Instrument, um diese heiklen Fragen gleichzeitig zu entschärfen und zu umgehen, sind Amnestiegesetze. Die Zusicherung des Staates, auf die juristische Verfolgung von konfliktbezogenen Straftaten zu verzichten, wenn im Abtausch dafür der bewaffnete Kampf eingestellt wird. Amnestien sind ein einfaches Mittel, das Recht als Säule des Friedensbauwerks zwar zu positionieren, die Säule gleichzeitig aber hohl zu lassen. Andererseits bergen zu umfangreiche Amnestien für besonders schlimme Verbrechen im Hinblick auf Themen wie Gerechtigkeit und Versöhnung große Gefahren. Gerade auch in einem Land wie Kolumbien, das von großen ökonomischen Ungleichheiten und Armut geprägt ist, kann bei zu viel Entgegenkommen auch Neid in der Bevölkerung entstehen oder das Potenzial zu solchen Empfindungen von oppositionellen politischen Kräften zumindest ausgenutzt werden. (vgl. Nussio 2009, S. 223) Obwohl die Bestimmung von Art und Umfang des Entgegenkommens zunächst eine politische Entscheidung ist, ist es am Ende die Justiz, die im Zweifel über deren Gesetzmäßigkeit oder über Streitfälle entscheiden muss. Der politisch-juristische Rahmen der Umsetzung des Friedensabkommens mit den FARC entscheidet daher auch maßgeblich über den Grad der sozialen Akzeptanz des gesamten Friedensbildungsprozesses. (vgl. Nussio 2009, S. 222) Das Problem an Amnestien ist, dass der Begriff eigentlich falsch verwendet wird, was gemeinhin zu Verwirrung führt. Denn eine Amnestie ist eigentlich ein „durch ein besonderes Gesetz verfügter Straferlass“<sup>140</sup> oder eine Strafmilderung, die aber nur dann gewährt werden kann, wenn es schon eine rechtskräftige Verurteilung gibt. (vgl. Djuli und Stange 2017, S. 106) Was oft unter Amnestie zusammengefasst wird, also der Verzicht auf eine Strafverfolgung, ist also eigentlich Straffreiheit, die aber angesichts schwerster Verbrechen, auch gegen die Menschenrechte, juristisch unmöglich ist, auch zugunsten des Friedens. Vor allem Verstöße gegen die Menschenrechte sind in jedem Fall zu ahnden und können nicht unter Regelungen von Straffreiheit oder Amnestien jeglicher Art fallen – das hält auch der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte in mehreren Erkenntnissen fest. (vgl. Suárez und Jaramillo 2016, S. 302; vgl. Suárez und Rueda 2016, S. 363)

---

<sup>140</sup> Dudenredaktion (o.J.): „Amnestie“ auf Duden online. – online, <https://www.duden.de/node/5549/revision/1416402> (zuletzt abgerufen am 03.08.2023)

Es entsteht also ein Knoten: Auf der einen Seite stehen Fragen der Amnestie und Straffreiheit, die oft eine Grundforderung für den Eintritt in Verhandlungen sind, mitunter aber notwendig sind, um etwa einer späteren politischen Partizipation ehemaliger Kämpfer nicht von vornherein einen juristischen Riegel vorzuschieben. Auf der anderen Seite steht das Spannungsfeld aus Gerechtigkeit und rechtlicher Genugtuung durch die volle Härte der Justiz. Aber weder absolute Amnestien noch das totale Recht sind möglich – es ist ein wesentlicher Bestandteil jedes Friedensbildungsprozesses, dass von maximalistischen Forderungen von allen Beteiligten Abstand genommen wird. Das bedingt vor allem aufseiten des Staates, die Justiz nicht als Instrument retributiver Machtausübung zu betrachten, die hohe Gefängnisstrafen als abschreckende Exempel ansieht. Vielmehr muss die Justiz und müssen Strafen und Verurteilungen als Komponenten des Friedensbildungsprozesses im Sinne von Resozialisierung, Reinkorporation und Prävention gesehen werden. (vgl. Muñoz 2018, S. 197; vgl. Suárez und Rueda 2016, S. 362) Das kann die ordentliche Gerichtsbarkeit aber nicht unbedingt leisten, da es für sie vor allem im strafrechtlichen Bereich oft nur sehr wenig Spielraum gibt, um auf die besonderen Umstände der Aufarbeitung einer Konfliktsituation einzugehen. Es wird also versucht, den Knoten durch die Schaffung einer Sonderjustiz oder Übergangsjustiz zumindest zu umgehen. Eine solche Sonderjustiz gleicht der Verkörperung eines juristischen Ausnahmezustands, indem per Gesetz eine Institution gegründet wird, die per se außerhalb des ordentlichen Rechtsrahmens steht. Ihre Aufgaben können dabei, müssen aber nicht ausschließlich strafrechtlicher Natur sein. „[Die] Übergangsjustiz versucht nach langen Konfliktperioden, Räume für die Wahrheit und die Feststellung von Verantwortlichkeiten zu schaffen, um Versöhnung zu erreichen.“ (Stromseth 2015, S. 573 – zit. n. Gago Antón 2016, S. 33).

„Auf dem Gebiet der Übergangsjustiz ist es nicht möglich, eine totale Gerechtigkeit in Betracht zu ziehen; es gibt (vielmehr einen, Anm.) Raum für das, was in diesem Feld als Spielraum für Straffreiheit bekannt ist, was den Verzicht auf einen retributiven Fokus der Justiz, auf das Streben nach langen Strafen und auf die ausschließliche Verbüßung von Strafen durch Freiheitsentzug in einer Haftanstalt erfordert. Die Bestrebungen nach der totalen Gerechtigkeit werden zugunsten des höchsten Gutes und Grundrechts auf Frieden aufgegeben“.<sup>141</sup> (Muñoz 2018, S. 197). Eine grundsätzliche Entscheidung, die bereits vor Beginn der Verhandlungen mit den FARC beschlossen

---

<sup>141</sup> Span. Original: „En el campo de la justicia transicional no es posible considerar una justicia total, hay espacio para lo que se conoce en ese ámbito como un margen de impunidad, que exige ceder en el enfoque retributivo de la justicia, en las aspiraciones a largas condenas y en cumplir las penas exclusivamente con la privación de la libertad en establecimiento carcelario. Se renuncia a las aspiraciones de justicia total en favor del bien supremo y derecho fundamental de la Paz”.

wurde, ist für das Verständnis der kolumbianischen Sonderjustiz hervorzuheben. Um eine komplette Überlastung der Justiz zu verhindern und gleichzeitig jenen Spielraum für Straffreiheit zu kreieren, der zu einem Teil der Verhandlungsmasse werden sollte, schuf der Kongress mit dem legislativen Akt Nr. 1 von 2012 den sogenannten juristischen Rahmen für den Frieden. Darin wird festgehalten, dass der Kongress auf Vorschlag der Regierung mittels Verfassungsgesetz „Auswahlkriterien festlegen (kann, Anm.), die es erlauben, die Bemühungen zur strafrechtlichen Verfolgung auf die Hauptverantwortlichen aller Verbrechen zu konzentrieren, die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord oder systematisch begangene Kriegsverbrechen angesehen werden können; die Fälle, Voraussetzungen und Bedingungen festzulegen, in denen die Aussetzung der Strafvollstreckung angemessen wäre; die Fälle festzulegen, in denen die Anwendung von außergerichtlichen Sanktionen, alternativen Strafen oder speziellen Modalitäten der Strafvollstreckung und des Strafvollzugs zulässig sind; und den bedingten Verzicht auf die Strafverfolgung in allen davon ausgenommenen Fällen zu genehmigen.“<sup>142</sup> (Congreso de la República 2012, S. 1). Diese Bestimmung bedeutet nichts anderes als eine Beschränkung des strafrechtlichen Handlungsraumes der Übergangsjustiz auf die Köpfe oder Befehlsgeber der schwersten Verbrechen des bewaffneten Konflikts. Dadurch tritt der Staat von einer maximalistischen Forderung nach der totalen justiziellen Härte zurück und ermöglicht einen rechtlichen Spielraum für alternative Strafformen unter Ausschluss der schwersten Verbrechen, zu deren Untersuchung und Sanktionierung sich Kolumbien im Sinne des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes völkerrechtlich verpflichtet hat. Der Internationale Strafgerichtshof hat in Stellungnahmen zudem festgehalten, dass die Möglichkeit einer selbsttätigen Intervention durch den Gerichtshof bestünde, hielte Kolumbien diese Verpflichtung nicht ein. (vgl. Suárez und Rueda 2016, S. 361) Die damalige Chefanklägerin des Gerichtshofes weist sogar gesondert darauf hin, „dass die Mechanismen einer Übergangsjustiz zwar für die Friedensbildung geeignet sind, die ergriffenen Maßnahmen jedoch durch eine Reihe weiterer Schritte ergänzt werden müssen, die es erlauben, jeden Anschein von Straffreiheit im Prozess zu vermeiden“.<sup>143</sup> (Suárez und Rueda 2016, S. 362).

---

<sup>142</sup> Span. Original: „(...) determinar criterios de selección que permitan centrar los esfuerzos en la investigación penal de los máximos responsables de todos los delitos que adquieran la connotación de crímenes de lesa humanidad, genocidio, o crímenes de guerra cometidos de manera sistemática; establecer los casos, requisitos y condiciones en los que procedería la suspensión de la ejecución de la pena; establecer los casos en los que proceda la aplicación de sanciones extrajudiciales, de penas alternativas, o de modalidades especiales de ejecución y cumplimiento de la pena; y autorizar la renuncia condicionada a la persecución judicial penal de todos los casos no seleccionados.”

<sup>143</sup> Span. Original: „(...) que si bien los mecanismos de justicia transicional son adecuados para la construcción de paz, las acciones tomadas deben ser complementadas con una serie de medidas que permitan quitar todo halo de impunidad al proceso adelantado”.



Im selben legislativen Akt wird auch bestimmt, dass der Kongress, ebenfalls mittels Verfassungsgesetz, festlegen kann, welche Straftaten als politische Straftaten zu betrachten wären, da solche Straftaten unter der Überlegung der politischen Immunität von Amtsträgern nicht dazu geeignet wären, die betroffenen Personen von der Ausübung politischer Ämter auszuschließen, was bei strafrechtlichen Verurteilungen in Kolumbien für gewöhnlich automatisch passiert. Explizit ausgeschlossen von der Einstufung als politische Straftat bleiben dabei jedoch die oben genannten besonders schweren Verbrechen. (vgl. Congreso de la República 2012, S. 2) Das ist insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit der politischen Partizipation ehemaliger FARC-Kämpfer wichtig. Die Crux daran ist aber, dass der Beschluss nicht näher festlegt, nach welchen juristischen Grundsätzen die Kriterien vom Kongress festzulegen sind, nach denen Straftaten als politisch eingestuft werden können. Der Beschluss schließt lediglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus, geht aber nicht eindeutig auf weitere Bestimmungen des Humanitären Völkerrechts bzw. des Völkerstrafrechts ein. Das bedeutet in der Theorie, dass „es durchaus möglich wäre, jeden einer Begnadigung zuzuführen, der zum Beispiel im Laufe des bewaffneten Konflikts Angehörige der Zivilbevölkerung getötet hat, eine Situation, die für die Opfer unter keinen Umständen angemessen ist, die durch den Rechtsakt aber auch nicht verboten ist.“<sup>144</sup> (Suárez und Rueda 2016, S. 354). Die Aussage erfolgt im Wesentlichen mit Verweis darauf, dass auch das Kriegsvölkerrecht im Sinne des Rechts im Krieg Teil des humanitären Völkerrechts ist. Im Sinne des Kriegsvölkerrechts soll im Kriegsfall das Leid der Zivilbevölkerung auf ein unbedingt notwendiges Ausmaß reduziert werden. Wird in einem Rechtsakt aber etwa Mord an Zivilisten nicht ebenso explizit von der Kategorisierung als politischer Straftat ausgeschlossen wie die zuvor genannten schweren Verbrechen, könnte der Kongress unter Verweis auf das Kriegsvölkerrecht ein juristisches Schlupfloch installieren, dass vor allem dem Recht der Opfer auf Gerechtigkeit zuwiderlaufen würde.

#### 5.3.1.2 Die Generalprokuratur als Überwachungsorgan „sui generis“

Nun würde man natürlich hoffen oder annehmen, dass die Installation eines solchen Schlupfloches durch das Parlament nicht passieren würde – entweder, weil der zugrundeliegende Rechtsakt noch abgeändert werden würde oder, weil das konkrete Verfassungsgesetz, das ja gemäß Bestimmung beschlossen werden müsste, dieses potentielle juristische Loch stopfen würde. Beide Annahmen

---

<sup>144</sup> Span. Original: „(...) cabría perfectamente conceder un indulto, por ejemplo, a quien haya asesinado a miembros de la población civil en desarrollo del conflicto armado, situación que a todas luces no resulta conveniente para las víctimas, pero que no se prohíbe en el acto legislativo.“

basieren aber auf der Erwartung einer gewissen „politischen Grundvernunft“, die in Kolumbien nicht immer in einem Ausmaß gegeben ist, wie man es sich von einem europäischen Standpunkt aus von entwickelten Demokratien erwarten würde. An diesem Punkt könnte daher auch die Generalprokuratur tätig werden. Die Generalprokuratur nimmt im kolumbianischen Institutionengefüge eine womöglich weltweit einzigartige Sonderstellung ein und könnte daher gewissermaßen als „Behörde sui generis“ bezeichnet werden. Diese Sonderstellung zu erkennen ist manchmal etwas kompliziert. Sie wird aber beim Zusammenspiel der Institutionen im Kontext der Umsetzung des Friedensabkommens sowie bei der Kontrolle und Begutachtung der Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen eklatant.

Auch in Österreich gibt es eine Generalprokuratur, die allerdings – außer unter Juristen – wohl kaum jemandem bekannt ist. Die österreichische Generalprokuratur ist eine beim Obersten Gerichtshof angesiedelte Kontrollinstanz bei Strafverfahren, die im Interesse der sogenannten Rechtspflege an den letztinstanzlichen Verfahren vor dem Gerichtshof mitwirkt. „Die Generalprokuratur ist die höchste Staatsanwaltschaft der Republik. Sie tritt im Strafverfahren nicht als Ankläger, sondern als Rechtswahrer und Initiator der Rechtsprechung auf.“ (Generalprokuratur o.J., online). Es ist daher ihre Aufgabe, in strafrechtlichen Verfahren sicherzustellen, dass bei allen Verfahrensschritten und Urteilen gesetzeskonform gehandelt wurde. Damit ist die Generalprokuratur in Österreich aber Teil des Justizsystems und auch nur im juristischen Rahmen tätig. Anders in Kolumbien. Die kolumbianische Generalprokuratur ist gleichsam die Spitzenbehörde der gesamten „öffentlichen Hand“ und damit die zentrale Behörde zur Wahrung der Gesetzeskonformität und des Rechts auf allen Ebenen. Sie wirkt damit nicht nur in der höchstgerichtlichen Rechtspflege, sondern im Interesse der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit auch als eine Art Anklagebehörde, gleichsam „innere Staatsanwaltschaft“ auf der einen Seite und Vertreterin der Allgemeinheit vor Recht und Staat auf der anderen Seite. Der Rechtsschutz des einzelnen Betroffenen im juristischen Sinne gehört freilich auch in Österreich zu den Aufgaben der Generalprokuratur. Anders als hierzulande nimmt die kolumbianische Generalprokuratur aber auch eine politische Funktion ein. So wird ihre Leitung etwa auch vom Senat, dem Oberhaus des Kongresses, bestellt. Wenn es um den Schutz des einzelnen Betroffenen vor rechtlichen Fehleinschätzungen oder nachteiligen Beschlüssen der öffentlichen Verwaltung geht, denkt man in Österreich zunächst an die Volksanwaltschaft. Diese wird in Österreich vom Parlament beschickt und ist dem Nationalrat gegenüber direkt berichtspflichtig. Der Fokus der österreichischen Volksanwaltschaft liegt auf Verwaltungs-

verfahren. Ihre rechtswahrende Aufgabe besteht daher darin, einzelne betroffene Bürger zu vertreten und einen festgestellten rechtlichen Missstand, dem Parlament zur Kenntnis zu bringen, auf dass dieses ihn durch Gesetzesänderung beseitige. Auch Kolumbien kennt die Einrichtung einer Volksanwaltschaft, allerdings ist diese dort der Generalprokuratur administrativ untergeordnet. Die kolumbianische Volksanwaltschaft setzt ihren rechtlichen Fokus auf die Wahrung der Menschenrechte und ist insofern ebenfalls eine politische Institution, als dass ihre Leitung vom Repräsentantenhaus, dem Unterhaus des Kongresses, bestellt wird. Ansonsten gleicht die Funktion der kolumbianischen Volksanwaltschaft jener der österreichischen durchaus. Die Berichterstattung gegenüber der Legislative erfolgt in aller Regel jedoch durch die Generalprokuratur als übergeordneter Instanz.

*„Die kolumbianische Generalprokuratur ist eine Institution, deren Aufgabe es ist, die verfassungsmäßigen Grundrechte aller Kolumbianer zu schützen und zu garantieren und in diesem Sinne hat sie drei grundlegende Funktionen: Eine Aufgabe ist die der Prävention vor der Verletzung von Rechten; eine weitere ist die der disziplinarischen Korrektur oder der disziplinarischen Sanktionierung und die andere ist jene der Intervention in allen Prozessen gerichtlichen Charakters, die jener Bereich sind, in dem ich mich befinde. Diese Intervention erklärt sich aus dem Blickwinkel eines Prozesses heraus, der heute gesehen wird – ursprünglich war [unv.] der Ankläger oder Staatsanwalt – heute versteht sie sich [die Generalprokuratur, Anm.] als Vertreterin der Gesellschaft und Vertreterin derjenigen, die in einem Prozess ihre Rechte in individuellem oder kollektivem Sinn einer Beeinträchtigung ausgesetzt sehen, nicht, weil die Richter nicht dazu aufgerufen wären, diese Arbeit zu erledigen, sondern weil der Prozess schließlich, so wie er konzipiert ist, sehr einseitig auf die Interessen der Parteien ausgerichtet ist und nicht auf die Interessen dessen, was darüber hinausgeht.“<sup>145</sup>*

(Acosta Aristizabal 2022, Abs. 4)

Das, was über den Bereich des rein Prozessualen, was von einem Richter entschieden werden kann, hinausgeht, ist jener Bereich der Rechtspflege und der Rechtswahrung, für dessen Überwachung die Generalprokuratur verantwortlich ist. Interessant dabei ist, dass Acosta die Rolle der

---

<sup>145</sup> Span. Original: „La Procuraduría General de Colombia es una institución que tiene una misión de guarda y garantía de los derechos fundamentales constitucionales de todos los colombianos y en ese sentido tiene tres funciones básicas: Una función que es de prevención [unv.] afectación de derechos; la otra es de corrección disciplinaria o de sanción/sancionatoria disciplinaria y la otra que es la de intervención en todos los procesos de carácter judicial que es donde yo me encuentro. Esa intervención se explica desde la óptica de un proceso visto hoy en día – inicialmente hacía [unv.] de acusador o de persecutor – hoy en día es un representante de la sociedad y un representante de quienes dentro del proceso pueden ver expuestos sus derechos en términos de afectaciones individuales o colectivas, no porque los jueces no estén llamados a hacer esa labor sino porque finalmente el proceso tal y como está concebido está muy sesgado a los intereses de partes y no a los intereses de lo que trasciende.“

Generalprokuratur dabei explizit als Vertreterin der Gesellschaft definiert. Aus diesem Grund wurde oben auf die Ähnlichkeit zum Gedanken der Volksanwaltschaft hingewiesen. Die Generalprokuratur ist nicht nur oberste Kontrollinstanz, sie pflegt auch das Selbstverständnis, die gesamte Gesellschaft vor dem oft unüberschaubar wirkenden Institutionensystem zu vertreten, Dadurch kann sie dort aktiv werden bzw. dort intervenieren, wo sie die Rechte der Gesellschaft beeinträchtigt bzw. deren Interessen berührt sieht.

### 5.3.1.3 Die Rolle der Generalprokuratur bei den Friedensverhandlungen von Havanna

Die Interessen der Gesellschaft wurden bei den Friedensverhandlungen von Havanna ganz eindeutig berührt. Umso verständlicher ist der Ausdruck von Überraschung bis Empörung bei Generalprokurator Acosta, wenn er erzählt, dass die Beteiligung der Generalprokuratur neben anderen Institutionen wie der Generalstaatsanwaltschaft oder der ordentlichen Gerichtsbarkeit gar nicht von Anfang an vorgesehen war. Das hat mutmaßlich mit der ursprünglichen Forderung vonseiten der FARC nach einer „Autonomie der Institutionen“ zu tun, die eine Art Residuum von den Erfahrungen mit Friedens- und Demobilisierungsprozessen mit den AUC, der Dachorganisation der Paramilitärs, unter Präsident Uribe darstellen. Dahinter steht die grundsätzliche Frage, ob zur Aufarbeitung eines bewaffneten Konflikts vor allem in der juristischen Säule ein eigenes Institutionensystem geschaffen werden soll, um größtmögliche Autonomie vom bestehenden Institutionensystem zu garantieren oder ob nur ein Teil des Prozesses in ein derart autonomes Institutionensystem ausgelagert werden soll. Präsident Uribe ließ seinerzeit eine eigene Staatsanwaltschaft für den Verhandlungsprozess mit den AUC einrichten. So sinnvoll das auch erscheinen mag, bedeutet das auch, dass der Fokus des Verhandlungsprozesses und des gesamten Friedensbildungsprozesses auf den Tätigkeitsbereich der eigens eingerichteten autonomen Institutionen beschränkt wird – in diesem Fall also auf jenen der Staatsanwaltschaft, die Strafverfolgung. Im Falle der FARC hat man diesen Weg nur zum Teil gewählt. Die Schaffung verschiedener Institutionen war zwar durchaus vorgesehen – die Sonderjustiz für den Frieden ist ein gutes Beispiel – gleichzeitig wurde aber auch stark auf die Integration einzelner Aufgaben in das bestehende Institutionensystem gesetzt, wobei es durch mangelnde Koordination zwischen diesen Stellen zu Ineffizienzen kommt.

MK:

*„Apropos Abkommen – wie war die Prokuratur eigentlich in den Friedensprozess in Bezug auf die Abkommen eingebunden? [...] Welche Rolle hat die Prokuratur in diesem Prozess eingenommen?“<sup>146</sup>*

Acosta Aristizabal:

*„Das ist interessant, weil sie war von dem Prozess völlig ausgeschlossen, sie war nie dort, auch die Staatsanwaltschaft nicht. Auch die Gerichte nicht. Das war ein Prozess zwischen der Regierung // LMGO: Also, der Exekutive // (...) Regierung, Streitkräften und Demobilisierten. Weil, unter anderem, eines der großen Vetos seitens der FARC war die [Autonomie der, Anm.] Institutionen. Dadurch würde ein autonomes System geschaffen werden und das hat damit nichts zu tun. Ich habe schon bei [dem Programm, Anm.] „Justicia y Paz“<sup>147</sup> gesagt, ja, aber nein. Denn letztendlich führt diese Autonomie, die ja verständlich ist (...), dazu, dass entweder eine eigene Prokuratur gegründet werden müsste, wie man damals auch eine eigene Staatsanwaltschaft gegründet hat, oder dass man mit der Staatsanw-/ Prokuratur, die es gibt, arbeiten muss, denn ich glaube, dass die Prokuratur unverzichtbar ist, um die kollektiven Interessen der Gesellschaft zu vertreten. Wir vertreten Opfer (...), unbestimmte Opfer (...), kollektive Opfer, Opfer, die nicht zum Prozess kommen können, weil sie nicht wollen oder weil sie nicht können und die aber auch Rechte haben, die sie einfordern können oder die Gesellschaft im Allgemeinen.“<sup>148</sup>*

(Acosta Aristizabal 2022, Abs. 45ff.)

Um ihrer Rolle gerecht zu werden, sah sich die Generalprokuratur daher nach Beginn der Verhandlungen dazu gezwungen, den brachialen Weg zu gehen. Sie legte Verfassungsbeschwerde ein und reklamierte vor dem kolumbianischen Verfassungsgerichtshof ihre Teilnahme an den Friedensverhandlungen. Der Verfassungsgerichtshof erkannte schlussendlich die Rechtmäßigkeit des Ansuchens der Generalprokuratur.

---

<sup>146</sup> Span. Original: „Hablando de los Acuerdos – cómo se vio involucrada la Procuraduría en el proceso de paz hacia los Acuerdos? [...]Cuál fue el rol de la Procuraduría en ese proceso?“

<sup>147</sup> Das Programm „Justicia y Paz“, auf Deutsch „Gerechtigkeit und Frieden“ wurde durch das Gesetz 975 von 2005 in der Regierungszeit von Präsident Uribe installiert. Es ermöglichte die Demobilisierung tausender Mitglieder vor allem paramilitärischer Gruppen (AUC).

<sup>148</sup> Span. Original: „Es interesante, porque fue completamente excluida del proceso, nunca estuvo ahí, ni la Fiscalía. Ni las cortes. Eso fue un proceso entre el Gobierno // LMGO: O sea, ejecutivo // (...) Gobierno, fuerza pública y los desmovilizados. Porque, entre otras cosas, una de las grandes vetos (sic!) de parte de las FARC era la (sic!) (de las, Anm.) instituciones. Eso crea-/ hace que se cree un sistema autónomo, nada que ver. Yo estando incluso en Justicia y Paz dije, sí, pero no. Porque finalmente esa autonomía, pues que es entendible (...) debió o crear una propia Procuraduría como creó su propia Fiscalía o tiene que actuar con la Fiscal-/ con la Procuraduría que hay, porque yo entiendo que la Procuraduría es indispensable en representación de los intereses colectivos de la sociedad. Nosotros representamos víctimas (...) indeterminadas, víctimas (...) colectivas, víctimas que no llegan al proceso porque no quieren o porque no pueden y que tienen derechos que reivindicar o que son la sociedad en general.“

MK:

*„Das heißt aber, dass eines der Probleme darin besteht, dass sich Einrichtungen wie die Prokuratur nach dem Abschluss des Abkommens mit bereits etablierten Tatsachen konfrontiert gesehen haben-“<sup>149</sup>*

Acosta Aristizabal:

*„Richtig. Also haben wir dem Verfassungsgerichtshof gesagt: Verfassungsgerichtshof, Sie können das nicht ohne die Prokuratur machen, weil dann lassen Sie die Gesellschaft außen vor und die Opfer ohne Vertretung. Und der Gerichtshof hat in einem Erkenntnis gesagt: Ja, denn es ist auch ein Problem von Gewichten und Gegengewichten und außerdem brauchen sie [gemeint sind die verhandelnden Parteien in Havanna, also die Regierung und die FARC, Anm.] und sie haben nur zwei externe Kontrollen, nur zwei und sonst keine: Die einstweilige Verfügung, die der Verfassungsgerichtshof im Wege der Revision kennt und die Prokuratur, sonst haben sie keine andere Kontrolle.“<sup>150</sup>*

(Acosta Aristizabal 2022, Abs. 49ff.)

Der Verfassungsgerichtshof stärkt damit die Generalprokuratur in ihrem Selbstverständnis erheblich, indem er nicht nur der konkreten Beschwerde stattgibt, sondern dies auch mit dem Prinzip von Kontrolle und Gegenkontrolle begründet. Es braucht demnach die Generalprokuratur als Kontrollinstanz aller Beteiligten, weil das Abkommen in seiner ersten Form ansonsten als einziges Rechtsmittel eine einstweilige Verfügung durch den Verfassungsgerichtshof gekannt hätte, die nur über Revision eines vorangegangenen Urteils beantragt hätte werden können. Ohne die Miteinbeziehung der Generalprokuratur hätte es also neben einem mehrstufigen rechtlichen Prozess keine Möglichkeit der institutionellen Kontrolle des Vorgehens der Regierung gegeben. Dieses Erkenntnis geht daher sogar über die reine Bestätigung der Rolle der Generalprokuratur als Vertreterin der Gesellschaft hinaus und hievt sie in die Position einer direkten Kontrollinstanz der Exekutive. Die steht ihr im Prinzip auch zu, im konkreten Fall der Verhandlungen ist aber offenbar nicht davon ausgegangen worden, dass sie sie auch wahrnehmen soll. Der Verfassungsgerichtshof beschneidet damit aber auch den Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Regierung und reduziert damit die Sonderstellung des Verhandlungsprozesses mit den FARC ein wenig. Er stellt fest, dass die

---

<sup>149</sup> Span. Original: „Pero entonces, uno de los problemas, en realidad, es que entidades como lo Procuraduría se vieron confrontados (sic!) después de ya finalizados los Acuerdos con algo ya establecido-“

<sup>150</sup> Span. Original: „Total. Entonces, nosotros ante la Corte Constitucional le dijimos: Corte Constitucional, Usted no puede dejar esto sin Procuraduría, porque deja esto sin sociedad y sin representación de víctimas. Y la Corte en una decisión dice: Sí, además es un problema de pesos y contrapesos, pero además ellos necesitan un control y tienen solo dos controles externos, solo dos, de resto no hay ninguno más: La acción de tutela que la Corte Constitucional conoce por vía de revisión y la Procuraduría, no tiene ningún otro control.“

Regierung auch in diesem besonderen Prozess nicht vollständig eigenmächtig handeln kann, sondern wie sonst auch der Kontrollfunktion der Generalprokuratur unterliegt. Diese soll ihren verfassungsmäßigen Auftrag nicht nur auf Zuruf, sondern explizit selbstständig ausführen dürfen.

#### 5.3.1.4 Der Kombattant als politisches Subjekt – die Generalprokuratur und die Sonderjustiz für den Frieden

*„In, in, in Havanna entsteht (...) ein Kapitel [...] dass sehr wichtig ist, und zwar, dass, obwohl eine automatische Strafe mit allen Arten von Verbrechen in Kolumbien verbunden ist, nämlich die Strafe des Verbots der Ausübung von Politik und [politischen, Anm.] Rechten, muss nun in diesem Fall diese Beschränkung aufgehoben werden, weil anerkannt wird, dass das wichtigste Motiv ein politisches war. Alles, was also geschah, und das ist ja erwiesen, war also offensichtlich ein Problem der Wahl der Mittel (...) und nicht der Ziele.“<sup>151</sup>*

(Acosta Aristizabal 2022, Abs. 39)

Die hier vermittelte Rechtsansicht bezieht sich auf die weiter oben diskutierten juristischen Grundlagen, die beschlossen wurden, um demobilisierten FARC-Kombattanten die Möglichkeit einer politischen Betätigung trotz Straffälligkeit zu eröffnen. Vor allem schließt die Aussage aber mit einer in den Augen des Verfassers besonders wichtigen Einschätzung, die damit zusammenhängt. Diese definiert die Aufsichtsfunktion, die die Generalprokuratur im weitesten Sinne über die Sonderjustiz für den Frieden innehat, maßgeblich. Der in Kapitel 4 beschriebene Umdenkprozess wird hier ausformuliert: Die ehemaligen Kombattanten werden nicht mehr (nur) als brutale Terroristen betrachtet, die es zu besiegen oder zu vernichten gilt, sondern sie werden als politische Akteure gesehen, die – salopp gesagt – bloß zu den falschen Mitteln gegriffen haben, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Das widerspricht aber auch der zu Beginn dieses Kapitels erläuterten Politik der Regierung Duque, die sich auf die politischen Inhalte von Ex-Präsident Uribe bezieht – und der war mit dieser Änderung der Einstellung des Staates gegenüber den FARC und ihren Kämpfern freilich alles andere als glücklich. Sowohl Uribe als „graue Eminenz“ der Opposition unter Ex-Präsident Santos als auch später Präsident Duque haben allerdings versucht, daraus politisches Kleingeld zu schlagen. Sie behaupteten, dass diese Sichtweise, die eine Übergangsjustiz überhaupt

---

<sup>151</sup> Span. Original: „De la, de la, de La Habana sale (...) un capítulo [...] que es muy importante y es que si bien está asociado a todo tipo de delito en Colombia una pena connatural que es la pena de la interdicción del ejercicio de la política y los derechos, pues en este caso tiene que levantarse esa barrera, porque hay un reconocimiento ahí de que el móvil, más importante, era político. Que lo demás que pasó, que sí pasó, pues obviamente fue un problema de selección de medios (...) y no de fines.“

erst ermöglichte, bedeuten würde, dass die Regierung die Taten der FARC kleinreden oder bewusst ignorieren würde, um Straffreiheit zu ermöglichen. Doch das genau ist nicht das Ziel der Übung. Vielmehr ist diese geänderte Sichtweise gleichsam das Statut der Sonderjustiz für den Frieden – auf Spanisch „Justicia Especial para la Paz“, abgekürzt JEP – und definiert sie als ein politisches Sondergericht und nicht als strafgerichtliches Sondertribunal. Die Generalprokuratur wird nun überall dort aktiv, wo ein begründeter Ermittlungsbedarf besteht, ob eine Person überhaupt in den Entscheidungsbereich der JEP fällt. Sie arbeitet der Sonderjustiz gleichsam kontextuell zu, etwa in der vor-prozessualen Überprüfung von gemeldeten Kombattanten, indem sie z.B. „Background Checks“ durchführt. Ist ein ehemaliger Kombattant bereits durch eine frühere rechtskräftige Verurteilung von der Ausübung politischer Tätigkeiten ausgeschlossen, so kann er sich den Regeln der Sonderjustiz inklusive der Annahme, dass bestimmte Straftaten als politische Delikte klassifiziert werden, nicht unterwerfen. (vgl. Acosta Aristizabal 2022, Abs. 43)

*„Erinnere dich, dass es de jure eine Amnestie gibt, eine totale Amnestie für Straftaten, die, die, die zwar stattgefunden haben, aber politisch sind.“<sup>152</sup>*

(Acosta Aristizabal 2022, Abs. 95)

Einzelnen Individuen werden bestimmte Tatbestände angelastet, jedoch werden diese einzelnen Fälle sogenannten Großtatbeständen zugeordnet. Derzeit (Stand 2023) gibt es zehn solcher „Makro-Fälle“, die sich auf den gesamten bewaffneten Konflikt beziehen und dabei vor allem Taten in Verbindung mit den FARC behandeln, aber auch Tatbestände, die öffentlichen Sicherheitskräften zur Last gelegt werden können. Zu den Großtatbeständen gehören etwa Entführungsfälle durch die FARC (Fall 01), Ermordungen und gewaltsames Verschwinden von Personen, die von staatlichen Kräften als gefallene Kombattanten ausgegeben wurden (Stichwort „falsos positivos“) (Fall 03), Verfolgung von Mitgliedern der „Unión Patriótica“ (Fall 06), Zwangsrekrutierung von Kindern (Fall 07) und besonders schwere Verbrechen von Mitgliedern der ehemaligen FARC, die keiner Begnadigung zugeführt werden können (Fall 10).<sup>153</sup>

---

<sup>152</sup> Span. Original: „Acuérdate que existe una amnistía de jure, una amnistía total para los delitos que se, que se, que concurren, pero que son políticos.“

<sup>153</sup> Für eine vollständige Auflistung und weitere Detailinformationen siehe: <https://www.jep.gov.co/Paginas/casos.aspx> (zuletzt abgerufen am 04.08.2023)



Die kontextuelle Rolle der Generalprokuratur in der Arbeit der JEP erklärt der delegierte Generalprokurator Acosta anhand eines Vergleichs. Die Polizei ist, zumindest in einer europäischen Vorstellung, ein bewaffneter, aber in erster Linie ziviler Wachkörper, der zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit in der Gesellschaft eingesetzt wird. Das hat vor allem historische Gründe: Viele moderne Polizeieinheiten gehen auf frühe Bürgergarden zurück, die von der jeweiligen Bürgerschaft gleichsam als Gegenstück zu den meist militärischen Wachkörpern des Staates bzw. des jeweiligen Landesherrn aufgestellt wurden. Ein Hinweis auf diesen Ursprung fand sich bis zur Reform der Sicherheitsbehörden 2005 auch in Österreich, wo die sicherheitspolizeilichen Aufgaben außer in den Städten von der Gendarmerie wahrgenommen wurden, also den (wörtlich übersetzt) bewaffneten Männern. In jedem Fall untersteht in dieser Vorstellung die zivile Polizei dem Innenministerium. Nicht so in Kolumbien, wo die (zivile) Polizei ihrer Natur als bewaffnetem Wachkörper nach seit jeher dem Verteidigungsministerium untersteht und sich damit gleichsam auf derselben Stufe befindet wie das Militär. Das führt zu Problemen.

*„Ein Beispiel: Wir haben eine Polizei, die ein bewaffneter ziviler Wachkörper ist, die auf den Krieg vorbereitet wurde und die im Krieg war. Es gibt Polizisten, die im zivilen Polizeidienst erschossen wurden und es gibt Polizisten, die im militärischen Polizeidienst erschossen wurden. (...) Welche [Täter, Anm.] begnadigen wir nun und welche nicht?“<sup>154</sup>*

(Acosta Aristizabal 2022, Abs. 95)

Wenn die zivile Polizei militärische Aufgaben wahrnimmt, wird sie genauso zu einem Akteur im Konflikt wie etwa das Heer. Sicherlich mit anderen Aufgaben, aber sie ist ein Akteur. Dadurch wurden Polizisten aber genauso zur Zielscheibe von Angriffen durch die FARC wie auch Soldaten. Wie kann ich also das „Politische“ in der Motivation eines „politischen“ Delikts, das durch einen FARC-Kombattanten begangen wurde, bewerten, wenn dabei Polizisten als Zivilisten zu Schaden gekommen sind? Wo definiere ich die Schwelle, bis zu der eine Tat als politisch gewertet werden kann (und die in der Folge also „nur“ an der Wahl des falschen Mittels leidet), und sie anderenfalls als kriminelle Handlung, wenn nicht gar als Verbrechen nach dem Kriegsrecht behandelt werden muss? Es sind solche „Grenzfälle“, wo manche Entscheidungen der JEP womöglich einer Überprüfung durch eine Art zweite Instanz zugeführt werden können sollten. Es geht nicht um eine

---

<sup>154</sup> Span. Original: „Por ejemplo: Nosotros tenemos una policía que es un cuerpo civil armado que fue preparado para la guerra y que estuvo en la guerra. Hay policías que fueron acibillados cumpliendo funciones civiles de policía y hay policías que fueron acibillados cumpliendo funciones militares de policía. (...) Cuál amnistiamos y cuáles no?“

rechtliche Würdigung, sondern um die Berücksichtigung kontextueller Faktoren, die in der Entscheidungsfindung der JEP womöglich nicht die nötige Aufmerksamkeit erhalten haben.

*„Ich glaube, dass der Individualismus vorbei ist. Für mich sind die (...) prozessualen Schemata (...) die sind (...) die gehören reformiert. [...] Dass wir noch einmal zu einer Sprache des „Wer“ kommen, wer hat geschossen und wen hat er getötet, wenn das doch mit einer Allgemeinheit, einer Systematik, einer Struktur zu tun hat (...) dann verliert es doch jeden Sinn, über den Verteidiger von Pedro und den Ankläger von Pedro zu sprechen. (...) Genau das macht aber die JEP. Wir haben in der ersten Verfahrensphase [...] eine kontextuelle Arbeit, bei der es nicht um Beweise geht, sondern, sagen wir, um Informationen, die einander gegenübergestellt werden. Aber sie werden nicht einander gegenübergestellt, um anzuklagen (...) sie werden einander gegenübergestellt, um gewisse Standards der Wahrheit, der Erzählungen, zu erreichen und zu erhöhen, damit auf deren Basis Fragen gestellt und Antworten gegeben werden können und auch um die Rechte der Opfer zu erfüllen, zu wissen, was passiert ist.“<sup>155</sup>*

(Acosta Aristizabal 2022, Abs. 107)

Man könnte das nun als versteckte Kritik an der JEP lesen. Doch das ist es nicht, zumindest nicht an der JEP als Behörde, sondern vielmehr an der JEP als System. Der delegierte Generalprokurator vertritt die Ansicht, dass das System zu individualistisch aufgebaut ist, denn der Fokus liegt letztendlich auf Einzelfällen mit individuellen Taten und individuellen Tätern. Diese werden zwar organisatorisch auf Großtatbestände aufgeteilt, am Ende wird aber individuell über eine mögliche Begnadigung, weitere Verfolgung oder Verurteilung entschieden. In der Sicht des Generalprokurators trägt das aber nicht zur Erfüllung des politisch begründeten Anspruchs auf gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung bei. Vor allem die Opfer interessiert es oft gar nicht, wer letztendlich den Abzug betätigt hat und ob diese Person nun ein politisches Amt ausüben darf oder nicht, sehr wohl aber, wer den Befehl erteilt hat. Ein klassischer justizieller Zugang, der auf einer individuellen Tat-Täter-Logik basiert, läuft Gefahr, bei der Aufarbeitung eines bewaffneten Konflikts wie in Kolumbien, den so wichtigen Aspekt der Kontextualisierung außer Acht zu lassen. Salopp formuliert: Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht, wobei die Bäume die einzelnen Taten mit ihren

---

<sup>155</sup> Span. Original: „Yo entiendo que ya el individualismo se acabó. Para mí los (...) esquemas procesales (...) son (...) están mandados a recoger. [...] [Llegar] a hablar otra vez ese lenguaje de quién, de quién le disparó y a quién mató cuando esto tiene que ver con una generalidad y una sistematidad (sic!), una estructura (...) pues obviamente que pierde todo sentido hablar del defensor de Pedro y del acusador de Pedro. (...) Y, en eso hace la JEP. Nosotros tenemos en la primera fase procesal [...] un trabajo contextual en donde no se le llama pruebas, sino se le llama, digamos, información que se contrasta. Pero no se contrasta para acusar (...) se contrasta para llegar y elevar los estándares de verdad, del relato, por manera que puedan hacerse preguntas y respuestas y también satisfacer los derechos de las víctimas de saber qué pasó.“

Tätern sind, bestimmte Abschnitte des Waldes für die Großtatbestände stehen und der Wald als Ganzes den Kontext des bewaffneten Konflikts repräsentiert. Das beinhaltet neben juristischen vor allem auch politische Verantwortlichkeiten (Wie sehr kann etwa die Rhetorik eines Präsidenten Uribe zur Verschärfung des Konflikts beitragen?) und systemische Probleme in der Gesellschaft, deren Berücksichtigung dazu beitragen kann, Abläufe und Beweggründe einer Reihe von Vorfällen in einem größeren Gesamtbild besser zu verstehen. Diese kontextuelle Aufgabe, die einen „blinden Fleck“ der Sonderjustiz darstellt, übernimmt die Generalprokuratur. Ihr Anspruch ist es laut Acosta, das kontextuelle Puzzle zusammensetzen und das Bild hinter den einzelnen Taten zu sehen. Darin spiegelt sich auch eine der drei grundsätzlichen Säulen der Generalprokuratur wieder: Jene der rechtlichen Prävention, was in diesem Zusammenhang bedeutet, Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu garantieren. Die Generalprokuratur funkt der Sonderjustiz in ihrer justiziellen Arbeit nicht dazwischen. Ihre kontextuellen Beiträge sollen aber ein entscheidender Aspekt bei der Wahrheitsfindung sein. Das geschieht unter anderem in speziellen Anhörungen, die die JEP im Beisein von Vertretern der Generalprokuratur veranstaltet, wo alle beteiligten Seiten – Opfer wie Täter – die Möglichkeit erhalten sollen, ihre Sicht der Dinge darzulegen. Diese kontextuelle Aufgabe geht dabei mit der Kontrollfunktion, die die Generalprokuratur auch ausübt, Hand in Hand – denn das eine kann ohne das andere nicht funktionieren. Nur durch die dialogische Gegenüberstellung verschiedener Versionen kann womöglich erst ein juristischer „Standardwert“ gefunden werden, auf Basis dessen entschieden werden kann, was Recht ist und was nicht. Es ist allerdings eine Schwäche des Systems, dass die JEP als Behörde offensichtlich nicht mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet wurde, um diese kontextuelle Ermittlungsarbeit selber durchführen zu können. Die Generalprokuratur bietet sich in ihrer Position als Vertreterin der Gesellschaft vor Staat und Recht dazu natürlich an und kann daraus sicherlich profitieren. Trotzdem entsteht eine Art graue Zwischenzone zwischen den Instanzen und Funktionen, die zwar gut überbrückt wird, die es aber so womöglich nicht geben sollte.

### **5.3.2 Die Säule der Reinkorporation in ein ziviles Leben**

Eines der wichtigsten Vorhaben des Abkommens ist die Wiedereingliederung der demobilisierten ehemaligen Kombattanten in ein ziviles Leben in der Gesellschaft. Es war aber von Anfang an klar, dass diese Eingliederung nicht von einem Tag auf den anderen geschehen kann, zumal sie sich im Sinne des Abkommens von Havanna nicht auf die bloße Verlagerung des Lebensmittel-

punktes der demobilisierten Kämpfer in die Dörfer, Städte und Gemeinden des Landes konzentriert, sondern den Anspruch einer umfassenden Wiedereingliederung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verfolgt. Das vor allem mit der Absicht, den Rückfall ehemaliger Kombattanten in den bewaffneten Kampf bzw. generell in die Kriminalität zu vermeiden. Die wirtschaftliche Situation in Kolumbien ist schwierig – vor allem in Gebieten, in denen die lokale oder regionale Wirtschaft durch die Folgen der bewaffneten Auseinandersetzungen ohnehin schon in Mitleidenschaft gezogen ist. Dort ist es für Demobilisierte umso schwieriger, wirtschaftlichen und sozialen Anschluss an die Gesellschaft zu finden und sind die Anreize, in einem legalen zivilen Leben zu verbleiben, umso geringer. Nussio (vgl. 2009, S. 216f.) spricht in diesem Zusammenhang von der Gier, die sich in Verbindung mit sogenannten Kriegsökonomien erhalten würde. Kriegsökonomien sind demnach wirtschaftliche Vorgänge rund um eine bewaffnete Auseinandersetzung, die durch illegale Aktivitäten schnelle Einkünfte ermöglichen, gleichzeitig aber die formale Wirtschaft zerstören. Wenngleich es in den Augen des Verfassers etwas hart erscheint, von Gier zu sprechen, so ist es doch naheliegend, dass die „Verlockung“ eines Wiedereinstiegs in diverse illegale Geschäfte dann besonders groß wird, wenn in wirtschaftlicher (das heißt vor allem monetärer) Hinsicht ein legales Leben weniger lukrativ oder stabil ist.

Die für diese Arbeit wohl wichtigste begriffliche Unterscheidung ist jene zwischen den Konzepten der Reintegration und der Reinkorporation. Letzterer ist ein für den mit den FARC begonnenen Prozess geschaffener Kunstbegriff, um den umfassenden Anspruch noch einmal zu untermauern. Um diesen Anspruch besser zu verstehen, müssen die Unterschiede zwischen den beiden Prozessen kurz erläutert werden. Es ist jedoch vorzuschicken, dass sie nicht als chronologische Weiterentwicklungen zu verstehen sind, sondern lediglich unterschiedliche Vorgehensweisen mit unterschiedlichem politischem Hintergrund bezeichnen, die beide bis heute nebeneinander existieren.

#### 5.3.2.1 Reintegration vs. Reinkorporation

In beiden Fällen (wenn auch unter verschiedenen Namen) ist es die heutige „Nationale Agentur für Reinkorporation und Normalisierung“ (auf Spanisch abgekürzt ARN), die gleichsam als verwaltende Behörde zur Begleitung der jeweiligen Maßnahmen auftritt. Für diese Arbeit konnten Gespräche mit zwei Vertretern dieser Agentur geführt werden, die unterschiedliche Einblicke in die Tätigkeitsfelder und die Funktionalität der Agentur gewähren konnten.

*„Sagen wir, dass die Agentur für Reinkorporation und Normalisierung beide Prozesse verwaltet, wie du richtigerweise erwähnst. Der eine ist der Prozess der Reinkorporation und der andere ist der Prozess der Reintegration. [...] Der eine, sagen wir, hat den Verhandlungsprozess während der Regierung von Álvaro Uribe Vélez ausgelöst, das war der Prozess der Demobilisierung der AUC und bis zu einem gewissen Grad auch individueller Demobilisierungen der FARC und des ELN, aber eben individuell. All das wird als Prozess der Reintegration bezeichnet. Der andere Prozess entsteht, sagen wir, aus der Unterzeichnung des Friedensabkommens von 2016 zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC-EP, die zur Reinkorporation führt. Das sind Prozesse, die in gewisser Weise zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können.“<sup>156</sup>*

(Puentes Nizo 2022, Abs. 4)

Marlon Puentes ist ARN-Funktionär in der Unterdirektion Monitoring und Evaluierung und zudem auch Gewerkschaftsvertreter in der Agentur, was mitunter dazu führt, dass er eine durchaus selbstkritische Position gegenüber seiner eigenen Arbeitgeberin einnimmt. Zunächst erklärt er aber noch, was eigentlich die Aufgabe der Agentur ist:

*„Die Aufgabe der Einrichtung besteht darin, zu garantieren, dass dieser Prozess oder dieser Übergang in ein ziviles Leben in der bestmöglichen Weise abläuft. Das impliziert, dass die Personen, die in den Reinkorporations- und Reintegrationsprozess eintreten, sagen wir, eine Vereinbarung unterzeichnen, um individuelle Prozesse voranzutreiben, die als Routen bezeichnet werden. Es gibt eine Route der Reintegration und eine Route der Reinkorporation [...] [und, Anm.] das ist es, was die Agentur zu tun hat: Sicherzustellen, dass der Prozess auf die bestmögliche Weise durchgeführt wird. In gewisser Weise nehmen wir also diese Menschen, die die Abkommen unterzeichnet haben, und garantieren, dass sie eine Entwicklung sowohl auf der Route der Reintegration als auch auf der der Reinkorporation durchlaufen.“<sup>157</sup>*

(Puentes Nizo 2022, Abs. 4)

---

<sup>156</sup> Span. Original: „Digamos que la Agencia para la Reincorporación y la Normalización maneja esos dos procesos como tú bien lo mencionas. Uno es el proceso de reincorporación y el otro es el proceso de reintegración. [...] Uno, digamos, que dio origen al proceso de negociación durante la administración de Álvaro Uribe Vélez que fue el proceso de alguna manera de desmovilización de las Autodefensas Unidas de Colombia y de alguna manera desmovilizaciones individuales, tanto de FARC y ELN, pero individuales. Todo eso se llama proceso de reintegración. Y el otro proceso surge, digamos, a partir de la firma del Acuerdo de Paz de 2016, a finales de 2016, entre el Gobierno de Colombia y las FARC-EP que da origen, digamos, a la reincorporación. Eso son proceso que tienden de alguna manera unas aristas distintas.“

<sup>157</sup> Span. Original: „La misionalidad de la entidad es garantizar que ese proceso o ese tránsito a la vida civil se dé de la mejor manera posible. Y eso implica que los y las personas que entran al proceso de reincorporación y reintegración, digamos, que firman de alguna manera un acuerdo para adelantar unos procesos individuales que se llaman las rutas. Hay una ruta de reintegración y una ruta de reincorporación [...] [y, Anm.] la Agencia lo que tiene que hacer es eso: Agenciar que el proceso se dé de la mejor manera posible. Entonces nosotros de alguna manera tomamos a estas personas que han firmado los acuerdos y garantizamos que tengan un desarrollo en esas rutas tanto de reintegración como de reincorporación.“

Das unter Ex-Präsident Uribe eingeführte Programm zur Reintegration, das auf die Demobilisierung der paramilitärischen AUC ausgerichtet war, war im Vergleich zum Anspruch des aktuellen Reinkorporationsprogramms weit enger gefasst: Streng individuell (also auf den einzelnen Kämpfer gemünzt) und thematisch fokussierter, vor allem auf die konkrete Strafverfolgung. Der Zugang zu den Maßnahmen der Reintegrationsrouten wurde den demobilisierten Kombattanten erst gewährt, wenn diese allfällige Gefängnisstrafen abgesessen hatten. (vgl. Puentes Nizo 2022, Abs. 6)

*„Der Prozess der Reinkorporation hat einige, sagen wir, zusätzliche Elemente in Bezug auf einen stärker gemeinschaftlichen Fokus. Also, wenn man sich das anschaut, dann ist eines der Elemente, die in den Abkommen [von Havanna, Anm.] für das wirtschaftliche Thema definiert wurden, eine Kooperative von Unterzeichnern, die „El Común“ heißt, ja, und allein das gibt dem Ganzen einen anderen Fokus, weil es dadurch einen Prozess gibt, von dem erwartet wird, dass er ein wenig kollektiver ist, das sind keine individuellen Anstrengungen, sondern es wird erwartet, dass das einen Ansatz verfolgt, der mehr auf das Kollektiv geht, es werden also produktive Projekte kollektiv gefördert, Geschäftspläne für eine Kollektivität, es wird viel Wert auf die Frage der gemeinschaftlichen Reinkorporation als einer Anstrengung gelegt, die sich zwischen den ehemaligen Kombattanten der aufgelösten FARC und den aufnehmenden Gemeinden abspielt, sodass gewissermaßen eine Symbiose an diesen Schauplätzen entstehen kann und sich die demobilisierte Bevölkerung an die neuen Bedingungen, die die Gesellschaft ihr stellt, anpassen kann.“<sup>158</sup>*

(Puentes Nizo 2022, Abs. 6)

Hier spielt Puentes auf einen Passus im Friedensabkommen in Kapitel 3.2.2.1 an, der die Gründung einer Organisation für soziale und solidarische Wirtschaft vorsieht. (vgl. OACP 2018, S. 72) Diese Organisation, der die ehemaligen Kombattanten dezidiert freiwillig beitreten können, soll als eine Art Kooperative auftreten. Sie koordiniert die verschiedenen Initiativen für sogenannte „Produktivprojekte“ im Rahmen der Vorgaben, die von der Regierung gemeinsam mit den FARC in einem Nationalen Rat für die Reinkorporation ausgearbeitet werden, und stellt deren Finanzierung sicher. Unter Produktivprojekten werden alle Arten von landwirtschaftlichen- oder handwerklich-genos-

---

<sup>158</sup> Span. Original: „El proceso de reincorporación tiene unos elementos, digamos, adicionales en términos de un enfoque más comunitario. Entonces, cuando uno ve que, uno de los elementos definidos en los Acuerdos para el tema económico es una cooperativa de firmantes que se llamaba “El Común”, sí, eso hace que ya se le dé un enfoque distinto, porque ya ahí hay un proceso que se espera que sea un poco más de colectivos, no son unos ejercicios individuales, sino que se espera que se le da un abordaje más del colectivo, entonces se promueven proyectos productivos de manera colectiva, planes de negocio para una colectividad, se hace mucho énfasis en el tema de la reincorporación comunitaria como un ejercicio que se articula entre los excombatientes de las extintas FARC con las comunidades receptoras y de alguna manera que se logre como cierta simbiosis en esos escenarios y de alguna manera que esa población desmovilizada se adapte a las nuevas condiciones que le plantea la sociedad.”

senschaftlichen Projekten verstanden, die bei der Wiedereingliederung in ein geregeltes Arbeitsverhältnis und damit in das formale Wirtschaftssystem unterstützen. Vor allem diesen gemeinschaftlichen bzw. kollektiven Ansatz in wirtschaftlichen Fragen unterstreicht auch Enrique Flórez, ARN-Funktionär in der Unterdirektion Territoriales, Abteilung Wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Ihm zufolge ist das nicht nur der größte Unterschied zum Reintegrations-Programm, sondern auch einer der Erfolgsfaktoren des nun ausgearbeiteten Reinkorporations-Programms. (vgl. Flórez 2022, Abs. 4) Diese Ansicht wird auch dadurch gestützt, dass Senator Lozada im Gespräch ebenfalls mehrmals mit Nachdruck auf die Wichtigkeit dieses kollektiven Ansatzes verweist.

*„Nun, was die Reinkorporation angeht, glaube ich, dass wir das Abkommen immer daran denkend unterschrieben haben, dass der Prozess der Reinkorporation einen kollektiven Charakter haben muss. Und warum haben wir das so sehr verteidigt und verteidigen es weiterhin? Weil wir, sagen wir, mehr sind als nur eine Guerilla. Wir sind auch eine Gemeinschaft geworden, zusätzlich zu unserer ideologischen und politischen Identität haben wir in diesem langen Prozess der Konfrontation auf Basis dessen, was wir als bewaffnete Partei waren, sehr enge Bindungen, Visionen und Konzeptionen von Welt, vom Leben und der Art und Weise, wie wir uns gegenseitig verhalten, entwickelt. Und deshalb haben wir uns immer für eine Reinkorporation mit kollektivem Charakter eingesetzt.“<sup>159</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 8)

Der Senator kehrt auch den kollektiven produktiven Ansatz noch einmal verstärkt hervor, wenn er sagt, dass die Leute der FARC immer schon einfache Menschen gewesen seien, die arbeiten konnten und wollten und während ihrer Zeit im Kampf auch arbeiten mussten. (vgl. Lozada 2022, Abs. 10ff.) Im Wechsel von einer auf das einzelne Individuum konzentrierten Vorgangsweise wie im Reintegrations-Prozess zu einer auf das Kollektiv konzentrierten Vorgangsweise, spiegelt sich wiederum ein Teil dieses großen Umdenkens, das sich in der kolumbianischen Politik in den Jahren von Álvaro Uribe bis zum Abkommen mit den FARC abgespielt hat.

---

<sup>159</sup> Span. Original: „Ahora, en materia de reincorporación, yo creo que nosotros firmamos el Acuerdo siempre pensando que el proceso de reincorporación debe tener un carácter colectivo. ¿Y por qué defendimos y defendemos tanto eso? Porque nosotros somos algo más que una guerrilla, digamos. Nosotros terminamos siendo también una comunidad, además de nuestra identidad ideológica y política, en ese proceso de una confrontación tan larga y de acuerdo al carácter de lo éramos nosotros como un partido en armas, generamos unos lazos y unas visiones y unas concepciones frente al mundo y a la vida y a la forma de relacionarnos muy estrechas. Y por eso siempre defendimos la reincorporación con un carácter colectivo.“

*„Es entsteht, sagen wir, im Laufe der Verhandlungen die Notwendigkeit, diesen Prozess [der Reintegration, Anm.] zu verändern, sagen wir, dass das sehr wohl auch eine Forderung der FARC war, um zu sagen, nein, wir befinden uns nicht in einem Prozess der individuellen Demobilisierung, wir befinden uns nicht in einem Prozess der Unterwerfung unter die Justiz, sondern was wir gemacht haben, war, dass wir ein Friedensabkommen ausverhandelt haben. Und das impliziert, dass sich auch, sagen wir, die Art und Weise, wie die demobilisierte Bevölkerung verstanden und angenommen wird, verändern muss, dass es sich nicht um eine besiegte Bevölkerung handelt – wie sie es ja auch sagen, ja, sie wurden nicht mit Waffen besiegt – aber sie wurden gewissermaßen mit einem Abkommen demobilisiert. Das zwingt die Behörde dazu, sich dieser Herausforderung zu stellen und zu sagen, was sind die neuen Bedingungen, die sich aus diesem Demobilisierungsszenario ergeben? Eines der Elemente und eine der Forderungen, die im Abkommen definiert wurden, ist eben die Interpretation einer kollektiven Demobilisierung, ja, also Aktionen, die garantieren, dass sie sich weiterhin als Kollektiv betrachten können und nicht als Individuen, die in die Gesellschaft eingefügt werden, sondern als ein neues Kollektiv, das Teil dieser Gesellschaft wird.“<sup>160</sup>*

(Puentes Nizo 2022, Abs. 18)

### 5.3.2.2 Die monatliche Rente als Zankapfel

Das zentralste Element für die wirtschaftliche Reinkorporation neben den Initiativen für Produktivprojekte ist eine monatliche Rente, die den demobilisierten Kombattanten im Auftrag des Staates von der ARN „Alle Männer und Frauen, die heute zu den FARC-EP gehören, erhalten ab der Beendigung der ZVTN und für die Dauer von 24 Monaten ein monatliches Grundeinkommen in Höhe von 90% des gesetzlichen Mindestlohnes<sup>161</sup>, solange sie sich nicht in einem Vertragsverhältnis befinden, das ihnen Einkünfte generiert. Nach Ablauf dieses Zeitraums wird im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften, die zu diesem Zwecke erlassen werden, eine monatliche Beihilfe

---

<sup>160</sup> Span. Original: „Eso como parte, digamos, del proceso de negociación como la necesidad de cambiar ese proceso, digamos, que esa sí fue como una exigencia de las FARC, de decir, no, es que nosotros no estamos en un proceso de desmovilización individual, no estamos en proceso de sometimiento a la justicia, sino lo que hicimos fue una negociación de un Acuerdo de Paz. Y eso implica que cambie, digamos, la manera en que se entiende y se asume la población desmovilizada, que no fue una población derrotada, como ellos lo dicen, sí, no fueron derrotadas en armas, pero fueron, de alguna manera, se desmovilizaron con un acuerdo. Entonces, eso obligaría la entidad a asumir ese reto, de decir, bueno, ¿y cuáles son esas nuevas condiciones que se plantean para ese escenario de desmovilización? Entonces, uno de los elementos y de las exigencias definidas en los Acuerdos está la interpretación de una desmovilización colectiva, sí, y acciones colectivas que garanticen que ellos puedan seguir pensándose como un colectivo y no como individuos que se insertan en la sociedad, sino como un colectivo nuevo que llega a ser parte de ella”.

<sup>161</sup> Der gesetzliche Mindestlohn lag 2016 bei COP 689.454,00, umgerechnet nach heutigem Stand (ohne Berücksichtigung der Inflation) also rund EUR 150,00. – Quelle: Portafolio/El Tiempo Casa Editorial (o.J.) (Hrsg.): Cómo ha sido la evolución del incremento del mínimo en 22 años. – online, <https://www.portafolio.co/economia/evolucion-del-salario-minimo-en-colombia-en-22-anos-575683> (zuletzt abgerufen am 06.08.2023)



gewährt, die nicht niedriger ist als die bisher gültige, sofern der Begünstigte nachweist, dass er seinen Bildungsweg entsprechend den Reinkorporationszielen fortgesetzt hat.“<sup>162</sup> (OACP 2018, S. 75). Vor allem die eher vage Bestimmung über die Fortführung dieser Unterstützung nach Ablauf der ersten zwei Jahre, sollte sich zu einem Zankapfel entwickeln. Denn eine der am deutlichsten kommunizierten Entscheidungen der Regierung von Präsident Iván Duque war die Verlängerung dieses Grundeinkommens nach denselben Bestimmungen des Abkommens über die ursprüngliche Dauer von zwei Jahren hinaus, worauf etwa auch Knudsen hinweist.

*„Das Friedensabkommen hat vorgesehen, dass die Ex-Kombattanten eine monatliche Unterstützung, ein monatliches Grundeinkommen, erhalten sollten, das vor zwei Jahren ausgelaufen wäre. Vor zwei Jahren hat dann Präsident Duque gesagt, dass es unmöglich sei, in so kurzer Zeit alle Prozesse der Reinkorporation und der unternehmerischen Projekte zu realisieren, also werden wir diese Unterstützung verlängern und das wurde getan, ohne dass er die Verpflichtung dazu gehabt hätte. Dahinter liegen allerdings Realitäten, die viele Leute nicht kennen. In den Zonen, in denen sich die Ex-Kombattanten schließlich versammelt haben, sind neue Realitäten entstanden, die sich niemand vorstellen konnte als das Abkommen ausgehandelt wurde. Zum Beispiel, wie ein Soziologe sagte, die Guerilleros hören auf, Krieg zu führen und beginnen, Liebe zu machen. Und dort, wo diese Guerilleros versammelt waren, kamen plötzlich viele Kinder auf die Welt. Für diese Kinder war keine Nahrungsversorgung vorgesehen, keine medizinische Versorgung, keine Kindergärten, keine Bildung – Präsident Duque hat sehr wichtige Mittel freigemacht, um sich auch um diese Bevölkerungsgruppen zu kümmern.“<sup>163</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 8)

Aus Knudsens eher politisch-diplomatischen Argumentation kommt hervor, dass Präsident Duque gar nicht anders konnte als das Grundeinkommen zu verlängern und dass man ihm diese Entschei-

---

<sup>162</sup> Span. Original: „Cada uno (a) de los hombres y mujeres hoy pertenecientes a las FARC-EP a partir de la terminación de las ZVTN y durante veinticuatro meses, recibirán una renta básica mensual equivalente al 90% del SMMLV, siempre y cuando no tengan un vínculo contractual que les genere ingresos. Con posterioridad a este término, se otorgará una asignación mensual de acuerdo con la normatividad que se expida para ese efecto y no menor a la que haya estado vigente siempre y cuando el beneficiario acredite que ha continuado su ruta educativa en función de los propósitos de reincorporación.“

<sup>163</sup> Span. Original: „El Acuerdo de Paz contemplaba que a los excombatientes se les iba a dar una mensualidad, un salario mensual que se terminaba hace dos años. Hace dos años el presidente Duque dijo, era imposible en tan corto tiempo lograr todos los procesos de reinserción y tal de emprendimientos y nosotros vamos a extender ese auxilio y se hizo, sin que tuviera una obligación de hacerlo. Pero hay detrás realidades que mucha gente no conoce. En las zonas donde se terminaron reuniendo los excombatientes empezaron a haber unas realidades que nadie se pudo imaginar cuando se negoció el Acuerdo de Paz. Por ejemplo, como decía un sociólogo, los guerrilleros dejaron de hacer la guerra y empezaron a hacer el amor. Y empezaron a nacer muchos niños en las zonas donde estaban concentrados esos guerrilleros. Para esos niños no estaba previsto nutrición, médicos, jardines infantiles, educación – [el, Anm.] presidente Duque introdujo unos recursos muy importantes para atender a esas poblaciones.“

dung zurecht hoch anrechnen müsse, weil er es ja nicht hätte tun müssen. Dabei schwingt allerdings auch mit, dass er keine andere Wahl hatte, da das Abkommen gleichsam in sich falsch konzeptioniert worden wäre, zu kurzfristig und mit zu kurzen Laufzeiten. Man hätte damit rechnen können oder müssen, dass in den neuen Verhältnissen auch Kinder entstehen würden, auch wenn das eine Realität sei, die man sich zum Zeitpunkt der Verhandlungen nicht habe vorstellen können. Puentes von der ARN steht ebenfalls hinter der Verlängerung der Maßnahme, begründet das aber etwas nüchterner. Er meint, dass es das einzige war, was Präsident Duque machen konnte, um überhaupt Ergebnisse vorzeigen zu können, weil die übrigen Maßnahmen keine oder kaum Erfolge gebracht hätten.

*„Ich glaube, sagen wir, dass sie notwendig ist. Warum ist sie notwendig? Weil in dem Maße, in dem man bei der Formalisierung und der Nachhaltigkeit der kollektiven produktiven Projekte nicht vorangekommen ist, handelt es sich jetzt um eine Bevölkerung, die mit den Mitteln, die für die produktiven Projekte vorgesehen waren, leider größtenteils gescheitert ist. [Sagen] wir, dass das ein äußerst effizienter Indikator für den Fortschritt des Reinkorporationsprozesses in wirtschaftlicher Hinsicht ist. Also, man sieht ja, dass es Schwierigkeiten dabei gibt, Arbeit zu finden, ja, weil das – noch einmal – Menschen sind, die aus dem Dschungel, sagen wir, aus dem Busch kommen, richtig, das sind Menschen, die in gewisser Weise Schwierigkeiten haben, mit der Gesellschaft als Ganzes in Beziehung zu treten. [...] Also, sagen wir, obwohl das eine Form des Assistenzialismus ist, glaube ich, dass, solange es nicht gelingt, nachhaltige Projekte langfristig zu formalisieren, die Arbeitsplätze schaffen, die diese entwaffnete Bevölkerung irgendwie verbindet, solange glaube ich, dass es wichtig ist, diesen Beitrag zum Überleben zu erhalten, ja? [...] [Was] macht ein Mensch, der, sagen wir, welche Möglichkeiten, wovon lebt eine Person, die nicht in die Arbeitswelt einsteigen kann, die kein nachhaltiges produktives Projekt hat, die aber eine Familie hat oder Verantwortung tragen muss? Und wenn das einzige, in dem sie wirklich gut war, der Krieg ist?“<sup>164</sup>*

(Puentes Nizo 2022, Abs. 22)

---

<sup>164</sup> Span. Original: „Yo considero que, digamos, que es necesaria. ¿Necesaria por qué? Porque, en la medida en que no se logró avanzar en la formalización y en la sostenibilidad de proyectos productivos colectivos, pues es una población que lamentablemente con esos recursos que se tenían destinados para los proyectos productivos, pues lamentablemente fracasaron en su mayoría, digamos, que ese es un, ese es un indicador que es supremamente eficiente sobre cómo avanza el proceso de reincorporación en términos económicos. Entonces, uno ve que hay dificultades de enganche laboral, sí, porque son personas que vienen, nuevamente, de la selva, digamos, del monte, cierto, son personas que de alguna manera tienen dificultades para relacionarse con la sociedad, su conjunto. [...] Entonces, digamos, que, si bien eso es un asistencialismo, creo yo que en la medida en que no se logre formalizar proyectos sostenibles de largo aliento que generen empleo, que vinculen a esa población desarmada, pues yo creo que es importante mantener, digamos, esa cuota de supervivencia, ¿sí? [...] ¿[Qué] hace una persona que no, digamos, qué opciones, de qué va [vivir, Anm.] una persona que no se puede enganchar en el mundo laboral, que no tiene un proyecto productivo sostenible y que tiene una familia o la que tiene que responder? ¿Y cuando lo único que para lo que realmente ha sido muy bueno es para la guerra?“

Bei Puentes ist bereits ein entscheidendes Wort gefallen, der Assistenzialismus. Im vorliegenden Kontext soll der Assistenzialismus nicht in einem engen und rein fürsorglichen Sinn verstanden werden, sondern in einem soziologisch erweiterten Sinn, der den Begriff womöglich etwas abwertend in die inhaltliche Nähe des Klientelismus stellt. Es handelt sich dann um eine überbordende Fürsorge, die in aller Regel auch mit oft nur impliziten Bedingungen verbunden ist. So könnte sich die Politik etwa im Abtausch für Unterstützungsleistungen oder Sozialprogramme Wählerstimmen erhoffen oder diese sogar aktiv einfordern. Im Falle der demobilisierten FARC-Kombattanten steht der Begriff des Assistenzialismus für die Sorge, durch eine zu große und zu lange Unterstützung durch den Staat in Form eines garantierten monatlichen Grundeinkommens in eine ökonomische Abhängigkeit getrieben zu werden, die es den Betroffenen noch schwieriger macht, sich aktiv um den Einstieg in ein geregeltes Arbeitsleben zu bemühen. Je nach politischer Verortung des Gesprächspartners, steht die Vermutung im Raum, dass der Staat in Person von Präsident Duque die Verlängerung der Rente aus der bloßen Absicht heraus beschlossen haben könnte, um ökonomische Abhängigkeiten in der demobilisierten Bevölkerung zu vergrößern. Dabei stehen sich zwei Weltanschauungen gegenüber, die kaum miteinander zu vereinen sind, deren Argumentationen sich aber überraschend stark ähneln. Beide Seiten fragen sich etwa, ob und wie sich die Verlängerung der Rentenzahlung auf das vorhandene Arbeitskraftpotenzial der demobilisierten Bevölkerung auswirkt. Die einen sehen die Verlängerung als potentiellen Hemmschuh, weil sich die Menschen daran gewöhnen würden, zu verdienen, ohne dafür wirklich etwas tun zu müssen. Die anderen wiederum sehen die Verlängerung mit Verweis auf dieselben Argumente von Gewöhnung und Abhängigkeit vom Staat zwar kritisch, betonen aber, dass der Wille zu arbeiten da sei. Einig scheint man sich nur in dem Punkt zu sein, dass die Verlängerung der Rentenzahlung ein Beweis für strukturelle Schwächen des Abkommens bzw. für Fehler und Unzulänglichkeiten in seiner Umsetzung wäre. Auf der einen Seite heißt es, das Abkommen hätte die erwartbaren Lebenssituationen der demobilisierten Kombattanten zu wenig berücksichtigt. Auf der anderen Seite sieht man die Maßnahme als „Nebelgranate“, um die Öffentlichkeit von den eigentlichen Verfehlungen im Umsetzungsprozess abzulenken. Am Ende findet so jeder einen Aspekt, der als positiv und bestätigend für die eigene Sichtweise präsentiert werden kann und der gleichzeitig der jeweils anderen Seite vorgehalten werden kann. In jedem Fall stellt die Frage der Unterstützungsleistungen und die unklare Schwelle zwischen notwendiger Sozialmaßnahme und assistenzialistischer „Manipulation“ eine Herausforderung für den Umsetzungsprozess dar.

MK:

*„Sie haben bereits das monatliche Grundeinkommen erwähnt, das unter der scheidenden Regierung über das ursprünglich vereinbarte Ausmaß hinaus [...] verlängert wurde. [Es] gibt nun Stimmen im sozialen und politischen Bereich, die diese Entscheidung loben und auf der anderen Seite gibt es Personen, die die kritisieren, weil sie in der Entscheidung [zur Verlängerung des Grundeinkommens, Anm.] die mögliche Schaffung einer wirtschaftlichen Abhängigkeit der demobilisierten Personen vom Staat sehen. Wie sehen Sie diesen Konflikt? [...]“<sup>165</sup>*

Flórez:

*„Ich glaube, dass, sagen wir, beide Positionen wahre Aspekte besitzen. [...] Nun, ich glaube, dass es [die Verlängerung, Anm.] angesichts der langsamen Entwicklungen bei der Implementierung [des Abkommens, Anm.], angesichts der Schwierigkeiten, mit denen die Leute konfrontiert sind, notwendig war. Auf der anderen Seite ist aus dem Abkommen selbst und aus den Wiedereingliederungsprozessen heraus auch das, was du anführst, wahr, nämlich, dass es notwendig ist, der Abhängigkeit von einer staatlichen Unterstützung Grenzen zu setzen. Denn so wie der Krieg verdirbt, so verdirbt auch der Frieden. Und die Zersetzung des Friedens ist der Assistenzialismus. Das ist das Thema, dass es Menschen gibt, die sich daran gewöhnen, ein Einkommen zu erhalten und am Ende fast so etwas wie Kriegspensionisten sind, die keine andere Aktivität entwickeln und das verschlechtert den Zustand der Menschen und der Prozesse. Also, ja, es ist erforderlich, Grenzen zu setzen und ich glaube, dass die nächste Regierung die Notwendigkeit haben wird, einen graduellen Abbau vorzunehmen [...].“<sup>166</sup>*

(Flórez 2022, Abs. 5f., Abs. 8)

Eine Möglichkeit, einer Entwicklung in Richtung zu viel Assistenzialismus vorzubeugen, sind klar formulierte Vorgaben, welche Schritte auf dem Weg der Reinkorporation erreicht werden sollen, die durch das monatliche Grundeinkommen unterstützt werden. Das würde im Umkehrschluss auch bedeuten, dass vonseiten einer Behörde oder Institution wie der ARN effektive Kontrollen auf Basis dieser Vorgaben durchgeführt werden müssten. In der Folge würde der, der sich nicht

---

<sup>165</sup> Span. Original: „Usted ya la ha mencionado, la renta mensual, que, bajo el gobierno saliente, se ha prorrogado [...] desde lo originalmente acordado. [Ahora] hay voces en el ámbito social y político que elogian esa decisión, por otro lado, hay personas que la critican porque ven en esa decisión una posible creación de una dependencia económica por parte del estado para los, para las personas que están en estado de desmovilización y reincorporación. ¿Cómo ve Usted ese conflicto? [...]”

<sup>166</sup> Span. Original: „Yo creo que es, digamos, ambas posturas tienen aspectos de verdad. [...] Ahora, creo que eso era necesario ante los lentos desarrollos de la implementación, ante las dificultades que está enfrentando la gente. Pero, por otro lado, desde el mismo Acuerdo y desde los procesos de reinserción es cierto la otra parte que tú argumentas de que es necesario de ponerle unos límites a la dependencia del apoyo estatal. Porque, así como la guerra se degrada, la paz se degrada. Y la degradación de la paz es el asistencialismo. Es el tema de que hay gente que termina acostumbrándose a recibir un ingreso y quedan casi como jubilados de guerra y no desarrollan ninguna otra actividad y eso va deteriorando las personas, va deteriorando los procesos. Entonces, sí es necesario colocar los límites y yo creo que el próximo gobierno va tener la necesidad de hacer un desmonte gradual [...].”

an die vereinbarten Schritte hält, den Anspruch auf die Unterstützungsleistung verlieren. Flórez (vgl. 2022, Abs. 10ff.) betont, dass es solche Vorgaben bereits gebe, natürlich in Form einer von der ARN ausgearbeiteten „Route“. Leider haben sich allerdings ihre Implementierung in der praktischen Arbeit der Agentur sowie die Kontrolle der Vorgaben erschwert: Wegen nicht näher definierten Unstimmigkeiten mit den Vertretern der ehemaligen FARC und wegen der COVID-19-Pandemie. Man verfeinere derzeit noch die Mechanismen, um die Nachverfolgbarkeit und die Kontrollmöglichkeiten noch weiter zu verbessern, schließt er seinen Kommentar dazu ab.

Kaum überraschend war, dass sich auch Senator Lozada gegen die Maßnahme der Rentenverlängerung stellen würde, wenngleich wohl vor allem aus politischen Gründen. Er stößt in ein ähnliches Horn wie Puentes in seinem Kommentar weiter oben, lastet die Verfehlung aber praktisch einzig und allein dem Präsidenten und seinem politischen Programm „Frieden mit Legalität“ an. Demnach sei es eine bewusste Entscheidung, den Umsetzungsprozess des Abkommens auf die Entwaffnung und gleichsam möglichst unauffällige Reinkorporation zu reduzieren. Unauffällig deshalb, weil damit ein Ergebnis präsentiert werden kann, die eigene Wählerbasis zufriedengestellt wird und auch den ehemaligen Kombattanten, zumindest oberflächlich, generös geholfen wird.

Lozada:

*„[Also], er will, er zeigt Ergebnisse, angeblich, weil er das Grundeinkommen garantiert (...), das für uns aber nicht ideal ist, nicht wegen der Höhe – es ist so, dass wir leben wollen, richtig, und nicht, dass unsere Leute von einer Beihilfe leben müssen, wir sind arbeitende Menschen, wir haben gelernt, richtig, von früher her, als wir in der Guerilla waren, arbeitende Menschen zu sein, und daher glauben wir, dass, wenn es wirklich Ausbildungspläne gegeben hätte, Unterstützung für produktive Projekte, technische Assistenz, Fortbildungen in der Verwaltung, dass wir heute produktive Projekte hätten, die nicht nur den Unterzeichnern des Friedens zugutekommen würden, sondern auch den Gemeinschaften und den Regionen, in denen sich diese Siedlungen befinden. Wir haben also den Eindruck, dass das, was diese Regierung gemacht hat, gewissermaßen eine Reproduktion einer assistenzialistischen Politik war, aber keine staatliche Perspektive für eine soziale und wirtschaftliche Reinkorporation verfolgt hat, die, sagen wir, eine Reinkorporation dieser Gebiete im Kontext der Gemeinden, in denen sie sich befinden, garantiert hätte.“<sup>167</sup>*

---

<sup>167</sup> Span. Original: „[Entonces], él quiere, él muestra resultados, supuestamente porque se garantizó una renta básica (...) que para nosotros no es lo ideal, no por el monto – nosotros no queremos vivir, cierto, y que la gente nuestra viva de una mesada, no, nosotros somos gente de trabajo, nosotros hemos aprendido, cierto, desde antes, cuando estábamos en la guerrilla, a ser gente trabajadora y por eso nos parece que si hubiesen habido realmente planes de capacitación, de apoyo a los proyectos productivos, de asistencia técnica, de capacitación en la parte administrativa, hoy en día

MK:

*„Würden Sie denn die Verlängerung der Regelung dieses monatlichen Grundeinkommens als eine Gefahr für die Umsetzung des Reinkorporationsprozesses sehen?“<sup>168</sup>*

Lozada:

*„Ja, ich glaube, dass die zeitliche Verlängerung – sagen wir, was haben wir gesagt? Gewährleistet die Nachhaltigkeit der produktiven Projekte und das ist im Sinne einer Reinkorporation vorteilhafter als die Abhängigkeit von einem Grundeinkommen, das am Ende nur Schaden anrichtet. Niemand, niemand, keinem Menschen gefällt es, davon abhängig zu sein, dass ihm der Staat etwas gibt, richtig, schon gar nicht, wenn es Menschen gibt, die wissen, wie man arbeitet, die arbeiten wollen, die, unter anderem, als Teil ihres Reinkorporationsprozesses das Bedürfnis verspüren, produktiv zu sein. Wir glauben also, dass eine gewisse Perversität darin liegt, produktive Projekte nicht adäquat zu unterstützen und die Reinkorporation einer monatlichen Beihilfe zu unterwerfen.“<sup>169</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 10)

Vor allem aber ist es für den Staat das geringere, weil günstigere Übel im Vergleich zur Umsetzung großer struktureller Reformen, wobei „günstig“ hier in finanzieller wie politischer Hinsicht zu verstehen ist.

*„Ich glaube, dass es der billigste Weg ist, nicht, den der Staat hat, weil, letztlich, um den 10.000 Menschen dort ein Einkommen zu geben – [...] – also, dieses existenzielle Paket der Regierung ist einfach der billigste Weg, ja? Aber das ist keine Garantie für irgendetwas, ja, weil so nur die Bedingungen für mehr Unzufriedenheit und größere soziale Ausbrüche geschaffen werden. Es ist nur so, dass der Großteil der Dinge, die gebraucht worden wären, Maßnahmen, die gebraucht worden wären, in Wirklichkeit nicht umgesetzt wurden. Die Landreform wurde nicht umgesetzt, der Mehrzweckkataster wurde nicht eingeführt, die politische Reform wurde nicht durchgeführt, also, eine Reihe von Dingen wurde aufgeschoben, weil*

---

tendríamos proyectos productivos que no solamente beneficiarían a los firmantes de la paz, sino también a las comunidades y a las regiones donde están esos asentamientos. Entonces nos parece que lo que este gobierno hizo fue una reproducción de alguna manera de la política asistencialista, mas no una perspectiva de estado de permitir esa reincorporación social y económica que hubiese garantizado, digamos, también la reincorporación en términos de esos espacios en el contexto de las comunidades donde se encuentran.”

<sup>168</sup> Span. Original: „Consideraría Usted entonces la prórroga del reglamento de esa mesada mensual un peligro para la puesta en acción del proceso de reincorporación?“

<sup>169</sup> Span. Original: „Sí, yo creo que eso, eso, prolongar en el tiempo – digamos, ¿qué es lo que nosotros hemos dicho? Garanticen la sostenibilidad de los proyectos productivos y eso es más beneficioso en términos de una reincorporación que la dependencia de una mesada que termina haciendo daño. Nadie, nadie, [a, Anm.] ningún ser humano le gusta de alguna manera estar dependiendo ahí de algo que le da el estado, cierto, menos si hay gente que sabe trabajar, que quiere trabajar, que siente la necesidad entre otras cosas como parte de su proceso de reincorporación de ser productivos. Entonces nos parece que hay cierta perversidad en no apoyar adecuadamente los proyectos productivos y supe-ditar la reincorporación a una mesada.“

*sie Kosten verursacht und Veränderungen bedeutet hätten, eine (...) große Architektur dargestellt hätten, ja? Und das ist etwas, was diese Regierung ohnehin nie machen wollte. [...] Also haben sie nach dem einfachsten und schnellsten Weg gesucht, um zu zeigen, dass wir ihnen ja ohnehin weiter Lebensmittel und ein monatliches Grundeinkommen bereitstellen, aber wirtschaftlich gesehen ist das nichts. [Also], in wirtschaftlicher Hinsicht ist ein monatliches Grundeinkommen von 10 Milliarden Pesos für den kolumbianischen Staat – 10 Milliarden Pesos sind nichts. Auf das Jahr gerechnet (...) sprechen wir da von 120 Milliarden Pesos, das heißt, im Laufe der gesamten Implementierung bis jetzt wurden für diese Unterstützung noch nicht einmal 3 Billionen Pesos<sup>170</sup> ausgegeben, ja?<sup>171</sup>*

(El Ingeniero 2022, Abs. 25)

Das vielfältige Meinungsbild rund um das monatliche Grundeinkommen als einem der zentralen Punkte des Abkommens fasst in den Augen des Verfassers gut die problematische Situation zusammen, in der sich die Umsetzung zum Zeitpunkt der Durchführung der Interviews befindet. Diese erfolgte wenige Wochen vor dem offiziellen Ende der Amtsperiode jenes Präsidenten, der die schwierige Aufgabe hatte, in der Friedensbildung von einer anfänglichen Phase der Verhandlungen in eine Phase der tatsächlichen Arbeit und der praktischen Umsetzung zu kommen. Eine praktische Umsetzung, die nicht aus dem Beschluss singulärer Maßnahmen allein bestehen kann. Sie braucht einen langen legislativen Atem, um Reformen und Gesetzespakete auf den Weg zu bringen. Doch um diese großen Thematiken scheint es gar nicht zu gehen, da man sich gleichsam im Kleinklein um Einzelmaßnahmen wie der Verlängerung des Grundeinkommens verliert. Die Entscheidung ist schwerwiegend und betrifft nicht irgendeinen Nebenaspekt, sondern ein zentrales

---

<sup>170</sup> Zum tagesaktuellen Kurs zum Zeitpunkt der Aufzeichnung des Interviews am 18.07.2022 entsprachen COP 3.000.000.000.000 (Drei Billionen) rund EUR 677.600.000 (677,6 Millionen) – das entspräche in sechs Jahren der Umsetzung seit Inkrafttreten des Abkommens (2017 – 2022) Ausgaben von rund EUR 112.900.000 (112,9 Millionen) pro Jahr. Zur Einordnung: Der gesamte kolumbianische Staatshaushalt für das Fiskaljahr 2022 ist gemäß Gesetz Nr. 2159 vom 12. November 2021 bzw. Dekret Nr. 1793 vom 21. Dezember 2021 mit der Summe von rund COP 350.400.000.000.000 (350,4 Billionen) veranschlagt. – Quelle: Gobierno de Colombia – Ministerio de Hacienda (2019): Presupuesto General de la Nación 2022 – online, [https://www.minhacienda.gov.co/webcenter/portal/EntOrdenNacional/pages\\_presupuestogralnacion/presupuestogeneraldeNacion2022/pgn2022](https://www.minhacienda.gov.co/webcenter/portal/EntOrdenNacional/pages_presupuestogralnacion/presupuestogeneraldeNacion2022/pgn2022) (zuletzt abgerufen am 08.08.2023)

<sup>171</sup> Span. Original: „Yo creo que es la vía más económica, no, que tiene el estado, porque en últimas, darles una renta a 10.000 personas ahí – [...] – o sea, eso del paquete existencial del gobierno es la vía más económica, más barata, ¿sí? Pero eso no es garantía de nada, sí, porque se están creando condiciones para mayor inconformismo y mayores estallidos sociales, o sea. Es que lo del grueso de las cosas que necesitaban, recursos que necesitaban, realmente no se hicieron. La reforma rural no se hizo, el catastro multipropósito no se hizo, la reforma política no se hizo, o sea, hay una serie de cosas que se aplazaron, porque representaban un costo y representaban unas transformaciones y representaban (...) una gran arquitectura, ¿sí? Cosa que este gobierno no iba a hacer. [...] Entonces ellos buscaron la vía más fácil y la más expedita y sencilla para mostrar que, no, nosotros les seguimos manteniendo la comida y una mensualidad, pero en términos económicos eso no es-/ o sea, en términos económicos, una mensualidad de 10.000 millones de pesos para un estado colombiano – 10.000 millones de pesos no es nada. Al año (...) estamos hablando de 120.000 millones de pesos, o sea, en lo que va implementado no se han gastado en esa ayuda ni siquiera 3 billones de pesos, ¿sí?“

Element der Vereinbarung. In Zahlen ausgedrückt ist sie dann gar nicht so groß, wie sie zunächst scheint, der Effekt ist im Zweifel zurückhaltend zu bewerten. Der forschende externe Beobachter bleibt angesichts dieser Gemengelage, gelinde gesagt, verblüfft zurück. Die Diskussionen zeigen, wie sehr sich der institutionelle Diskurs in Detailfragen zu verlaufen scheint, ohne in den großmaßstäbigeren Kategorien zu denken, die es für einen solchen Prozess bräuchte.

Man beschränkt sich auf Ausreden: Knudsen (vgl. 2022, Abs. 10) meint in Bezug auf die Katasterreform etwas süffisant, dass ja bekannt sei, dass Kolumbien ein absolut armes Land ist und die Reform mit den bestehenden Mitteln im Land gar nicht zu bewerkstelligen sei; man beschränkt sich auf Tröstungen und setzt die Hoffnungen in die neue Regierung, die zum Zeitpunkt der Gespräche kurz vor der Angelobung stand. Auch sie hat aber nur vier Jahre Zeit hat, Prozesse anzustoßen; man beschränkt sich auf die Diskussion der politischen Versäumnisse des jeweils anderen und auf die Vorwürfe, die man auf Basis dessen austeilen und medial platzieren kann. Die Politik scheint es geschafft zu haben, die Thematik so sehr aufzudröseln, dass kein klarer Kurs mehr ersichtlich ist. Auf der Strecke bleiben dabei insbesondere die demobilisierten Kombattanten der FARC, die sich dem Friedensbildungsprozess angeschlossen haben – aber auch die Bevölkerung im Allgemeinen, die nach klarer Information und politischer Transparenz verlangt.

### 5.3.2.3 Die Reinkorporation als Beispiel für eine gescheiterte Institutionengeographie

Was damit gemeint ist, dass die Kombattanten „auf der Strecke bleiben“, zeigt beispielsweise ein Blick auf die sogenannten „Territoriales Fortbildungs- und Reinkorporationsgebiete“, aufgrund der spanischen Bezeichnung abgekürzt ETCR<sup>172</sup>. Gemäß präsidentiellem Dekret sind die ETCR „Orte für die Entfaltung von Aktivitäten, die die Reinkorporation in ein ziviles Leben in wirtschaftlicher, sozialer und produktiver Hinsicht für ehemalige Mitglieder der FARC-EP erleichtern, die ordnungsgemäß vom Büro des Hohen Kommissars für den Frieden akkreditiert wurden“. (Art. 2, Decreto 2026 de 2017, S. 4). Bereits einige Monate zuvor wurde mit dem Dekret Nr. 1274 vom 28.07.2017 festgelegt, dass die ETCR an denselben Orten eingerichtet werden sollten, an denen auf Basis des Abkommens bereits die ZVTN eingerichtet worden waren. Die Umwandlung der ZVTN in ETCR war also ein Ausdruck einer längerfristigen Ausrichtung der Aktivitäten vor Ort.

---

<sup>172</sup> Abkürzung für “Espacios Territoriales de Capacitación y Reincorporación”.



Was auf den ersten Blick naheliegend erscheint und den Aufwand einer Umsiedlung der demobilisierten Bevölkerung vermeidet, bringt aber auch Probleme mit sich. In Kapitel 4 wurde ausgeführt, dass bei der Einrichtung der ZVTN auch ein Sicherheitsaspekt eine Rolle gespielt hat und etwa das Tragen einer persönlichen Waffe zunächst noch gestattet war. Die Phase der Entwaffnung ist freilich eine der heikelsten im gesamten Prozess – die Orte dafür müssen aber unter den erläuterten Gesichtspunkten mit größter Sorgfalt ausgewählt werden. Solche Zonen werden sich nicht zuletzt auch aus Rücksicht auf die ansässige Bevölkerung nicht mitten in einem besiedelten Gebiet befinden, sollten im Hinblick auf eine längerfristige Entwicklung aber auch nicht zu weit weg davon sein. Aspekte, die Puentes mit Verweis auf die geographische Bedeutung dieser Überlegungen wie folgt zusammenfasst:

*„Also, sagen wir, man hat das im Prinzip in der Logik des Zugangs einer Guerilla gedacht und das hat bedeutet, sie in Gebieten der strategischen Nachhut anzusiedeln, in Gebieten, die gewisse Sicherheitsgarantien geboten haben, wenn man unter Waffen steht. Aber wenn dieser Prozess nicht mehr stattfindet-, wenn sie sich demobilisieren und sich in diesen Gebieten dauerhaft niederlassen, dann werden sie durch diese geographische Lage isoliert, sie sind dann von allem ein bisschen isoliert. Das heißt, wenn man einen Prozess der Wiedereingliederung oder der Reinkorporation, Verzeihung, haben wollte, dann hat die geographische Lage die ETCR stark beeinträchtigt, weil das Gebiete sind, die zu weit entfernt sind, Gebiete, in denen es Schwierigkeiten hinsichtlich einer grundlegenden sanitären Versorgung gibt und das trotz aller Bemühungen, die unternommen werden, sie werden immer unzureichend sein, das sind schwer zugängliche Gebiete in Sachen Transportwege, sie sind weit von urbanen Zentren entfernt, also, wenn es dort kein produktives Projekt gibt und im ETCR auch keines entwickelt wird, dann gibt es dort im Grunde nichts zu tun, weil es keine Möglichkeit gibt, in diesem Gebiet zu überleben, wenn nicht durch das monatliche Grundeinkommen, das man von der Regierung erhält.“<sup>173</sup>*

(Puentes Nizo 2022, Abs. 30)

---

<sup>173</sup> Span. Original: „Entonces, digamos, que se pensó un poco desde la lógica, en principio, de la vía guerrillera y era ubicarlos en zonas como de retaguardia estratégica, en zonas donde ofrecía ciertas garantías de seguridad, pero si uno está en las armas. Pero cuando ya no se da el proce-/ cuando ya se desmovilizan y se asientan en esas zonas, pues esa ubicación geográfica lo que hace es aislarlos, aislarlos un poco de todo. O sea, si se quería un proceso de reinscripción o de reincorporación, perdón, pues es, digamos, que la ubicación geográfica de los Espacios Territoriales afectaron muchísimo, porque son zonas demasiado distantes, zonas que tienen dificultades en términos de saneamiento básico, a pesar de los esfuerzos que se hagan, siempre son insuficientes, entonces son zonas que tienen difícil de acceso (sic!), vías de transporte, están distantes de los centros urbanos, entonces, si no hay y se desarrolla un proyecto productivo en el ETCR, pues, básicamente, no hay nada que hacer ahí, porque, porque no hay cómo sobrevivir en ese espacio si no es a través de la ayuda mensual que entrega el gobierno nacional.“

Man kann die Verlängerung des Grundeinkommens also auch aus einem sehr nüchternen Blickwinkel der reinen Überlebenssicherung sehen, wobei das durchaus zur bereits weiter oben festgestellten Tendenz Puentes‘ passt, die Maßnahme per se zwar zu verstehen, sie aber gleichzeitig als Versuch der Regierung zu sehen, überhaupt etwas vorweisen zu können.

Tatsächlich überträgt Dekret 2026 der Agentur für die Reinkorporation und Normalisierung (ARN) in Artikel 2, Absatz 2, zunächst auch eine Art Koordinierungsfunktion, um die Fortführung der Reinkorporationsmaßnahmen in den ETCR zu gewährleisten, wobei die finanziellen Ressourcen dafür vorerst noch aus einem eigens zu diesem Zweck von der Regierung aufgestellten Fonds kommen sollten. In Artikel 6 wird dann allerdings klargestellt, dass die ARN spätestens ab dem 01.04.2018 generell die Verwaltung der ETCR zu übernehmen hat, nachdem alle dafür benötigten Mittel von besagtem Fonds auf die ARN überschrieben worden seien. (vgl. Art. 2 (P2), Art. 6, Decreto 2026 de 2017, S. 4f.) Der Einfachheit halber wird für die mittel- bis längerfristige Fortführung der Aktivitäten im Bereich der Reinkorporation auf das gesetzt, was bereits da ist und so wird die ARN in eine Position gehievt, in die sie eigentlich gar nicht kommen sollte. Es geht um die Rolle einer übergeordneten Koordinierungsstelle für Aufgaben der Reinkorporation, für die sich die Agentur zwar inhaltlich anbietet, aber eigentlich nicht ausgestattet ist. Die Situation erinnert ein wenig an den Zwiespalt, den Generalprokurator Acosta im Abschnitt oben in Bezug auf die kontextuelle Arbeit der Generalprokuratur zur Unterstützung der Sonderjustiz JEP angesprochen hat. Eine Behörde nimmt eine Aufgabe wahr, weil sie auf den ersten Blick durchaus zu ihrem bisherigen Betätigungsfeld passt oder weil sie ihr per Gesetz oder Dekret „umgehängt“ wird. Eigentlich hätte sie im Rahmen der schon bestehenden Aufgaben aber genug zu tun. An anderer Stelle scheint das kolumbianische Institutionengefüge schier überfrachtet zu sein – in diesen Fällen wäre aber die Schaffung einer neuen Behörde angebracht gewesen. Mit ausreichender finanzieller und vor allem personeller Dotation hätte eine solche zentrale Koordinationsstelle zielgerichtet und effizient arbeiten können. So aber entsteht eine administrative Katze, die sich gleichsam selbst in den Schwanz beißt: Behörden bzw. Institutionen wie die ARN sind durch Ineffizienz überfordert und wegen Überforderung ineffizient.

Zu tun wäre genug. Zu den Kernaufgaben der ARN gehört etwa die teils persönliche Betreuung und Begleitung der demobilisierten Kombattanten, unabhängig davon, ob sie sich physisch innerhalb eines ETCR befinden oder mit ihrer Familie andernorts ein selbstständiges Leben begründet

haben. Über sogenannte territoriale Subgruppen ist es die ARN, die diesen Menschen professionelle Begleitung zukommen lässt, ihre Bedürfnisse erhebt und sie bei der aktiven Reinkorporation unterstützt. Deren inhaltliche Ausgestaltung ist über persönliche Reinkorporationsrouten festgelegt. Diese Unterstützung reicht von der Suche nach Ausbildungsstätten über die Einschreibung bei einem passenden Sozialversicherungsdienstleister bis hin zur Unterstützung bei der Wohnungssuche oder bei der Anmeldung eines Wohnbedarfs im Rahmen des jeweiligen lokalen oder regionalen Unterstützungsprogramms in diesem Segment. (vgl. Puentes Nizo 2022, Abs. 30) In Bezug auf die vielzitierten produktiven Projekte wäre in diesem Zusammenhang eine der Aufgaben gewesen, Ländereien und Grundstücke zu erwerben und zu verwalten, um sie in weiterer Folge an die Kooperativen oder an Einzelpersonen für die Etablierung eines produktiven Projekts weiterzugeben. Allein, dazu ist es kaum gekommen. Bei jenen produktiven Projekten, die als Erfolge deklariert wurden, handelte es sich vor allem um (kooperative) Zusammenschlüsse im unternehmerischen Bereich, die auch von internationalen Förderungen profitieren konnten und so Leuchtturm-Positionen einnahmen. Gerade im landwirtschaftlichen Bereich gibt es aber einen enormen Mangel bzw. einen Rückstau in der tatsächlichen Umsetzung produktiver Aktivitäten. (vgl. Patiño Benavides 2022, Abs. 8) Angesprochen auf die Frage der Flächen für produktive Projekte, gibt Flórez eine eher diplomatische Antwort.

*„Ja, schau, das ist ein (...) ich würde sagen, das ist ein grundlegender Defekt des Abkommens. Mehr noch, anders als in den 90er-Jahren wurde im Abkommen kein Mechanismus für den Kauf und die Übergabe von Ländereien an die Reinkorporierten festgelegt. Das ist ein struktureller Fehler und es wurden ohnehin Fortschritte beim Landankauf für die Territorialen Fortbildungsgebiete gemacht und über die SAE<sup>174</sup> und über einige kleinere Ankäufe wurde dieses Thema schrittweise ergänzt. Aber, was man nicht geschafft hat – das heißt, wegen fehlender Ressourcen, wegen fehlender Regelungen dafür – was man nicht geschafft hat, war, die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Projekten zu befriedigen. Das ist also zu einem Flaschenhals geworden, der meines Erachtens zu den ersten Dingen gehören sollte, bei denen die nächste Regierung<sup>175</sup> prüfen muss, wie sie den Prozess beschleunigen kann, denn das betrifft die Zuweisung eines beträchtlichen Volumens an Ressourcen, wichtiger Ressourcen, ja?“<sup>176</sup>*

(Flórez 2022, Abs. 20)

Es erscheint einfach, den Grund für eine Schwäche in der Umsetzung einmal mehr auf einen grundlegenden Fehler in der Struktur des Abkommens abzuwälzen. Dennoch unterstreicht Flórez auch, dass es ein Fehler aufseiten der handelnden Akteure gewesen wäre, die Wichtigkeit der Frage der Ländereien nicht (rechtzeitig) erkannt zu haben. Das sei allerdings nicht allein ein Versäumnis der staatlichen Institutionen gewesen, sondern das Produkt einer kollektiven Verantwortung aller Seiten, der nicht ausreichend nachgekommen wurde.

Flórez:

*„Gut, die Erklärung dafür (...), warum das passiert ist, also, sagen wir, ist (...) ist vielfältig, ja, ist vielfältig. Ich glaube, dass, also, ich würde sagen, dass es fundamental ist, dass dieses Problem nicht in den Mittelpunkt gestellt wurde, ja? Das heißt, es wurde immer als ein Problem gesehen, dass man im Laufe der Zeit lösen werden müsste [unv.], aber – ein harter Punkt dabei ist die Frage der Ressourcen. [...]“<sup>177</sup>*

---

<sup>174</sup> SAE – spanische Abkürzung für „Sociedad de Activos Especiales“, übersetzt also etwa „Gesellschaft für spezielle Aktiva“. Es handelt sich dabei um eine privatwirtschaftlich geführte Unternehmung im Wirkungsbereich des kolumbianischen Finanzministeriums, die durch den Handel mit bestimmten Vermögenswerten zusätzliche Einkünfte zur Finanzierung öffentlicher Investitionen generieren soll. – Quelle: online, <https://www.saesas.gov.co/> (zuletzt abgerufen am 09.08.2023)

<sup>175</sup> Gemeint ist die Regierung des zum Zeitpunkt des Gesprächs kurz vor der Angelobung stehenden Präsidenten Petro.

<sup>176</sup> Span. Original: „Sí, mira, eso es un (...) diría yo que es un defecto fundacional del Acuerdo. Inclusive, a diferencia de los 90, el Acuerdo no estableció un mecanismo para la compra y entrega de tierras para los reincorporados. Eso es una falla estructural y realmente se ha ido avanzando en compra de tierra para los Espacios Territoriales de Capacitación por la vía de la SAE y por la vía de algunas compras menores se ha ido supliendo ese tema. Pero, no se ha logrado – es decir, por ausencia de recursos, por ausencia de normatividad para eso – no se ha logrado atender la demanda de los proyectos agropecuarios. Entonces, eso sí se convierte y ese ha sido un cuello de botella que también creo que es de los primeros que tiene que examinar el próximo gobierno, cómo va hacer para agilizar eso, porque eso implica la asignación de un volumen de recursos, de recursos importantes, ¿sí?“

<sup>177</sup> Span. Original: „Bueno, la explicación de (...) de por qué ha sucedido eso, es, pues, digamos, es (...) es diversa, sí, es diversa. Creo que, yo diría que la, el no haber colocado en el centro ese problema es fundamental, ¿sí? Es decir

MK:

„Aber, also, [das anzupassen, Anm.], hängt vor allem vom politischen Willen ab?“<sup>178</sup>

Flórez:

„Ja, es kommt darauf an – aber auch auf die Einigung zwischen den Parteien. Erinnerung dich, dass das Abkommen nicht nur die Regierung ist. Du könntest dich ja auch fragen, gut, und warum hat die andere Seite diesbezüglich noch nichts unternommen? Also, es gibt eine Instanz, das ist der Nationale Rat für die Reinkorporation, in dem sitzen die FARC und die Regierung. Und die FARC waren auch nicht in der Lage, etwas vorzubringen – und es gibt die Parlamentarier. Also, warum hat die parlamentarische Fraktion das noch nicht zum zentralen Punkt ihrer Arbeit gemacht? Also ja, ich glaube, dass wir da auch von gegenseitiger Mitverantwortung sprechen müssen. Wir müssen auch darüber sprechen, was die beiden Parteien, die das Abkommen unterzeichnet haben, dafür getan haben, um die Mängel des Abkommens zu beheben.“<sup>179</sup>

(Flórez 2022, Abs. 22ff.)

Puentes hingegen, der in derselben Agentur arbeitet wie Flórez, aber in einer anderen Fachabteilung, wird in seiner Bewertung wesentlich kritischer. Er sagt wörtlich, dass das Thema Landankauf für produktive Projekte ein Bereich sei, in dem die ARN trotz hoher budgetärer Voranschläge den Erwartungen nicht gerecht geworden sei. (vgl. Puentes Nizo 2022, Abs. 32) Darüber hinaus dehnt er das Problem von der Landwirtschaft auch auf das Thema von Flächen für den Wohnungs- und Hausbau aus. Denn die Tatsache, dass die ARN heute Demobilisierte auch bei der Suche nach Wohnmöglichkeiten begleitet, ist streng genommen ebenfalls eine Abweichung vom ursprünglichen Gedanken. Das Wohnsegment ist vor allem in den unteren Einkommensbereichen ohnehin sehr angespannt. Da ist es eigentlich nicht hilfreich, auch noch tausende demobilisierte Kombattanten in das System hineinzuwurfen. Bewusstes Landmanagement wäre also auch für die Beschaffung von Flächen für den institutionalisierten Wohnungsbau sinnvoll gewesen. Nach den Gründen für die mangelnde Umsetzung gefragt, findet Puentes im Vergleich zu Flórez aber klare Worte:

---

que, siempre se ha visto como un problema que había que ir resolviendo sobre la marcha [unv.], pero – ahí un punto duro es el tema de recursos [...].”

<sup>178</sup> Span. Original: „Pero, pues, ¿esa adaptación depende más que todo de voluntad política?“

<sup>179</sup> Span. Original: „Sí, depende – pero también del acuerdo entre las partes. Acuérdate que el Acuerdo no es solamente el gobierno. También tú te podrías preguntar, bueno, ¿y por qué la otra parte no ha hecho nada frente a eso? Sí, ya hay una instancia que es el Consejo Nacional de Reincorporación donde está la FARC y está el gobierno. Y la FARC tampoco ha sido capaz de colocar – y están los parlamentarios. Entonces, ¿por qué la bancada parlamentaria no ha colocado eso como un tema central de su gestión? Sí, yo creo que ahí tenemos que hablar de corresponsabilidad. Tenemos que hablar de también, ¿qué han hecho las dos partes que suscribieron acuerdo por subsanar las deficiencias del Acuerdo?“

*„Sagen wir, es gibt keine andere Erklärung als Vernachlässigung, einen Mangel an politischem Willen, um in diesen Prozessen vorankommen zu können. Es gab die Ressourcen, es gab ein Arbeitsteam, also verstehe ich nicht, warum kurz- oder mittelfristig keine Ergebnisse präsentiert werden konnten, was man, sagen wir, von diesen Arbeitsteams ja eigentlich erwartet hätte. Die sind leider zu Teams geworden – wir nennen sie hier „Krawatten“ – das sind Funktionäre, die einfach nur eine Funktion erfüllen, Zeitpläne und aus, die aber weder die Logik, noch die Notwendigkeit des Prozesses verstehen und einfach nur Management-Ergebnisse liefern. Wir haben mit dem Landwirtschaftsministerium gesprochen, wir haben mit dem Ministerium für Wohnungswesen gesprochen und das war es im Wesentlichen, aber ja, die ganze Sache kann nicht nur auf Gesprächen und unerfüllten Plänen beruhen.“<sup>180</sup>*

(Puentes Nizo 2022, Abs. 36)

Was Puentes hier so echauffert anspricht, wurde weiter oben bereits angedeutet: Arbeiten, ohne etwas zu tun. Am Ende sind die, die darunter leiden, die Demobilisierten, denen die Dienstleistungen und Unterstützungen, über die gestritten wird, eigentlich zugutekommen sollten. Die Diskussionen sind teilweise so absurd, dass guten Gewissens von einem Systemversagen gesprochen werden könnte.

MK:

*„Aber, wenn du sagst, dass es die Ressourcen gegeben hat, wie sollte es dann implementiert werden? Sollte die Agentur diese Grundstücke kaufen und sie dann den demobilisierten Personen zuteilen oder wie sollte das realisiert werden?“<sup>181</sup>*

Puentes Nizo:

*„Also, sagen wir, es gab da eine Diskussion. Ich gehöre zu denjenigen, die glauben, dass die Agentur diese Rolle und diese Verantwortung übernehmen sollte. Aber es gab auch eine interne Diskussion, bei der es darum ging, dass die Agentur diese Kompetenz gar nicht hat. Diese Kompetenz sollte demnach das Ministerium für Wohnungswesen haben. Also müssen die Mittel an das Ministerium für Wohnungswesen übertragen werden, damit das Ministerium für Wohnungswesen dafür zuständig sein kann, den Wohnungsbau für die demobilisierte Bevölkerung zu veranlassen. Sagen wir, das ist dann schon ein Thema*

---

<sup>180</sup> Span. Original: „Digamos que no habría una explicación distinta a negligencia, a falta de voluntad política para poder avanzar en esos procesos. Habían recursos, había equipo de trabajo, pues, no entiendo por qué no se entregaron resultados en el corto o en el mediano plazo que era lo que se esperaba, digamos, de esos equipos de trabajo. Se volvieron unos equipos, lamentablemente – nosotros los llamamos aquí como corbatas – que son funcionarios que van a cumplir una función, unos horarios y ya, pero no entienden la lógica, ni la necesidad del proceso, sino que sencillamente entregan unos resultados de gestiones. Hablamos con el Ministerio de Agricultura, hablamos con Minviviendas y eso es, básicamente, eso, pero pues sí, la cosa no se puede quedar en diálogos y en agendas incumplidas.”

<sup>181</sup> Span. Original: „Pero si tú dices que había recursos, ¿cómo se debería implementar? Que la Agencia compre esos lotes, compre esas tierras y se las asigne a las personas en proceso de desmovilización o ¿cómo se tendría que realizar?“

*der Politik, sagen wir, auf einer anderen Ebene, die Interaktion und die interinstitutionelle Artikulation, aber das wichtige ist, dass es diese Ressourcen gab, sogar von der Europäischen Union. [...] [Also], wie ist es möglich, dass, wenn es die Ressourcen seit zwei Jahren gibt, wenn es ein Institutionengefüge gibt, um es zu managen, wenn es ein Arbeitsteam gibt, wie ist es dann möglich, dass sich das nicht in konkreten Aktionen materialisiert hat? [...] [Wer] auch immer es dann auch macht, ja, wenn es das Ministerium für Wohnungswesen besser macht, dann soll es eben das Ministerium für Wohnungswesen machen, aber was es definitiv braucht, sind Verpflichtungen und festgelegte Fristen, Arbeitspläne, in denen definiert wird, gut, fertig, im ersten Semester werden so und so viele übergeben, im zweiten Semester so viele, im dritten so und so viele und fertig, bis dahin reicht das Budget, aber zumindest gäbe es ein paar konkrete Aktionen.“<sup>182</sup>*

(Puentes Nizo 2022, Abs. 37f.)

Aus den Ausführungen im vorherigen Abschnitt ist bekannt, dass die Generalprokuratur eigentlich jene Stelle wäre, deren Aufgabe es sein müsste, in Fällen so offen vermuteter Vernachlässigung behördlicher Tätigkeiten, kontrollierend bis strafend einzuschreiten. Es wäre also nur logisch, wenn die Generalprokuratur selbstständig oder auf eine Anzeige hin tätig würde. Doch auch das passiert nicht – und paradoxerweise scheint der Grund dafür ebenjene Vernachlässigung zu sein, die eigentlich angezeigt werden sollte. Es ist gleichsam ein Kartenhaus der latenten Amtshaftung: Würde jemand „petzen“, würde das Kartenhaus zusammenfallen, was auch niemand will.

*„Nun, ich glaube, dass die Agentur das nicht anzeigt, weil sie sich ja selbst ganz einfach mitten in dieser Situation der Untätigkeit befindet, ja? Also, wenn es die Agentur selbst ist, die, wie ich dir schon sagte, ein Team von Fachleuten zusammenstellt, mit einem Typen, einem Berater, der von der Institution sehr gut bezahlt wird, mit einer Menge Funktionäre in diesem Arbeitsteam, um sich um die Artikulation zu kümmern und die zeigen keine Ergebnisse, dann würde ich glauben, dass, wenn sie eine Anzeige bei der*

---

<sup>182</sup> Span. Original: „Pues, digamos, que ahí había una discusión. Yo soy de los que creo [sic!] que la Agencia debería asumir ese rol, esa responsabilidad. Pero también había una discusión al interior que decía, pero es que la Agencia no tiene esa competencia. Esa competencia debería incluir el Ministerio de Vivienda. Entonces hay que trasladar los recursos al Ministerio de Vivienda para que el Ministerio de Vivienda sea el encargado de agenciar la construcción de vivienda para la población desmovilizada. Digamos que eso ya es un tema de política, digamos, de, a otro nivel, la interacción y la articulación interinstitucional, pero lo importante es que sí habían, sí habían recursos, incluso de la Unión Europea. [...] [Entonces], cómo es posible que, si desde hace dos años estaban esos recursos, hay una institucionalidad para hacerlo, para gestionarlo, hay un equipo de trabajo, ¿cómo es posible que no se haya logrado materializar en acciones concretas? [...] [Que] lo haga quien lo haga, sí, que, si lo hace mejor el Ministerio de Vivienda, pues hágalo el Ministerio de Vivienda, pero, definitivamente, lo que tiene que haber es unos compromisos y unos plazos establecidos, unas agendas de trabajo en las que se defina, bueno, listo, en el primer semestre se van a entregar tantas, en el segundo semestre tantas, en el tercero tantas y listo, hasta ahí llegó el presupuesto, pero por lo menos hay unas acciones concretas.“

*Prokuratur wegen der Vernachlässigung und der Untätigkeit der Institution einbringen, dann wären die ersten, die getroffen würden [sic!], die Agentur selbst.*<sup>183</sup>

(Puentes Nizo 2022, Abs. 42)

Patiño Benavides (vgl. 2022, Abs. 6) bringt es auf den Punkt, wenn er sagt, dass in der Gesamtbeurteilung, wörtlich, ein süßsaurer Geschmack zurückbleibt. Metaphorisch gesprochen ein Geschmack, mit dem keiner wirklich zufrieden ist. Es weiß aber auch keiner, was man verändern müsste, um das Geschmackserlebnis zu verbessern. Funktionäre wie Puentes sprechen die Dinge zwar klar aus, hinterlassen dadurch aber ein nicht besonders erfreuliches Panorama. Funktionäre wie Flórez versuchen sich in einer etwas ausgeglicheneren Formulierung, um den Eindruck einer politischen oder ideologischen „Schlagseite“ möglichst zu vermeiden, enden dann aber doch wieder dabei, die Gründe für ausgebliebene Ergebnisse nicht bei sich selbst, sondern bei den anderen oder maximal in einer kollektiven Vernachlässigung von Verantwortlichkeiten durch alle Beteiligten zu suchen.

Man könnte sich nun damit trösten, dass der gesamte Prozess trotz dieser dieser Steine, die sich die Handelnden teils selbst in den Weg zu legen scheinen, im Großen und Ganzen funktioniert. Dahingehend nämlich, dass die meisten der Demobilisierten dem Reinkorporationsprozess und damit der Friedensbildung treu bleiben. Der Frieden als Ziel scheint weiterhin verbindlich zu sein.

---

<sup>183</sup> Span. Original: „Pues, creo que la Agencia no lo denuncia, porque sencillamente está ahí inmersa en la misma situación de inoperancia, ¿sí? Entonces, si es la misma Agencia la que, como te decía, monta un equipo de profesionales con un tipo, con un asesor muy bien pago por la entidad, con un montón de funcionarios ahí en ese equipo de trabajo para que hagan la articulación y no muestran resultados, creería yo que, si ellos van a interponer una denuncia en la Procuraduría por el tema de la negligencia y la, digamos, la inoperancia de la institución, pues los primeros que saldría golpeados sería [sic!] la misma Agencia.”



*„[Ich] glaube, das wichtigste in der Bilanz ist es zu betonen, dass die 13.000 Männer, die sich demobilisiert haben, ihr Engagement für das Friedensabkommen beibehalten haben und sich allen Schwierigkeiten gestellt haben. Und tatsächlich, unter denen, die sich registriert haben, hatte das Auftreten von etwas so Wichtigem wie dem Abzug von dem Sektor, den wir als Dissidenzen kennen, keine größeren Auswirkungen. Das heißt, in den Daten, die wir haben, sind es nicht mehr als 500 Personen, die in diese Richtung ausgeschieden sind und die große Mehrheit ist im Friedensprozess verblieben. Ich glaube, das ist etwas, das hervorgehoben werden sollte.“<sup>184</sup>*

(Flórez 2022, Abs. 4)

Trotz aller „Schwierigkeiten“ – die von der institutionellen Unfähigkeit und Untätigkeit bis zur Sicherheitslage und den damit verbundenen Gefahren reicht – scheinen sich die Gesprächspartner darin einig zu sein, dass die Rückfallquote sehr gering ist. Gründe, den bewaffneten Kampf wiederaufzunehmen, gäbe es wohl genug.<sup>185</sup> Alias El Ingeniero liefert aber die wohl überzeugendste Begründung dafür, dem Frieden treu zu bleiben. Sie geht über den lobenswerten Willen, einfach zum Prozess als solchem zu stehen, hinaus – und betrifft kurioserweise genau jenen Punkt, von dem Knudsen noch gesagt hat, dass ihn sich bei den Verhandlungen niemand vorstellen konnte.

---

<sup>184</sup> Span. Original: „[Yo] creo que lo más importante en el balance es destacar que los 13.000 hombres que se desmovilizaron, en general, han mantenido un compromiso con el Acuerdo de Paz, han enfrentado todas estas dificultades. Y, realmente, en la gente que se registró, la incidencia de una cosa tan importante como fue el retiro de este sector conocido como la disidencia no tuvo mayor impacto. Es decir, en los datos que nosotros tenemos, creo que no pasan de 500 personas que terminaron yéndose para ese lado y la gran mayoría se mantuvo en el proceso de paz. Creo que eso es una cosa que hay que destacar.“

<sup>185</sup> Podder (2017) fasst einige Gründe repräsentativ zusammen, von denen einige auch im kolumbianischen Fall durchaus als gegeben betrachtet werden können: Armut und (Re-)Marginalisierung infolge von Arbeitslosigkeit, fehlendes Vertrauen bzw. Misstrauen sowohl zwischen den Demobilisierten als auch gegenüber den Bürgern sowie dem Staat und seinen Behörden, Stigmatisierung in der aufnehmenden Gesellschaft und auch auf politischer Ebene, Kontakt zu ehemaligen Kameraden oder zu anderen illegalen und kriminellen Aktivitäten, die sich als lukrativer erweisen als die gegenwärtige Situation;

*„Der, der den Frieden am meisten liebt, ist der, der im Krieg gewesen ist, nicht? Sagen wir, der Krieg, der Krieg, den wir in den letzten, also, zehn, 20 Jahren erlebt haben – der war eine Tragödie, nicht? Und, also, nun ja, mir geht es hier schlecht, aber ich lebe in Frieden, richtig? Ich lebe hier in Ruhe, ich muss nicht – also, ich glaube, dass viele Menschen sich dazu entschlossen haben, eine Familie zu gründen und wenn du eine Familie hast, wirst du nicht daran denken, in den Krieg zu ziehen, also. (...) Wenn du Kinder hast, dann denkst du nicht mehr-/ es ist nicht dasselbe, an Krieg zu denken, wenn man Kinder hat wie wenn man keine Kinder hat. Ja?“<sup>186</sup>*

(El Ingeniero 2022, Abs. 41)

### **5.3.3 Die Säule der politischen Partizipation**

Ein dritter zentraler Eckpunkt vieler Reintegrations- und Friedensbildungsprozesse ist die politische Integration der ehemaligen Kombattanten bzw., im kolumbianischen Fall, die Reinkorporation in ein ziviles Leben im politischen Sinne. Dafür sind zwei Aspekte von Bedeutung. Einerseits muss sichergestellt sein, dass die nun demobilisierte RLM, hier also die FARC, die rechtliche, organisatorische und bürokratische Möglichkeit bekommt, sich bei den zuständigen Behörden als neue politische Partei oder Bewegung gemäß den gültigen Gesetzen zu registrieren. Das Abkommen bestimmt in Kapitel 3.2.1.1. klare Garantien des Staates hinsichtlich der Herstellung einer Rechtspersönlichkeit für diese neue Partei oder Bewegung, der Unterstützung bei der Errichtung von Fortbildungsmöglichkeiten zur Schulung von Parteifunktionären sowie für überbrückende Finanzierungen der ersten Tätigkeiten und Wahlkämpfe. (vgl. OACP 2018, S. 69ff.) Andererseits muss eine Regelung dafür gefunden werden, dass die infrage kommenden Personen rechtlich überhaupt in der Lage sind, sich für die neue Partei oder Bewegung zu engagieren. Diese Thematik wurde bereits ausführlich im Abschnitt zur juristischen Säule der Umsetzung behandelt.

Gesellschaftlich wesentlich umstrittener als die grundlegenden Garantien, die den Übergang zu einer legalen politischen Betätigung überhaupt ermöglichen, ist eine Regelung im Folgeabschnitt, 3.2.1.2. Das Abkommen soll die Basis für eine dauerhafte Friedensbildung darstellen – aus diesem Gedanken heraus, ist es nicht nur notwendig, die Gründung einer politischen Partei zu fördern,

---

<sup>186</sup> Span. Original: „[El] que más ama la paz es el que ha estado en la guerra, ¿no? Digamos, la guerra, la guerra, digamos, que se vivió en los últimos – o sea, diez, 20 años – fue una tragedia, ¿no? Y pues, pues sí, yo estoy aquí mal, pero estoy en paz, ¿no? Estoy tranquilo, no tengo que – entonces yo creo que mucha gente optó por hacer familia y cuando tú haces familia tú no vas a pensar en hacer la guerra, o sea. (...) Si tienes unos hijos ya tú no piensas-/ no es lo mismo pensar en la guerra cuando tienes hijos o cuando no tienes hijos. ¿Sí?“

sondern ihr auch den Platz im politischen System einzuräumen. Diesen benötigt sie, um ihre Inhalte und Ideen präsentieren zu können. Der Staat gesteht den FARC im Abkommen daher eine garantierte politische Repräsentation zu, die von vielen zunächst als ein zu großzügiger Schritt betrachtet wurde. „Nach der Unterzeichnung des endgültigen Abkommens und der Niederlegung der Waffen durch die FARC-EP wird die Regierung mit dem Ziel, den Übergang in die legale Politik zu erleichtern und einen Rahmen für die Förderung ihrer ideologischen Plattform zu gewährleisten, die notwendigen verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Reformen auf den Weg bringen, um der neuen politischen Partei oder Bewegung übergangsweise eine politische Repräsentation im Kongress für zwei verfassungsrechtliche Perioden ab dem 20. Juli 2018 zu garantieren: Sie kann einzelne Listen mit eigenen Kandidaten oder in Koalition mit anderen Parteien und/oder politischen Bewegungen mit Rechtspersönlichkeit für den ordentlichen Wahlkreis des Senats und für alle ordentlichen territorialen Wahlkreise, in denen das Repräsentantenhaus gewählt wird, einschreiben lassen. Diese Listen werden unter gleichen Bedingungen und nach den üblichen Regeln um alle in den jeweiligen Wahlkreisen zu wählenden Sitze konkurrieren. Im Senat werden fünf Sitze garantiert, einschließlich der nach den allgemeinen Regeln errungenen Sitze. Im Repräsentantenhaus werden mindestens fünf Sitze garantiert, einschließlich der nach den allgemeinen Regeln errungenen Sitze.“<sup>187</sup> (OACP 2018, S. 71). Die implizite Auflage dafür, diese garantierte Repräsentation im Kongress wahrnehmen zu können, war die ausreichend rasche Überführung der Strukturen der RLM FARC in eine neue Partei FARC, um bereits an den Wahlen im Frühjahr 2018 teilnehmen zu können, anderthalb Jahre nach der endgültigen Unterzeichnung des Abkommens.

*„Sagen wir, das war ein sehr schwieriger, ein sehr komplexer Prozess, der uns auch ohne ausreichende Vorbereitung erwischt hat, das muss man so sagen, aber auch inmitten einer sehr überstürzten Situation, weil wir das Abkommen schnell unterschrieben haben und dann die Überlassung der Waffen durchgeführt wurde, mit dem Ziel, die Möglichkeit zu haben, an der Politik teilzunehmen, weil das Abkommen ja besagte, dass wir an den Wahlen von 2018 teilnehmen müssten, um das Recht auf die Sitze im Kongress*

---

<sup>187</sup> Span. Original: „Tras la firma del Acuerdo Final y luego de la dejación de las armas de las FARC-EP, y con el fin de facilitar su transición a la política legal y asegurar un escenario para la promoción de plataforma ideológica, el Gobierno Nacional pondrá en marcha las reformas constitucionales y legales necesarias para garantizar, mediante una fórmula transitoria, la representación política en el Congreso de la República al nuevo partido o movimiento político, durante dos periodos constitucionales a partir del 20 de julio de 2018: Podrá inscribir listas únicas de candidatos propios o en coalición con otros partidos y/o movimientos políticos con personería jurídica para la circunscripción ordinaria del Senado de la República y para cada una de las circunscripciones territoriales ordinarias en que se elige la Cámara de Representantes. Estas listas competirán en igualdad de condiciones de conformidad con las reglas ordinarias por la totalidad de las curules que se eligen en cada circunscripción. En el Senado se garantizará un mínimo de 5 curules, incluidas las obtenidas de conformidad con las reglas ordinarias. En la Cámara de Representantes se garantizará un mínimo de 5 curules, incluidas las obtenidas de conformidad con las reglas ordinarias.“

*und der Kammer, also im Senat und der Kammer zu haben. Das hat uns also sehr überrascht, sagen wir, um es irgendwie auszudrücken, und dieser Übergang von allem, was das Projekt FARC bedeutete, was nicht nur die Guerilla als solche war, sondern es gab auch einige Milizstrukturen und einige geheime Parteistrukturen, all das hat uns dazu gezwungen, sagen wir, diese Integration auf eine sehr ungeordnete Art und Weise ohne ausreichende Planung, ohne die nötige Ruhe durchzuführen, und das hat uns natürlich vor viele Schwierigkeiten gestellt. Da müsste man noch hinzufügen, dass dieser unmittelbare Übergang von uns vom bewaffneten Kampf zur Teilnahme an einem Wahlprozess innerhalb von Monaten mit einer so schwierigen Last nach einer Konfrontation, in Bezug auf die Opfer, in Bezug auf die Beeinträchtigungen der Bevölkerung, nun, bei diesem Übergang sind für uns natürlich, sagen wir, komplexe Probleme entstanden.“<sup>188</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 20)

Dabei ist eine Abwägung angebracht. Dem Senator ist zwar durchaus zuzustimmen, dass die Zeit für den Übergang zwischen der endgültigen Unterzeichnung des Abkommens und den ersten auch für die neue Partei relevanten Wahlen eher knapp bemessen war. Gleichzeitig ist dem Prozess der Parteigründung durch den Staat auch erheblich unter die Arme gegriffen worden. Die Partei hatte, genau genommen, nichts zu verlieren, denn die Möglichkeit zu Mitbestimmung und Teilhabe am politischen System war ihr schon 2018 garantiert. Wie sich zeigen sollte, war diese Garantie auch notwendig: Die offiziellen Auszählungsdaten vom Nationalen Standesamt in seiner Funktion als oberster Wahlbehörde zeigen, dass die junge FARC-Partei bei den Wahlen zum Senat lediglich auf 52.532 Stimmen kam, was einem Stimmenanteil von 0,34%<sup>189</sup> entsprach und den drittletzten Platz bedeutete. Keiner der Kandidaten, auch nicht Julián Gallo Cubillos alias Carlos Antonio Lozada auf Listenplatz vier, hätte es ohne die durch das Abkommen garantierten Mandate also in den Senat geschafft. Ein ähnliches Bild zeigte sich bei der zeitgleich stattfindenden Wahl zum

---

<sup>188</sup> Span. Original: „Digamos que ese fue un proceso muy difícil, muy complejo que además nos cogió a nosotros sin la preparación suficiente, hay que decirlo, pero también en medio de una situación muy atropellada porque nosotros firmamos el Acuerdo rápidamente, se hizo la dejación de las armas buscando la posibilidad de participar en política porque al Acuerdo planteaba que en las elecciones de 2018 nosotros deberíamos participar para poder tener derecho a las curules en el Congreso y en la Cámara, en el Senado y en la Cámara. Entonces, eso no atropelló, digamos, por decirlo de alguna manera, y ese tránsito de todo lo que implicaba el proyecto FARC que no era solamente la guerrilla como tal, sino que habían también unas estructuras de milicias y unas estructuras de partido clandestino, nos obligó, digamos, hacer esa integración de manera muy desordenada, sin la planificación suficiente, sin la tranquilidad necesaria y eso, pues, obviamente, nos generó muchas dificultades. A eso habría que agregarle que ese paso tan inmediato de nosotros desde la lucha armada a la participación en un proceso electoral en cuestión de meses con una carga tan difícil después de una confrontación en términos de víctimas, de afectaciones a la población, pues, obviamente, nos creó, digamos, problemas complejos en esa transición.“

<sup>189</sup> Quelle: Registraduría Nacional del Estado Civil (2018): online, <https://elecciones.registraduria.gov.co:81/elec20180311/resultados/99SE/BXXXX/DSE99999.htm> (zuletzt abgerufen am 10.08.2023)

Abgeordnetenhaus. Obwohl mehr Parteien noch hinter der FARC-Partei zu liegen kamen, erreichte man nur 32.636 Stimmen oder einen Stimmenanteil von 0,21%<sup>190</sup> der Wählerstimmen. Luis Eduardo Celis erklärt sich das mit der großen Ablehnung, die den FARC als Organisation vom Wahlvolk entgegengebracht worden ist.

*„Sagen wir es so, die FARC ist [sic!] ein sehr langer und sehr komplizierter Krieg und das hat ihnen viel Widerstand in der Gesellschaft hervorgerufen. Sagen wir es so, die FARC war, war [sic!] ein großer Apparat, aber mit viel Ablehnung in der Gesellschaft. Sie, also, sie haben sich über eine sehr lange Zeit in diesem Projekt gehalten und das hat viel Widerstand generiert. [...] Sie haben also, sie, nein-/ sie haben also eine enorme Ablehnung und eine enorme Unerfahrenheit darin, wie das politische System funktioniert, der Wahlkampf, die Meinung, also sind sie ein Apparat, der keine Meinung hat. Und der Apparat, es ist ein kleiner Apparat.“<sup>191</sup>*

(Celis 2022, Abs. 83)

Wobei die Frage in den Raum zu stellen ist, wie sehr die Partei in der für sie ungewohnten Rolle der Opposition tatsächlich mitbestimmen konnte – vor allem, wenn man bedenkt, dass die gesamte Institution einer privilegierten FARC-Partei der Regierung unter Präsident Duque, gelinde gesagt, gegen den Strich gegangen sein dürfte. Die Chancen für einen größeren Spielraum für Mitbestimmung dürften daher mit dem Ausgang der jüngsten Wahlen 2022 gestiegen sein, wenngleich das Wahlergebnis für die Partei desaströser kaum hätte sein können. Im Senat erreichte man 31.116 Stimmen bzw. 0,19%<sup>192</sup> und im Repräsentantenhaus 21.182 Stimmen bzw. 0,12%<sup>193</sup>. Knudsen (vgl. 2022, Abs. 22) ist der Meinung, dass bei der ersten Wahl 2018 das Beharren auf der Beibehaltung der Abkürzung FARC im Außenauftritt einer der Gründe für das schlechte Abschneiden gewesen sein könnte. Der tatsächliche Parteiname war bereits damals „Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común“ (übersetzt in etwa „Alternative Revolutionäre Kraft des Gemeinsamen“)

---

<sup>190</sup> Quelle: Registraduría Nacional del Estado Civil (2018): online, <https://elecciones.registraduria.gov.co:81/elec20180311/resultados/99CA/BXXXX/DCA99999.htm> (zuletzt abgerufen am 10.08.2023)

<sup>191</sup> Span. Original: „Digámoslo, las, la FARC es [sic!] una guerra muy larga y muy complicada y le generó mucha resistencia en la sociedad. Digámoslo que la, las FARC era [sic!] un aparato grande, pero con mucho rechazo en la sociedad. Se, o sea, se mantuvieron durante mucho tiempo en ese proyecto y eso generó muchas resistencias. [...] Entonces, ellos tienen, ellos, no, no-/ tienen un enorme rechazo y una inexperiencia enorme en cómo funciona el sistema político, la competencia electoral, la opinión, entonces ellos son un aparato que no tiene, no tiene opinión. Y el aparato, es un aparato pequeño.“

<sup>192</sup> Quelle: Online, <https://www.colombia.com/elecciones/2022/resultados/senado.aspx?C=SE> (zuletzt abgerufen am 10.08.2023)

<sup>193</sup> Quelle: Online, <https://www.colombia.com/elecciones/2022/resultados/camara.aspx?C=CA> (zuletzt abgerufen am 10.08.2023)

und konnte weiterhin mit FARC abgekürzt werden. Für 2022 hatte man die öffentliche Bezeichnung an den eigentlichen Parteinamen angeglichen und nannte sich nun „Comunes“ – der Erfolg an der Urne blieb dennoch aus. Allerdings war man mittlerweile Teil eines gestärkten Linksblocks im Parlament, der in der Summe der Ergebnisse der „Blockparteien“ tatsächlich die Mehrheit erlangte. Aus der Oppositionspartei wurde damit indirekt eine Partei, die sich auf der Seite der parlamentarischen Mehrheit und nach dem Sieg von Gustavo Petro bei der Präsidentschaftswahl 2022 auch auf der Seite der regierenden Mehrheit befand.

*„Gut, ich glaube, dass diese kommenden vier Jahre für uns eine neuerliche Prüfung sein werden, zusätzlich zu denen, denen wir uns bereits gestellt haben. Neu in dem Sinne, dass wir, wie ich schon sagte, Regierungspartei sein werden, wir werden lernen müssen und die Erfahrung der Verwaltung machen müssen. Das bedeutet, dass wir auch lernen werden müssen, Konsense zu errichten, um in der Praxis zu zeigen, was wir in der Lage sind auszuführen. Ich glaube, dass die Partei entscheidend sein wird, um in allen Landesteilen jene soziale Kraft aufzubauen, die die Regierung von Gustavo Petro als Unterstützung angesichts des Widerstands, der ihr aus anderen Sektoren entgegengebracht werden wird, brauchen wird, ich glaube, dass wir uns einen Raum eröffnen werden in einer Umgebung, die nicht einfach ist, aber die, wenn wir es schaffen, diese Kampagne aufzuhalten – und das wird sicher so sein – diese Kampagne der Stigmatisierung, aber vor allem der Ermordungen von Unterzeichnern des Friedens, wenn unsere Reinkorporation in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht gelingt, dann werden wir in vier Jahren eine Partei „Comunes“ haben, die einen wichtigen Platz in der kolumbianischen Politik einnimmt.“<sup>194</sup>*

(Lozada 2022, Abs. 26)

In der Reihe der Gesprächspartner steht Senator Lozada mit dieser wohl als Zweckoptimismus zu bezeichnenden Einstellung eher allein da. Alias El Ingeniero liegt nicht ganz falsch, wenn er dem Senator gleichsam unterstellt, als Senator in Amt und Würden die Mähr der funktionierenden Partei aufrechtzuerhalten – dass aber auch er eigentlich wissen müsste, dass die Partei de facto keine Rolle spielt. (vgl. El Ingeniero 2022, Abs. 119)

---

<sup>194</sup> Span. Original: „Bueno, yo creo que estos cuatro años que se vienen van a ser una prueba nueva además de las que hemos venido sorteando. Nueva en el sentido de que, ya le decía, vamos a ser partido de gobierno, vamos a tener que aprender y hacer la experiencia de la administración. Eso implica que vamos a tener que, de alguna manera también aprender a construir consensos y a mostrar en la práctica de lo que somos nosotros capaces de ejecutar. Yo creo que el partido va ser decisivo para construir en los territorios esa fuerza social que va necesitar el gobierno de Gustavo Petro como respaldo frente a la resistencia de que va llegar de otros sectores, pienso que vamos a abrirnos un espacio en un escenario que no es fácil, pero que, si logramos detener esa campaña, que seguramente va ser así, de estigmatización, pero sobre todo de asesinatos de los firmantes de la paz y se logra la reincorporación nuestra en términos económicos, políticos y sociales, vamos a tener en cuatro años un partido “Comunes” con un espacio importante en la política colombiana.“

El Ing.:

*„Die Partei Comunes? Nein, ich glaube nicht, dass es da viel Entwicklung geben wird. Ich glaube es deswegen nicht, weil die Zeit ihres Booms irgendwie vorbei ist, nicht? Ich glaube, sie wird verschwinden und sie wird zu einem Teil der Geschichte werden, nicht? [...]“<sup>195</sup>*

MK:

*„Das heißt, Sie sehen den Aspekt der Parteigründung und der verpflichtenden Mandate nicht sehr positiv?“<sup>196</sup>*

El Ing.:

*„Diese Mandate werden enden und dann werden sie keine Sitze mehr haben und sie werden nicht mehr als eine kleine Gruppe sein, die sich auflösen wird, richtig? Schauen Sie, sogar die M-19, die mehr politische Resonanz hatte, konnte sich nicht als politische Partei halten, also. Die M-19 musste sich in Richtung anderer Ausdrucksformen verändern, ja?“<sup>197</sup>*

(El Ingeniero 2022, Abs. 87ff.)

Am Ende bleibt jedoch die Frage, was von der Idee der politischen Partizipation übrigbleibt, sollte die Partei ihre derzeit noch gegebene Pflicht-Repräsentation im Kongress bei den Wahlen 2026 verlieren. Es könnte die Befürchtung bestehen, dass dann womöglich alles umsonst gewesen wäre. Knudsen sieht das als den normalen Lauf der Dinge und schlicht als eine der möglichen Folgen der konsequenten Anwendung der Demokratie, die jede Partei treffen könne, auch die „Comunes“.

Knudsen:

*„Also, wenn wir hier auf Demokratie setzen, dann müssen die Regeln auch die der Demokratie sein. Und ich glaube, dass das Abkommen ziemlich großzügig war, ihnen automatisch eine Repräsentation einzuräumen. [...] Also glaube ich, dass die Regeln der Demokratie angewendet werden müssen. Sie sollten dann genug Zeit gehabt haben, um einer bedeutenden Zahl an Mitgliedern der kolumbianischen Gesellschaft zu beweisen, dass sie eine Option sind, für die es sich lohnt zu stimmen. Wenn sie das nicht geschafft haben ...“<sup>198</sup>*

---

<sup>195</sup> Span. Original: „El partido de los Comunes? No, yo creo que no va tener mucho desarrollo. Yo creo que no porque ya su tiempo como de boom pasó, ¿no? Yo creo que eso va desaparecer y va ser una, va ser parte de la historia, ¿no? [...]“

<sup>196</sup> Span. Original: „O sea que Usted no ve muy positivo el aspecto de la creación del partido y de las curules obligatorias?“

<sup>197</sup> Span. Original: „Las curules se acaban y ellos no vuelven a tener curules y ellos no van a ser más que un grupo pequeño que se va desintegrar, cierto? Mire que el M-19 que tenía más acogida política no pudo mantenerse como partido político, o sea. El M-19 tuvo que hacer mutación hacia otras expresiones, ¿sí?“

<sup>198</sup> Span. Original: „Entonces, aquí, si le vamos a apostar a la democracia, las reglas tienen que ser las de la democracia. Y, y creo que el Acuerdo fue bastante generoso en darles automáticamente una participación. [...] Entonces, yo creo que ahí tienen que aplicarse las reglas de la democracia. Ellos tendrán que haber tenido el tiempo suficiente para poder

MK:

*„Aber glaubst du, dass dieser Teil des Abkommens, wenn sie es nicht auf dem demokratischen Wege schaffen, einfach verschwindet?“<sup>199</sup>*

Knudsen:

*„Nein, wie im Abkommen festgelegt. Ich würde da nicht einfach eine Änderung vornehmen, nur, weil sie es an den Wahlurnen nicht schaffen. Nein, ich glaube auch, dass das ein furchtbar schlechtes Geschenk wäre, unter anderem, weil die Tatsache, dass sie es nicht in den Kongress schaffen, nicht bedeutet, dass sie deswegen stumm bleiben. Also, sie waren viel aktiver als der Staat selbst, zum Beispiel auf der internationalen Bühne. Die Diplomatie der FARC und der Guerillagruppen ist seit 50 Jahren systematisch, diszipliniert und erfolgreich.“<sup>200</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 22ff.)

Es ist gewissermaßen erfreulich, dass Senator Lozada das insofern ähnlich sieht, als dass er – selbstverständlich – davon überzeugt ist, dass die Bewegung nicht sterben wird, auch wenn der für ihn unwahrscheinliche Fall eintreten sollte, dass die Partei „Comunes“ nach 2026 nicht mehr im Kongress vertreten ist. Lozada wirkt felsenfest davon überzeugt, dass auch das neuerlich schlechte Abschneiden bei den vergangenen Wahlen nur darauf zurückzuführen ist, dass die Regierung Duque ihren Verpflichtungen gegenüber den Demobilisierten und „Unterzeichnern des Friedens“ nicht in ausreichendem Maße nachgekommen ist. Ändert sich das erst einmal, dann würden die Leute auch zur Partei zurückfinden – als Mitglieder und an den Wahlurnen. (vgl. Lozada 2022, Abs. 30) Lozada begründet seinen Glauben an die Widerstandskraft der Bewegung hinter der Partei mit einem interessanten Vergleich.

*„Nein, wir, also, im Rahmen der politischen Reform [...] ist angedacht, dass die Rechtspersönlichkeit von Parteien nicht von der Hürde [für den Einzug ins Parlament, Anm.] abhängen soll, das würde, sagen wir, die Kontinuität der Rechtspersönlichkeit garantieren, um in rechtlicher Hinsicht von ihrer Existenz zu sprechen; und politisch, wir, wir kommen aus 53 Jahren im Untergrund, in der bewaffneten Opposition*

---

demonstrarle a un número importante de miembros de la sociedad colombiana que son una opción por la cual vale la pena votar. Si no lo lograron ...”

<sup>199</sup> Span. Original: „Pero, ¿crees que esa parte del Acuerdo, si no lo logran por la vía democrática, simplemente desaparece?”

<sup>200</sup> Span. Original: „No, como está establecido en el Acuerdo. Yo no haría un cambio simplemente porque no lo lograron en las urnas. No, me parece que sería además un presente terriblemente malo, entre otras porque el hecho de que ellos no lleguen al Congreso no quiere decir que quedan mudos. Pues ellos han sido además mucho más activos que el mismo estado en el escenario internacional, por ejemplo. La diplomacia de las FARC y de los grupos guerrilleros ha sido de 50 años sistemática, disciplinada y exitosa.”



*und wir haben es geschafft, eine soziale Unterstützung aufzubauen, die sichergestellt hat, dass das Establishment es nie geschafft hat, uns militärisch zu besiegen, trotz der Unterstützung der größten Macht, der Militärs der Vereinigten Staaten; also, ich glaube, dass wir in diesem sozialen Rückhalt, in dieser Erfahrung und diesem Werdegang die Kraft und eine Form finden werden, die den Fortbestand des Projekts garantiert, unabhängig davon, ob wir eine parlamentarische Vertretung haben oder nicht, die fundamental ist, die in einer Demokratie wichtig ist. Aber, nein, wir sind nicht notwendigerweise eine Partei, die von den Wahlergebnissen abhängt und davon, Parlamentarier zu haben.*<sup>201</sup>

(Lozada 2022, Abs. 28)

### **5.3.4 Die Gretchenfrage – worauf läuft das hinaus?**

Der eine Sinn der Reinkorporation, das ultimative Ziel unter dem Summenstrich aller erdenklichen Einzelmaßnahmen, das reibungslos erreicht werden kann, wenn alle Schwierigkeiten und Ineffizienzen beseitigt sind. Diesen Sinn, es gibt ihn wohl nicht. Wenn es eine Patentlösung also nicht gibt, muss der Forscher aus der gegebenen Situation auf einer kontextuellen Ebene, gleichsam zwischen den Zeilen, potentielle Schlussfolgerungen identifizieren. Im vorliegenden Fall soll das mit Beobachtungen von Ugarriza verbunden werden, die insofern interessant sind, als dass seine Publikation aus dem Jahr 2013 stammt, seine Beobachtungen also auf der Analyse von (individuellen) Reintegrationsprozessen beruhen, die bereits vor dem Friedensbildungsprozess mit den FARC stattgefunden haben, aber nach wie vor (oder vielleicht jetzt noch mehr als damals) Gültigkeit besitzen. Ugarrizas Beobachtungen führen so auch zurück zu der Frage, die am Ende des vorangegangenen Kapitels aufgebracht wurde: Wie kann sich eine Demokratie wie die kolumbianische unter Berücksichtigung der ausführlich erläuterten Schwierigkeiten und institutionellen Problemstellungen überhaupt weiterentwickeln? Diese Frage sei an dieser Stelle etwas umformuliert. Es erscheint passender, nicht die Frage nach dem „ob“ und „wie“ der Weiterentwicklung zu stellen, sondern davon auszugehen, dass der gesamte Prozess in jedem Fall das Potenzial für eine Weiterentwicklung der Demokratie hat. Demnach kann die Frage nur sein, mit welcher Geschwindigkeit und institutionellen sowie politischen Zielstrebigkeit diese Entwicklung verlaufen soll.

---

<sup>201</sup> Span. Original: „No, nosotros, dentro de la reforma política [...] se contempla que la personalidad jurídica de los partidos no debe depender del umbral, eso garantizaría, digamos, la continuidad de la personalidad jurídica, para hablar en términos legales de su existencia, y, políticamente, nosotros, nosotros venimos de 53 años de haber estado en la clandestinidad, en la oposición armada y logramos construir un apoyo social que garantizó que, militarmente, el establecimiento nunca nos haya logrado derrotar, incluido el apoyo de la primera potencia de los militares de los Estados Unidos, entonces, yo creo que nosotros en esas bases sociales, en esa experiencia y esa trayectoria vamos a encontrar la fuerza y la forma que nos garantice la continuidad del proyecto más allá de si tenemos o no una representación parlamentaria que es fundamental, que es importante en una democracia. Pero, no, no necesariamente somos un partido que dependa del desempeño electoral y en términos de tener parlamentarios.”

„[Aus] **normativer Sicht** sollte die Vertiefung und Verbesserung der Qualität der Demokratie zum Aufbau einer stabileren, legitimeren und friedlicheren Gesellschaft führen.“<sup>202</sup> (Ugarriza 2013, S. 151, Herv. d. Verf.). Das Ziel des Friedensbildungsprozesses muss sein, die normativen Strukturen zu schaffen, die eine friedliche Entfaltung der Gesellschaft überhaupt erst ermöglichen. Das bedingt allerdings einen entschiedenen Kampf gegen jede Form des politischen Missbrauchs, Korruption und Verbindungen zwischen der Politik und jedweder Art von subversiver oder krimineller Vereinigung. Wenn die Fortführung des Friedensbildungsprozesses mit den ehemaligen FARC einen Baustein dazu beitragen kann, ist ein wichtiger Schritt unternommen, jedoch das Ziel noch lange nicht erreicht.

„Auf der **Systemebene** bezieht sich eine tiefe oder hochwertige Demokratie auf ein politisches System, das effizient und in der Lage ist, den Bürgern grundlegende Dienstleistungen zu bieten.“<sup>203</sup> (Ugarriza 2013, S. 151, Herv. d. Verf.). Die Schlaglichter der vergangenen Abschnitte haben aufgezeigt, dass viele der Schwierigkeiten im Umsetzungsprozess gleichsam „hausgemacht“ sind. Sie sind systemischen Ursprungs und verknüpft mit der Ineffizienz und der (politisch begründeten) Unfähigkeit des Staates, den selbst auferlegten Verpflichtungen in ausreichender Weise nachzukommen. Dadurch entstehen in weiterer Folge „gläserne Decken“, die den Handlungsspielraum der Funktionäre in den eigenen staatlichen Reihen einschränken. Außerdem Verzögerungen und Nachlässigkeiten in der Betreuung der demobilisierten Kombattanten und in der Befriedigung ihrer überlebensnotwendigen Bedürfnisse. Das entschlossene Engagement für die Einhaltung der Vorgaben des Friedensbildungsprozesses ist bei den relevanten Akteuren nach wie vor verbindlich. Wohl auch deswegen, weil in die neue Regierung nach Jahren der mutmaßlichen Vernachlässigung vieler Verpflichtungen große Hoffnungen gesetzt werden. Aber die „hausgemachten Ineffizienzen“ stellen letztlich auch eine wichtige „Grundzutat“ der kolumbianischen Anomie dar, indem nicht konsequent an deren Behebung gearbeitet wird. In dieser Anomie und in der Gemengelage ungelöster Probleme in einem Spannungsfeld zwischen Landstreitigkeiten, politischen Zwistigkeiten und der generellen Ungleichbehandlung der Gesellschaft liegt aber auch der Kern des Konflikts und ist das Potential weiterer Auseinandersetzungen bzw. der Rückkehr oder der Entstehung neuer RLM immer latent gegeben.

---

<sup>202</sup> Span. Original: „[Desde] el punto de vista normativo, la profundización y el mejoramiento de la calidad de la democracia tendrían que redundar en la construcción de una sociedad más estable, legítima y pacífica.”

<sup>203</sup> Span. Original: „En el nivel sistémico, una democracia profunda o de calidad se refiere a un sistema político eficiente y capaz de proveer servicios básicos a los ciudadanos.”

„Auf einer **gruppenbezogenen Ebene** bedeutet es [die Weiterentwicklung der Demokratie, Anm.] die Existenz einer organisierten, engagierten, verantwortungsbewussten und befähigten Bürgerschaft, die in der Lage ist, ihre sozialen und politischen Rechte durch Mechanismen der demokratischen Teilhabe wahrzunehmen und zu fördern.“<sup>204</sup> (Ugarriza 2013, S. 151f., Herv. d. Verf.). Dieser gruppenbezogene Aspekt ist einer der für die nähere und mittelfristige Zukunft wohl spannendsten Bereiche, da es sich erst nach den Wahlen von 2026 weisen wird, wie sich die „politische Säule“ weiterentwickelt und welcher der Gesprächspartner im Zuge dieser Arbeit mit seinen Einschätzungen am Ende Recht behalten wird. Gleichzeitig kann diese Ebene nicht ohne die Verbindung zu den vorgenannten Punkten gesehen werden. Erst, wenn entsprechende Entwicklungen auch auf normativer und systemischer Ebene Platz greifen, wird es eine organisierte und engagierte Bürgerschaft wie hier beschrieben geben können. Und selbst dann ist in dieser Hinsicht noch ein weiterer Aspekt zu beachten. Gerade die Befähigung, als informierter und verantwortungsbewusster Staatsbürger Entscheidungen zu treffen, bedarf der individuellen Erkenntnis der Vorzüge eines funktionierenden demokratischen Systems. Außerdem der Einsicht in die Wichtigkeit der eigenen Position als Staatsbürger oder Staatsbürgerin in diesem System.

„Auf **individueller Ebene** impliziert die Idee der Vertiefung der Demokratie im Postkonflikt die persönliche Aneignung einer Sicht auf die Staatsbürgerschaft und ihre Umsetzung, unabhängig von der Mitgliedschaft bei organisierten Kollektiven.“<sup>205</sup> (Ugarriza 2013, S. 152, Herv. d. Verf.). Bei aller Hinwendung zum Kollektiv Grundlage für einen erfolgreichen Demobilisierungs- und Reinkorporationsprozess der ehemaligen FARC-Kombattanten ist diese individuelle Ebene nie außer Acht zu lassen.

*„Man kann nicht per Abkommen verordnen, dass sich jeder dem Kollektiven anschließen soll. Eine der Grundbedingungen, wenn die Leute ihre Waffen niederlegen, ist, dass sie beginnen, Staatsbürger zu sein, und die Grundlage der Staatsbürgerschaft – die Staatsbürgerschaft ist ein individueller Prozess, die Staatsbürgerschaft ist nicht kollektiv, die Staatsbürgerschaft ist individuell – und als Individuum, jedes Individuum hat seine Rechte, aber auch seine Aufgaben und Verpflichtungen. So gesehen, seit – und nicht*

---

<sup>204</sup> Span. Original: „En el nivel grupal significa la existencia de una ciudadanía organizada, comprometida, responsable y empoderada, capaz de cuidar y promover sus derechos sociales y políticos mediante mecanismos de participación democrática.“

<sup>205</sup> Span. Original: „En el nivel individual, la idea de la profundización de la democracia en el postconflicto implica la apropiación personal de una visión ideal de ciudadanía y su puesta en práctica con independencia de la pertenencia, o no, a colectivos organizados.“

*erst seit jetzt, sondern immer schon – werden solche Friedensprozesse immer eine individuelle und eine kollektive Komponente haben.* <sup>206</sup>

(Flórez 2022, Abs. 16)

Ugarriza gibt dem Zweckoptimismus von Senator Lozada gewissermaßen recht, wenn er darauf hinweist, dass die individuelle staatsbürgerliche Gesinnung unabhängig von der Mitgliedschaft bei Kollektiven zu sehen ist – und als ein solches wäre die Partei Comunes sicherlich zu bezeichnen. Sollte der Friedensbildungsprozess also dazu führen, dass die demobilisierten Kombattanten diese Gesinnung in der Annahme und Akzeptanz ihrer Rechte und Pflichten gegenüber dem Staat und im Bewusstsein ihrer ganz persönlichen Rolle als essentieller Teil des demokratischen Systems ausbilden, dann wäre das nicht nur ein wünschenswerter Erfolg, sondern ein Sieg der Demokratie auf ganzer Linie.

---

<sup>206</sup> Span. Original: „Tú no puedes por un acuerdo decretar que todo el mundo se acoja a lo colectivo. Una de las condiciones básicas cuando la gente deja las armas es que empieza a ser un ciudadano y la base de la ciudadanía – la ciudadanía es un proceso individual, la ciudadanía no es colectiva, la ciudadanía es individual – y como individuo, cada individuo tiene sus derechos y tiene también sus deberes y obligaciones. Entonces, desde – y no desde ahora, sino desde siempre – estos procesos de paz van a tener un componente individual y un componente colectivo.”

## 6. Conclusio – oder: Wie kann es weitergehen?

Diese Arbeit hat versucht, in drei großen inhaltlichen Abschnitten den Ursprüngen, der Transformation und den aktuellen Entwicklungen des (bewaffneten) Konflikts in Kolumbien auf den Grund zu gehen.

Im ersten Abschnitt konnte anhand eines ausführlichen Abrisses der Geschichte des Landes die Entstehungsgeschichte der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Gemengelage erläutert werden, die zur Mitte des 20. Jahrhunderts in der Zeit der sogenannten „Violencia“ gipfeln sollte. Diese ebnete dem späteren bewaffneten Konflikt zwischen linksgerichteten RLM wie den FARC, dem Staat und später auch den rechtsgerichteten Paramilitärs den Weg. Ab den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts wurde anhand mehrerer Episoden veranschaulicht, welche Versuche unternommen wurden, des Konflikts und seiner Treiber Herr zu werden – allerdings auch, woran diese Versuche scheiterten. Über die besonders gewaltbehaftete Epoche der 1990er-Jahre wurde die Brücke zur Politik des Präsidenten Álvaro Uribe Vélez im Zeitraum zwischen 2002 und 2010 geschlagen. Sie stellte einen Höhepunkt der politischen Degeneration in der langen Geschichte dieses Konflikts dar und wurde so zum entscheidenden Faktor für den weiteren Umgang der Politik mit der Konfliktsituation.

Im zweiten Abschnitt wurde die Transformation ausführlich behandelt. Sie zu verstehen ist notwendig, um den politischen „Sinneswandel“ zwischen den Regierungszeiten von Präsident Uribe und Präsident Santos nachzuvollziehen. Gleichzeitig wurde dieser Prozess in einen umfangreichen Bezug zur Literatur gesetzt. Dadurch wurde ersichtlich, dass der politische „Sinneswandel“ auch fachlich begründet ist und mit der neuen Strategie der gegenseitigen Annäherung und Anerkennung in erster Linie ein pragmatischerer Zugang gewählt wurde. Damit versucht man, in dem jahrzehntelangen Konflikt auch eine Chance zu sehen, von der nicht nur die beiden Konfliktparteien, sondern die gesamte Gesellschaft profitieren könnte. Nicht zuletzt auf Basis der während des Aufenthalts des Verfassers in Kolumbien geführten Interviews konnten interessante Sichtweisen und Standpunkte in Ergänzung zu den aus der Literatur gewonnenen Erkenntnissen extrahiert werden. Diese rundeten die Überlegungen zum transformativen Potential des Konflikts ab. Es wurde festgestellt, dass, statt von einem Friedensprozess, vielmehr von einem Friedensbildungsprozess zu sprechen ist. Dadurch konnte eine genauere Beleuchtung des Abkommens zwischen den FARC

und der kolumbianischen Regierung vorgenommen werden. Es stellt im Sinne des Transformationspotenzials eine Art Arbeitsübereinkommen mit Zielvorstellungen dar und im Sinne des Friedensbildungsprozesses einen (je nach Sichtweise) Startpunkt oder Etappensieg von jedenfalls historischer Bedeutung. Im letzten Teil dieses Abschnittes konnten bereits erste Schwierigkeiten in Bezug auf die konkrete Durchführung von sogenannten DDR-Prozessen im kolumbianischen Fall identifiziert werden, die zum Ausgangspunkt für eine umfassende Erläuterung der aktuellen Situation im abschließenden dritten Abschnitt werden sollten.

Dieser letzte Abschnitt widmete sich zunächst dem Themenbereich des Postkonflikts und klärte, was darunter im Allgemeinen wie im kolumbianischen Kontext zu verstehen ist. Diese Einordnung ist für das Verständnis der aktuellen Situation bzw. der aktuellen Entwicklungen essentiell. Anschließend wurde die Regierungszeit von Präsident Iván Duque von 2018 bis 2022 erläutert. In die Amtszeit von Präsident Duque als Nachfolger von Präsident Santos fällt eine der wichtigsten Phasen des gesamten Friedensbildungsprozesses, jene der ersten Schritte und der beginnenden Implementierung. Anhand etlicher Belege aus den Interviews konnte aufgezeigt werden, was darunter verstanden werden kann, dass zwar gearbeitet wurde, ohne dabei aber viel zu tun. Auf dieser Basis konnte der dritte Teil des Abschnittes in Angriff genommen werden, in dem anhand dreier ausgewählter Säulen der Umsetzung des Friedensabkommens Schwierigkeiten und viele kleine Steinchen beleuchtet werden konnten, durch das Wirken der Regierung Duque womöglich behauen wurden, aber nicht zur Gänze beseitigt werden konnten. Das aber war die Hoffnung vieler im Land. So bleibt am Ende im Hinblick auf die Umsetzung ein nicht grundsätzlich schlechter Eindruck, aber einer mit süßsaurem bis leicht bitteren Beigeschmack, der viele Bürger wie auch den Forscher fast sieben Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens etwas ratlos zurücklässt. Freilich muss man das mit der Einschränkung sehen, dass die Legislaturperiode nur vier Jahre dauert. Wahrscheinlich ist es ein Ding der Unmöglichkeit ist, einen Prozess, der ohne Übertreibung das Potential verkörpert, die gesamte Gesellschaft neu zu denken, in nur einer Regierungsperiode so weit voranzubringen, dass am Ende mehr präsentiert werden kann als nur ein vorbereitetes Feld.

*„So gesehen gibt es in dieser allgemeinen Situation einige Prozesse, die vorangekommen sind, andere, die hinterherhinken und wieder andere, die Probleme haben. Daher bin ich sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, eine generelle Bewertung vorzunehmen, sowohl in die Richtung, dass alles gut läuft, als auch in die Richtung, dass alles schlecht läuft, weil wir uns immer zwischen den Einschätzungen dieser beiden Extreme bewegen, die Dinge so darzustellen, als ob alles gut laufen würde oder sie eben so darzustellen,*

*als ob alles nur Nichteinhaltung wäre, als ob nichts getan werden würde. Ich glaube also, dass man eine etwas ausgeglichene Bilanz ziehen muss, die das Ergebnis von Schwierigkeiten ist, aber im Allgemeinen würde ich sagen, dass die Richtung des Prozesses der Fortschritt ist [...].*<sup>207</sup>

(Flórez 2022, Abs. 4)

Kolumbien ist ein Land voller Gegensätze, die sich vielen Außenstehenden auf den ersten Blick entweder gar nicht oder nicht in dem Ausmaß offenbaren, in dem sie sich tatsächlich auf das gesellschaftliche Gesamtgefüge auswirken. Der bewaffnete interne Konflikt ist genauso ein gesellschaftliches Geschwür, das diesen Gegensätzen entspringt, wie der Umgang der Gesellschaft mit dem Staat selbst. Peter Waldmann fasst diese Problematik in seinem Werk über die Anomie lateinamerikanischer Staaten in einem fast schon emblematischen Satz zusammen und schreibt: Viele Bewohner sind „hochgradig nationalistisch, verspüren jedoch keinerlei Hemmungen, mit Freunden, Kollegen oder sogar beliebigen Dritten jederzeit zu Lasten des Staates zu paktieren.“ (Waldmann 2002, S. 16). Im alltäglichen Sprachgebrauch der Bevölkerung hat sich das in Formulierungen wie „hacer trampa“ – übersetzt in etwa „eine kleine Mogelei durchführen“ – niedergeschlagen, die jedem Kolumbianer und jeder Kolumbianerin ein Begriff sind. Das Motto dabei ist, dass es doch nicht so schlimm sein kann, wenn man ein paar Schwächen des Systems oder die Bestechlichkeit irgendeines Beamten auch zum eigenen Vorteil nutzt. Das wird vielleicht im Großen und Ganzen nicht gutgeheißen, aber von den wenigsten unterbunden, denn den ersten Stein will dann auch wieder niemand werfen. Das macht auch vor denen nicht Halt, die sich in diese Gesellschaft reintegrieren oder reinkorporieren sollen. (vgl. Nussio 2009, S. 218) Allerdings garantieren diese Regeln des guten Zusammenlebens eine für alle gleichermaßen ausgeprägte Funktionsfähigkeit des Staates. Gefährlich wird es also dann, wenn die Politik zu ihrem Vorteil auf die Welle der kleinen Missachtungen dieser Regeln aufspringt und Ängste und Misstrauen schürt, die die Reputation des Staates und seiner Institutionen in Misskredit bringen. Dadurch sind ebendiese Institutionen mehr damit beschäftigt, die politischen Angriffe aus den „eigenen Reihen“ zu kontern als sich wirklich ihren eigentlichen Aufgaben zu widmen. Gefährlich ist das deshalb, weil damit ein latentes Demokratiedefizit ausgenutzt wird, dessen Beseitigung das eigentliche Interesse der Politik darstellen sollte. Das ist vor allem in dem Bereich problematisch, der gern auch als das

---

<sup>207</sup> Span. Original: „Entonces, en esa situación general, hay algunos procesos que han avanzado, otros que están más rezagados, otros que tienen problemas. Por eso, yo soy muy reacio a hacer una calificación general, tanto de que todo va bien como que todo va mal, porque nos movemos en las valoraciones de esos dos extremos, de presentar las cosas como si todo estuviera funcionando bien o presentarlas por otro lado como si todo fuera incumplimiento, como si no se estuviera haciendo nada. Entonces, yo creo que hay que hacer un balance más equilibrado, el resultado de dificultades, pero en general, yo diría que la dirección del proceso es avances [...].”

Hochamt der Demokratie bezeichnet wird: Wahlen. Hans Peter Knudsen das etwas überspitzt (die genannten Werte können nicht überprüft werden), aber verständlich auf den Punkt.

*„Kolumbien rühmt sich, die älteste Demokratie Südamerikas zu sein und wir sagen das mit stolzscherwellter Brust und ich behaupte, dass Kolumbien schon lange keine Demokratie mehr ist. Und dass es bedauerlich ist, was wir in Kolumbien haben – und ich sage, dass es keine Demokratie ist, weil, wenn du dir die Statistiken anschaust, in Kolumbien ungefähr die Hälfte der Wahlberechtigten nicht wählen geht, ein bisschen weniger als die Hälfte. Aber laut der jüngsten Studie von „Transparency International“ sind von denen, die wählen gehen, 40% bereit, ihre Stimme zu verkaufen. [...] Die zweite Überlegung ist, dass, wenn du dir die letzten demokratischen Wahlkämpfe um die Präsidentschaft anschaust, Kolumbien seit fast 20 Jahren, 16 Jahren, aufgehört hat, in seinen politischen Kampagnen und seinen Wahlprozessen über die großen Themen des Landes zu sprechen. [...] Und wirklich, in Kolumbien haben wir seit 16 Jahren nicht mehr für ein politisches Projekt im Interesse des Landes abgestimmt. Seit 16 Jahren wählen wir gegen die Angst, dass Uribe<sup>208</sup> zurückkommt und gegen die Angst, dass Chávez<sup>209</sup> und das venezolanische Modell ins Land kommen, das ist die Realität. Wenn du dir die Wahlen also anschaust, ist das Land zwischen Petro<sup>210</sup> und Rodolfo Hernández<sup>211</sup> völlig gespalten. Zehn Millionen – also der Unterschied waren 700.000 Stimmen – zehn Millionen haben für Rodolfo Hernández gestimmt und haben absolut keine Ahnung, wer Rodolfo Hernández eigentlich ist. [...] Aber diese zehn Millionen, die für Rodolfo Hernández gestimmt haben, haben eigentlich gegen Petro gestimmt. Und eine Gesellschaft, in der ich nicht mehr für ein Projekt mit Entwicklung, für ein Projekt mit sozialer Wirkungskraft stimme, ist eine kranke Gesellschaft.“<sup>212</sup>*

(Knudsen 2022, Abs. 26)

---

<sup>208</sup> Gemeint ist Ex-Präsident Álvaro Uribe Vélez.

<sup>209</sup> Gemeint ist der ehemalige venezolanische Präsident Hugo Chávez Frías, der am 5. März 2013 im Amt verstorben ist.

<sup>210</sup> Gemeint ist Gustavo Petro Urrego, ehemals Oberbürgermeister der Hauptstadt Bogotá und seit 7. August 2022 erster linksgerichteter Präsident Kolumbiens, nachdem er sich in der Stichwahl gegen Rodolfo Hernández (siehe unten) durchgesetzt hat.

<sup>211</sup> Gemeint ist Rodolfo Hernández Suárez, ehemals Bürgermeister der Stadt Bucaramanga, und unterlegener Gegenkandidat von Gustavo Petro bei der Präsidentschaftswahl 2022. Als Bauunternehmer aufgestiegen und zu Reichtum gekommen, vertritt er einen erratischen politischen Stil unter dem Banner des Kampfs gegen die Korruption, wird im Allgemeinen aber dem konservativen Spektrum zugerechnet.

<sup>212</sup> Span. Original: „Colombia se precia de ser la democracia más antigua de Suramérica y lo decimos con el pecho hinchado y yo sostengo que Colombia no es una democracia desde hace mucho tiempo. Y que es lamentable lo que en Colombia tenemos – y yo digo que no es una democracia porque si tú miras las estadísticas, en Colombia más o menos la mitad de los que pueden votar no votan, un poquito menos de la mitad. Pero según el último estudio de Transparencia Internacional de aquellos que votan el 40% está dispuesto a vender su voto. [...] La segunda reflexión es que, si tú miras las últimas contiendas democráticas para la presidencia, Colombia desde hace casi 20 años, 16 años, dejó de hablar en sus campañas políticas y en sus procesos electorales de los grandes temas del país. [...] Y realmente, en Colombia, llevamos 16 años sin votar por un proyecto político del país. Llevamos 16 años votando contra el miedo de que vuelva Uribe o de que llegue Chávez y el modelo venezolano, esa es la realidad. Entonces, las elecciones, si tú miras, el país completamente dividido entre Petro y Rodolfo Hernández. Diez millones – o sea, la diferencia fueron 700.000 votos – diez millones que votaron por Rodolfo Hernández no tienen ni idea quién es Rodolfo Hernández. [...] Pero esos diez millones que votaron por Rodolfo Hernández votaron fue contra Petro. Y una sociedad donde yo no voto por un proyecto de desarrollo, por un proyecto de impacto social, es una sociedad enferma.“



Es wird die Aufgabe zukünftiger Beobachter sein, in einigen Jahren zu evaluieren, wie sich Kolumbien und wie sich die kolumbianische Gesellschaft weiterentwickelt haben wird. Die neue Regierung unter Gustavo Petro steht mit Sicherheit vor großen Herausforderungen – nicht zuletzt aufgrund der großen Erwartungen, die in sie gesetzt werden. Nicht nur vonseiten politischer PropONENTEN wie Senator Lozada, sondern auch von jenen Teilen der Gesellschaft, die ihre Stimme wo möglich doch etwas bewusster eingesetzt haben und aus Überzeugung für den Kandidaten Petro gestimmt haben. Die Aufgabe der Herstellung eines politischen Konsenses heißt eine Plattform zu errichten, auf der die derzeit so polarisierten politischen Kräfte im Land zusammenkommen können, um tatsächlich im Interesse des Fortschritts Kolumbiens und seiner Gesellschaft zu arbeiten. Damit geht die Aufgabe einher, durch klare Handlungen, klare Kommunikation, den Kampf gegen die Korruption und Bemühungen um eine politische und gesellschaftliche Versöhnung im Land, jenes Ziel zu erreichen, das als „Wegweiser“ den Abschluss des letzten Kapitels gebildet hat: Vertrauen in den Staat und seine Institutionen, was wiederum unter der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Funktionsweise der Demokratie und für die Stellung jedes und jeder einzelnen in diesem demokratischen System entstehen lässt.

Was man der neuen Regierung mit Sicherheit empfehlen kann, ist, dem übertriebenen Populismus zum Zwecke des eigenen politischen Fortkommens ohne Rücksicht auf Verluste abzuschwören. So führt das Schlusswort noch einmal ganz woanders hin. „Populismus richtet den Scheinwerfer darauf, was nicht funktioniert. Aber es gibt so vieles, das funktioniert.“ (Van der Bellen 2023, online). Unter diesem Titel stand 2023 die Rede des österreichischen Bundespräsidenten, Alexander van der Bellen, bei der Eröffnung der Bregenzer Festspiele. Er greift darin gleich zu Beginn zu einer Analogie und zieht einen Vergleich zur – mitunter umstrittenen – „Theorie der zerbrochenen Fenster“, die der US-Soziologie der 1980er-Jahre entstammt. Diese besagt, „dass dann, wenn in einem Stadtteil eine zerbrochene Scheibe nicht umgehend repariert wird, schnell alle Fensterscheiben zerbrochen sind. Weil dann der Eindruck entsteht, dass es egal ist, dass sich niemand um diesen Stadtteil kümmert, was dann wiederum äußerst schnell zu Vandalismus und Verfall führt.“ (Van der Bellen 2023, online). Wie Bundespräsident Van der Bellen diese Theorie von einem imaginierten Stadtteil in seiner Rede auf Österreich umlegt, kann man das auch mit Kolumbien versuchen. Der Metapher folgend, sind auch in Kolumbien schon viel zu viele Fenster zu Bruch gegangen. Der bisherige Verlauf des Friedensbildungsprozesses, der sich mit den FARC ohnehin nur einem Teil des Konflikts widmet, vermochte es in den letzten fast sieben Jahren nicht, alle Scheiben wieder instand zu setzen. Und so sehr sich die Glaser auch bemühen: Wenn man in

Kolumbien steht, hat man immer noch den Eindruck, dass es zu vielen Menschen eben egal ist. Dass sich niemand kümmert und dass es vermutlich nicht weiter auffallen würde, wenn doch wieder eine Scheibe zu Bruch geht. Die Regierung muss also liefern und den Menschen im Sinne des oben erwähnten Zieles die Vorzüge eines Stadtviertels mit intakten Fensterscheiben aufzeigen, wo der bestraft wird, der eine Scheibe zerschlägt und nicht der, der danach ruft, dass eine kaputte Scheibe schneller ausgetauscht wird. Dem Land voller Gegensätze stehen (Stand 2023) noch mindestens drei weitere spannende Jahre bevor. Es ist dem Land und den Menschen nur zu wünschen, dass sie so fruchtbringend seien wie von vielen erwartet.

## Literaturverzeichnis

- ACOSTA ARISTIZABAL, J. I. (2022): Persönliches Interview vom 13.07.2022 in Bogotá, Kolumbien.
- BARRETO HENRIQUES, M. (2016): Conclusiones. – In: BARRETO HENRIQUES, M. (Hrsg.): Experiencias internacionales de paz: lecciones aprendidas para Colombia. – Fundación Universidad de Bogotá Jorge Tadeo Lozano, Bogotá, S. 373 - 396;
- BELL, D. (1963): - In: GOLDENBERG, B. (Hrsg.): Lateinamerika und die kubanische Revolution. – Kiepenhauer & Witsch Verlag, Köln. – zitiert in: RATHGEB, P. (2009): Kolumbien: Leben im Territorium der FARC. Ein Erklärungsversuch über die Geschichte, aktuelle Tendenzen und lokale Wirklichkeiten der größten Guerilla der Welt. - Dissertation, Universität Wien, Wien.
- BROWITT, J., CARR, B., NIBLO, S. (2001): Colombia in the Crucible: Civil War, Citizenship and the Disintegration of the State. – In: Journal of Iberian and Latin American Research 7 (2), S. 1 - 17.
- CADAVID OTERO, M. (2016): El caso de Colombia. Contexto del conflicto armado en Colombia y antecedentes del actual proceso de paz. – In: BARRETO HENRIQUES, M. (Hrsg.): Experiencias internacionales de paz: lecciones aprendidas para Colombia. – Fundación Universidad de Bogotá Jorge Tadeo Lozano, Bogotá, S. 285 - 294;
- CASTELLS, M. (2002) (Hrsg.): Die himmlischen Gefilde der Gemeinschaft: Identität und Sinn in der Netzwerkgesellschaft. – In: Die Macht der Identität. – Leske & Budrich Verlag, Opladen. – zitiert in: RATHGEB, P. (2009): Kolumbien: Leben im Territorium der FARC. Ein Erklärungsversuch über die Geschichte, aktuelle Tendenzen und lokale Wirklichkeiten der größten Guerilla der Welt. - Dissertation, Universität Wien, Wien.
- CELIS, L. E. (2022): Persönliches Interview vom 13.07.2022 in Bogotá, Kolumbien.

- CHARMAZ, K. (2014): *Constructing Grounded Theory*. (2nd edition) – Sage Publications, Los Angeles/London/Neu-Delhi/Singapur/Washington D.C.
- CONGRESO DE LA REPÚBLICA (1982): Ley 35 de 1982 (Noviembre 19) Por la cual el Congreso de la República decreta una amnistía y dicta normas tendientes al restablecimiento y preservación de la paz. – online, <https://bapp.com.co/wp-content/uploads/2022/05/Ley-35-de-1982.pdf> (zuletzt abgerufen am 12.07.2023)
- CONGRESO DE LA REPÚBLICA (2011): Ley No. 1448 (10 Jun 2011) Por la cual se dictan medidas de atención, asistencia y reparación integral a las víctimas del conflicto armado interno y se dictan otras disposiciones. – online, <https://bapp.com.co/archivos/1.03.1817.pdf> (zuletzt abgerufen am 19.07.2023)
- CONGRESO DE LA REPÚBLICA (2012): Acto Legislativo 01 de 2012 (Julio 31) Por medio del cual se establecen instrumentos jurídicos de justicia transicional en el marco del artículo 22 de la Constitución Política y se dictan otras disposiciones. – online, [https://www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma\\_pdf.php?i=48679](https://www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma_pdf.php?i=48679) (zuletzt abgerufen am 03.08.2023)
- DENISSEN, M. (2010): *Reintegrating Ex-Combatants into Civilian Life: The Case of the Paramilitaries in Colombia*. – In: *Peace & Change* 35 (2), S. 328 - 352;
- DIEKMANN, A. (2012): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. (Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuausgabe August 2007, 6. Auflage) – Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg.
- DJULI, M. N., STANGE, G. (2017): *Die Reintegration ehemaliger Kombattanten in Aceh*. – In: DENGGEN, B., FLOR, A. (Hrsg.): *Peacebuilding in Aceh. Zwischen Scharia und Tsunami*. – *Reliospectra*, Berlin, S. 81 - 111;
- DONKERS, D. (2017): *The Last March - Disarmament, Demobilization and Reintegration of the FARC in Cauca, Colombia*. – Masterarbeit, Utrecht University, Utrecht.

DUDOUET, V. (2009): From war to politics. Resistance/liberation movements in transition. – Berghof-Forschungszentrum für Konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin (= Berghof-Report 17).

EL HERALDO (2018) (Hrsg.): Lea aquí el discurso completo de Ernesto Macías durante la posesión presidencial. – In: El Heraldo, 07.08.2018 – online, <https://www.elheraldo.co/politica/lea-aqui-el-discurso-completo-de-ernesto-macias-durante-la-posesion-presidencial-528161> (zuletzt abgerufen am 01.08.2023)

"EL INGENIERO" (2022): Persönliches Interview vom 18.07.2022 in Bucaramanga, Kolumbien.

EL PAÍS (2021) (Hrsg.): Declaración completa de Juan Manuel Santos ante la Comisión de la Verdad. – In: El País, 11.06.2021 – online, [https://elpais.com/internacional/2021-06-11/declaracion-completa-de-juan-manuel-santos-ante-la-comision-de-la-verdad.html?event\\_log=oklogin](https://elpais.com/internacional/2021-06-11/declaracion-completa-de-juan-manuel-santos-ante-la-comision-de-la-verdad.html?event_log=oklogin) (zuletzt abgerufen am 14.07.2023)

ETXEBERRÍA, X. (2004): El lugar del diálogo en la gestión positiva de los conflictos y el caso vasco. Un estudio en el marco de las "Investigaciones sobre paz y conflictos". – In: BILBAO, G., ETXEBERRÍA, X. et al. (Hrsg.): Conflictos, violencia y diálogo. El caso vasco. – Universidad de Deusto, Bilbao, S. 31 - 93; - zitiert in: MUÑOZ, F. G. (2018): Transformación constructiva y productiva de conflictos: un enfoque pertinente y necesario en los procesos de construcción de las Paces en Colombia. – In: Prospectiva - Revista de Trabajo Social e intervención social 25, S. 187 - 215;

FISAS, V. (2004): La transformación de los conflictos. – In: FISAS, V. (Hrsg.): Cultura de paz y gestión de conflictos. – Icaria Editorial, Barcelona, S. 229 - 245; - zitiert in: MUÑOZ, F. G. (2018): Transformación constructiva y productiva de conflictos: un enfoque pertinente y necesario en los procesos de construcción de las Paces en Colombia. – In: Prospectiva - Revista de Trabajo Social e intervención social 25, S. 187 - 215;

FLICK, U. (2019): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. (Völlig überarbeitete Neuauflage, 9. Auflage) – Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg.

- FLÓREZ, E. (2022): Persönliches Online-Interview (Zoom) vom 19.07.2022 in Bucaramanga, Kolumbien.
- GAGO ANTÓN, E. (2016): Una aproximación teórica a los conceptos de construcción de paz y posconflicto armado. – In: BARRETO HENRIQUES, M. (Hrsg.): Experiencias internacionales de paz: lecciones aprendidas para Colombia. – Fundación Universidad de Bogotá Jorge Tadeo Lozano, Bogotá, S. 23 - 36;
- GALÁN, L. C. (1987): - In: ALAPE, A. (Hrsg.): La Paz, La Violencia: Testigos de Excepción. Hechos y testimonios sobre 40 años de violencia y paz que vuelven a ser hoy palpante actualidad. – Planeta Colombiana Editorial S. A., Bogotá. – zitiert in: RATHGEB, P. (2009): Kolumbien: Leben im Territorium der FARC. Ein Erklärungsversuch über die Geschichte, aktuelle Tendenzen und lokale Wirklichkeiten der größten Guerilla der Welt. - Dissertation, Universität Wien, Wien.
- GALTUNG, J. (2003): Transformaciones del conflicto. – In: GALTUNG, J. (Hrsg.): Paz por medios pacíficos. Paz y conflicto, desarrollo y civilización. – Bakeaz / Centro de Investigación por la paz, Bilbao, S. 131 - 150; - zitiert in: MUÑOZ, F. G. (2018): Transformación constructiva y productiva de conflictos: un enfoque pertinente y necesario en los procesos de construcción de las Paces en Colombia. – In: Prospectiva - Revista de Trabajo Social e intervención social 25, S. 187 - 215;
- GENERALPROKURATUR (o. J.) (Hrsg.): Webseite der Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof – online, <https://www.generalprokuratur.gv.at/> (zuletzt abgerufen am 07.03.2023)
- GLASER, B. G., STRAUSS, A. L. (1984): Die Entdeckung gegenstandsbezogener Theorie: Eine Grundstrategie qualitativer Sozialforschung. – In: HOPF, C., WEINGARTEN, E. (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung. (2. Auflage) – Verlagsgemeinschaft Ernst Klett Verlag - J. G. Cotta'sche Buchhandlung, Stuttgart.
- GLÄSER, J., LAUDEL, G. (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. (4. Auflage) – VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

- GUZMÁN CAMPOS, G. (1988) (Hrsg.): La Violencia en Colombia. – Editorial Printer Colombiana Ltda., Bogotá. – zitiert in: RATHGEB, P. (2009): Kolumbien: Leben im Territorium der FARC. Ein Erklärungsversuch über die Geschichte, aktuelle Tendenzen und lokale Wirklichkeiten der größten Guerilla der Welt. - Dissertation, Universität Wien, Wien.
- HOLMES, J. S., GUTIÉRREZ DE PIÑERES, S. A. (2014): Violence and the state: Lessons from Colombia. – In: Small Wars & Insurgencies 25 (2), S. 372 - 403;
- HORNBORG, A. (2001): The Power of the Machine. Global Inequalities of Economy, Technology and Environment. – Altamira, Walnut Creek. – zitiert in: PAULSON, S., GEZON, L. L., WATTS, M. (2003): Locating the Political in Political Ecology: An Introduction. – In: Human Organization 62 (3), S. 205 - 217;
- INDEPAZ, Observatorio de Derechos Humanos y Conflictividades (2021) (Hrsg.): 5 Años del Acuerdo de Paz – Balance en cifras de la violencia en los territorios. – Bogotá.
- KING, N. (1994): The qualitative research interview. – In: CASSELL, C., GILLIAN, S. (Hrsg.): Qualitative methods in organizational research. A practical guide. – Sage, London, S. 15 - 36; - zitiert in: GLÄSER, J., LAUDEL, G. (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. (4. Auflage) – VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- KNUDSEN, H. P. (2022): Persönliches Interview vom 13.07.2022 in Bogotá, Kolumbien.
- KOTH, M. (2005): To End a War: Demobilization and Reintegration of Paramilitaries in Colombia. – Bonn International Center for Conversion, Bonn (= Paper 43). – zitiert in: DENISSEN, M. (2010): Reintegrating Ex-Combatants into Civilian Life: The Case of the Paramilitaries in Colombia. – In: Peace & Change 35 (2), S. 328 - 352;
- LOZADA, C. A. (2022): Persönliches Interview vom 14.07.2022 in Bogotá, Kolumbien.
- MAYRING, P. (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. (12., überarbeitete Auflage) – Beltz Verlag, Weinheim/Basel.

- MUELLER, J. (2003): Policing the Remnants of War. – In: *Journal of Peace Research* 40 (5), S. 507 - 518. – zitiert in: HOLMES, J. S., GUTIÉRREZ DE PIÑERES, S. A. (2014): Violence and the state: Lessons from Colombia. – In: *Small Wars & Insurgencies* 25 (2), S. 372 - 403;
- MUGGAH, R. (2013): Negotiating Disarmament and Demobilisation: A Descriptive Review of the Evidence. – In: *Colombia Internacional* 77, S. 19 - 41;
- MUÑOZ, F. G. (2018): Transformación constructiva y productiva de conflictos: un enfoque pertinente y necesario en los procesos de construcción de las Paces en Colombia. – In: *Prospectiva – Revista de Trabajo Social e intervención social* 25, S. 187 - 215;
- NUSSIO, E. (2009): ¿Reincidir o no? Conceptos de la literatura internacional aplicados al caso de desarme, desmovilización y reintegración de las Autodefensas Unidas de Colombia. – In: *Pensamiento jurídico* 26, S. 213 - 235;
- OACP (Oficina del Alto Comisionado para la Paz) (2018) (Hrsg.): Acuerdo Final para la Terminación del Conflicto y la Construcción de una Paz estable y duradera (segunda edición). – online, <https://www.jep.gov.co/Normativa/Paginas/Acuerdo-Final.aspx> (zuletzt abgerufen am 25.07.2023);
- PARES (Fundación Paz y Reconciliación) (2021) (Hrsg.): Plomo es lo que hay. Violencia y seguridad en tiempos de Duque. – Bogotá.
- PATIÑO BENAVIDES, G. A. (2022): Persönliches Interview vom 18.07.2022 in Bucaramanga, Kolumbien.
- PAULSON, S., GEZON, L. L., WATTS, M. (2003): Locating the Political in Political Ecology: An Introduction. – In: *Human Organization* 62 (3), S. 205 - 217;
- PODDER, S. (2017): Ex-combatant agency and re-recruitment. – In: *Critical Studies on Security* 5 (2), S. 145 - 164;



POPITZ, H. (1992): Phänomene der Macht. – Mohr, Tübingen. – zitiert in: VON TROTHA, T. (1995): Ordnungsformen der Gewalt oder Aussichten auf das Ende des staatlichen Gewaltmonopols. – In: NEDELMANN, B. (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel. – Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 129-166.

EL PRESIDENTE DE LA REPÚBLICA DE COLOMBIA (2012): Decreto 1225 de 2012 Por el cual se modifica y adiciona parcialmente el Decreto 4912 del 26 de diciembre de 2011 – online, [https://www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma\\_pdf.php?i=47793](https://www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma_pdf.php?i=47793) (zuletzt abgerufen am 28.07.2023);

EL PRESIDENTE DE LA REPÚBLICA DE COLOMBIA (2017): Decreto 2026 de 2017 Por medio del cual se reglamentan los Espacios Territoriales de Capacitación y Reincorporación (ETCR), creados mediante el Decreto 1274 de 2017 y se dictan otras disposiciones – online, [https://www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma\\_pdf.php?i=84596](https://www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma_pdf.php?i=84596) (zuletzt abgerufen am 08.08.2023)

PUNTES NIZO, M. D. (2022): Persönliches Interview vom 15.07.2022 in Bogotá, Kolumbien.

RATHGEB, P. (2009): Kolumbien: Leben im Territorium der FARC. Ein Erklärungsversuch über die Geschichte, aktuelle Tendenzen und lokale Wirklichkeiten der größten Guerilla der Welt. – Dissertation, Universität Wien, Wien.

RESTREPO, J., SPAGAT, M. (2004): The Colombian Conflict: Uribe's First 17 Months. – online, [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=601928](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=601928) (zuletzt abgerufen am 14.07.2023); - zitiert in: DENISSEN, M. (2010): Reintegrating Ex-Combatants into Civilian Life: The Case of the Paramilitaries in Colombia. – In: Peace & Change 35 (2), S. 328 - 352;

ROZEMA, R. (2008): Urban DDR-processes: paramilitaries and criminal networks in Medellín, Colombia. – In: Journal of Latin American Studies 40 (3), S. 423 - 452;

RUEDA, B. (2016a): Los procesos de desarme, desmovilización y reintegración (DDR). – In: BARRERO HENRIQUES, M. (Hrsg.): Experiencias internacionales de paz: lecciones aprendidas para Colombia. – Fundación Universidad de Bogotá Jorge Tadeo Lozano, Bogotá, S. 53 - 70;

- RUEDA, B. (2016b): El caso de Colombia. Desarme, desmovilización y reinserción en Colombia. – In: BARRETO HENRIQUES, M. (Hrsg.): Experiencias internacionales de paz: lecciones aprendidas para Colombia. – Fundación Universidad de Bogotá Jorge Tadeo Lozano, Bogotá, S. 311 - 348;
- SCHEUCH, E. K. (1973): Das Interview in der Sozialforschung. – In: KÖNIG, R. (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. – Band 2, 1. Teil, 3. Auflage. – Enke Verlag, Stuttgart, S. 66-190. – zitiert in: DIEKMANN, A. (2012): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. (Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage August 2007, 6. Auflage) – Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg.
- SKIDMORE, T., SMITH, P. (2001): Modern Latin America. – Oxford University Press, Oxford. – zitiert in: RATHGEB, P (2009): Kolumbien: Leben im Territorium der FARC. Ein Erklärungsversuch über die Geschichte, aktuelle Tendenzen und lokale Wirklichkeiten der größten Guerilla der Welt. – Dissertation, Universität Wien, Wien.
- STANGE, G. (2020): Postsezeptionismus. Politische Transformation und Identitätspolitik in Aceh, Indonesien, nach dem Friedensabkommen von Helsinki (2005-2012). – Regiospectra Verlag, Berlin.
- STROMSETH, J. E. (2015): Peacebuilding and transitional justice. – In: CROCKER, C. A., OSLER HAMPSON, F., AALL, P. (Hrsg.): Managing conflict in a world adrift (pp.) – USIP, Washington D.C. – zitiert in: GAGO ANTÓN, E. (2016): Una aproximación teórica a los conceptos de construcción de paz y posconflicto armado. – In: BARRETO HENRIQUES, M. (Hrsg.): Experiencias internacionales de paz: lecciones aprendidas para Colombia. – Fundación Universidad de Bogotá Jorge Tadeo Lozano, Bogotá, S. 23 - 36;
- SUÁREZ, B., JARAMILLO, F. (2016): El caso de Colombia. Aspectos jurídicos. – In: BARRETO HENRIQUES, M. (Hrsg.): Experiencias internacionales de paz: lecciones aprendidas para Colombia. – Fundación Universidad de Bogotá Jorge Tadeo Lozano, Bogotá, S. 295 - 310;

- SUÁREZ, B., RUEDA, B. (2016): Lecciones aprendidas para Colombia desde las experiencias internacionales. – In: BARRETO HENRIQUES, M. (Hrsg.): Experiencias internacionales de paz: lecciones aprendidas para Colombia. – Fundación Universidad de Bogotá Jorge Tadeo Lozano, Bogotá, S. 349 - 372;
- THEIDON, K. (2007): Transitional Subjects: The Disarmament, Demobilization and Reintegration of Former Combatants in Colombia. – In: International Journal of Transitional Justice 1 (1), S. 66 - 90;
- THOMSON, A. (2020): The credible commitment problem and multiple armed groups: FARC perceptions of insecurity during disarmament in the Colombian peace process. – In: Conflict, Security & Development 20 (4), S. 497 - 517;
- THOUMI, F. E. (2003): Illegal Drugs, Economy, and Society in the Andes. – Johns Hopkins University Press, ohne Ort. – zitiert in: HOLMES, J. S., GUTIÉRREZ DE PIÑERES, S. A. (2014): Violence and the state: Lessons from Colombia. – In: Small Wars & Insurgencies 25 (2), S. 372 - 403;
- UGARRIZA, J. E. (2013): La dimensión política del postconflicto: discusiones conceptuales y avances empíricos. – In: Colombia Internacional 77, S. 141 - 176;
- VAN DER BELLEN, A. (2023): "Populismus richtet den Scheinwerfer darauf, was nicht funktioniert. Aber es gibt so vieles, das funktioniert.". Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen anlässlich der Eröffnung der Bregenzer Festspiele. – Österreichische Präsidentschaftskanzlei, online, <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/rede-von-bundespraesident-anlaesslich-der-eroeffnung-der-bregenzer-festspiele-2023> (zuletzt abgerufen am 19.07.2023)
- VILLAMIZAR BETANCOURT, J. R. (1994): Guerras y Guerillas de Emancipación. En Norte de Santander 1780 - 1940. – Editorial ABC, Bogotá. – zitiert in: RATHGEB, P. (2009): Kolumbien: Leben im Territorium der FARC. Ein Erklärungsversuch über die Geschichte, aktuelle Tendenzen und lokale Wirklichkeiten der größten Guerilla der Welt. – Dissertation, Universität Wien, Wien.
- VOGT, S., WERNER, M. (2014): Forschen mit Leitfadeninterviews und qualitativer Inhaltsanalyse. – Skript, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Köln, Köln.

VON TROTHA, T. (1995): Ordnungsformen der Gewalt oder Aussichten auf das Ende des staatlichen Gewaltmonopols. – In: NEDELMANN, B. (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel. – Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 129-166.

WALDMANN, P. (2002): Der anomische Staat. Über Recht, öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika. – Leske + Budrich, Opladen.

## Zusammenfassung / Abstract

Der interne bewaffnete Konflikt in Kolumbien galt lange Zeit als einer der intensivsten Konflikte bzw. Bürgerkriege weltweit. Die „Revolutionären bewaffneten Streitkräfte Kolumbiens“, abgekürzt FARC, waren bis zu ihrer offiziellen Auflösung 2016 eine der ältesten durchgehend aktiven Guerillagruppen des Planeten. Der Konflikt um politischen Einfluss, Machterhalt und Drogen und die damit verbundene Gewalt im Land wurden auch durch die mediale Berichterstattung zu essentiellen Bestandteilen der Wahrnehmung Kolumbiens in der Welt. Doch worauf gründet sich Kolumbiens lange Geschichte der Gewalt? Diese Arbeit unternimmt den Versuch, den Konflikt in drei großen Teilen mit einem gesellschaftlich und historisch breit gefassten Zugang einzuordnen. Auf Basis der historischen Grundlagen wird ausführlich beleuchtet, welche politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse nötig waren, um einen Verhandlungs- und Friedensbildungsprozess in Gang zu setzen, der 2016 in einem Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC mündete, die sich in weiterer Folge demobilisierten. Die vereinbarten Maßnahmen und die Langwierigkeit der Umsetzung stoßen dabei auf politische und institutionelle Widerstände und Schwierigkeiten, die die Politik im Land in den letzten Jahren und auch weiterhin stark beeinflusst. Dies wird in dieser Arbeit anhand dreier exemplarisch ausgewählter Kernbereiche der Umsetzung – dem juristischen Bereich, der Reintegration bzw. Reinkorporation und der politischen Partizipation – ausführlich analysiert.

The internal armed conflict in Colombia has long been considered one of the most intense conflicts or civil wars in the world. The "Revolutionary Armed Forces of Colombia", abbreviated FARC, was one of the oldest continuously active guerrilla groups on the planet until its official dissolution in 2016. The conflict over political influence, the preservation of power and drugs and the associated violence in the country became essential components of the world's perception of Colombia, also through media reporting. However, what is the basis of Colombia's long history of violence? This work attempts to classify the conflict in three major parts with a socially and historically broad approach. Based on the historical foundations, the political and social transformation processes necessary to initiate a negotiation and peace-building process that resulted in a peace agreement between the Colombian government and the FARC in 2016, which subsequently demobilised, are discussed in detail. The measures agreed upon and the protracted nature of their implementation have come up against political and institutional resistance and difficulties, which have strongly influenced politics in the country in recent years and continue to do so. This is analysed in detail in this thesis based on three selected examples of core areas of implementation - the legal sphere, reintegration or reincorporation and political participation.